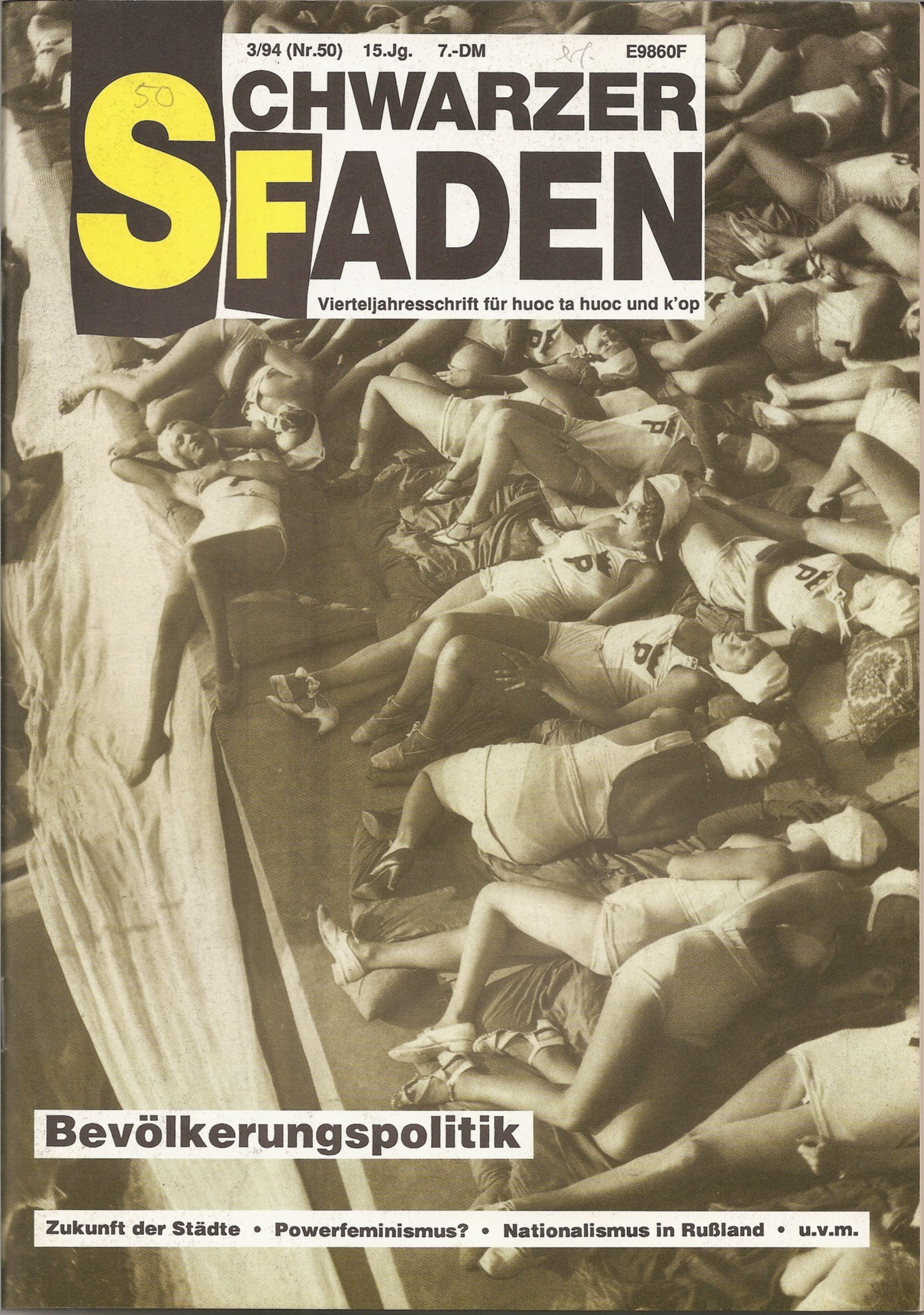
3/94 (Nr.50) 15.Jg. 7.-DM E9860F

SCHWARZER FADEN

Vierteljahresschrift für huoc ta huoc und k'op



Bevölkerungspolitik

Zukunft der Städte • Powerfeminismus? • Nationalismus in Rußland • u.v.m.

Inhalt Nr.50



Redaktions- und Anzeigenschluß für SF-51 (4/94): 14.10.94

Titelfoto: Jacques-Henri Lartigue

Impressum:

Schwarzer Faden, PF 1159
D-71117 Grafenau
Tel. 07033-44273, Fax 07033-45264
Einzelpreis: 7.-DM
ABO (4 Nrn.): 25.-DM
Postgiro Stuttgart: Kto.F. Kamann, Ktonr. 57463-703, BLZ 600 100 70
Erscheinungsweise: vierteljährlich
Auflage: 3200

Verlag/Herausgeber:
Wolfgang Haug, Grafenau
ISSN: 0722-8988, ZIS-Nr. 701
Postzeitungsdienstnr. E 9860 F
V.i.S.d.P.: Herbert Sachs, Leverkusen

Namentlich gekennzeichnete Beiträge stehen unter der Verantwortlichkeit der VerfasserInnen und geben nicht die Meinung des Herausgebers oder des presserechtlich Verantwortlichen wieder.
Verlag, Satz & Vertrieb: Trotzdem-Verlag, Grafenau
Druck & Weiterverarbeitung: Druckcooperative, Karlsruhe

Das **Redaktionskollektiv** entscheidet über Inhalt und Form der Zeitschrift. Ein Anspruch auf Veröffentlichung besteht nicht. Der Abdruck erfolgt honorarfrei.

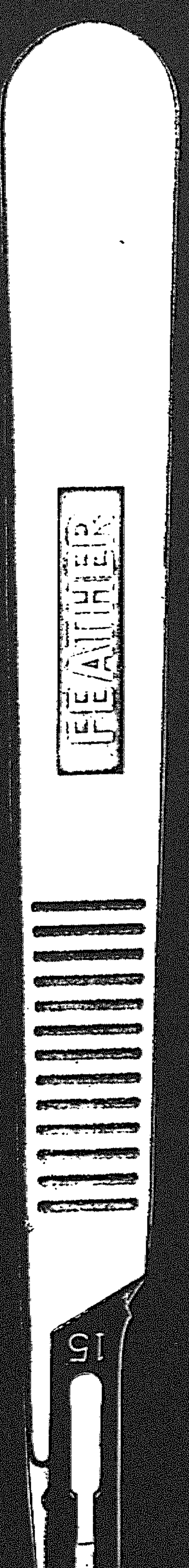
Das Redaktionskollektiv besteht derzeit aus 7 Menschen aus Frankfurt, Karlsruhe, Köln, Stuttgart und Grafenau. Des weiteren finden jährlich Treffen einer erweiterten Redaktion statt. Bei Interesse Kontakt aufnehmen!

Mitarbeit: Der SF versucht eine Mischung aus aktuellen politischen Ereignissen, Internationalismus, Aktualisierung libertärer Theorie, Aufarbeitung freiheitlicher Geschichte und einer Kultur- und Medienkritik von unten. Eingesandte Artikel, Photos, Graphiken etc. sind erwünscht!
Technologie: Wir wünschen uns die Artikel auf 3 1/2-Zoll-Disketten. Am besten im Textverarbeitungsprogramm Word od. Word-Windows auf MAC- oder DOS-Basis.
Stand (1.7.94) der monatlich eingerichteten **(Dauer-)Spenden** zur Förderung unserer Arbeit: 14 UnterstützerInnen, insg. 215.-

Die "richtigen Kinder" von den "richtigen Frauen"

Eine Übersicht über die Praxis und Legitimation von Bevölkerungspolitik gegen die Menschen in der "3.Welt"

von Michaela Schuh



"Ohne Überbevölkerung könnten die Menschen mit der Natur in Harmonie leben" (ESPRIT-Werbetext 1992)

In der Aufzählung der Ursachen von ökologischer Zerstörung rangiert in der herrschenden Propaganda eine ganz oben: es gäbe "zu viele" Menschen. Globale Bevölkerungspolitik sei deshalb dringend nötig. Der Diskurs, der sich um dieses Thema dreht, (und die Praxis von Bevölkerungspolitik) ist sexistisch und chauvinistisch. In ihm findet darüberhinaus eine Umdefinition dessen statt, was der Mensch denn nun im Verhältnis zur Natur sei. Diese stellt in der Konsequenz das Existenzrecht von bestimmten Menschen explizit in Frage und beinhaltet eine direkte, oft auch explizite Vernichtungsdrohung.

Zunächst einmal will ich erklären, was Bevölkerungspolitik eigentlich ist und mit welchen Methoden und Instrumenten sie ihre Vorstellungen und Ziele versucht durchzusetzen. Im Anschluß daran werde ich ausführlicher auf die Propaganda und die Ideologien eingehen, mit denen Bevölkerungspolitik heute legitimiert wird.

Eine Eingrenzung will ich vorwegnehmen: Ich spreche in diesem Vortrag von Bevölkerungspolitik, gehe allerdings in erster Linie auf Geburtenpolitik ein, die nur ein, allerdings auch zentraler Teilbereich von Bevölkerungspolitik ist. Auf Sterbepolitik und auf Migrationspolitik, die beiden anderen Bereiche von Bevölkerungspolitik, gehe ich nicht näher ein.

Was ist Bevölkerungspolitik?

In Lehrbüchern wird Bevölkerungspolitik ganz allgemein als eine Politik definiert, die die Zusammensetzung und die Zahl einer Bevölkerung planbar und steuerbar machen will. Und das nach den jeweiligen volkswirtschaftlichen Erfordernissen.

Um diesem Anspruch gerecht werden zu können, muß Bevölkerungspolitik die Menschen erst mal sortieren und bewerten: nach Alter, Geschlecht, sozialem Status usw. Maßstab der Bewertung ist - in unserer Gesellschaft - der Beitrag eines Menschen zum Funktionieren und zur Aufrechterhaltung des herrschenden Systems. Das Sortieren und Bewerten ist einfach; schwieriger wird es für Bevölkerungspolitiker, Methoden und Instrumente zu finden, die die Bevölkerungsentwicklung in gewünschtem Sinne beeinflussen. Um es mal zu verdeutlichen: es wäre einfach, wenn sie eine Bevölkerung aus der Tiefkühltruhe zusammensetzen könnte, also je nach Notwendigkeit Menschen bestimmten Alters oder Geschlechts oder sonstiger Kriterien auftauen könnten. Jedenfalls müßten die Bevölkerungspolitiker dann nur noch ihre Statistiken führen und ausrechnen, welche Menschen sich gerade lohnen und welche nicht. Der Griff in die Tiefkühltruhe ist zwar eine zuweilen offen formulierte Utopie von Bevölkerungspolitikern, aber immer noch sind es schließlich die Frauen, die die Kinder kriegen. Bevölkerungspolitik muß also Techniken entwickeln, die darauf hinauslaufen, daß die in ihrem Sinne "richtigen" Frauen die "richtigen" Kinder bekommen.

Aus dieser Aufgabenstellung, die sich Bevölkerungspolitiker geben, spricht erstens grundsätzlich und prinzipiell ein Herrschaftsanspruch, weil Menschen als "Humankapital" oder als eine "Naturressource Arbeitskraft" bewertet werden. Zweitens ist der Blickwinkel von Bevölkerungspolitikern grundsätzlich und prinzipiell ein sexistischer: Denn immer wird eine staatliche Rationalität, eine staatliche Zweckmäßigkeit hinsichtlich des Kinderkriegens über eine individuelle und subjektive Entscheidung von Frauen gestellt.

Der Anspruch, die Zusammensetzung und die Zahl einer Bevölkerung zu steuern und zu planen, ist historich gesehen nicht neu. Eigentlich spiegelt er ja auch nur einen anderen Anspruch: nämlich den, einen Markt von Arbeitskraft zu regulieren und zu organisieren. Dieser ist schon seit 500 Jahren nicht mehr nur auf nationaler Ebene zu sehen, sondern ist - wie der Markt vieler Waren - ein Weltmarkt.

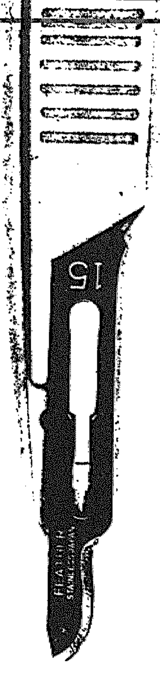
Methoden und Instrumente von Bevölkerungspolitik

Es gibt eine ganze Palette von Methoden und Instrumenten von Bevölkerungspolitik, die von offener brutaler Gewalt bis hin zur "sanften" Gewalt in Form der Normalisierung und Normierung von Kinderkriegen und Schwangerschaftreichen. Sie verbinden sich alle mit der Gewalt der Verhältnisse selbst.

Einige Beispiele können das verdeutlichen:

1. Offene und direkte Gewalt wird durch Zwangssterilisationen und Zwang zur Verhütung (z.B. indem eine Hormonspritze als Impfung gegen eine Krankheit ausgegeben wird) ausgeübt. Zwangssterilisationen werden oft ohne Wissen der Frauen z.B. bei Kaiserschnitt-Entbindungen durchgeführt. Einige Zahlen aus Brasilien, wo seit Ende der 70er Jahre Frauen massiv gegen diese Praxis protestieren, verdeutlichen dies: hier kommen (je nach Gegend) 40 bis 50 Prozent der Kinder mit Kaiserschnitt zur Welt (zum Vergleich: in Westeuropa unter 10%). Rund 50% aller Frauen im gebärfähigen Alter und 80% der schwarzen Frauen sind nach Angaben der Frauenorganisation REDEH sterilisiert (die offiziellen Angaben sind nur unwesentlich niedriger).

Planmäßig wird auch in Puerto Rico, einer Quasi-Kolonie der USA, sterilisiert. Hier hat die USA in einem sog. Plan 2020 die Zukunft Puerto Ricos für die nächsten 30 Jahre umrissen. Puerto Rico soll als militärischer Stützpunkt der USA erhalten bleiben und als Produktionsstandort für Eisenerzabbau und Stahlverarbeitung ausgeweitet werden. Die USA hat die Insel in verschiedene wirtschaftliche Regionen aufgeteilt festgeschrieben, wieviele Menschen dort leben sollen. Ihr Ergebnis: bis zum Jahr 2020 soll die Bevölkerung von derzeit 4 Millionen Menschen auf 1,5 Millionen Menschen reduziert werden. Schon heute gibt es Orte, in denen seit Jahren kein Kind mehr geboren wurde - nicht weil Frauen für sich entschieden hätten, kein Kind zu bekommen, sondern weil sie zwangssterilisiert wurden. Anzumerken ist noch, daß in Puerto Rico eine Sterilisation das einzig kostenlose Verhütungsmittel für Frauen ist.



Eine verdecktere Form von Gewalt wird in den bevölkerungspolitischen Programmen praktiziert, die mit sog. finanziellen Anreizen arbeiten, wo also Verhütung oder Sterilisation finanziell prämiert werden. Unter Armutsbedingungen sind solche Prämien Erpressung und Gewalt, zumal die betroffenen Frauen oft über die Art und Weise und die Folgen eines Eingriffs nicht aufgeklärt werden.

Ein Beispiel für solche "finanziellen Anreize" ist Bangladesh. Es ist für uns sehr interessant, weil die BRD an der Konzeption, Planung und Durchführung des Programms wesentlich beteiligt ist. Frauen, die sich sterilisieren lassen, erhalten hier einen Sari und eine Prämie, die einem durchschnittlichen Lohn von etwa 6 bis 7 Wochen entspricht. Aber nicht nur die Frauen, die sich sterilisieren lassen, auch die MitarbeiterInnen der Familienplanungsprogramme erhalten eine Prämie, wenn sie eine Frau zu einer Sterilisation oder zum Einsetzen einer Spirale überreden. Und schließlich bekommt auch der Arzt eine "Bauchprämie". Was dieses Prämiensystem in der Praxis heißen kann, wurde 1984 nach einer großen Flutkatastrophe deutlich. Hier lag die Verteilung der Lebensmittel-Hilfspakete (die von der BRD verschickt worden waren) in den Händen der lokalen Familienplaner, die die Pakete aber nur dann an Frauen weitergaben, wenn diese sich bereit erklärten, sich sterilisieren zu lassen - die Familienplaner wollten an der Verteilung der Pakete gut verdienen.

Solche "finanziellen Anreize" sind oft in entwicklungspolitische Projekte eingebunden, z.B. unter dem Stichwort "Dorfentwicklung". Da wird dann z.B. von einer Organisation ein neuer Dorfbrunnen gebaut - allerdings nur dann, wenn so und so viele Frauen Verhütungsmittel nehmen.

Ein anderes Stichwort mit fortschrittlichem Mäntelchen sind unter Umständen sog. "einkommensschaffende Maßnahmen für Frauen". Unter diesem Stichwort läuft z.B. in Thailand ein Programm, in dem Frauen, die verhüten, junge Schweine zur Mästung und das entsprechende Futter zu einem reduzierten Preis von einer Familienplanungsorganisation erhalten. Sind die Schweine gemästet, werden sie von dieser Organisation wieder vermarktet. Wird die Frau innerhalb dieses Zeitraums schwanger, muß sie die Summe, um die der Kauf der Ferkel reduziert war, zurückerstatten. Das als "einkommensschaffende Maßnahme" zu bezeichnen ist zynisch. Denn das Einkommen, das die Frauen für ihre Arbeit erhalten, erkaufen sie sich dadurch, daß sie die Kontrolle über ihre eigene Gebärfähigkeit aufgeben. Der Slogan dieses Programms, der den Sexismus und Zynismus der Bevölkerungsplaner zum Ausdruck bringt, lautet: Überlassen sie die nächste Schwangerschaft dem Schwein.

Neben Zwangsmaßnahmen und der Ausnutzung der materiellen Not wird die "sanfte Gewalt" der sozialen Normierung und Normalisierung eingesetzt. Daß diese "sanfte Gewalt" äußerst wirksam ist und Anpassungsdruck erzeugt, wissen wir aus unserem eigenen Alltag in der BRD: mittlerweile werden hier Frauen, die älter als 32 Jahre sind und keine humangenetischen Schwangerschaftstests machen lassen, als "asozial" und "verantwortungslos" tituliert.

In den "3.Welt"-Ländern finden Normierungsprozesse dieser Art, allerdings mit anderen konkreten Inhalten, ebenso statt. Zentraler Inhalt ist zumeist, Verhütung als Inbegriff von Modernität und Fortschritt zu verstehen. Mittel, dies im Bewußtsein zu verankern, kann selbst die Werbung sein. Man verkauft Verhütungsmittel wie Seife. Für jedes Land wird ein passendes Produktdesign und ein klangvoller Name für das Verhütungsmittel gesucht und Verkaufsstrategien entwickelt. Die UNFPA lobte

z.B. eine Werbestrategie, bei denen KäuferInnen von Verhütungsmitteln Karten für Rock-Konzerte zum halben Preis erhalten.

Ihr müßt dabei mitdenken, daß der Verkauf von Verhütungsmitteln in der Regel nicht durch ÄrztInnen erfolgt, sondern, je nach Präparat, über medizinisch völlig ungeschulte Leute (z.B. bei der "Pille") oder "angelernte" HelferInnen, die nur wissen, wie ein 5-Jahres Implantat in den Arm gespritzt, eine Spirale eingesetzt oder eine Drei-Monats-Spritze verabreicht wird. Und es ist zu berücksichtigen, daß eine medizinische Betreuung bei eventuell auftretenden Nebenwirkungen zumeist nicht vorgesehen (und oft unter den herrschenden Bedingungen praktisch nicht möglich) ist.

Mit all diesen Formen der Gewalt gegen Frauen geht eben immer noch eine weitere einher: Die Gewalt nämlich, die sich durch die Art der zur Verfügung gestellten Verhütungsmittel in die Körper der Frauen hinein verlagert. Verhütungsmittel sollen nach Auffassung der Familienplaner von den Frauen möglichst gar nicht selbst zu kontrollieren sein. Entsprechend werden neben Sterilisationen die Spirale, Drei-Monatsspritze und seit neuestem NORPLANT favorisiert. (Norplant ist ein Implantat, das in den Arm gesetzt wird und über 3 bzw. 5 Jahre hinweg Hormone abgibt.)

Die medizinische Vor- und Nachsorge ist für die meisten Frauen in den Ländern der 3.Welt nicht ausreichend, was umso schwerer wiegt, als die Nebenwirkungen der Verhütungsmittel selbst größer sind als dies für uns Europäerinnen gilt (u.a. auch deshalb, weil die Dosierungen bei den hormonellen Verhütungsmitteln wesentlich höher sind als hier).

Soweit ein kurzer Überblick über die gängigen Methoden und Instrumente von Geburtenpolitik in Ländern der 3.Welt. Es ist deutlich geworden, über welches Gewaltpotential Bevölkerungspolitik verfügt. Sie ist sexistisch, auch wenn sie mitunter mit dem Argument hantiert, sie würde dem Wunsch der Frauen nach weniger Kindern entgegenkommen. Denn ihr Maßstab ist nicht der subjektive Wunsch einer Frau, Kinder zu bekommen oder keine, ihr Maßstab ist einzig und allein die staatliche Planvorgabe, wieviele Kinder geboren werden sollen.

In der Tat hätten viele Frauen in Ländern der 3.Welt gerne weniger Kinder. Das belegen alleine die hohen Abtreibungszahlen. So sind z.B. in Lateinamerika die Folgen einer Abtreibung die Todesursache Nummer Eins bei Frauen im Alter von 15 bis 39 Jahren. Gleichzeitig sind auch die gesundheitlichen Gefährdungen durch Schwangerschaft und Stillen bei Frauen in Ländern der 3.Welt noch wesentlich größer als in den Metropolen.

Aber das alleine zu sehen, ergäbe ein schräges Bild: Frauen entscheiden sich aus den vielfältigsten Gründen für oder gegen ein Kind. Eine Schwangerschaft kann schwerwiegende gesundheitliche Folgen haben - aber ein Kind kann trotzdem gewünscht werden. Und vielleicht können auch materielle Faktoren die Entscheidung beeinflussen. Kinder sind oft die einzige Alterssicherung. Kinder können auch eine notwendige Arbeitskraft sein und das Überleben der Familie mit absichern. Auch soziale Faktoren beeinflussen das Interesse oder Desinteresse an Kindern (Frauenrolle; Freiräume, die sich Frauen erkämpft haben usw.).

Dies sind sicherlich noch längst nicht alle Faktoren, die in der Entscheidung übers Kinderkriegen eine Rolle spielen. Von biographischen Erfahrungen einer jeden Frau, vom "subjektiven Moment" und von Eigensinn war noch gar nicht die Rede....

Geht es um "Bevölkerungspolitik", haben wir uns daran gewöhnt, von all diesen subjektiven Faktoren zu abstrahieren und schlicht von "den Frauen" zu reden. Vor allem von "den Frauen in der 3.Welt". Wir differenzieren weder zwischen den unterschiedlichen Biographien noch zwischen den unterschiedlichen Lebenssituationen dieser Frauen. Wir fragen nicht, welchen sozialen Status sie haben, ob sie auf dem Land oder in einer Stadt wohnen, oder welchen politischen Hintergrund sie haben und wir tun so, als ob die Lebenssituation einer chinesischen Bäuerin der einer afrikanischen Subsistenzarbeiterin oder der einer Lohnarbeiterin in Mittelamerika die gleiche sei. Das Interesse oder das Desinteresse an Kindern gibt es aber nicht - und die Forderung nach Selbstbestimmung aller Frauen läßt sich auch nicht alleine durch die Verfügbarkeit von Verhütungsmitteln realisieren. Die Verfügbarkeit von Verhütungsmitteln und das Recht auf Abtreibung sind zwar Grundvoraussetzungen für ein Selbstbestimmungsrecht von Frauen in allen Ländern dieser Welt. Für eine Selbstbestimmung übers Kinderkriegen sind aber auch ökonomische, soziale und politische Veränderungen unerläßlich.

Soweit zu dem Einwand, Bevölkerungspolitik hätte auch ihr Gutes, weil

ja auch Frauen in der 3.Welt gerne weniger Kinder hätten.

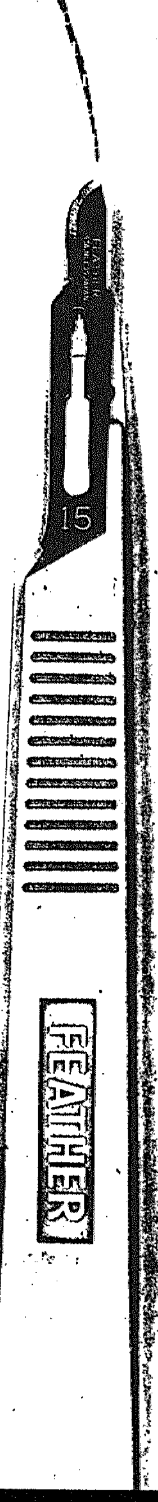
Legitimationsmuster

Ich komme jetzt zum letzten Teil meines Vortrags, nämlich zu den Argumenten, mit denen Bevölkerungspolitiker versuchen, ihre Politik zu rechtfertigen. Diese Diskurse legitimieren nicht nur die gegen die Frauen gerichtete Gewalt, sondern sie codieren das ganze Verhältnis zu sog. 3.Welt.

Wenn Bevölkerungspolitiker über die Weltbevölkerung reden, ist ihr Ausgangspunkt erst mal ein Katastrophenszenarium, in dem "wir" als Bedrohte dastehen. "Überbevölkert" sei die Welt, "Bevölkerungsschwemmen" und "-fluten" und "-explosionen" bedrohen unseren Reichtum. "Wuchernde Städte" würden "sozialen Sprengstoff" bedeuten, der sog. Nord-Süd-Konflikt sich dramatisch verschärfen, Flüchtlinge würden die Festung Europa stürmen... "Wohltätige" Argumente sind bisweilen auch zu hören: Z.B. dann, wenn das "Leid zu leben" angeführt wird, um den Mord zu rechtfertigen. So Hoimar v. Dithfurt: "Auch heute werden wieder 40.000 Kinder sterben - alle zwei Sekunden eines. Sie verhungern... Furchtbar? Viel schlimmer: Wenn diese Kinder NICHT stürben, wenn sie NICHT in den Armen ihrer Mütter verhungerten, ... wenn sie etwa überlebten und gar erwachsen würden, um selbst Kinder zu haben, dann wäre die Katastrophe noch weitaus größer." Er fordert Bevölkerungspolitik als Mittel gegen den "qualvollen Hungertod oder das gewaltsame Ende in den Schrecken der dann bevorstehenden Verteilungskämpfe" (zit. n. Erna Pfeiffer: Geburtenkontrolle. In: Frakele/Pauritsch/List: Kinder machen. Wien 1988) In ähnlicher Weise wurde auch innerhalb der WHO debattiert, ob es eigentlich sinnvoll sei, weiterhin eine medizinische Direkthilfe für verhungernde Kinder zu finanzieren oder ob man die Kindern nicht - was mache für humaner erachten - gleich verhungern lassen sollte.

In der Regel kreisen jedoch die Versuche zur Legitimation von Bevölkerungspolitik heute um 2 Aspekte. Der erste lautet: 'Das Bevölkerungswachstum verhindert Entwicklung und führt zu Armut. Die Regierungen müssen für die wachsende Bevölkerung Investitionen tätigen, also mehr Schulen oder Gefängnisse bauen und haben dann kein Geld mehr, um eine gezielte Wirtschaftsförderung zu betreiben. Die Folge ist zunehmende Verarmung.'

Dazu die Bundesregierung: "Gerade in den ärmsten Ländern müssen immer mehr Nahrungsmittel, Ausbildungs- und Arbeitsplätze, Gesundheitseinrichtungen, Schulen und Wohnungen zur Verfügung gestellt werden, Bedürfnisse, welche schon heute nicht mehr befriedigt werden können. In anderen Ländern wird mit Mühe erreichter wirtschaftlicher und sozialer Fortschritt vom Bevölkerungswachstum wieder aufgezehrt." (Förderkonzept Bevölkerungspolitik und Familienplanung von 1991). Die ZEIT übersetzte das in eine verständlichere Sprache: "Die Menschen fressen den Fortschritt auf".



Auch die UNFPA rechnet im Weltbevölkerungsbericht 1991 vor, wie teuer die Kosten eines Staates für ein Kind seien und wie billig dagegen die Familienplanung. Unterm Strich könne viel gespart werden. (Diese Rechnung ist analog zu der, die ein Freiherr von Stackelberg für die BRD anstellte: Nur ging es diesem nicht um Kinder im allgemeinen, sondern um Kinder mit Behinderungen. Auf der anderen Seite der Rechnung ging es nicht um Familienplanung, sondern um eine flächendeckende humangenetische Beratung. Für diese Rechnung bekam Stakkelberg dann Anfang der 80er den 1. Preis für Gesundheitsökonomie des Bundesministers für Arbeit und Soziales.)

Die Argumentation, das Bevölkerungswachstum sei für die Armut verantwortlich, und die Unterstellung, die finanziellen Ressourcen von "3.Welt"-Ländern würden samt und sonders in sozialpolitische Leistungen fließen, ist zynisch - für die Armut ist in allererster Hinsicht die herrschende Weltordnung, die die Ausbeutung der "3.Welt"-Länder festschreibt, verantwortlich. Wenn in einem theoretischen Modell von dieser Ausbeutungsstruktur abstrahiert wird, wissen selbst die gängigen Wirtschaftswissenschaftler nicht mehr weiter: höchst unterschiedlich sind die Meinungen über den Zusammenhang von Bevölkerungsdichte, -zahl und ökonomischen Potenzen eines Landes. Und "rein theoretisch" müßte dann ja auch die Armut in den Metropolen verortet werden - schließlich ist die Bevölkerungsdichte hier in der Regel wesentlich höher als in Ländern der "3.Welt".

Hinter dem wohlklingenden Argument, man wolle mittels Familienplanung nur die Armut bekämpfen, verbirgt sich real nichts anders als ein Versuch der Abschaffung der Armen. Nicht die Armut, sondern die Armen sollen abgeschafft werden.

Der zweite Aspekt der Legitimierung von Bevölkerungspolitik bezieht sich auf die weltweite ökologische Zerstörung: auch hierfür wird eine wachsende Bevölkerung verantwortlich gemacht. Ein ESPRIT-Werbetext: "Ohne die Überbevölkerung könnten die Menschen mit der Natur in Harmonie leben".

Die FAZ formuliert es ganz einfach: "Mehr Menschen gleich mehr Schäden".

Auch hier sind es nicht mehr die Produktionsbedingungen und die "Lebensstile", die als zentrale Ursachen der ökologischen Zerstörung ausfindig gemacht werden. Manchmal werden zwar Fakten anerkannt, z.B. der, daß es beim Raubbau an der Natur in erster Linie um Profitinteressen ginge oder daß der Energieverbrauch der Metropolen um ein Vielfaches höher ist als der in einem Land der "3.Welt". Nachdem aber solche scheinbar kritischen Anmerkungen pflichtbewußt abgespult worden sind, wird dann die Frage aufgeworfen: Was ist denn, wenn alle so leben wollen wie wir? Dann kollabiert die Welt. Zwei Wege sollen das Problem lösen: die Metropolen müssen auf Umwelttechnologie setzen und ihren Ressourcenverbrauch durch Technologieentwicklung (und sonst nichts) - und die Länder der 3.Welt ihre Bevölkerungen reduzieren.

Nun befinden sich VertreterInnen solcher Positionen in einer schrecklichen Beweisnot, denn sie können den Zusammenhang zwischen ökologischer Zerstörung und Bevölkerungswachstum gar nicht so einfach darstellen, eben weil der Faktor "wie wird produziert, wie leben die Menschen zusammen" immer miteinfließen müsste. Diese Beweisnot - die selbst die UNFPA im Weltbevölkerungsbericht 91 zugibt - wird übertünscht mit "Evidenzen" und einem "gesunden Menschenverstand". Suggestiv verknüpft z.B. ein FAZ-Artikel "gesunden Menschenverstand" und "sinnliche Erfahrbarkeit" von "Überbevölkerung": "Je mehr Menschen, desto größer ihr Einfluß auf die Umwelt. .. Der Beweis für diese Behauptung ist in den meisten Entwicklungsländern sichtbar und riechbar." Slums riechen "schlecht" - für die FAZ ist das nicht der "Geruch der Armut", sondern der Geruch von zu vielen Menschen. Gleichermaßen typisch für alle möglichen Publikationen zur Bevölkerungsentwicklung ist, daß soziale Verhältnisse wie z.B. die Existenz von Slums in "biologische" Verhältnisse umdefiniert werden - die Frauen kriegen "zu viele" Kinder - wie auch, daß ständig mit einem vermeintlichen "gesunden Menschenverstand" argumentiert wird.

Wie absurd das sein kann, ist im Weltbevölkerungsbericht 91 zu lesen. Da steht, daß jeder Mensch Platz verbrauche, den er Pflanzen und Tieren wegnähme. "Logische" Konsequenz (für den Herausgeber, die UNFPA): Je mehr Menschen, desto geringer die Artenvielfalt. Ganz in diesem Sinne sagte mal vor vielen Jahren Heinz Haber im Fernsehen, die Erde könne nur eine Biomasse Mensch von 200, besser nur von 175 Millionen Tonnen ertragen, sonst ginge sie kaputt.

Für die einen ist so der schlechte Geruch im Slum der Beweis für die Existenz einer Überbevölkerung, für die anderen die zu große Biomasse Mensch. Für dritte wiederum, die eher in der Tradition der sog. Verhaltensforschung stehen, ist es der Sittenverfall der Menschheit. So z.B. für Claus Jacobi, Herausgeber der WELT und Autor einer schließlich auch in einer Buchausgabe gesammelten Artikelserie über die sog. Bevölkerungsexplosion. Er weiß von den Lemmingen, daß sie bei sog. Überpopulation kollektiven Selbstmord begehen und von Ratten, daß sie sich dann gegenseitig auffressen - warum sollte es beim Menschen anders sein? Eins der letzten Kapitel seines Buches trägt die Überschrift: "Über die Zweckmäßigkeit der Vernichtung menschlichen Lebens". Er stellt das Lebensrecht von Menschen in der 3.Welt grundsätzlich zur Disposition, an der Legitimität von Massenmord zweifelt er nicht, sofern dieser zum Wohle eines anderen Teils der Menschheit geschähe. Allerdings sei, so Jacobi, zu bezweifeln, ob die Menschen in den Metropolen die Notwendigkeit zum Handeln einsehen würden. Ihre Zögerlichkeit und ihre Skrupel, Bevölkerungspolitik und Massenmord zu betreiben, ließen jedenfalls auf eine innere Verweichlichung schließen. Und diese innere Verweichlichunt wiederum sei ein Symptom von Sittenverfall, ausgelöst durch unsere übervölkerten Großstädte und zuwenig deutschen Wald.

In einer ähnlichen Tradition, allerdings nicht ganz so krass, argumentiert auch Hubert Weinzierl, Vorsitzender des BUND. Wenn es beim Menschen eine Überpopulation gäbe, dann, so Weinzierl, würde der Lebensraum für den einzelnen geringer und es wüchsen die Gedrängefaktoren. Die Folge seien Aggressionen, Krieg und Gewalt. Auch

Weinzierl findet es legitim, sich mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln gegen "zu viele" Menschen zu wehren.

Über die "Zweckmäßigkeit der Vernichtung von menschlichem Leben" wird nicht nur bei Jacobi diskutiert, sondern auch in einem 1990 erschienenen Lehrbuch für Chemie-StudentInnen. Der Autor Campbell will in seiner langen Einleitung Studierenden erklären, welche Möglichkeiten die Chemie bei der Lösung der globalen Menschheitsprobleme bietet. Ursache der meisten Probleme ist für ihn: das Bevölkerungswachstum. Dem könne man begegnen durch "Verminderung der Geburtenziffer, Erhöhung der Sterberate (!) und durch Aussiedeln von Völkern". Nachdem er seitenlang Bedrohungsszenarien entwickelt, schlägt er dann noch eine vierte Maßnahme vor. Ich zitiere: "Aber unsere Suche nach Lösungen bliebe unvollständig, wenn wir nicht eine vierte Möglichkeit in Betracht ziehen würden - eine Lösung, deren sich die Menschen in der Vergangenheit häufig in bedrohlichen Situationen bedienten. Man hört auf, einzelne Individuen - gewöhnlich ethnische oder soziale Gruppen von Individuen - als menschliche Wesen zu betrachten und sie als solche zu behandeln." Als geschichtliche Beispiel für die Lösung von Bevölkerungsproblemen durch Entmenschlichung nennt Campbell dann u.a. "die Christen im Rom des Altertums, die Indianer in Nord- und Südamerika, und die Juden und Zigeuner während des nationalsozialististschen Regimes in Deutschland." Campbell fordert die systematische und planmäßige Vernichtung von Menschen.

Vom Esprit-Werbetext über Hubert Weinzierl bis zu Campbell existieren Gemeinsamkeiten der Argumentation. Zunächst gehen alle von einer "globalen Bedrohung und Krise" aus, die ihrer Meinung nach von dem Bevölkerungswachstum ausgelöst wird. Der Mensch wird sich selbst zum Feind, oder, so der Titel eines gerade erschienen Buches zum Thema, in dem eine Artikelserie aus der Süddeutschen Zeitung zusammengefaßt ist:

ZEITBOMBE MENSCH.

Das zweite und wesentliche ist dann, daß der Mensch allein zum bloßen Bestandteil von "Natur" definiert wird, also als "Biomasse Mensch" ebenso Teil der Natur sein soll wie der Amazonas, der Delphin oder der deutsche Wald. Menschliche Subjekthaftigkeit, personaler Status und Individualität werden Menschen aberkannt.

Auf dieser Basis kann dann (gegebenenfalls) ein "Recht der Natur" über ein Existenzrecht von Menschen gestellt werden. Dieses "Recht der Natur" kann allerdings dann hinten angestellt werden, wenn es dem wirtschaftlichen Nutzen abträglich ist. Der gleiche Herrschafts- und Gestaltungsanspruch, der gegenüber der Natur wirksam ist und der eine zentrale Ursache für ökologische Zerstörung ist, wird in seiner ganzen Vehemenz eben auch gegenüber einem Teil der Menschen geltend gemacht. Wer das Existenzrecht von Menschen einem vermeintlichen und von Menschen selbstdefinierten "Recht der Natur" unterordnet, will entscheiden, welcher Teil von Menschen "gerettet" werden darf - und welcher vernichtet werden muß.

Die ökologische Begründung einer Notwendigkeit von Bevölkerungspolitik prägt einen rechten Ökologie-Begriff und codiert auch unser Verhältnis gegenüber den Menschen in der 3.Welt neu. Wir sollen nicht mehr nur gleichgültig sein gegenüber einem ökonomischen System, das täglich tausende Menschen verhungern läßt, sondern wir sollen uns aktiv, innerlich aufrüsten und Vernichtung akzeptieren.

Hier kann ein Rassismus aktualisiert werden, dessen Sinn und Zweck darin besteht, die bestehende Weltordnung mittels planmäßigem Morden zu verteidigen..

Wir sollen bereit sein, "globale Verantwortlichkeit" zu übernehmen. Was das heißen kann, erläuterte Umweltminister Töpfer kurz vor der Rio-Umweltkonferenz im letzten Jahr. Er meinte, daß es in der Zukunft nicht ausgeschlossen werden sollte, daß die Metropolen auch militärische Gewalt gegen ökologische Bedrohungen anwenden. Daß damit wohl nur militärische Einsätze in Ländern der 3.Welt gemeint sind, nicht etwa bei Bayer Leverkusen oder Hoechst Frankfurt, können wir wohl annehmen. Aber ganz davon abgesehen ist das laut Töpfer sowieso nicht die größte ökologische Bedrohung. Das ist nämlich, (das sagte er im gleichen Interview einige Sätze später) die Überbevölkerung. Vielleicht sollen unsere Grünhelme dann mit einer Neutronenbombe ausgestattet sein?

Anmerkung:

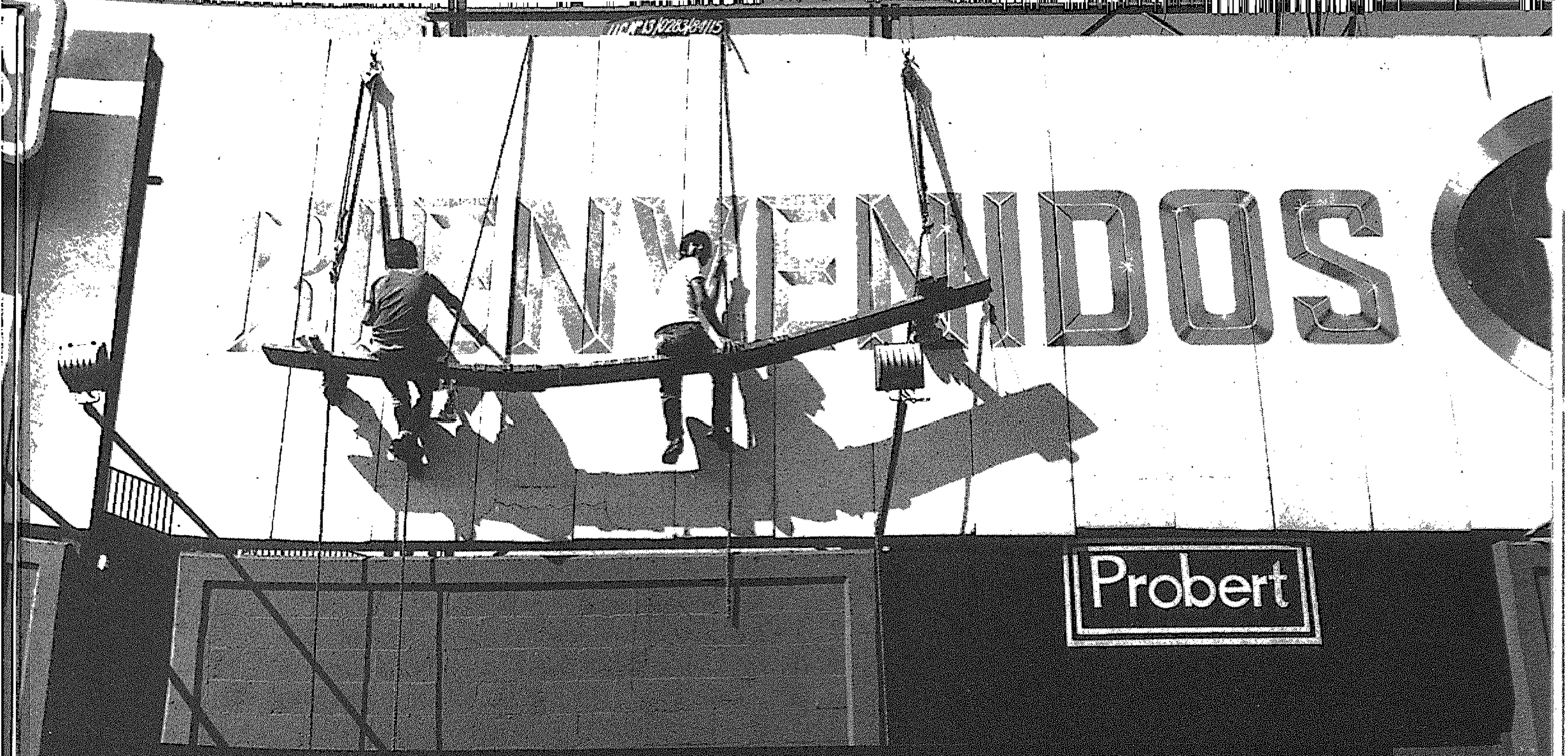
Dieser Beitrag wurde aus Platzgründen um ein historisches Zwischenkapitel "Zur Geschichte der internationalen Bevölkerungspolitik" gekürzt. Michaela Schuh wird das Thema in einem der nächsten SF fortsetzen.

Empfehlenswerte Literatur:

Pauritsch/Frakele/List: Kinder machen. Strategien der Kontrolle weiblicher Fruchtbarkeit. Wiener Frauenverlag; Frauenforschung Bd. 6. Wien 1988

Heide Mertens: Wunschkinder. Natur, Vernunft und Politik. Münster 1991

Weltbevölkerungsbericht 1991 und 1992; beide veröffentlicht von "Deutsche Gesellschaft für die Vereinten Nationen, Bonn.



"In Mexico endete das 20. Jahrhundert am 31.12.1993"

Antonio und Liza García de León

Foto: R. Maro/transparent

Antonio García de León und **Liza García de León** sind Anthropologen und Historiker und arbeiten an der Escuela Nacional de Antropología e Historia der Universidad Autónoma de México. Antonio hat sich in den letzten Jahren in verschiedenen Publikationen mit der Geschichte und den aktuellen Konflikten in der Region Chiapas auseinandergesetzt. Der vorliegende Text stellt die überarbeitete Fassung zweier Konferenzen dar, die Antonio und Liza in Frankfurt im April durchgeführt haben. [1]

Am 1.Januar 1994 wollten wir uns zurückziehen. Wir bereiteten uns darauf vor, in die Archive von Sevilla zu gehen und unsere Arbeit zu Veracruz fortsetzen. Wir hatten nichts zu tun, es interessierte uns nicht, an der Vorbereitung der Wahlen teilzunehmen. Wir fühlten uns politisch im Abseits. Am 2.Januar schalteten wir den Fernseher ein, und als wir die Bilder vom Aufstand in Chiapas sahen, dachten wir, dort würde gerade ein Film über die Guerrilla in El Salvador gedreht.

Chiapas - der Kontext eines Aufstandes...

Ich möchte mit einem Aufruf beginnen, den die Zapatistas am 1. Januar verkündeten. Dort hieß es: "Laßt uns nicht alleine. Ich glaube, es ist wichtig, Informationen weiterzugeben, Solidarität mit einer Bewegung zu erzeugen, die äußerst neue und wichtige Elemente für die Zukunft Mexicos birgt.

Im Ausland hat man manchmal die Vorstellung, daß Mexiko eine sehr tolerante Demokratie herrsche in Bezug auf das Verhältnis von sozialer Bewegung und Staat, aber ich sehe die undemokratischen Verhältnisse und eine große Intoleranz der Regierung gegenüber den sozialen Bewegungen.

Ich glaube, daß die gegenwärtige Bewegung genauso wichtig ist wie die Studentenbewegung 1968 mit dem Unterschied, daß die gegenwärtige Regierung eine historische Krise des mexikanischen politischen Systems aufzeigt. Dabei handelt es sich um ein politisches System, das die vergangenen 65 Jahre durchdrungen hat. Ein System der Staatspartei, d.h. einer dominanten Partei, die sich mit den Staatsstrukturen verwoben hat.

Die Partei der Institutionalisierten Revolution (PRI) ist ein Produkt der Allianz aller politischen Kräfte, die in der mexikanischen Revolution von 1910 in Erscheinung getreten sind. Wahrscheinlich war diese Partei ein sehr wichtiger Faktor für die politische Stabilität des Landes von 1929 bis 1968.

Ich glaube gerade, weil diese Partei eine Kraft der politischen Mitte war, in der Linke, Liberale und Rechte zusammenkommen konnten, hatte sie diese Rolle für die politische Stabilität und die politische Einheit des Landes einnehmen können, die sie Ende 1968 verlor, als sie anfing, sich nach rechts zu wenden.

Im Jahre 1989 gründete sich die Partei der Demokratischen Revolution (PRD). Diese strebte eine Allianz der politischen Mitte und der Linken für die Demokratisierung Mexikos an. 230 Mitglieder dieser Partei wurden in einer Welle

systematischer Repression im Zeitraum von 1989 bis Dezember 1993 ermordet. Überwiegend hatten dies Einheiten der Polizei und mit der Regierung verbundene Personen zu verantworten, die zum größten Teil nicht zur Verantwortung gezogen wurden. Jedoch ist die demokratische Opposition weitaus größer als die PRD, die trotz des Klimas der Repression den gewaltfreien Kampf für eine Demokratisierung populär gemacht hat. Die Regierung Regierung hat trotz der sehr wichtigen Widerstandsbewegung im ländlichen Mexiko und in den marginalisierten Sektoren der mexikanischen Gesellschaft große Anstrengungen unternommen, um das Freihandelsabkommen mit den USA und Kanada zu unterzeichnen und zwar unter Bedingungen, die sehr nachteilig für die Agrarproduzenten sein werden. Die Salinas Regierung hat auch die Änderung des Artikel 27 der mexikanischen Verfassung in Gang gebracht, der sich auf die Landfrage bezieht und seit 1917 in der Verfassung verankert ist.

Die Reform des Artikels 27 bedeutete, den Zugang zum Landbesitz zu verhindern. Da die Agrarreform abgeschlossen wurde, gibt es diesen Zugang zum Landbesitz nicht mehr. Dies bedeutete das Ende einer sehr langen Periode, die seit der Revolution andauerte und während derer sich der Staat zum Vermittler zwischen der Bauernbewegung und sich selbst entwickelt hatte. D.h. während der Revolution besetzten die Bauern das Land und baten niemanden um Erlaubnis. Nach der Revolution mußten die Bauern zur Regierung gehen, um Boden bitten und die Regierung erkannte ihn ihnen zu. Etwas ohne die Zustimmung des Staates zu machen, bedeutete Rebellion und führte zu Zusammenstöße mit der Armee.

Der Gedanke, der dieser Reform zugrundeliegt, ist die Integration in den nordamerikanischen Markt voranzubringen. Obwohl viele Aspekte dieser Reform sehr kostspielig sein werden, erfordern sie doch eine Modernisierung der Landwirtschaft.

In vielen Regionen Mexicos - vor allem in jenen, die geographisch am entlegensten und sozial am weitesten von der Entwicklung des Landes ausgegrenzt sind - existiert eine breite indigene Bevölkerung, so daß in Mexico Indio, d.h. Indigéna sein automatisch heißt, daß man am Rande der Gesellschaft steht und in einer armen Region lebt.

In jenen Regionen und im besonderen in Chiapas hat sich zudem in der letzten Zeit eine bestimmte Form der Politik etabliert, die systematisch die Menschenrechte verletzt. Diese Politik, die sich seitens der Polizei und des Militärs in Akten der Repression gegen die indigenen Bauern äußert, drückt sich verstärkt in Maßnahmen aus, die von Folterungen bis zu Morden reichen. Immer mehr Menschen verschwinden. Und nicht verschwand, sondern daß sie Teil des Diskurses der indigenen Gemeinschaften wurde und sich zum Bestandteil einer Mythologie von der Vergangenheit entwickelt hat, die immer wieder zum Leben erweckt wird. Wichtig ist auch, daß sich diese Bewegungen ab dem 19. Jahrhundert mit den politischen Bewegungen der Stadt vor allem mit den Anarchisten verbunden haben. Die indigenen Gemeinden Chiapas' schufen sich eine eigene politische Ideologie des Kampfes. Diese hat viel mit dem



während sich die mexikanische Linke, vor allem die städtische Linke, aufgrund dessen, was in der Welt geschehen ist, in einer hoffnungslosen Periode befand, gruppierten sich viele dieser Sektoren um die katholische und um einige der protestantischen Kirchen. Dies ist in Staaten wie Guajaca oder Chiapas sehr offensichtlich. Dort wurde die katholische Kirche durch die Situation ihrer Gläubigen politisiert und öffnete sich einer anderen Exegese des Evangeliums, die man derzeit in Lateinamerika als Theologie der Befreiung kennenlernen kann.

...seine historischen Wurzeln...

Der Fall Chiapas ist wichtig, weil Chiapas eine lange Tradition des organisierten indigenen Widerstandes innehat, die bis zur Kolonialzeit zurückreicht. In Chiapas fanden im 17., 18. und 19. Jahrhundert verschiedene wichtige indigene Aufstände statt. Das Relevante daran ist, daß diese historische Erinnerung

Anarchismus zu tun. Gleichzeitig besitzt sie allerdings tiefe Wurzeln in der eigenen Geschichte und den eigenen historischen Erfahrungen, die sich von Generation zu Generation durch mündliche Überlieferung verbreitet haben.

1869 wurde in Chiapas beispielsweise ein großer Bauernaufstand von dem mexikanischen Anarchisten Galindo angeführt, der die indigenen Gebräuche annahm. Seit damals haben sich die indigenen Gemeinden Chiapas' des Mottos 'Land und Freiheit' angenommen, das später zu einer wichtigen Losung der Bewegung von Emiliano Zapata während der Revolution von 1910 in Morelos wurde. In den 20er und 30er Jahren gab es Berührungspunkte zwischen manchen Aufstände der Bauern und nicht indigenen Aktivisten der Dritten Internationalen. D.h. es existiert eine lange Tradition der Allianzen zwischen Ideologien des indigenen Widerstandes und Ideologien der städtischen Linken.

Diese lange Tradition der Allianz zwischen den Widerstandsideologien der Indigénas und verschiedenen urba-

nen Ideologien der städtischen Linken kann zu einer Erklärung beitragen, in welcher Art sich die zapatistische Bewegung bereits seit zwanzig Jahren entwickelt hat. Denn vor über zwanzig Jahren führte eine große Krise im Agrarsektor - im speziellen ein Preisverfall für Kaffeebohnen - dazu, daß im Anschluß an den ersten Kongress der Indígenas in Chiapas am 12. Oktober 1974 ein Klima entstand, das zu einer verstärkten Organisation der Indigénas führte. Viele neue Bauernorganisationen entstanden und begannen, eine Agrarstruktur aufzubrechen, die nicht durch die mexikanische Revolution zerstört worden war. Chiapas ist wahrscheinlich eine der wenigen Regionen Mexicos, wo immer noch im Rahmen der Lohnarbeit Formen der Halbsklaverei und vor allem Formen der Knechtschaft bestehen. Anstatt daß sich diese Ungerechtigkeiten durch die neoliberale Modernisierung auflösten, verschärften sich diese Probleme. Die neoliberale Modernisierung belebte diese alten Herrschaftsstrukturen von neuem und schuf somit eine Art von wildem Kapitalismus.

1984, nachdem verschiedene von der Armee und der Polizei verübte Massaker, bei denen einige Dörfer und Gemeinden abgebrannt wurden, in Chiapas stattgefunden hatten, begann sich eine immer stärker organisierte Bauernbewegung zu formieren. Dennoch war es in den 80er Jahren sehr schwierig, in internationalen Foren diese Sachverhalte anzuklagen, denn überall glaubte man, daß dies eine Lüge sei, weil ja die mexikanische Regierung eine demokratische Regierung zu sein schien.

Eine Entwicklungslinie der Bauernbewegung geht auf 1968 zurück. Eine andere fußt auf den bewaffenten Bewegungen der 70er Jahre in Mexico, die in den Urwald gingen und seit zehn Jahren eine Gruppe bilden, deren Diskurs allerdings sehr traditionell ist. D.h. sie reden über die Diktatur des Proletariats, den Sozialismus, den bewaffneten Kampf. Es handelt sich hier um einen Diskurs, wie wir ihn bei der mexikanischen Guerrilla der 70er Jahre finden, mit sehr fundamentalistischen, sehr ausschließenden, intoleranten und radikalen Zügen, so daß jegliche Form des Ausdrucks, die nicht der ihren entspricht, kleinbürgerlich oder bürgerlich ist.



Dennoch glaube ich, daß Leute, die für ihr soziales Umfeld sensibel waren, die unterschiedlichen Ausdrucksweisen der Menschen lernten. Dabei wurden sie einer tiefgehenden Kritik seitens der indigenen Bewegung ausgesetzt, die diese Organisationsformen kritisierte. Es gab einen Moment, wo es einen Konflikt zwischen der externen Linie und der eigentlichen indigenen Bewegung gab. Die kleine indigene Gruppe 'indianisierte' sich, indem sie lokale Organisationsformen annahm, sich diesen öffnete und viel von dem früheren Fundamentalismus aufgab. Der Diskurs änderte sich, aber ich glaube, daß die Organisationsbestrebungen bis in das Jahr 1992 noch sehr langsam voranschritten. Es handelte sich bis zu diesem Zeitpunkt um eine sehr langsame Entwicklung. Ab 1992 dehnte sich die Bewegung aufgrund von zwei oder drei fundamentalen Gründen aus.

...und dessen Träger und Alliierte.

Ich glaube, daß die Zapatistas sich niemals vorgestellt hatten, daß sie ihren Einflußbereich mit dieser Geschwindigkeit würden ausdehnen können. Marcos sagte: "Wir sind hierhergekommen und und waren darauf eingerichtet, daß wir Jahre herumlaufen würden."

In Chiapas gibt es drei Sektoren: die von den Rebellen kontrollierte Zone, die Zone der Zapatisten, die von den Militärs abgesperrt ist. Dann gibt es den zweiten Kreis der Zone des zivilen Aufstandes und der Landbesetzungen, dort, wo die Leute z.B. keine Steuern auf den Märkten abführen. In diesem zweiten Kreis gibt es allerdings einen äußerst heftigen Gegensatz zwischen den Großgrundbesitzern und den indigenen Bauern. Ich persönlich denke, daß dieser Gegensatz in großem Maßstab geschürt wurde und von der Politik des Staates der letzten 20 Jahre stark genährt wurde. Natürlich gibt es einen Klassenwiderspruch, ein historisches Problem, das uns bekannt ist. Aber daneben mischte sich die Regierung stark ein.

Allerdings gibt es einen dritten Sektor in Chiapas, z.B. die Region von Sintalapa, Frailesca, den Soconusco. Hier haben die kleinen Grundbesitzer ihr Vermögen verloren und erhalten nur selten Kredite. Daher sagen die Grundbesitzer gemeinsam mit den Bauern, daß sie für die Zapatisten sind. Was wir erreichen müssen, ist, daß eine Art Allianz entsteht. Es gibt einen Sektor unter den Grundbesitzern, den wir gewinnen können. Ich glaube, daß diese Situation in Chiapas ein bißchen das widerspiegelt, was auf nationalem Niveau geschieht. Nämlich daß ein Teil der Unternehmer, des Bürgertums der Mittelschicht an einer Allianz teilhaben könnte, die auf eine Etablierung einer Übergangsregierung ausgerichtet ist, wo klare Regeln herrschen und man mit dem Korporatismus des Staates brechen kann. Ich glaube, daß auf diese Weise das Rückgrad des autoritären Regimes Mexicos gebrochen werden könnte.

Ich glaube, einen großen Vorteil, den wir besitzen, besteht darin, daß sehr wichtige Sektoren der katholischen Kirche und auch der protestantischen Kirchen in Mexico für eine ähnliche

Lösung optieren.
Die Wirkung der Rebellion innerhalb der PRD[2] war sehr unterschiedlich. An der Basis erzeugte sie eine große Sympathie und führte zu einer großen Ermutigung. In der Führung gab es ebenfalls auf der einen Seite viel Sympathie. Auf der anderen Seite Angst, große Angst. Denn es gibt einen ausgeprägten Opportunismus auch in dem Sinne "mein Sitz im Parlament ist mir bereits sicher und was wird sein, wenn es eine Übergangsregierung geben wird und das aktuelle Wahlrecht nicht mehr gültig sein wird?"

In Mexico kann man nicht mit Arbeiterorganisationen, die außerhalb des Systems stehen, rechnen. Aber man kann beispielsweise Arbeiter in den Basisorganisationen antreffen. Die Beteiligung der Arbeiter als Teil einer Gewerkschaftsbewegung ist gleich null in diesem Moment. Aber man kann sie in den Vollversammlungen der Viertel oder der Arbeitersiedlungen antreffen oder in den katholischen und protestantischen Gemeinden. Diese Art, sich zu organisieren, stellt ein Novum für die Arbeiterklasse dar. Vor allem in den Städten ist dieser Wechsel sehr auffallend. Die wichtigsten Organisationen, die in einer Stadt mit 18 Millionen Einwohnern existieren sind die Vollversammlungen der Viertel, dort, wo man für den Wohnraum, das Trinkwasser oder minimale soziale Standards kämpft. Das heißt, es handelt sich hier um sehr breite Vereinigungen, die nicht der PRD angehören.

Die Bewegung im ganzen gehört auch nicht der PRD an. Es herrscht keine Verpflichtung, ihr anzugehören. Und es gab eine Politik der PRD, die darauf abzielte, daß diese Bewegung nicht der Partei angehöre, damit keine korporatistischen Strukturen entstünden. Das heißt innerhalb der Partei gibt es ein breites Bewußtsein dafür, daß diese Bewegungen ihr nicht angehören sollen, damit sie weiterhin ihre eigenen Organisationen als zivile Organisationen jenseits der Partei stärken mögen. Dies ist die vorherrschende Meinung innerhalb der PRD.

Ich glaube nicht, daß die PRD alleine das gegenwärtige Parteistaatssystem zum Zusammenbruch in Mexico führen kann. Es fehlt ihr eine breitere Allianz von Kräften, das nicht alleine aus politischen Parteien besteht, denn die Menschen mißtrauen auch den traditionellen Organisationsformen der politischen Parteien und fordern neue Organisationsformen. Eine Konsequenz der Rebellion ist, daß die Leute sich in Mexico aus den unterschiedlichsten Motiven, seien diese religiöser, geschlechtsspezifischer oder anderer Art, heraus organisieren. Die Hoffnung besteht darin, daß alle diese Kräfte zusammenfinden, um eine politische Transformation zu erreichen.

Die einzige Möglichkeit des Triumphes der Utopie, die die Zapatisten entwickelt haben, besteht in einer Allianz aus zivilen Organisationen und Parteien. Eine Allianz, die zu einem Übergang zu einem System führen kann, das in erster Linie saubere Wahlen garantieren und anschließend ein System mit einer größeren Beteiligung erzeugen kann.

Diese Bewegung kann Erfolg haben, aber ich glaube, daß man in Mexico dahin kommen muß, eine breite Bewegung zu schaffen, eine Volksfront mit allen ihren Wesensmerkmalen. Aber all dies ist sehr schwierig, da es sehr ausschließende Traditionen gibt. Es mangelt hier an einem Geist der Toleranz.

Chiapas lokal

In Chiapas existieren Formen lokaler Organisation. Die *Celtales* nennen dies *huoc ta huoc*, worunter eine Form der Organisation zu verstehen ist, bei der kein Führer eine Entscheidung ohne die Zustimmung der bäuerlichen Basis treffen kann. *Huoc ta huoc* bedeutet, 'ergreifen und wieder ergreifen', damit ist gemeint, das Wort zu ergreifen, verschiedene Meinungen anzuhören, sie zu interpretieren und darüber einen Konsens zu erzeugen, sie wieder der Versammlung vorzulegen, bis endlich ein allgemeiner Konsens geschaffen ist. Dann wird gehandelt, was im *Celtal* oder *Tzotzil* in dem Begriff *k'op*, zum Ausdruck kommt und was 'Wort', aber auch 'Sprache', 'Spiel', 'Kampf' oder 'Aktion' heißen kann, denn es gibt kein Wort ohne Aktion. Dieses Konzept ist unterschiedlich zu den Organisationsformen der Linken z.B. in Mexico, wo wir es sehr gewohnt sind, eine Vereinbarung zu treffen, ohne diese umzusetzen. Dort ist es typisch, daß keine Vereinbarung getroffen wird, wenn sie nicht zu einer Aktion führt, deshalb ist es äußerst wichtig, daß jegliche Übereinkunft *k'op* wird.

Deshalb glaube ich, daß der bewaffnete Aufstand k'*op* war, daß er auf einem allgemeinen Konsens beruhte und die Leute sich in die Rebellion einmischten. Es gibt also diese Tradition der Basis, die Teil des traditionellen indigenen Widerstandes ist und ihre Wurzeln in der Kolonialzeit hat. So wurden die großen Rebellionen in Chiapas seit dem 18. Jahrhundert organisiert. Seit jenem Jahrhundert wird der Begriff *k'op* benutzt.

Die Bewegung in Chiapas war nicht ausschließlich eine politische Bewegung, sondern erzeugte auch viele Formen der wirtschaftlichen Subsistenz. Ich glaube, daß dies den politischen Organisationsprozeß der Rebellion förderte, weil es den Bauern Selbstvertrauen in ihre eigenen Kräfte und Möglichkeiten gab.

Die militärische Vorbereitung läuft seit einiger Zeit. So gibt es bereits seit zwei Jahren eine befreite Zone. Niemand wußte, daß sie bereits in einer großen Anzahl an Gemeinden eigene Regierungen installiert hatten, an die Steuern abgeführt werden, die die Gesundheitsversorgung und die Erziehungstrukturen organisieren und mit Hilfe internationaler Organisationen kleine Landwirtschaftsprojekte durchführen. So entstand jene Subsistenzwirtschaft.

Ich glaube, es gibt überhaupt keine Unterstützung seitens der zentralamerikanischen Guerrilla, ganz im Gegenteil. Dafür gibt es einen Grund: Die zentralamerikanischen Guerrillaorganisationen haben ihre Verhandlungen in Mexico durchgeführt. Die mexikanische Regierung ist der Papst Zentralamerikas. Die Regierung Cubas hat bessere Beziehungen mit Mexico als mit jeder anderen Regierung, d.h. jetzt vielleicht ein bißchen weniger. Die Kader dieser vertikal organisierten Guerrillaorganisationen Zentralamerikas sind sehr mit Salinas befreundet. Auch Borge beispielsweise ist Salinas sehr nahe.

Regionalisierung versus Autonomie

Die Regierung möchte, daß die zapatistische Bewegung einen indigenen und

regionalen Charakter trägt und sonst nichts und daß sie keine nationalen Probleme aufs Tapet bringen soll, vor allem hinsichtlich der Demokratisierung des Landes. Die Regierung sagt, daß dieses nicht mit den Zapatisten verhandelt werde und die Zapatisten sagen, daß nichts verhandelt werde, wenn die nationale Problematik nicht berücksichtigt würde.

Hinsichtlich der militärischen Lage der Zapatisten konnte man feststellen, daß sich diese am 1.Januar darauf vorbereiteten, einen langen, typischen Guerrillakrieg zu beginnen, d.h. zuschlagen, zurückweichen und wieder zuschlagen und wieder zurückweichen. Sie waren auf einen jahrelangen Krieg vorbereitet und waren als allererste überrascht, als am 12.Januar eine Demonstration der Mittelklasse mit 100.000 Menschen am Zócalo stattfand.

Bei diesem Aufstand handelt es sich um keinen indigenen Aufstand, bei dem ausschließlich Forderungen der Indigénas erhoben werden, sondern um eine indigene Rebellion, die einen Wandel der gesamten Gesellschaft erreichen will.

Wir sind beispielsweise gegen die Schaffung solcher Strukturen, die eine sehr einfache Lösung für den Staat ermöglichen. Denn die Regierung kann den Artikel 4 der Verfassung ändern und einfach sagen, daß man ihnen die Autonomie gewährt und sie ihre Vertreter benennen läßt. Wo liegt denn da das Problem, denn sie machen doch das, was sie wollen. Beispielsweise gibt es in Chamula bereits ein Autonomiestatut. Dort existiert eine vollständige vertikale Kontrolle der Wahlen und aller die Gemeinden betreffenden Angelegenheiten. Es gibt dort schreckliche Verletzungen der Menschenrechte.

Bisher haben die Zapatisten noch keine Autonomie für Chiapas gefordert. Sie haben viel mehr eine Staatsform eingefordert, bei der die relativen Autonomien aller indigenen Regionen Mexicos garantiert sind. Von außerhalb wird das Autonomiebestreben aus einem bestimmten paternalistischen Blickwinkel betrachtet, nach dem Motto: Laßt doch die Indios autonom sein. Nicht diese Art der Autonomie fordern sie. Sie fordern Partizipation, die Teilhabe an der nationalen Gesellschaft, am Handel, an der nationalen Gesellschaft. Dabei wollen sie ihre Behörden selbst wählen.

Die Zapatisten wollen nicht in die Vergangenheit zurückkehren. Sie wollen nicht in dem Elend leben, in dem sie 500 Jahre lang gelebt haben. Sie wollen Erziehung, ein kleines aber sauberes Haus, sie wollen einen Kühlschrank, ihren Fernseher, elektrisches Licht. Sie sind keine traditionalistischen Indios, sondern sie sind sehr modern.

Ich glaube, daß das 20. Jahrhundert in Mexico 1910 begonnen hat und am 31. Dezember 1993 beendet wurde.

Bearbeitung Boris Scharlowski und Andi Ries

1) Die Veranstaltung fand auf Einladung des Aufbaustudiums Erziehung und Internationalismusreferats des ASTA der FH Frankfurt und medico international statt.

2) Bei der PRD handelt es sich um die linke Oppositionspartei mit Namen "Demokratische Revolutionäre Partei"

"Was machst Du hier, Du hast doch überhaupt keine Ganovenvisage"

Interview mit Manolo Ariza, inhaftierter Totalverweigerer

von Reiner Wandler, Madrid

Als ich vor einem Jahr zum ersten mal in das Büro des "Movimiento de Objetores de Conciencia" MOC (Bewegung der Kriegsdienstverweigerer) kam, war alle Welt damit beschäftigt, Transparente für eine Großdemonstration am kommenden Wochenende zu malen. Gegen den zunehmend härteren Kurs der sozialistischen Regierung Spaniens unter Ministerpräsident Felipe González gegen die Kriegsdienstverweigerer wollte man auf die Straße gehen. 200.000 Rekruten benötigt der Staat jährlich um die Reihen aufzufüllen. 68.000 junge Männer, das heißt jeder vierte, haben allein im letzten Jahr den Dienst mit der Waffe verweigert. Das allein wäre schon ein Politikum. Doch es kommt noch schlimmer für die Herren Generäle. Immer mehr Kriegsdienstverweigerer bekennen sich zur Totalverweigerung - oder Insumisión (Ungehorsam) wie sie es nennen. 9.000 sind es augenblicklich. Die Zahl steigt ständig. Je nach Region widersetzen sich zwischen 10 und 70% der Einberufung zum zivilen Ersatzdienst. Damit rangiert Spanien europaweit an erster Stelle. Der Staat reagiert mit Härte. Täglich werden neue Fälle abgeurteilt, die meisten von ihnen zu mehr als einem Jahr. Damit kann die Strafe nicht zur Bewährung ausgesetzt werden. Der Weg führt direkt ins Gefängnis. Mit einem der 115 inhaftierten Gewissenstäter dem 24 jährigen Schildermaler Manolo Ariza bin ich im MOC-Büro verabredet. Er hat Freigang und will die Zeit nutzen, um andere Verweigerer zu beraten.

Mit ausgeglichenem Gesichtsausdruck sitzt Manolo mir gegenüber. Ich bin überrascht. Ich habe mir einen Menschen nach mehreren Monaten Haft anders vorgestellt, gestreßter, angespannter vielleicht auch etwas kränklicher. Ohne längere Umschweife kommen wir zum Thema, wie wird jemand zum Totalverweigerer - Insumiso:

"Von jung auf erschien mir das Militär als Einrichtung etwas total absurdes, die Hierarchie, der Befehlston ... Und da es mir schon immer gefallen hat, selbst zu entscheiden, was ich tue und lasse, verweigerte ich.", beginnt er, um nach kurzer Pause fortzufahren: "Hinzu kommt die Geschichte der spanischen Armee. In diesem Land wurde das Volk immer nur vom Militär getreten. Diese Armee hat nichts mit dem gemeinen Volk zu tun. Das verdeutlicht der spanische Bürgerkrieg." Die Frage, ob er sich denn vorstelle könnte, in einem Land mit langer demokratischer Tradition Militärdienst zu leisten, weist er entschieden zurück: "Nein, auf keinen Fall. Und wenn ein Land eine noch solange demokratische Tradition hat, dient das Militär dazu, eine Reihe von gesellschaftlichen Werten zu verteidigen, mit denen ich nicht einverstanden bin. Man muß sich nur anschauen, wie verschiedene Länder in allen möglichen internationalen Krisenherde eingreifen. Das Militär steht immer für Gewalt. Ich bin von Grund auf pazifistisch eingestellt."

Mit 17 Jahren suchte Manolo die Militärverwaltung auf und gab seine Entscheidung bekannt, den Militärdienst zu verweigern. Drei Monate später wurde er vom Tribunal anerkannt. "Das war 1987. Bereits damals war mir klar, daß ich auch den Ersatzdienst verwei-gern würde, aber das machte ich erstmal nicht öffentlich." Am 4. Juni 1991 war es dann soweit. Manolo sollte den Zivildienst antreten. Statt einzurücken, schloß er sich der "Bewegung der Kriegsdienstverweigerer" an.

Warum fragte ich. "Wenn ich den Ersatzdienst akzeptieren würde, käme dies einer Zustimmung zum Militär gleich. Ersatzdienst, Ersatz für was? Ich kann keinen Ersatz akzeptieren für etwas, was ich ablehne. Und in einem Land, in dem es 3 Millionen Arbeitslose gibt, möchte ich nicht als billige Arbeitskraft eingesetzt werden und anderen die Arbeit wegnehmen. Wer einmal angefangen hat das System zu hinterfragen, kann nicht auf halbem Wege stehen bleiben. Hinzu kommt die Zeit. Während der Militärdienst 9 Monate dauert, sind es beim Zivildienst 15 Monate." Die sozialistische Regierung unter Felipe González scheint, was den Zivildienst angeht, immer mehr auf den Geschmack zu kommen. Da die Kriegsdienstverweigerung eine relativ neue Bewegung ist, wurde in den vergangenen Jahren kaum jemand tatsächlich zum Ersatzdienst gezogen. Das hat sich seit Ende der achtziger Jahre geändert. Anläßlich der Wirtschaftskrise präsentierte die Regierung im Januar ein Gesetzesvorhaben, nach dem zukünftig auch die Mädchen ab vollendetem 17. Lebensjahr zum Zivildienst herangezogen werden sollen. Dieser Dienst soll ein Pflichtdienst sein, dem sich keine entziehen kann. Vorbild ist Frankreich, wo eine Dienstpflicht sowohl für Männer als auch für Frauen im "Interesse der Allgemeinheit" besteht. Dies sei doch auch im Sinne der Gleichberechtigung der Frau ließ die Regierung verlauten. Neben der sozialistischen Regierungspartei PSOE unterstützt die konservative Volkspartei PP diesen Plan. Bei den restlichen Parteien stößt das Projekt auf erhebliche

Kritik. Zu stark erinnert das Vorhaben der Sozialisten an Francos "Sozialdienst". Der Diktator zwang die Mädchen zum "Dienst am Vaterland in geschlechtsspezifischen Aufgaben".

Die nächsten Schritte unternahm Manolo gemeinsam mit anderen Jugendlichen aus dem MOC. Mit sieben weiteren Insumisos erstattete er Selbstanzeige gegen sich wegen Befehlsverweigerung. Ab jetzt ging alles seinen juristischen Gang. "Zuerst wollten die uns denn Zutritt verweigern. Dann ließen sie uns doch zum zuständigen Richter vor. Der nahm nach einigem Hin und Her die Selbstanzeigen auf. Ich legte all meine Motive dar. Die Akte wandert in den Stapel unbearbeiteter Fälle, zwischen Überfällen, Vergewaltigungen, Drogendelikten etc. kommen die acht Totalverweigerungen zu liegen. Langsam aber sicher arbeitet die Justiz den Aktenberg ab, und eines Tages, im März 1992 taucht meine Akte auf. Ich werde zum ersten mal vorgeladen. Sie fragen mich, ob ich immer noch der gleichen Meinung wäre." Er bestätigt dies. Die gleiche Szene wiederholt sich in den darauffolgenden Monaten mehrmals, bis er am 4. Februar 1993 das Verfahren gemacht bekommt. "Es gründet sich eine Unterstützergruppe, die mit mir zusammen die Gerichtsverhandlung vorbereitet. Verschiedene Freunde bereiteten Zeugenaussagen vor" Nach nachdenklichem Schweigen lächelt Manolo: "Das war der schönste Teil der ganzen Geschichte. Zum einen waren da Leute aus antimilitaristischen Zusammenhängen und zum anderen mein Freundeskreis und meine Eltern, Menschen, die vorher mit dem Thema Kriegsdienstverweigerung nicht viel am Hut hatten. Die Arbeit hat uns alle verändert. Einige der Antimilitaristen gehören heute zu meinen besten Freunden und Teile meines Freundeskreises und meine Eltern zählen heute zu den entschiedensten Kriegsdienstgegnern. Diese Gruppe war für mich von entscheidender Bedeutung. Sie hat mir sehr viel Kraft gegeben. Du bist nicht allein. Sie verurteilen nicht einen alleinstehenden Spinner, sondern deine Mutter, deinen Vater, eine Freundin, die obwohl sie als Frau vom Thema nicht betroffen ist, dich unterstützt etc." Ob die Eltern ihn bedingungslos unterstützt haben wollte ich wissen. "Ja. Mein Vater sagte zum Beispiel vor Gericht für mich aus. Er ist in der kommunistischen Gewerkschaft CCOO aktiv. Er erklärte vor Gericht, daß der Ersatzdienst in vielen Bereichen Arbeitsplätze wegnimmt, und daß es das Recht eines jeden Menschen ist, gerecht für seine Arbeit bezahlt zu werden. Und meine Mutter ist stolz auf mich. Während andere Mütter Fotos von ihren Söhnen in Uniform herumzeigen, hat sie ein Foto von mir im Knast." Er wurde, wie zu erwarten, verurteilt. Das Urteil: 2 Jahre, 4 Monate und 1 Tag. Ein Schock? "Wenn du dich für die Totalverweigerung entscheidet, dann weißt du sehr genau, daß dies mit Gefängnis enden kann. Die Regierung hat nur eine Antwort, die Repression."

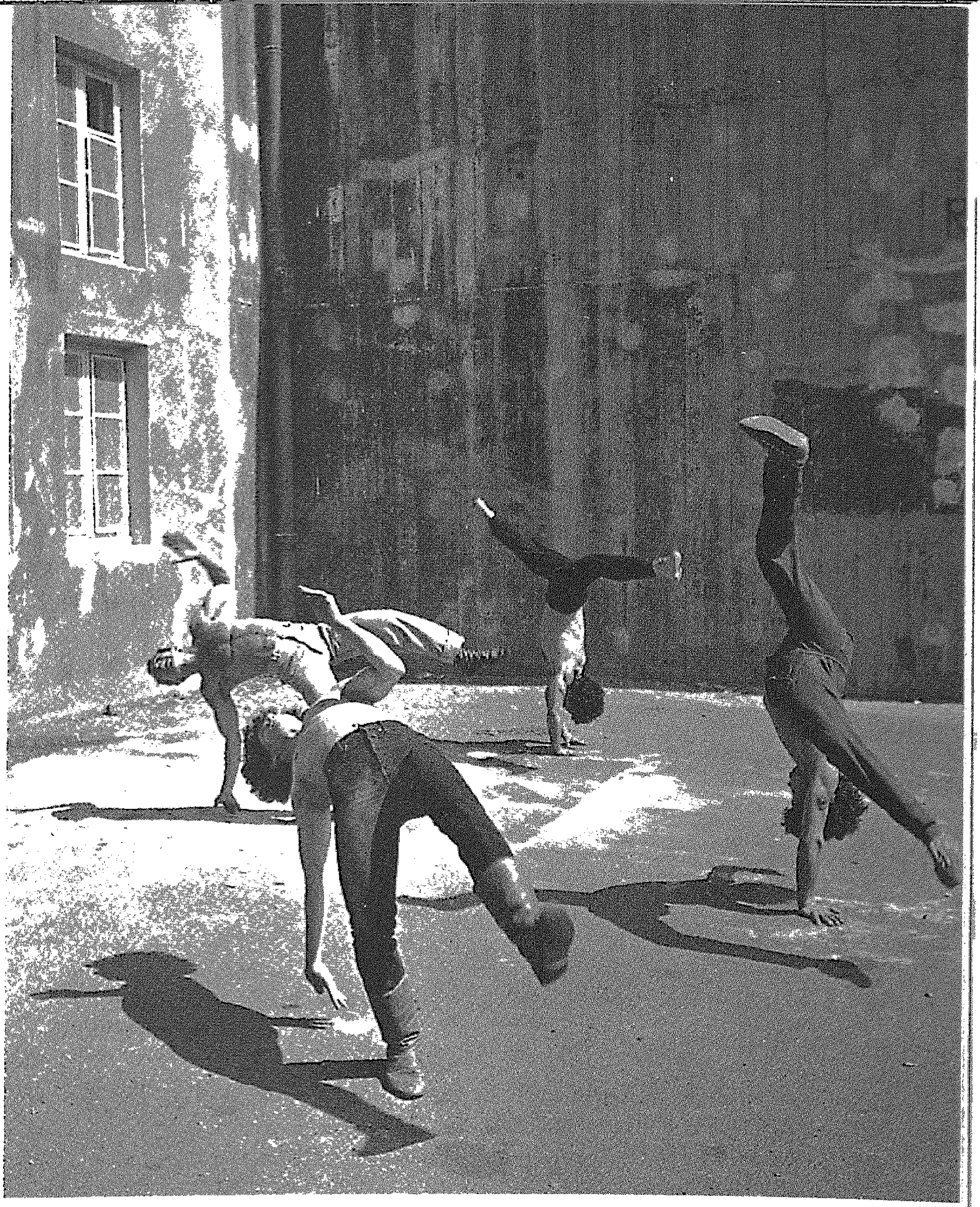


Photo Jaschi Klein.

Die Gründe für das harte Vorgehen sind eindeutig. Spaniens Militärstrategen schlagen Alarm. Wenn die Zahl der Kriegsdienstverweigerer weiterhin so stark zunimmt wie bisher, werden die Streitkräfte spätestens 1997 Schwierigkeiten haben ihre Reihen zu füllen. Laurenno García, Staatssekretär für den Militärdienst, und sein für die Verweigerer zuständiger Amtskollege Pablo Santolaya legten Zahlen vor.

Im vergangenen Jahr verweigerten 68.209 Jugendliche den Dienst mit der Waffe. Das sind 32,5% der 209.477 eingezogenen Rekruten. In den ersten zwei Monaten diesen Jahres stellten weitere 10.782 einen Antrag auf Kriegsdienstverweigerung. Hochgerechnet auf das ganze Jahr läßt dies einen neuen Rekord von 106.000 Kriegsdienstgeg-



Photo: Boris Scharlowski

nern erwarten. Verbunden mit dem Pillenknick führt dies in den nächsten Jahren unweigerlich zu Personalmangel bei der königlichen Armee.

Katalonien, Madrid und Andalusien stellen, aufgrund der hohen Bevölkerungsdichte, zusammen fast die Hälfte aller Verweigerer. Nach einzelnen autonomen Regionen aufgeschlüsselt führen das Baskenland mit 55,5%, Navarra mit 53,9% und Katalonien mit 43% die Liste an. Absolute Rekordhalter sind die katalonische Provinz Lérida mit 70,1%, Lugo in Galizien mit 66,4% und Bizkaia im Baskenland mit 63,5% Verweigerer. Diese Zahlen sind nicht zuletzt den nationalistischen Vorbehalten gegenüber dem "Garant der nationalen Einheit", so eine der Aufgabe der Streitkräfte laut Verfassung, zu verdanken.

Diesem für die Landesverteidigung unhaltbaren Zustand wollen Laureno und Santolaya jetzt Abhilfe schaffen. Das Rezept lautet mehr Zivildienstplätze. In diesem Jahr sollen in verschiedenen Krankenhäuser 28.000 zusätzliche Stellen eingerichtet werden Bisher leistet mangels Einsatzorte nur jeder vierte Verweigerer seinen Ersatzdienst ab. Die Regierungsstellen gehen davon aus, daß viele Jugendliche verweigern, in der Hoffnung um jedweden Dienst herum zukommen.

Als im Juli der neue Justizminister Juan Alberto Belloch in die sozialistische Regierung einzog, hoffte der MOC auf eine Verbesserung der Situation, ist der "Señor Ministro" doch als fortschrittlicher Jurist bekannt. Jahrelang spielte er eine wichtige Rolle bei den "Richtern für den Frieden". Doch die Amnestie blieb aus. Einzige Änderung, der sogenannte "Dritte Grad". Wer mindestens zwei Monate verbüßt hat und sich gut führt, kann zum Zwecke der Wiedereingliederung tagsüber seiner Arbeit nachgehen und kehrt nur noch zum Schlafen in die Haftanstalt zurück. Seit Oktober letzten Jahres ist auch Manolo im "Dritten Grad", sein Leben hinter Gittern, daß im Juli 1993 begann, ist seither um einiges erträglicher. Trotzdem geben die Insumisos nicht auf. Sie verlangen nach wie vor Amnestie und Straffreiheit.

Deshalb kommt es immer wieder zu Protesten. So staunte am Sonntag, den 20. Februar, der Direktor des Gefängnisses von Pamplona nicht schlecht, als 13 der dort inhaftierten Insumisos nicht vom Freigang zurückkehrte. Die "Bewegung der Kriegsdienstverweigerer" organisierte diese Aktion des kollektiven Ungehorsames. Ort des Protestes war nicht von ungefähr die baskische Provinz Navarra. Im Gefängnis der Provinzhauptstadt Pamplona sitzen 110 der insgesamt 145 inhaftierten Verweigerer ein. Die Zahl hat sich innerhalb vom letzten Jahr vervierfacht. Die Gefangenen in Pamplona hatten bereits im Juni des vergangenen Jahres durch einen zweiwöchigen Hungerstreik von sich reden gemacht. In Navarra und im rebellischen Baskenland widersetzen sich bis zu 70% der Jugendlichen der Einberufung.

Die am Protest Beteiligten schlossen sich kollektiv in der Universität der Stadt ein. Im Dezember war es schon einmal zu einer ähnlichen Aktion von 46 Verweigereren gekommen. Neben einer Kirche übernachteten die "Flüchtenden" damals in Privatwohnungen bekannter Persönlichkeiten. Unter ihnen Abgeordnete der "Vereinigten Linken" und der baskischen Partei EA. Diesen Personen droht jetzt ein Verfahren wegen "Beihilfe zur Flucht". Darauf stehen drei Monate bis sechs Jahre Haft. Die Insumisos, die im Dezember nicht zurückkehrten, sollen wegen "Flucht" abgeurteilt werden.

"Wir wollen keine juristische sondern eine politische Lösung, die dem kollektiven und politischen Charakter der Totalverweigerer Rechnung trägt. Mit einzelnen Hafterleichterungen ist uns nicht gedient. Das ist nur Kosmetik.", erklärt Manolo den Grund für die Aktionen.

Belloch warf einen neuen Vorschlag in die Diskussion. Er denkt über eine "Alternative zur Haftstrafe" nach. Seine

Vorschläge dürften allerdings kaum auf Gegenliebe bei den Betroffenen stoßen. Neben einer Geldstrafe sollen die Totalverweigerer den Plänen des Justizministers zur Folge zukünftig lebenslänglich vom Staatsdienst ausgeschlossen werden. Eine harte Strafe, wenn man bedenkt, das ein Großteil der Hochschulabgänger im öffentlichen Dienst arbeitet. Aber erst einmal bleibt der Weg ins Gefängnis der Normalfall.

Wie es ihm denn so im allgemeinen in der Haft erginge will ich von Manolo wissen. "Man muß zwei verschiedene Phasen unterscheiden", antwortete er mir, "die ersten zwei Monate und die Zeit danach im Dritten Grad. Die ersten zweieinhalb Monate ohne Freigang waren verdammt lange. Naja jetzt sind es nur noch die Nächte, das geht. Der erste Tag ist schlimm. Du läßt alles hinter dir und gehst ins Gefängnis. Der erste Eindruck war ganz witzig. Da ich schon länger wußte, wann ich einfahren würde, hatte ich alles zusammengepackt, zwei große Reisetaschen voller Kleidung, Bücher, persönliche Fotos und Kassetten. Die Gefangenen schauten mich erstaunt an. Und du? Was machst denn Du hier? Du hast doch überhaupt keine Ganovenvisage. Als ich ihnen das mit der Totalverweigerung erzählte kamen sie aus dem Staunen gar nicht mehr heraus. Ich bin mittlerweile allgemein akzeptiert. Für viele bin ich so etwas wie ein Beispiel für einen moralisch integren Menschen." Mit was für Leuten er zusammenkomme. "Mit allen möglichen Menschen: Kleine Ganoven, Drogenhändler, Vergewaltiger bis hin zu Mitgliedern der baskischen Befreiungsorganisation ETA, alles. Das Zusammenleben klappt ganz gut. Da ich zu keiner konkreten Gruppe gehöre habe ich mit allen Kontakt. Ich unterhalte mich mit allen ohne Unterschied. Das hat mir auch schon Probleme eingebracht. Ich diskutiere des öfteren mit einem von der ETA über die Gewaltfrage. Seither werde ich von den Wächtern genauer unter die Lupe genommen. Die halten mich wohl für einen ETA-Symphatisanten. Die Wächter sind so dumm, daß sie nicht mal merken, daß es nichts gibt was weiter von einander entfernt ist, als ein Pazifist und jemand, der seine Politik mit der Waffe in der Hand durchsetzen will." Und das Wachpersonal? "Der Knast an sich ist hart. In diesem Land wird weiterhin gefoltert. Mißhandlungen gegenüber den Gefangenen sind an der Tagesordnung. Mit mir halten sie sich zurück. Trotzdem ecke ich immer wieder an. Die haben mir auch schon mal die Zelle auseinandergenommen. Die Beamten oder besser ausgedrückt Knastwärter sind Leute, denen es gefällt zu provozieren und zu mißhandeln."

Noch bleiben ihm zumindest 5 Monate bis er auf Bewährung frei kommt. Diese Zeit soll der Wiedereingliederung in die Gesellschaft dienen. So definiert das Strafgesetzbuch die Funktion der Haft. Manolo dazu: "Ich muß nicht wiedereingegliedert werden. Wenn wir Insumisos außerhalb der Gesellschaft stünde, würde ich nicht machen, was ich mache. Ich hätte eine individuelle Lösung gesucht und würde nicht versuchen die Gesellschaft zu verändern. Und das zweite Vollzugsziel die Erziehung. Die scheitert. Mit jeden Tag im Gefängnis nimmt mein Hang zum Ungehorsam nur noch zu." Nach kurzer Pause fragt er: "Was soll das ganze also? Darauf fällt mir nur eine Antwort ein. Die Funktion des Gefängnisses ist trotz aller schöner Worte die alte: Die Bestrafung, und nichts weiter."

Wir unterhalten uns noch ein bißchen weiter, als Manolo plötzlich erschrocken auf die Uhr schaut. 21.30 Uhr. "Ich muß los. Ich will noch zu Hause vorbei, mich duschen und was essen. Und um 23.15 Uhr muß ich spätestens im Gefängnis sein."

»Wir sind geboren um Kafka zur Wirklichkeit zu machen«

(Nach einem Lied aus der Stalin-Zeit
"Wir sind geboren um Märchen (kaska) zur Wirklichkeit zu machen".

Interview mit Vadim Damier (Moskau)

von Wolfgang Haug

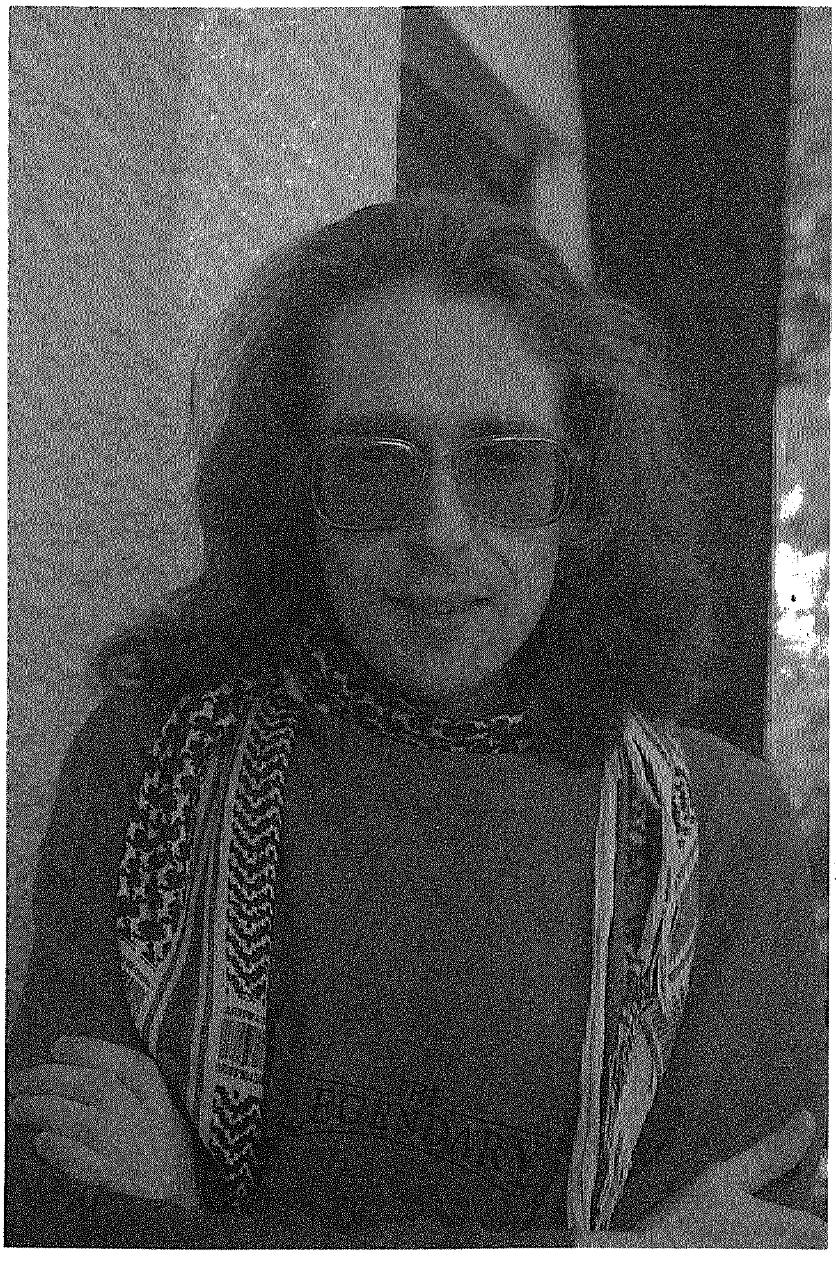


Foto: Wolfgang Haug

Vorstellung: Vadim Damier lebt in Moskau und war seit 1987 in mehreren politischen Zusammenhängen aktiv. Derzeit gehört er zu einer "Gruppe der revolutionären Anarchosyndikalisten – Freunde der IAA", die sich aus Mitgliedern eines Teils der anarchosyndikalistischen KAS und eines Teils der anarchistischen Föderation FRAN zusammensetzt. Vadim befindet sich derzeit aufgrund wissenschaftlicher Forschungsarbeiten in Tübingen und wird bis August einige Vorträge auf einer FAU-Rundreise in mehreren Städten u.a. des Ruhrgebiets halten. Das Gespräch, das Mitte Juni 1994 in Grafenau stattfand, soll näher auf die Situation in Rußland, auf die Situation der anarchistischen Bewegung dort eingehen, sowie über die Einschätzung des russischen Präsidenten Boris Jelzin und der Opposition, dem aufkommenden Nationalismus und Rassismus Auskunft geben.

★

Frage: Ich möchte Dich zunächst kurz zu Deiner Person und Deiner politischen Entwicklung befragen, weil dies nicht zuletzt ein Beispiel ist, wie mensch in einem totalitären Regime zu oppositionellen politischen Inhalten kommt.

Vadim: Meine politische Laufbahn begann relativ spät und zwar im Jahre 1987, obwohl meine – eher privaten –

Positionen davor als linksradikal zu bezeichnen waren, aber noch nicht ausdifferenziert als anarchistisch oder ähnliches. Es war eigentlich bei uns so, daß man keinen wirklichen Zugang zu den Arbeiten und Schriften von irgendwelchen unabhängigen Theoretikern bekommen konnte. Diejenigen, die irgendetwas wissen wollten, nahmen Bücher wie z.B. »Kritik des kleinbürgerlichen Sozialismus«, lasen sie und entnahmen aus der Ablehnung das, was die inhaltlichen Positionen dieser unorthodoxen Theoretiker beschrieb. Die ganze Beschimpfung ließ man weg, und aus dem, was man las, begann man dann eigene Positionen zu konstruieren. Deshalb war das gemischt, wahrscheinlich kann man das, was herauskam, nicht als eine klare inhaltliche Position zugunsten einer konkreten linken Richtung bezeichnen. Für mich kann ich sagen, daß ich zu den – damals sogenannten – "Küchendissidenten" gehörte.

Teilweise waren Dissidenten seit der Breshnew-Zeit aktiv, aber sie blieben völlig marginal. Sie hatten keine Verankerung in der Bevölkerung, d.h. man konnte mit diesen Gruppen nur über persönliche Kontakte in Beziehung kommen. Ich hatte aber mit solchen Leuten keine persönlichen Kontakte und wußte auch nicht, wo ich welche finden konnte. Zudem wußten wir sehr wenig über linke Strömungen unter den Dissidenten, das was wir vom westlichen Rundfunk hörten, klang so, als ob die meisten dieser Dissidenten bürgerlich liberal oder sogar, wie Solschenizyn, nationalistisch sind. Und das war für die Linken natürlich nicht sympathisch. Später erfuhren wir, daß es auch linke Gruppen gab; aber damals hörten wir sehr wenig darüber und das störte im Prinzip jedewede konkreteren Kontakte mit diesen Dissidenten.

Was heißt dann "Küchendissident"? Es handelte sich dabei um die Leute, die mehr oder weniger kritisch gesinnt waren, meistens Angehörige der Intelligenz, sie versammelten sich abends in der Küche, tranken Tee oder auch anderes und besprachen die Situation, erzählten sich Anekdoten etc. Sie hatten informelle Kontakte. Und die Küche als Ort hängt mit dem Wohnungsproblem in Moskau zusammen, wo die Wohnungen ziemlich klein sind, die Küche war praktisch der einzige Ort in der Wohnung, wo man sich versammeln konnte, um zu sprechen. Deshalb nannte man das "Küchendissidenten", das war also keine eigene politische Gruppierung, nur informelle Kommunikation. Das war das Milieu meiner Politisierung. Dazu kam noch die Familie, die im Prinzip immer schon oppositionell eingestellt war, nicht alle einheitlich, aber alle oppositionell.

Als weiteren Punkt muß ich anführen, daß meine wissenschaftliche Arbeit meine politische Entwicklung beeinflußt hat. Ich schrieb eine Dissertation über die grüne Bewegung, besser die Alternativbewegung, in der Bundesrepublik und bekam darüber Zugang zu den speziellen Abteilungen der Bibliotheken, wo man westliche Zeitungen und Bücher, auch der Linken, sammelte. Dann begann ich systematisch diese Dinge zu lesen und zu verstehen. Davor waren es Sympathien z.B. 1980 für die Solidarnosc in Polen, für Selbstverwaltung... Dann wurde dieses Interesse mit der Ökologieproblematik verknüpft. Und als im Jahre 1987 bei uns die sozialen Bewegungen entstanden, dachte ich, daß das, was ich über die westliche grüne Bewegung weiß, auch bei uns mehr oder weniger nützlich sein kann. Seit 1988 bin ich in der Ökologiebewegung aktiv; ich versuchte den Prozeß der Gründung der grünen Partei in Rußland zu beeinflussen, war sogar eine zeitlang Mitglied des Koordinationsausschußes. Wir versuchten damals diese Partei als eine wirklich ökosozialistische, ökoanarchistische Selbstverwaltungsorganisation zu gestalten; das mißlang uns. Ab Anfang der 90er Jahre bin ich mehr und mehr in der anarchistischen und anarchosyndikalistischen Bewegung tätig. 1989 trat ich der KAS (Konföderation der Anarchosyndikalisten) bei, auch wenn ich schon damals mit einigen Ideen nicht einverstanden war, z.B. mit dem Konzept des marktwirtschaftlichen Sozialismus – stattdessen versuchte ich, die Gedanken des libertären Kommunismus zu propagieren. Ab 1991 habe ich die revolutionär anarchistischen Organisationen in Rußland mitbegründet.

Frage: Noch eine Nachfrage zu den älteren Dissidentengruppen. In der Bundesrepublik ist als linke Gruppierung besonders die gewerkschaftlich orientierte SMOT bekannt geworden bzw. hat größere publizistische Aufmerksamkeit erregt. Die Frage ist, ob diese Gruppe euch überhaupt nicht bekannt war?

Vadim: Sie war sehr wenig bekannt. Zumindest für Leute, die kein Westradio hörten, war das vermutlich völlig unbekannt. Ich hörte z.B. westliche Radiostationen seit ungefähr 1975 ab, ich wußte davon. Aber diese Initiativen wurden immer sehr schnell zerstört.

Frage: Gibt es heute Nachfolger oder eine Fortführung dieser Gruppen?

Vadim: Ja, SMOT existiert. Aber die Leute sind meist nicht mehr die, die es begannen. SMOT war ja von Anfang an eine Art Auffangbecken für die Vertreter ganz verschiedener politischer Richtungen. Es war eine oppositionelle gewerkschaftliche Initiative. Von anarchistischen, links-sozialistischen bis sogar nationalistischen Gruppen. Ich glaube, daß in der ersten Phase sozialdemokratische Positionen die größte Verbreitung hatten. Aber diese erste Generation wurde ganz früh praktisch ausgeschaltet: in Gefängnisse und in Psycho-Krankenanstalten geworfen. Auch einer der Gründer der Freien Gewerkschaften, Klebanow, mußte viele Jahre in einer Psychiatrie verbringen, erst zu Beginn der Perestroika wurde er befreit. Das, was weiterexistierte, war keine Gewerkschaftsinitiative mehr, sondern eine sehr kleine Gruppe. Ab dem Beginn der Perestroika wurde die SMOT praktisch wiedergegründet. Auch Klebanow versuchte wieder, die Gewerkschaften zu aktivieren, aber er selbst hat auch seine Position geändert; als er begann, verstand er sich als linker Marxist, jetzt sagt er, seine Freien Gewerkschaften müssen christdemokratisch werden. Aber alles blieb eine ziemlich begrenzte Summe von kleinen Organisationen in verschiedenen Städten, insgesamt nicht mehr als 100 Leute. Es gibt Städte, in denen SMOT eine wirkliche Gewerkschaft ist, z.B. in Minsk. Aber es gibt auch Orte, wo SMOT praktisch nur noch rechte Leute vereinigt, z.B. in Smolensk, wo es Monarchisten sind. Das sieht ganz verschieden aus. In Moskau existiert noch das Informationsbüro von SMOT, und die Leute, die dort sitzen, (mit denen wir Informationen austauschen) bezeichnen sich als "unpolitisch", sie

interessiert alles aus dem Bereich der unabhängigen Gewerkschaftsarbeit bis zum Syndikalismus, sie sind gegen die kommunistische Partei, aber ansonsten "unpolitisch".

Frage: Als nächstes wollte ich auf den "Oktoberputsch" 1993 zu sprechen kommen. In der westlichen Öffentlichkeit ist Präsident Jelzin nach wie vor der Repräsentant der Demokratie. Aus ersten Reaktionen der linken Opposition nach den Kämpfen ums Weiße Haus, nachdem die Barrikaden geräumt worden waren, erfuhren wir, daß er für euch eher für eine Diktatur steht. Vielleicht erklärst du zunächst einmal, welche Gründe euch zu dieser Einschätzung gebracht haben, welche Schritte Jelzins wurden dabei konkret kritisiert? Für welche Politik steht Jelzin, für welche Ruzkoi und Co.? Dann wäre eine Positionsbestimmung hilfreich, wie hat sich die linke Opposition zwischen diesen beiden Stühlen Jelzin – Ruzkoi/Chasbulatow/nationale Gruppen etc. empfunden und welche Schwerpunkte der weiteren politischen Einwirkung stellen sich die Linksradikalen vor?

Vadim: Es wurde seit geraumer Zeit klar, daß die sogenannten Liberalen der herrschenden Bürokratie ganz klare, eindeutig autoritäre Tendenzen zeigen. Es begann allmählich. Diese Fraktion kam zur Macht unter den Parolen der Demokratisierung und der Stärkung der Legislative. Aber als sie an der Macht waren, begannen sie den Schwerpunkt auf den Ausbau der Exekutive zu lenken. Es war klar, daß im Jahre 1993 der Höhepunkt der Auseinandersetzung zwischen zwei bürgerlichen Staatsmodellen erreicht war. Und zwar des mehr parlamentarischen Modells, das für viele gemäßigte Linke dem Parlament Priorität einräumte und andererseits diejenigen, die wollen, daß die ganze Macht vom Präsidenten ausgeht. Das Verfassungsprojekt, das von Jelzin und seinen Anhängern ausgearbeitet wurde, war ganz klar auf einen starken autoritären Präsidenten zugeschnitten. Er kann das Parlament auflösen, die Regierung ist in erster Linie vom Präsidenten kontrolliert und nicht vom Parlament, kürzer: die Politik macht der Präsident.

Dem Parlament bleiben finanzielle Fragen oder das Aussprechen von Vertrauen gegenüber einzelnen Ministern etc. Deshalb haben die sogenannten linksdemokratischen Kräfte während dieses Konflikts an der Seite des Parlaments gestanden, nicht weil sie die Zusammensetzung des Parlaments verteidigen wollten, sondern weil es ihnen um den Gedanken des Parlamentarismus ging. Das war vor allem für die sozialdemokratisch orientierten Kräfte charakteristisch.

Was die Linksradikalen anbetrifft, sahen sie diesen Konflikt ein wenig anders: Ausgangspunkt war, daß einige Wochen vor diesem "Staatsstreich" Jelzins Gaidar, der ehemaligen Ministerpräsident, ein Anhänger der "Schocktherapie", von Jelzin wieder an die Macht gebracht wurde *(inzwischen wieder aus der Regierung ausgetreten; W.H.)*. Er ernannte ihn zum Vize-Ministerpräsidenten. In derselben Zeit kam auch die Delegation des Internationalen Währungsfonds (IWF) nach Moskau und das macht den wirtschaftlichen Hintergrund des Konflikts aus:

Damals wurden die weiteren marktwirtschaftlichen Reformen besprochen, – also die Weiterführung der Politik der "Schocktherapie". Das Jelzin-Lager steht für die Durchführung der IWF-Vorstellungen, also für die Schließung zahlreicher Betriebe, die Subventionsabschaffung etc., u.a. schon deshalb, weil sie nicht direkt von der Produktion profitieren, sondern sich auf den Beamtenapparat sowie auf das neu entstandene Handelsbürgertum (inclusive Mafia-Bürgertum) stützen. Im Unterschied dazu vertritt die "Parlamentsfraktion" eher die Interessen der Technobürokratie. Sie wollen die Betriebe privatisieren oder in die Verwaltung der "Be-



legschaften", sprich der Verwaltungschefs überführen. Ihre (kapitalistische) Perspektive liegt demnach im Erhalt der Betriebe und so widersetzen sie sich einigen Anordnungen des IWF. Im Oktoberkonflikt wurde diese Fraktion von der rot-braunen Fraktion unterstützt, die sich als "unversöhnliche" Opposition aufbaut, und die vor allem die Interessen abgesetzter oder benachteiligter alter Bürokratieschichten vertritt, oftmals unterstützt von russischen Bank-und Industriekreisen, die die westliche Konkurrenz fürchten.

Vor den Oktoberereignissen war deshalb klar, daß Jelzin seine machtpolitischen Schritte unternahm, um eine ganz konkrete soziale und wirtschaftliche Politik durchzusetzen. Und gegen eine solche Politik waren die Linksradikalen immer schon, uns erschien die ganze Entwicklung als "Pinochetisierung", d.h. die Einführung einer Diktatur zwecks der raschen Umstellung auf die Marktwirtschaft. Andererseits waren wir natürlich nicht für das Parlament. Erstens weil wir nicht für das Vertretungsprinzip sind, zweitens weil wir wußten, daß die Leute, die mehrheitlich hinter dem Parlament stehen, nur anderen Fraktionen derselben herrschenden Bürokratie angehören.

Frage: Offiziell spricht der Westen nicht davon, daß er sich bedingungslos für die IWF-Variante stark macht. Der westliche Vorwurf gegen die Parlamentsfraktion zielte vor allem darauf ab, daß dieses Parlament nicht frei gewählt sei...

Vadim: Es war gewählt. Es waren im Prinzip schon freie Wahlen, d.h. Wahlen mit vielen verschiedenen Kandidaten. Obwohl die Wahl 1990 stattfand, aber sie kann als Mehrparteienwahl bezeichnet werden. Die Jelzinisten sagen natürlich, das Parlament sei nicht demokratisch, weil noch in den KPdSU-Zeiten gewählt, das stimmt zwar, aber es waren trotzdem mehrere Parteien und es war dieses Parlament, das Jelzin zum Vorsitzenden wählte. Zu jenem Zeitpunkt war das Parlament gut, bis 1991 gingen beide Fraktionen gemeinsam vor, erst später, als es ihn störte, begann der Machtkampf, aber nicht etwa, weil das Parlament undemokratische und inhumane Entschlüsse gefaßt hätte...

Die Position der Linksradikalen war eigentlich dieselbe wie im August 1991, als wir ebenfalls keine der beiden Seiten unterstützten. Damals im August 1991 nahmen wir nicht an den Barrikaden teil, sondern verbreiteten Flugblätter gegen den Ausnahmezustand, gegen die Militarisierung, gegen Streikverbote, gegen die Begrenzung der Freiheiten... das war auch die Position unserer anarchistischen Gruppe 1993.

Es gab aber einige Gruppen von Linksradikalen, die gewissermaßen an der Seite des Parlaments standen. Die Gründe waren denen der Sozialdemokraten ähnlich. Speziell kam hinzu: am Abend nach der Vertreibung des Parlaments durch Jelzin begann der Barrikadenbau. Diejenigen, die das begannen, waren die Trotzkisten und einige, *einige* (ich unterstreiche das), Anarchisten, die das ganz spontan machten, d.h. es gab keinen Beschluß irgendwelcher Organisationen. Es war das subjektive Gefühl dieser Leute, die Situation auszunutzen, wahrscheinlich um die Leute, die sich um das Weiße Haus versammeln würden, zu radikalisieren und in eine bestimmte Richtung zu treiben. Denn es ist klar, daß die Leute, die sich um das Weiße Haus versammelten, nicht unbedingt spezifisch Rechtsradikale oder Nationalisten waren: Diese wurden erst in den Folgetagen bestimmend, das bestätigen auch die Interviews mit Leuten vor dem Weißen Haus. Es gab vier Typen: erstens die Nationalisten, die Jelzin für einen Agenten des internationalen Zionismus halten und für das Parlament waren, obwohl sie mit Chasbulatow, der Tschetschene ist, ihre Schwierigkeiten haben; zweitens Leute aus ehemals staatskommunistischen Gruppen, die hofften, daß sich im Laufe des Kampfes gegen Jelzin die Situation zu ihren Gunsten verändern lasse; daß, wenn Jelzin gestürzt wird, sich die Sowjetunion wiederherstellen lasse. Drittens waren es frühere enttäuschte Demokraten, die Positionen von 1990 oder 1991 einnahmen, und zwar, daß man Vertretungsinstitutionen des Parlamentarismus gegen die autoritären Tendenzen der Exekutive schützen muß. Und schließlich eine vierte Kategorie: das waren einfache Leute, die aus Protest gegen das existierende Regime gekommen sind. Weil das Regime keine Zukunft verheißt.

Eine Beeinflussung dieser Leute war jedoch wenig erfolgreich, erstens weil es zu wenige Linksradikale gab, und nach meiner persönlichen Meinung war es auch von vornherein nutzlos, es war nicht unsere Sache, nicht unser Kampf. Der Hauptgrund war aber, daß die Linksradikalen sehr bald von den Rechtsradikalen vom Platz um das Weiße Haus vertrieben wurden. Es gab Zusammenstöße zwischen Anarchisten und den Nazis, diesen Barkaschow-Leuten. Ein Anarchist mußte sich in Notwehr mit dem Messer wehren und wurde anschließend von den Nazis den Polizisten übergeben. Es war eine ganz klare Zusammenarbeit zwischen den Nazis und den Polizisten erkennbar. Möglicherweise hat das ältere Verbindungen, denn die Barkaschow-Leute von der "Russischen nationalen Einheit", die ich als die gefährlichsten Rechtsradikalen in Rußland einschätze, konnten Trainingsanlagen der Polizei benutzen und hatten auch Gewehre von irgendwoher, niemand weiß woher. Ähnliches passierte auch zwei Anarchisten aus Weißrußland, die nach Moskau gekommen waren, um selbst die Situation zu verstehen. Sie waren auf dem Platz und begannen zu diskutieren und gerieten in Konflikt mit den Neonazis und wurden von denen als "Provokateure" der Polizei übergeben.

Frage: Gab es schon vorher Zusammenstöße zwischen Linksradikalen und Nazis? Ich habe von einer Auseinandersetzung um eine Verteilerstelle linker Zeitungen gelesen.

Vadim: Es gibt eine gewisse Tradition seit Anfang Sommer 1993. Es gab Zusammenstöße zwischen den Verbreitern der linken und der Nazi-Presse. Es begann damit, daß die Nazis die Verkäufer einer kommunistischen Zeitung vor dem Lenin-Museum angriffen. Ich muß das erklären: das Lenin-Museum im Zentrum von Moskau, (es ist im Moment geschlossen und wird vermutlich ein historisches Museum,) war damals noch der Ort von Ausstellungen ganz im Stil der Kommunisten und die sahen es als ihr natürliches, "heiliges" Zentrum an. Für die Verbreiter der Nazipresse war es der Platz, wo man konzentriert Propaganda verbreiten kann. Vor der Revolution 1917 war in diesem Gebäude übrigens das Stadtparlament von Moskau. Die Nazis attackierten die Verbreiter der kom-

munistischen Presse und reklamierten das Gebäude für sich. Anschließend gab es auch Angriffe gegen Verbreiter der linksradikalen Presse. Die kommunistischen Führer spielten alles herunter, um das Bündnis der Oppositionskräfte (mit den diversen Nationalisten) nicht zu stören. Trotzkisten und Anarchisten versuchten Widerstand zu leisten, bis es im August 1993 zu einem größeren Zusammenstoß kam, bei dem bereits damals zwei Linksradikale von den Nazis der Polizei übergeben wurden. In der Polizeiabteilung sahen die Festgenommenen dann die russische Fahne mit Hakenkreuz aufgehängt; einer wurde auf dem Polizeirevier auch verprügelt. Es gab allerdings kein Gerichtsverfahren gegen sie, weil der September/Oktober alles überschattete.

Was uns anbetrifft, denke ich, daß man die Nazis wahrscheinlich auch physisch bekämpfen muß, aber ich muß dir ehrlich sagen, wir haben dazu ganz wenig Möglichkeiten. Unsere Gruppe ist sehr klein, diese Nazigruppen sind militaristisch trainiert, sie sind ziemlich groß und haben Gewehre. Es gibt Angaben, daß diese Barkaschow-Leute, also eine dieser Gruppen, hunderte ausgebildeter Kämpfer hat.

Frage: Wurde diese Gruppe nach der Auseinandersetzung ums Weiße Haus, in der sie ja als eine Art Schutzgarde fungierte, nicht verfolgt?

Vadim: Praktisch war es doch so, daß die Medien für diese Gruppe Werbung gemacht haben, ihr ein Image verschafft haben. Ich kenne einige neuere Angaben, daß diese Gruppe sogar größer geworden ist.

Diese Gruppe, eine unter mehreren militarisierten Gruppen um das Weiße Haus, hatte die Wachen innerhalb des Parlaments organisiert, sie nahmen an der Erstürmung der Rundfunkstation teil und vertrieben systematisch Vertreter anderer oppositioneller Kräfte, sogar einige kommunistische Vertreter aus dem Parlament selbst. Sie behauptet, daß zwei ihrer Leute bei der Erstürmung des Weißen Hauses umgekommen seien. Aber die meisten der Barkaschow-Leute hatten vor der Erstürmung von sich aus das Parlament verlassen, als ob sie informiert worden seien. Dazu gibt es andere Hinweise, daß diese Organisation ("Russische Nationale Einheit") eine provokative Rolle spielt; (z.B. bei einer Demonstration fragte ein Linksradikaler die untätig bleibende Polizei, "gefällt euch das, daß es Hakenkreuze im Zentrum von Moskau gibt?" und da zeigte dieser in Richtung Kreml und sagte: "alle Fragen müssen dorthin addressiert werden"). Es ist nicht auszuschließen, daß sie für provokative Ziele seitens der Jelzin-Behörde benutzt wurden. Die anfangs initiierten Schiessereien gingen von ihnen aus... , am Ende gingen die militärischen Ereignisse von der Jelzin-Seite aus, das mußte sogar das offizielle Fernsehen zugeben.

Offiziell wurde nur gesagt, die Tätigkeit dieser Gruppe ist gestoppt. Barkaschow ging in den Untergrund. Es gab einen Erlaß, daß er verhaftet werden muß, aber man konnte ihn nicht finden. Das ist ganz interessant, die mächtige Polizei des großen Rußland kann ihn drei Monate nicht verhaften. Später erklärte er, daß er diese Zeit bei Moskau auf einer Datscha verbracht hatte. Im Dezember gab es einen Anschlag auf ihn. Jemand schoß aus einem vorbeifahrenden Auto auf ihn. Er wurde verwundet, damit wurde man auf ihn aufmerksam, verhaftete ihn und brachte ihn nach Moskau in ein Militärkrankenhaus (!). Dort lag er, bis er wieder gesund wurde und dann wurde er freigelassen. Und seine Gruppe, obwohl offiziell noch nicht wieder erlaubt, verkauft ganz offen ihre Zeitung "Russische Ordnung" mit einer Auflage von momentan 340.000 Exemplaren. Niemand stört das...

Graphiken: Petr Steiner/Pavel Vošický



Frage: Im Westen werden die Jelzin-Gegner meist als Zusammenschluß von rot-braunen Ewiggestrigen dargestellt. Du hast es ebenfalls bereits angedeutet, daß es diese Zusammenarbeit wirklich gibt, trotzdem wäre es wichtig, genauer auf diesen neuen rot-braunen Schulterschluß in Rußland einzugehen.

Vadim: Natürlich ist es für die Leute im Westen nicht verständlich, daß die stalinistischen Kommunisten mit den offenen Neonazis etwas zu tun haben. Es ist ganz klar, daß orthodoxe Kommunisten und Stalinisten zumindest in der Bundesrepublik nichts mit den Nazis gemeinsam machen werden. Aber man muß berücksichtigen, daß der Stalinismus schon immer in sich großchauvinistische und nationalistische Gedanken transportierte. Besonders in Rußland, wo der Stalinismus so lange an der Macht war und seinen nationalistischen Inhalt ausleben konnte, ist das nicht ganz so unverständlich. Die Stalinisten und Nationalisten haben zumindest etwas gemeinsam: den Gedanken des Großstaates. Den sogenannten Patriotismus. Die Kommunisten leiten das her aus dem Gedanken der nationalen Befreiungsbewegungen: im Kampf gegen den Imperialismus kommen die Bündnisse zwischen der Arbeiterklasse und dem nationalen Bürgertum zustande. Diese Politik betrieben die Stalinisten ja auch immer in den Ländern der sogenannten "Dritten Welt". Das geht zurück bis nach Deutschland in den 20er und 30er Jahren: im Jahre 1923 versuchte Karl Radek, damals Emissär der Kommunistischen Internationale, solche Gedanken zu propagieren, indem er praktisch ein Bündnis mit rechten völkischen Kräften vorschlug, damit zusammen gegen das Versailler System gekämpft werde. Radek argumentierte damals so: Deutschland ist ein Land, das vom internationalen Imperialismus unterdrückt ist, man muß dagegen eine nationale Befreiungsbewegung schaffen. In dem Zusammenhang bezeichnete Radek die Kommunisten als die besten Patrioten, die die nationalen Interessen eines Landes besser schützen könnten als die bürgerlichen Kräfte. Ungefähr solche Argumentationen kann man später in den 30er Jahren in den Dokumenten der KPD wiederfinden. Es gab ein KPD-Programm für die nationale und soziale Befreiung.

Ungefähr dieselbe Logik klingt jetzt bei den russischen Stalinisten heraus: Rußland ist ein Land, das vom internationalen Imperialismus/Zionismus unterdrückt wird, man muß zusammen mit patriotischen Kräften des Nationalbürgertums einen nationalen Befreiungskampf führen.

Frage: Wie kommt es zu dieser permanenten Betonung des Zionismus?

Vadim: Das begann eigentlich schon in der Stalin-Zeit nach dem 2.Weltkrieg. 1953, kurz vor dem Tode Stalins, gab es sogar ein Projekt, alle Juden aus dem europäischen Teil Rußlands zu deportieren. Nach dem Tod Stalins kam es glücklicherweise nicht zustande. Wiederaufgelebt ist der Anti-Zionismus 1967, als der Krieg Israels gegen die arabischen Länder entbrannte. Damals nahm die Regierung Breshnew Partei für die arabischen Länder. Seitdem begann in Rußland eine heftige antizionistische Kampagne. Z.B. mit schlimmen Karikaturen, es wurde gefragt, weshalb jüdische MitbürgerInnen studieren sollten, da man dadurch nur die Kader für Israel ausbilde etc.; es erschienen Bücher, die die Schuld für die Pogrome im Mittelalter den Juden selbst zuwiesen – etwa in dem Sinn: die Juden waren reich, die Kämpfe waren kein Rassenhaß sondern "Klassenkampf".

Frage: Daß viele Juden 1917 und danach auch eine sehr revolutionäre Rolle gespielt haben, ist in der Parteigeschichte wohl verloren gegangen?

Vadim: Ja, in der Parteigeschichte. Aber nicht bei allen Nationalisten! Es gibt Nationalisten bei uns, die mit den Kommunisten gern zusammenarbeiten und es gibt antikommunistische Nationalisten, die mit der KP nichts zu tun haben möchten, weil die Revolution 1917 eine jüdische Verschwörung gewesen sei. Bei denjenigen, die zusammenarbeiten, gibt es wohl so etwas, wie eine stille Übereinkunft, an solchen Dingen nicht zu rühren.

Frage: Der Nationalismus als "parteiübergreifende" Ideologie kittet demnach die politischen Bündnisse und keine Gruppe scheint sich davor verschließen zu können/zu wollen. Am Beispiel Rußland kann man davon ausgehen, daß die Entwicklung eines neuen Rassismus und Nationalismus nicht nur dem Verfall der Sowjetunion, sondern nicht zuletzt auch den sozialen Mißständen zuzuschreiben ist oder zumindest von ihnen gefördert wird. Kannst du einige markante Beispiele nennen, die jetzt im Moment das Leben in Rußland prägen? Ich denke an solche Stichworte wie Inflation, das Mißverhältnis zwischen Preisen und Löhnen, die Angleichung der Preise an das Westniveau.

Vadim: Als zumindest eine Ursache für das Wachstum der nationalistischen Stimmungen spielt die soziale Krise eine große Rolle. Die Wirtschaftslage ist schlecht, die soziale Lage noch schlechter. Im Prinzip ist es ziemlich schwer, die Preise und Löhne mit denen im Westen zu vergleichen. Man muß vor allem den Ausgangspunkt berücksichtigen: früher konnte man die Löhne und Preise nicht vergleichen, auch die Umtauschkurse waren willkürlich, aber dieser Wechselkurs war nicht ganz verkehrt, weil er eine Balance aufrechterhielt. Jetzt sind die Preise vom Prinzip her auf internationalem Niveau, in der Tendenz ist es so, daß einige Dinge noch weniger kosten als im Westen, z.B. Brot, einige russische Lebensmittel, aber anderes wie Kleidung, Importwaren etc. sind auf Weltniveau. Aber die Löhne sind viel, viel niedriger. Ein Durchschnittslohn ist schwer festzulegen, die Regierung nennt ganz andere Zahlen als die Gewerkschaften, was ich trotzdem sagen kann ist meine ungefähre Schätzung für Moskau: ein qualifizierter Arbeiter in der Produktion bekam letzten Herbst ungefähr 70.000 Rubel (jetzt dürften es ca. 200.000 Rubel sein), (1000 Rubel = 1,-DM). Leute, die nicht in der Produktionssphäre tätig sind und nicht in den neuen kommerziellen Bereichen arbeiten, bekommen weniger. Also alle, die im Bereich Bildung, Schule, Wissenschaft, Medizin tätig sind. Erschwerend kommt aber hinzu, daß die Leute, die in der Produktion arbeiten, ihre Löhne unregelmäßig bekommen. Die Behörden haben zwar zugestimmt, die Löhne zu erhöhen, aber man bezahlt diese Löhne ein, zwei, drei Monate nicht. Dann bezahlt man sie, aber die Inflation ist schon fortgeschritten und die Löhne verlieren eigentlich ihre Kaufkraft.

Darum ist eine der Hauptforderungen während der letzten Arbeitskonflikte, die Forderung, Löhne regelmäßig auszubezahlen.

Frage: Wie sieht es mit der Arbeitslosigkeit aus?

Vadim: Die Arbeitslosigkeit ist noch nicht so groß. Wahrscheinlich gibt das unserer Situation noch eine gewisse innere Stabilität. Es ist praktisch noch so, daß trotz aller Forderungen nach Reformbemühungen, trotz aller IWF-Forderungen, es bisher noch keinen Bankrott eines Staatsbetriebes gab. Aber die neue Regierung hat schon verkündet, daß die Arbeitslosigkeit kommen wird. Und was wird dann? Mit einer Arbeitslosenversicherung oder Arbeitslosengeld sieht es sehr schlecht aus. Bisher ist es so, daß Arbeitslosengeld einige Monate bezahlt wird und danach nichts mehr. Der Staat hat jedenfalls kein Geld, um Millionen von Arbeitslosen irgendwie abzusichern. Programme gibt es nicht. Es gibt ein idotisches Fernsehprogramm, in dem das Arbeitsamt vorgestellt wird, als ein Ort, der den Arbeitslosen helfen kann, neue Arbeit zu finden, den Betrieben helfen kann, neue Arbeitskräfte zu finden und den Arbeitslosen helfen kann, ihr eigenes Business zu gründen. Wahrscheinlich meinen diese Leute, daß einer der Hauptwege der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit darin besteht, die Leute zu Businessmen zu machen.

Frage: Das Vorbild wird wahrscheinlich das im Westen mehr und mehr praktizierte Subunternehmertum sein, wo theoretisch selbständig gearbeitet wird, allerdings in völliger Abhängigkeit von einem Betrieb, für den diese Art der Arbeit die billigere Variante darstellt.

Vadim: Das glaube ich nicht, so weitblickend sind die Planer bei uns nicht.

Frage: Kommen wir zu einer weiteren Frage in Zusammenhang mit dem Nationalismus. Wie steht es um die Öffentlichkeit? Gibt es wenigstens eine liberale Öffentlichkeit, die sachlich berichtet und sich von nationalistischen Tönen freihält? Welche Zeitungen gehören dazu?

Vadim: Leider muß ich sagen, daß der Nationalismus momentan der vorherrschende Konsens ist. Praktisch alle Parteien haben mehr oder weniger nationalistische Töne in ihrem Programm. Alle, bis hin zu den extremen marktwirtschaftlichen Liberalen wie die Leute um Gaidar, die jetzt auch von Großrußland sprechen, vom notwendigen Schutz der Großmachtinteressen und dem Schutz der russischen Minderheiten in den anderen Republiken. Das ist Konsens und nicht von ungefähr, jeder Staat muß eben seinen ideologischen Grundkonsens haben, sonst funktioniert er nicht, und wenn diese Grundidee nicht staatskommunistisch ist, dann muß sie anders aussehen, entweder bürgerlich-demokratisch, bürgerlich-liberal, und dazu ist die Situation bei uns zu instabil und zu brüchig. Deshalb muß man irgendwelche Integrationsfaktoren finden, die zudem keine größeren materiellen Kosten verursachen, und dann bleibt nur noch der Nationalismus. Es gibt noch Intellektuelle und kleinere Gruppen, die übertriebene nationalistische Gedanken zurückweisen. Es gibt noch Kritik z.B. in einigen liberalen Zeitungen wie Moskau News. Aber es bleibt bei der Kritik, sie können keine Alternativen vorschlagen. Außerdem klingt die liberale Kritik mitunter sehr seltsam, z.B. gibt es bei uns eine Organisation "Antifaschistisches Zentrum", eine Bewegung, die vom "Demokratischen Zentrum" Jelzins initiiert wurde, die die Rechtsradikalen in Fernsehen, Rundfunk etc. kritisiert. Was sie aber selbst vorschlagen, klingt fürchterlich: sie sagen "Klassenhetze" und "nationale Hetze" sind dasselbe, und beides soll vom Staat verboten und repressiv verfolgt werden. Dementsprechend gibt es in unserer neuen Verfassung auch den Punkt, wonach "soziale und nationale Hetze verboten und verfolgt" werden sollen. "Klassenkampf" ist offiziell

verboten. Überhaupt solche Leute wie Gaidar –, kurz nach den Wahlen im Dezember, als die Schirinowski-Partei soviele Stimmen bekam,– erklärte er plötzlich, wir müssen eine antifaschistische Front aufbauen. Gaidar als Hauptantifaschist! Ein Mann, der eigentlich pinochetistische Rezepte vorschlägt, möchte als Antifaschist gelten. Da werden viele Leute sagen, wenn das Antifaschisten sind, dann werden wir Faschisten. Damit macht er Propaganda für den Faschismus anstatt Gegenpropaganda.

Frage: Wirkt sich die neue Verfassung, die auch die "soziale" Agitation verbietet, bereits aus gegen die linksradikale Presse?

Vadim: Bisher noch nicht. Mit ein Grund wird aber sein, daß die meisten linksradikalen Zeitungen nicht offiziell erlaubt sind. Man macht diese Zeitungen inoffiziell, halb legal. So sind sie praktisch schwer zu verbieten. Zumindest habe ich noch nichts von Gerichtsprozessen wegen "sozialer Hetze" gehört. Das kann man aber auch damit erklären, daß das Niveau des "sozialen Kampfes" bei uns im Moment ganz niedrig ist.

Frage: Kommen wir zu den verschiedenen nationalistischen Gruppen. Hier im Westen ist Wladimir Schirinowski die Person gewesen, an der sich die Kritik am neu entstehenden Nationalismus, auch die ganze Angst vor einem nationalistischen Rußland, festgemacht hat. Nach deinen Erzählungen erscheint es mir nun so, als er wäre er nur einer von vielen und vielleicht noch nicht mal der bedeutungsvollste. Könntest du vielleicht genauer erläutern, wie du dies einschätzt?

Vadim: Ja, ich habe schon gesagt, daß Nationalismus momentan in Rußland vorherrschend ist. Das spiegelt sich sogar im Wappen wieder. Rußland hat sein altes Zarenwappen wiedereingeführt, und zwar diesen gekrönten Adler. Wir nennen ihn "gekröntes gebratenes Tschernobyl-Hähnchen". Es ist doch klar, daß bei den Nachbarn Rußlands und den nationalen Minderheiten in Rußland eine solche Symbolik für einen neuen großrussischen Chauvinismus spricht. Die Zarenfahne ist auch gültig etc. Dazu gibt es noch eine breite Palette rechtsradikaler und offen nazistischer Gruppen. Sehr viele dieser ultrarechten Gruppen entstammen der Pamjat-Bewegung, die Partei Schirinowskis kommt aber nicht daher. Schirinowski , der sich selbst als verrückt bezeichnet, ist populär, 25% der Stimmen; man kann sagen, es war eine Protestwahl, das stimmt, aber von allen Möglichkeiten, eine Proteststimme abzugeben, haben die Leute eben ihn gewählt. Insgesamt ist aber Schirinowskis Partei keine faschistische Partei im wirklichen Sinn des Wortes. Ich bezweifle, daß Schirinowski selbst eine wirkliche politische Überzeugung hat. Anfangs begann er seine politische Karriere als der Mann, der das politische Programm der sozialdemokratischen Partei schreiben wollte. Dann gründete er diese Liberaldemokratische Partei. Das erste Programm war marktwirtschaftlich orientiert. Jetzt plädiert er für mehr Staatseingriffe, aber natürlich alles kapitalistisch, marktwirtschaftlich, – aber es sieht nicht nach etwas Prinzipiellem aus. Außerdem gibt es noch keine Sturmabteilung.

Frage: Er arbeitet auch nicht mit kleineren rechtsradikalen Gruppen zu diesem Zweck zusammen?

Vadim: Er ist politisch ziemlich isoliert. Für die Kommunisten und Sozialisten ist er unakzeptabel. Zudem unterstützte er im vorigen Jahr die Politik Jelzins. Er tritt selbst für eine ganz autoritäre Verfassung ein und man sagt sogar, daß wenn Schirinowski Jelzin nicht unterstützt hätte, dieser für seine Verfassung keine Chance gehabt hätte. Schon aus diesem Grund und wegen seiner Person, er ist Halbjude, ist er für viele Nationalisten nicht akzeptabel. Eine rechte, nationalistische Zeitung schrieb sogar, er sei ein jüdischer Agent innerhalb der patriotischen Bewegung.

Frage: Wie muß man das jetzt einschätzen; einerseits bekommt er 25%, die ja nicht nur Proteststimmen sind, sondern auch aus dem nationalistischen Lager kommen, andererseits arbeiten fast alle Nationalisten nicht mit seiner Gruppierung zusammen. Muß man davon ausgehen, daß diese Gruppen noch mehr Potential hinter sich bekämen?

Vadim: Das ist schwer zu sagen. Während der letzten Wahl waren viele nationalistische Organisationen nicht zugelassen. Diese Leute boykottierten die Wahl oder wählten trotz allem Schirinowski oder die Kommunisten. Was nun die Versuche angeht, wieder einmal eine vereinte nationalistisch-stalinistische Opposition herzustellen, zuletzt Ende Mai von Ruzkoi initiiert, so glaube ich, daß sich die Mehrheit der nationalistischen Kräfte dort zuordnet. Aber ohne die ganz Rechtsradikalen. Natürlich sind die Grenzen manchmal fließend. Normalerweise sind diese aber selbständig und machen ihre ganz eigene Politik. Sie trainieren, sie bereiten sich vor, aber niemand weiß, zu welchem Zweck oder auf welchen Moment. Aber sie sind stark, z.B. die "russische nationale Einheit" wird auf 10.000 Mann geschätzt, daneben gibt es andere rechtsradikale Einheiten, die in anderen Regionen stärker sind. Gut ist, daß diese Gruppen nicht vereinigt sind, diese Zersplitterung ist gut.

Frage: Gibt es auch die sogenannte "Neue Rechte"?

Vadim: Rußland ist zum Mekka der "Neuen Rechten" geworden. In Moskau erscheint eine Zeitschrift "Elementi", die ein gemeinsames Projekt der "Neuen Rechten" aus verschiedenen Staaten darstellt. Dort schreibt z.B. Alain de Benoist. Auch die größte oppositionelle Zeitung, die in Rußland erscheint, "Sabra" wird von "Neuen Rechten" gemacht. Und wenn früher die Rechten unbeweglich waren und sich z.B. gegen Jugendkultur aussprachen, Rock als Satanismus bezeichneten etc., versuchen sie jetzt einen "Rock-Widerstand", einen rein russischen Rock zu etablieren. Sie propagieren jetzt so faule Gedanken, daß alle Oppositionelle, alle Radikale, ob links oder rechts, zusammenarbeiten müssen, weil alle gegen das kapitalistische System sind.

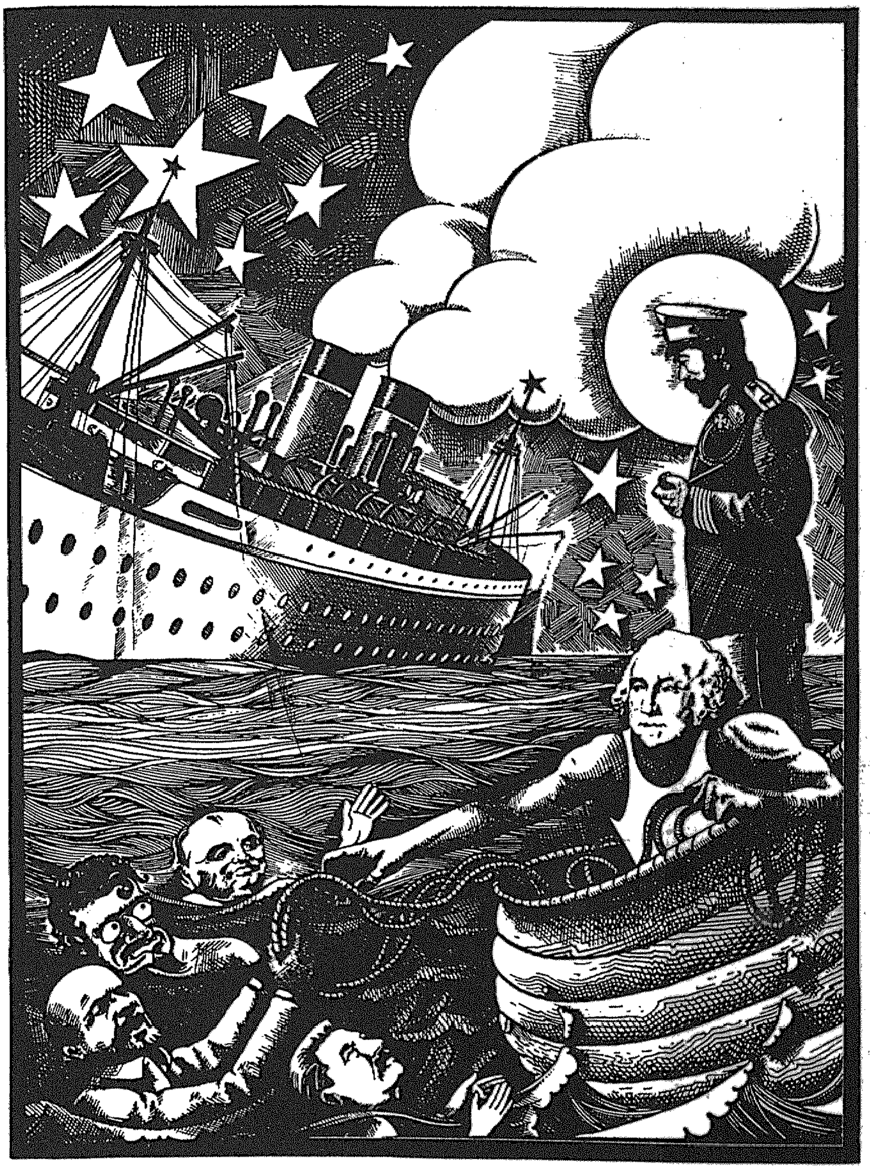
Frage: Gibt es für euch Bündnispartner, mit denen sich antifaschistische Arbeit machen läßt, die diesen Namen auch verdient?

Vadim: Es gibt eine Initiative seitens der gemäßigten Linken, der Partei der Arbeit, sie sind sozialdemokratisch orientiert, in Deutschland wäre etwa die

PDS vergleichbar. Dazu vereinzelte Sozialdemokraten und einige aus der KP, alle zusammen gründeten im Frühjahr einen "Bund der Internationalisten". Mit ihnen kann man etwas zusammen machen, zumindest Propaganda, aber nur begrenzt, sie sind staatlich orientiert und sagen z.B. "Nationalismus ist schlecht, Patriotismus ist gut."

Frage: Du hast gesagt, daß ihr selbst sehr wenige seid. Noch vor zwei Jahren sah das bei einer 1.Mai-Demonstration sehr viel freundlicher aus, als, organisiert von der KAS, einige hundert unter der schwarzen Fahne durch die Stadt zogen und sogar das westliche Fernsehen die neuen Anarchisten zur Kenntnis nahm. Was ist aus diesen Leuten geworden?

Vadim: Man sagte, daß die KAS damals so um die 1000 Mitglieder hatte, wahrscheinlich ist das übertrieben. Es ist so, daß nicht alles, was sich damals selbst anarchistisch nannte, wirklich anarchistisch war. Ich kann es paradox formulieren: Man sagt normalerweise, daß es sehr schwer ist, in einem Land mit solch staatlichen Traditionen, Anarchist zu sein; aber in der Situation einer Krise und der beginnenden Bewegungen, die für mehr Freiraum kämpfen, kann sich das verdrehen. Anarchismus oder zumindest Anti-Staatlichkeit kann für viele Menschen sympathisch sein, ohne daß diese Leute die Konzepte des Anarchismus völlig teilen. Darunter gab es auch einige Leute, die dann später und jetzt Geschäftsleute geworden sind und sich heute sogar noch als Anarcho-Kapitalisten bezeichnen. Für Jugendliche war es auch ein Startpunkt für ihre politische Karriere. Es gab einige, die in der KAS begannen, und dann in die sozialdemokratische oder gar bürgerliche Parteien gingen. Zudem gab es Jugendliche, die das aus Mode mitmachten, z.B. aus der PUNK-Bewegung. Es war leicht mitzumachen, es gab ja keine Mitgliedsbeiträge ... seitdem hat sich die Situation verändert. Es ist riskanter geworden, und in dieser Situation bleiben eigentlich nur die, die eine systematische Arbeit machen können und wollen. Jetzt gibt es mehrere kleine Gruppen, dazu ziemlich häufig verfeindet und mit oft seltsamen Positionen. Ich spreche gar nicht von den Anarcho-Kapitalisten, sondern von der Mehrheit der heutigen KAS (unionsweit nur noch



ca. 100 Mitglieder), die einen marktwirtschaftlichen Sozialismus ohne Staat im Sinne von Proudhon anstrebt.

Frage: Sie würden selbst auch die freie Marktwirtschaft einführen wollen?

Vadim: Es sieht so aus. Jeder Betrieb soll den Belegschaften gehören, die darin arbeiten. Als Eigentum. Nicht als Verwaltungsobjekt. Sondern als Profitobjekt. Und das, was die Leute produzieren, tauschen sie auf dem freien Markt mit anderen Betrieben oder mit Konsumenten. Wobei alles gänzlich nach den Gesetzen des freien Markts laufen soll, d.h. der Preis, der Profit etc. Diese KAS-Anhänger bezeichnen sich selbst als Kollektivisten, das ist falsch, weil sie unter Kollektivismus nicht die Verteilung nach dem Arbeitsertrag verstehen, sondern sie sehen es als Kollektivismus aufgrund des gemeinsamen Belegschafts-Eigentums. Gleichheit verstehen sie nur als Gleichheit der Chancen – ganz bürgerlich.

Frage: Ich wollte zum Schluß nochmal auf die Ökologie zurückkommen, die ja auch dein persönlicher Ausgangspunkt war. Von Murray Bookchin stammt ja der Begriff "Soziale Ökologie", den er eng mit einer ökologischen, herrschaftsarmen oder herrschaftsfreien Gesellschaft verknüpft. In Rußland gibt es eine "Sozialökologische Union", kannst du deren Ziele erläutern? Hat das etwas mit Bookchins Ideen zu tun und falls nicht, wie geht ihr damit um?

Vadim: Es entstand ganz selbständig. Die Ökologiebewegung war eigentlich die erste und größte soziale Bewegung in der ehemaligen Sowjetunion. Aber seitdem ist nur wenig übriggeblieben. Die Sozialökologische Union ist die größte übriggebliebene ökologische Organisation aus dieser Zeit. Sie orga-

nisiert heute noch Menschen, die auch außerhalb Rußlands leben. Ihre Gründer, die den Begriff Soziale Ökologie verwendeten und weiter verwenden, hatten keinen Begriff von Bookchins Ideen. Es waren in erster Linie reine Naturschützer. Erst mit der Zeit haben sie verstanden, daß man nicht nur die Natur schützen kann, sondern auch einige soziale Probleme lösen muß, die ansonsten zur Zerstörung der Natur führen. Letzteres klingt jetzt nach Bookchin, aber zuerst muß man klären, was man unter sozialen Veränderungen versteht: so sprechen z.B. eure Sozialdemokraten hier inzwischen auch vom "ökologischen Umbau der Gesellschaft" und sind deshalb keine Sozialen Ökologen im Bookchin'schen Sinne. Was wollte man damals? Es sollte keine politische, sondern eine ökologische Organisation sein, man wollte über Lobbys Politik beeinflussen, sie aber nicht selbst betreiben. Aus der Linken versuchten viele von Anfang an mitzuarbeiten und eine linksradikale Richtung durchzusetzen. Anfangs wußten aber auch sie nichts von Bookchins Ideen, sie orientierten sich stattdessen sehr stark an der grünen Partei in Deutschland. Von den Initiatoren ist vermutlich nur noch einer aktiv, der aber sehr einflußreich ist, Sergei Fomičjow aus Nischninowgorod, er ist momentan Ko-Vorsitzender der Liga der Grünen Partei, einer der grünen Vereinigungen bei uns, er gehört zu den Aktivisten einer kämpferischen, ökologischen Organisation und ist Herausgeber einer anarcho-ökologischen Zeitung "Dritter Weg". Die Liga der Grünen Partei und die Partei der Grünen sind aber beide unterschiedlich deutlich auf der Linie der hiesigen Realos anzusiedeln.

Der erste, der sich im grünen Umfeld mit den Gedanken Bookchins bekannt machte, war ich. Ich las diese Schriften auf deutsch, erzählte darüber und übersetzte Artikel von Bookchin, die auch in der Sozialökologischen Union bekannt gemacht werden. Seit Ende letzten Jahres stößt dies vermehrt auf Interesse, weil die Sozialökologische Union von der herkömmlichen "Politik" genug bekommt. Jelzin hatte einen ökologischen Berater, mit dem ältere Mitglieder der Sozialökologischen Union zusammenarbeiteten. Im Herbst 1993 versuchten sie eine ökologische Liste während der Wahl zu organisieren, und zwar auf der Basis der Partei der Grünen (die rechtere beider Parteien), aber dies mißlang. Seitdem sind die Vertreter der Sozialökologischen Union der Ansicht, daß die Vertreter der Partei der Grünen sie in eine Affäre hineingezogen haben. Momentan sind sie deshalb gegen eine Politisierung in dem Sinne "Teilnahme an der Macht". Und je mehr die Sozialökologische Union mit westlichen Umweltschützern in Berührung kommt, werden alternative Thesen diskutiert. Im März 1994 gab es eine Diskussionskonferenz seitens der Ökoanarchisten mit der Sozialökologischen Union, und es wurde eine Deklaration verfaßt, in der Prinzipien einer alternativen Gesellschaft formuliert wurden. Der Entwurf enthält eine Föderation der Naturschutzparks, der alternativen Betriebe, die ökologisch arbeiten, und der Kommunen. Und es wurden soziale Experimente und ökologische Experimente unter dem Vorbehalt "Nichtzerstörung der Natur" zusammengebracht. Dieses Ergebnis war sowohl für die ökoanarchistischen Teilnehmer wie für die Vertreter der Sozialökologischen Union akzeptabel. Was nun die Beeinflussung der Basis der Sozialökologischen Union anbetrifft, so ist das eine sehr schwierige Aufgabe, denn die Mitglieder sind so verschieden, daß man kaum eine einheitliche Taktik entwickeln kann. Es gibt z.B. Mitglieder aus dem Kosakentum, die nationalitisch und rechts orientiert sind, oder radikale Naturschützer, die nichts mit Politik zu tun haben wollen. Die Sozialökologische Union arbeitet seit einiger Zeit mit einer amerikanischen Umweltschutzorganisation zusammen und hat darüber Computertechnik, Modem etc. erhalten, so daß nun auch darüber z.B. die Zeitschrift "Dritter Weg" verbreitet wird.

Frage: Kannst du etwas zur Praxis der Sozialökologischen Union oder der Öko-Bewegung überhaupt sagen?

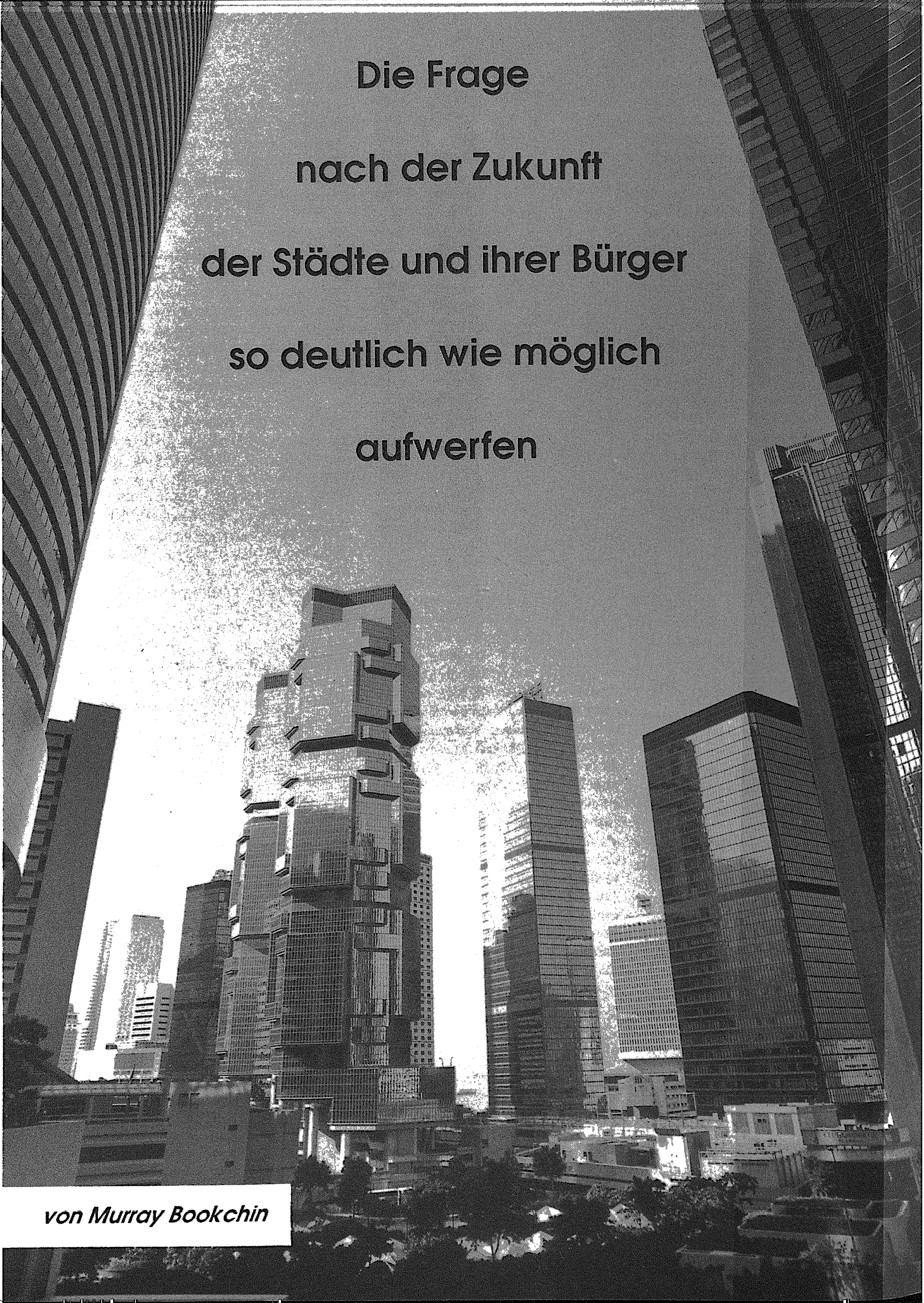
Vadim: Leider hat sich hier auch etwas verändert. Früher waren diese Aktionen massenhaft. Eines der Ziele der radikalen Öko-Bewegung war das Einbeziehen der Bevölkerung am jeweiligen Aktionsort. Jetzt ist es so, daß Aktivisten aus den verschiedenen Städten kommen, ihre Aktionen oder Protesttage machen, wobei die Bevölkerung sie nur passiv unterstützt, und sie danach wieder wegreisen. Das ist natürlich schlechter, weil es die Entwicklung des Bewußtseins, das ein wesentliches Ziel solcher Aktionen sein müßte, ausschließt und zweitens, wenn die Bevölkerung des Aktionsorts die Aktion nicht aktiv unterstützt, dann bleibt die Frage, ob die Aktivisten ganz zuständig sind.

Frage: Wenn die vorliegende Ausgabe des Schwarzen Faden *erscheint, befindest du dich auf einer Vortrags-Rundreise, die von der FAU organisiert wird. Zum Abschluß dieses Interviews wollte ich dich deshalb noch fragen, welche Schwerpunkte wirst du setzen oder was brennt dir vor allem auf den Nägeln, das du vermitteln möchtest?*

Vadim: Vor allem möchte ich über die reale Lage bei uns erzählen, weil hier im Westen so wenig Wahres bekannt ist. Was ich vor allem klar machen möchte, ist das, daß sich bei uns eigentlich nichts an der Kräftekonstellation geändert hat. Die alte Klasse ist praktisch an der Macht geblieben, das ist sehr wichtig. Ich weiß nicht, ob das auch für andere Länder des alten Ostblocks so zutrifft, aber bei uns ist es so. Die Bürokratie ändert ihr Gesicht. Die Bürokratie kann mit Teilen des Spekulantenkapitals und Mafia-Kapitals ein Bündnis schließen, die Ausbeutungsmethoden ändern sich, Methoden der Profitmaximierung ändern sich, die alte Klasse bleibt. Ich will die ZuhörerInnen wissen lassen, daß von einer wirklichen Demokratisierung, von einer wirklichen Entwicklung zur Freiheit momentan bei uns keine Rede ist. Man darf momentan keine der beiden um die Macht kämpfenden Parteien unterstützen. Was man wirklich muß, ist eine linksradikale, freiheitliche Inititaive aufbauen.

Desweiteren ist ganz klar, daß wir, die Linksradikalen im Osten, nicht in der Avantgarde der Bewegung für die Freiheit gehen können. In Rußland pflegte man immer einen Mythos über Deutschland, die deutsche Linke, die Marxisten seinerzeit, dann die KPD, das ist eine zu hinterfragende Tradition, das gebe ich zu, aber trotzdem ist es wichtig, daß wir auf eure Erfahrungen und Erfolge verweisen können, damit wir zeigen können, es ist möglich, realisierbar. In diesem Sinne ist es für mich auch eine Informations-Rundreise, um zu sehen, wie die libertäre Bewegung hier arbeitet. ★

Die Frage nach der Zukunft der Städte und ihrer Bürger so deutlich wie möglich aufwerfen



von Murray Bookchin

*Im November 1994 erscheint im Trotzdem-Verlag Murray Bookchins Buch **VERSTÄDTERUNG - DIE AGONIE DER STADT. Städte ohne Bürger oder Aufstieg und Niedergang des freien Bürgers** (Original: URBANIZATION WITHOUT CITIES – The Rise and Decline of Citizenship; Black Rose Books 1992.) Die Übersetzung besorgte Helmut Richter. ca. 350S., 35.-DM. Murray Bookchin beschreibt im nachfolgenden Beitrag, um was es ihm mit diesem Buch geht. Da Bookchin in der letzten Zeit des öfteren mißverstanden oder böswillig mißinterpretiert (Ulrike Heider in ihrem unsäglichen Buch "Narren der Freiheit", Helo im Berliner A-Kurier u.ä.) wurde, schadet es sicherlich nicht, seine Einführung dem eigentlichen Buch vorauszuschicken. (SF-Red.)*

*

Schon in biblischen Zeiten gab die Stadt ein beliebtes Feindbild ab, und daran hat sich bis heute nichts geändert. Viele erblickten in ihr nur einen schwärenden Wundherd moralischer Verderbtheit; abwechselnd wurde sie als häßlicher Mehltau über einer angeblich unverdorbenen Naturlandschaft angeprangert, als sündhafte Verkörperung einer aggressiven und herrschsüchtigen menschlichen Natur, oder gar als als "männlicher Vergewaltiger" einer fürsorglichen Mutter Erde und "ihrer" braven Kinder: der Ureinwohner und der Tiere. Aber ich will die metaphorischen, oft genug geradezu nebelhaften Auswüchse derartiger antistädtischer Ressentiments hier beiseitelassen. Viel mehr spricht für eine Stadtfeindschaft, die in den modernen, sich überall ausbreitenden, formlosen städtischen Zusammenballungen die Quellen von Orientierungslosigkeit, Angst, Selbstsucht und einer Unzahl von Umweltgefahren erblickt. Ich bezeichne dieses unaufhaltsam wachsende und alles überwuchernde Phänomen, das wir so leichthin mit der Stadt an sich gleichsetzen, mit dem Wort "Verstädterung" – und es kann den menschlichen Geist ebenso vergiften wie die Integrität einer Naturregion.

Was also ist eine Stadt? Und sind die Menschen, die in den städtischen Agglomerationen unserer Tage wie in einer Falle gefangen sind, wirkliche Bürger?

Verstädterung – Die Agonie der Stadt will über diese Fragen nachdenken und sie mit einer Hoffnung versehen. Ich will mitnichten in den Chor der Stadt-Ankläger einstimmen; vielmehr möchte ich den ungeheuren Wert der – großen oder kleinen – Stadt als einer bemerkenswerten Schöpfung des Menschen untersuchen. Beim Versuch, auf die obigen Fragen eine Antwort zu finden, habe ich den geschichtlichen Ursprung der Städte, ihre Rolle bei der Formung der Menschheit als neuartiger kreativer Spezies und ihre Verheißung eines Freiraums für ein neues politisches und gesellschaftliches Leben untersucht. Ich habe untersucht, wie die Stadt entstanden und welche Erscheinungsformen sie im Laufe der Zeit angenommen hat, wann und wie sie mehr war als ein bloßes Markt- oder Produktionszentrum, und durch welche Interaktionen die Bewohner einer Stadt das ausbildeten, was der große römische Denker Cicero die "zweite Natur" nannte, d.h. eine "Natur" von Menschenhand, die im Gleichgewicht mit jener "ersten Natur" existieren konnte, die wir gemeinhin als die natürliche Umwelt bezeichnen. Mein Augenmerk richtet sich daher mindestens ebensosehr auf die Bürger einer Stadt wie auf die Stadt selbst; stellten doch die am besten entwickelten Städte ethische menschliche Einheiten dar, sittliche wie sozioökonomische Gemeinschaften, und nicht nur Zusammenballungen bestimmter Strukturen, die keinem anderen Zweck dienten, als Güter und Dienstleistungen für namenlose Bewohner bereitzustellen.

Ich möchte die Stadt in einem besseren Licht erscheinen lassen; ich möchte sie nicht als eine Zersetzungserscheinung analysieren, sondern als eine unverwechselbar menschliche ethische und ökologische Gemeinschaft, deren Mitglieder vielfach das Gleichgewicht mit der Natur wahrten und Institutionen schufen, welche den Blick der Menschen für ihr eigenes Selbst schärften, die Rationalität förderten, eine weltlich orientierte Kultur ins Leben riefen, die Individualität stärkten und Formen institutioneller Freiheit etablierten. Wenn ich dabei so häufig auf die bäuerliche Lebenswelt zu sprechen komme, so ist das auch als Bezug auf die Natur selbst zu verstehen. Bürgerliche Partizipation entspricht – als gesellschaftliches Pendant – der biologischen Gegenseitigkeit, bürgerliches Engagement der Rollenverteilung der Lebensformen in den natürlichen Ökogemeinschaften, Sozialgeschichte der Naturgeschichte. Mit dem Wort "Pendant" will ich allerdings nicht sagen, daß Partizipation, Bürgertugend und Sozialgeschichte auf natürliche Gegenseitigkeit, Ökogemeinschaften und biologische Evolution reduziert werden können; die Unterschiede zwischen diesen Begriffen sind viel zu groß, als daß sie kongruent sein könnten. Aber dies ist eine philosophische Frage, die ich in einer breit angelegten Diskussion der Ersten und Zweiten Natur in meinem Buch *"The Philosophy of Social Ecology"* (Montreal: Black Rose Books, 1990) behandelt habe. Hier mag es genügen, das Ziel des vorliegenden Buches zu nennen: für die Stadt und den Bürger eine neue Definition im Sinne der Sozialökologie zu finden. Damit verbindet sich für mich die Hoffnung, Menschen mit Gespür für Umwelt und Gesellschaft möchten verstehen lernen, was Stadt und Bürgerwesen einmal waren, und somit besser verstehen, was sie in einer freien, rationalen und ökologischen Gesellschaft sein könnten.

Die Antworten auf die Frage, was eine Stadt ausmache, kreisen häufig nur um geographische und demographische Begriffe; die Stadt wird als ein Stück Erdoberfläche angesehen, auf dem eine dicht gedrängte, eng verzahnte Gesamtheit von Menschen wohnt. Diese weitgehend quantitativ orientierte Definition gilt seit langem. Sie liefert auch das gängigste Prestigemerkmal beim Vergleich der großen Städte untereinander und zwischen Stadt und Dorf. Traditionell gilt die jeweils größere Stadt auch als die kulturell und wirtschaftlich bessere. Man bedenke etwa, daß vor Jahren bei Volkszählungen in den USA Orte mit mehr als 5000 Einwohnern als städtisch galten, die übrigen aber als ländlich. In den letzten Jahren haben sich die Kriterien dafür, wo die Stadt anfängt, eine zu sein, auch nur quantitativ verändert. Selbst das [englische] Wort city hat sich in eine Art gesellschaftlichen Euphemismus verwandelt,

Photo: L. Cross / Umbruch

der eigentlich in einer fernen Vergangenheit wurzelt. Heutzutage sprechen die amerikanischen Statistiker und auch zahlreiche Urbanisten lieber von der Standard Metropolitan Statistical Area (SMSA) – das ist eine ausgedehnte, dicht bevölkerte Region, meist mit Millionen von Bewohnern. Die Realität ist die, daß die Städte durch so riesige Gebilde ersetzt werden, daß sie ihre Konturen, ihr spezifisches Wesen und ihre Einmaligkeit einbüßen. Viele der heutigen städtischen Ballungsräume haben mehr Bewohner als manches Land vor hundert Jahren, sie unterscheiden sich also in vieler Hinsicht kaum noch von kleinen Nationalstaaten.

Meine eigene Definition einer Stadt läßt sich nicht auf eine einzige Eigenschaft reduzieren. Ebenso wie ich Rationalität, Wissenschaft und Technik durch ihre jeweilige Geschichte definiere, so betrachte ich auch die Stadt als die Geschichte der Stadt. Das heißt, ich betrachte die Stadt als die kumulative Entwicklung – oder Dialektik – bestimmter wesentlicher gesellschaftlicher Möglichkeiten, als die Phasen ihres Entstehens, ihrer Traditionen, ihrer Kultur und alles dessen, was das Zusammenleben ihrer Menschen kennzeichnet. Am allerwenigsten sehe ich in der Stadtwerdung – wie man die Geschichte der Stadt auch prozessual benennt – ein bloßes "Raumsystem"; in dieser Wortprägung Henri Lefebvres wird aus dem geometrischen Terminus Raum eine quasi-mystische Kategorie sozialer, ökonomischer und kultureller Beziehungen. Ich denke, solche Beziehungen könnte man auch direkt untersuchen, ohne zu den verwickelten "Dekodierungen" greifen zu müssen, die in die Arbeiten bestimmter Postmoderner und Neomarxisten Eingang gefunden haben. Weder einfache Definitionen über Eigenschaften noch eher mystische postmodernistische Verrenkungen können mir ein Wissen darüber vermitteln, wie die großen Städte und ihre Ahnen, also jene Dörfer, Tempel, Kleinstädte entstanden sind, wie sie sich entwickelten, oder wie es in ihnen aussehen müßte, damit sie in einer freien und rationalen Gesellschaft ihr volles Potential realisieren können.

Ich behaupte, daß sich die Stadt der Frühzeit nur definieren läßt, wenn man in der Stadt zunächst einen schöpferischen Bruch der Menschen mit ihrem weitgehend biologischen Erbteil erkennt, ja die "Metamorphose" dieses biologischen Erbes zu einer neuen, gesellschaftlichen Evolutionsweise. Die Stadt war anfänglich der eigentliche Schauplatz für den Wandel der Merkmale, nach denen die Menschen sich zusammenschlossen und ihren Umgang miteinander gestalteten, von biologischen Determinanten wie etwa Verwandtschaft hin zu eindeutig sozialen wie etwa Nachbarschaft. Gleichermaßen war sie ein Schauplatz für die Herausbildung zunehmend säkular orientierter Institutionen, oft auch für schlagartige Neuerungen in den kulturellen Beziehungen, schließlich für eine Ausbreitung bestimmter wirtschaftlicher Aktivitäten über den zuvor nach Alter, Geschlecht oder Volkszugehörigkeit eingeschränkten Kreis hinaus. Kurz gesagt, die Stadt bot jene geschichtliche Arena, auf der – und durch die – biologische Bindungskräfte in gesellschaftliche transformiert wurden. Diesem Faktor ist es zu allererst zu verdanken, daß aus einer ethnischen Volksgruppe eine weltliche Bürgerschaft wurde, aus einem auf sich selbst fixierten Stamm eine universale civitas, in der der "Fremde" oder "Außenseiter" mit der Zeit ein Mitglied der Gemeinschaft werden konnte, auch wenn er nicht eine vorgeschriebene – echte oder mythische – Blutsverwandtschaft mit einem gemeinsamen Vorfahren nachweisen konnte. Nicht nur traten politische Beziehungen an die Stelle von Verwandtschaftsbeziehungen; die Idee einer gemeinsamen humanitas überlagerte die exklusive Abschließung durch den Clan oder Stamm, der sich biologisch-sozial für "das Volk" hielt und häufig alle "Außenseiter" als unorganische, fremdgesteuerte, ja gefährliche "Andere" aussperrte.

Die Stadt war also der historische Schauplatz, auf dem so universalistische Begriffe wie "Menschheit" zuerst erschienen – sie könnte also der Schauplatz sein für die Wiederkehr von Begriffen politischer Selbstregulierung und bürgerlicher Tugenden, für die Fortentwicklung sozialer Beziehungen und für den Aufstieg einer neuen Bürgerkultur. Betrachten wir die Schritte von dem auf Blutsverwandtschaft beruhenden Clan, Stamm oder Dorf zu einer polis, d.h. politischen Stadt; oder von Blutsbrüdern und -schwestern, die in ihre sozialen Pflichten hineingeboren wurden, zu Bürgern, die – wenn die Umstände es zuließen – frei über ihre Bürgerpflichten entscheiden und ihren Neigungen nach Vernunft und weltlichen Interessen nachgehen konnten: diese Schritte stellen eine sinnvolle Definition der Stadt dar. Natürlich kennen Städte auch Aufstieg und Niedergang. Sie können gute Zeiten erleben oder aber in Konflikten ausgelöscht werden. Aber seit die Stadt erst einmal in der gesellschaftlichen Entwicklungsgeschichte feste Wurzeln geschlagen hatte, ist und bleibt ihr Bild eine Realität, und als solche kann sie sich weiterhin vielfach verändern, gleich ob die einzelnen Städte sich verändern oder nicht, ob sie leben oder sterben. Die Stadt ist also zu einer – oft sittlich signifikanten – geschichtlichen Tradition geworden, die sehr menschliche Züge und Freiheitsbegriffe befördert sowie ein Gefühl von bürgerlicher Gleichheit, das die engen Schranken der Blutsbande oder Geschlechtsdiskriminierung, des Altersstatus und der ethnischen Auserwählheit zerbröckeln läßt.

Es ist also legitim, von der Geschichte der Stadt zu sprechen, ohne sich dabei auf den Lebensweg irgendeiner konkreten Stadt, ihren Aufstieg und Niedergang beziehen zu müssen. Und diese Geschichte darf als kumulativ bezeichnet werden. So hat etwa die spätmittelalterliche Stadt politische und geistige Traditionen in sich vereint, die einmal in Athen, Jerusalem und Rom

entstanden waren und die auch weiterlebten, als in diesen Städten der Quell der kommunalen Neuerungen längst versiegt war. Auch später, in der Renaissance, im Barock und in der Zeit der Aufklärung, formten sich die Städte nach dem Bilde antiker und mittelalterlicher Städte, entlehnten sie von ihnen ihre Architektur, Literatur, Kunst, Religion und Philosophie, die sie gleichzeitig auf die Erfordernisse einer neuen Zeit hin umformten.

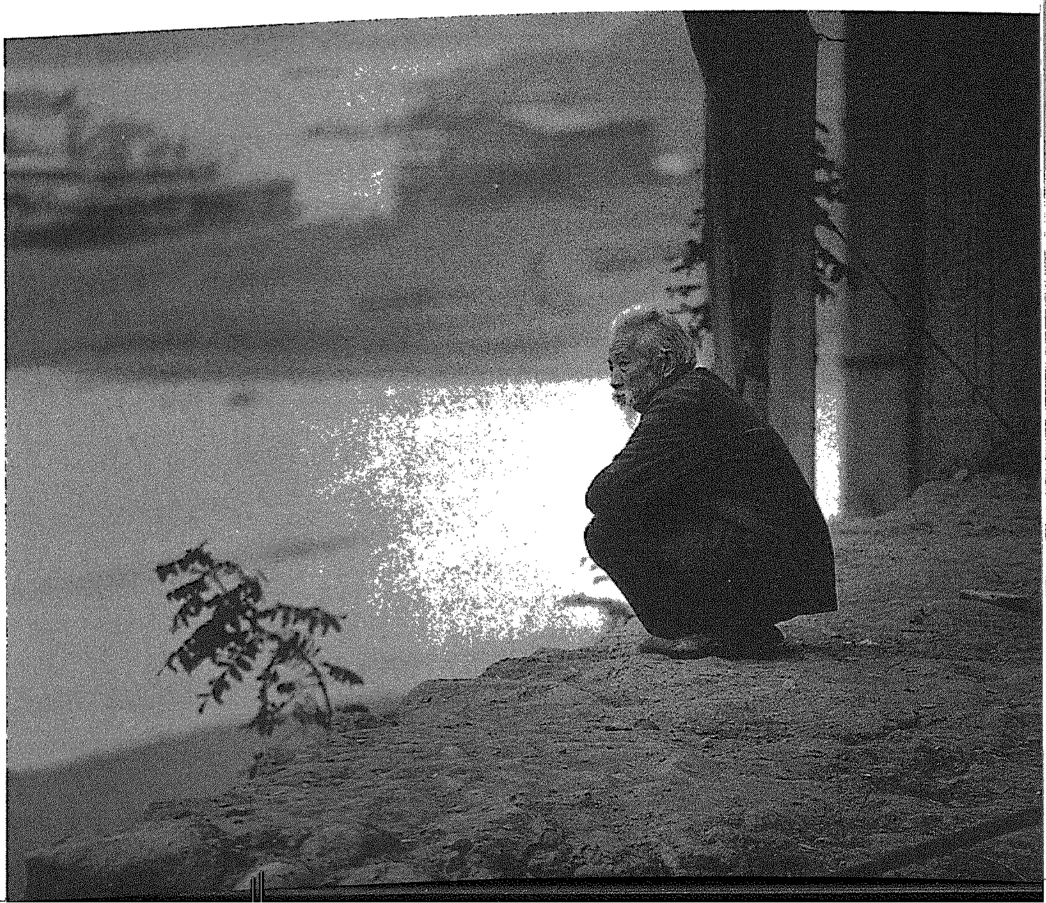
"Agonie der Stadt" wird sich in weiten Teilen damit beschäftigen, wie wir aus der Kenntnis realer Städte prozessuale Definitionen der Stadt als solcher ableiten können. Insoweit ich mich von der griechischen Vorstellung der Stadt oder polis als einer ethischen Vereinigung von Bürgern leiten lasse, folge ich einer übergreifenden Vision davon, was die Stadt sein sollte und nicht nur, was sie jeweils gerade ist. Nun ist das Sollen bekanntlich das Thema der Ethik – mit dem Unterschied, daß in meinen Augen das "Sollen" keine formale oder willkürlich gesetzte Glaubensvorschrift ist, sondern daß es der Vernunft entspringt und einen rationalen Prozeß darstellt, durch den sich die verborgene Fähigkeit der Menschheit realisieren kann, reife, bewußte, freie und ökologische Gemeinschaften zu bilden – mag dieser Prozeß sich auch noch so mühsam dahinschleppen. Diese Verbindung aus den besten Elementen der "ersten" oder biologischen und der "zweiten" oder gesellschaftlichen Natur nenne ich eine neu entstehende "dritte" oder freie Natur – also eine ethische Gemeinschaft mit menschlichem Maß, die in eine schöpferische Interaktion mit ihrer natürlichen Umgebung tritt. Unter diesem prozessualen Gesichtspunkt lehne ich es ab, das von uns mit dem Wort "Natur" bezeichnete Kontinuum in eine biologische und eine soziale Welt aufzuspalten, die einander feindlich gegenüberstehen. Beide sind in einem äußerst realen Sinn natürlich, und ihr Naturcharakter wurde von der Evolution in diesen einzigartigen Primaten verkörpert, die wir "Menschen" nennen und die – da sie sich ganz bewußt der ökologischen Unversehrtheit der Erde verpflichtet fühlen – ihre rationalen, kommunikativen, kreativen, ästhetischen und vor allem sozialen Fähigkeiten in den Dienst der nichtmenschlichen wie der menschlichen Wesen stellen.

Wenn diese *Ethik der Komplementarität* (wie ich sie schon vor Jahren genannt habe) dem menschlichen Handeln in den Städten einer ökologischen Gesellschaft als Richtschnur diente, würde sie nicht nur den Gipfel einer über Äonen andauernden Evolution der Natur bilden, sondern sie wäre ganz offensichtlich ein Höhepunkt der Vernunft selbst; sie würde Bedingungen schaffen, unter denen rationale Ziele und Lebensregeln aufgestellt werden könnten, und zwar nicht nur für neuartige, ökologisch ausgerichtete Städte-Netzwerke, sondern für jene wahrhaft rationalen menschlichen Wesen, die ich als Bürger bezeichne. Denn – wie schon die Griechen scharfsinnig erkannten – auch Bürgertum ist ein Prozeß, durch welchen Menschen persönlich und gesellschaftlich zu aktiv Beteiligten an den Belangen ihrer Gemeinschaft umgeformt werden. Wie dieses Buch immer wieder hervorhebt, sind die Bewohner unserer heutigen Städte weit davon entfernt, den hohen und so eindeutig am Menschen orientierten Anforderungen zu genügen, die die Hellenen an ihre Bürger stellten. Wir müssen den Begriff "Bürger" wieder mit diesem Inhalt füllen und gleichzeitig dafür sorgen, daß durch entsprechende persönliche und gesellschaftliche Bildung, oder paideia, aus Städtern solche Bürger werden.

Es ist die Vernunft, die uns vor diese hohe bürgerliche und ethische Aufgabe stellt: wir müssen Netzwerke neuer Städte im menschlichen Maß schaffen, ein neues Bürgertum, politische Institutionen für direkte Demokratie, überhaupt einen eminent ausgeweiteten Freiheitsbegriff. Die Städte, mit denen ich mich in diesem Buch beschäftige, haben in unterschiedlichem Grade diesem Auftrag genügt und das Ideal freien Bürgertums wachgehalten. Es waren Stadtkulturen, deren Vorstellungen von Gemeinsinn so intuitiv und häufig naiv waren, daß sie feindseligen Kräften leicht unterliegen konnten; oder es waren Denker, die (immer wieder in revolutionären Situationen) in ihren Köpfen entwarfen, was eigentlich um sie herum Wirklichkeit hätte werden sollen – leider vergeblich.

Bei dem Wort Netzwerk denke ich nicht an ad-hoc-Kontakte, provisorische Vereinbarungen, Verträge, oder zeitweilige Bündnisse zwischen Städten, auch wenn es diese – meist sehr kurzlebigen – Verbindungen zahlreich genug gegeben hat. Vielmehr beziehe ich mich dabei auf etwas, das seit langem ein theoretisches Ideal darstellt, gelegentlich aber auch eindrucksvoll das Leben von Stadtgemeinden ganz real bestimmt hat: auf Föderationen. Ich kann nicht genug betonen, wie untrennbar die

Photo: L. Cross / Umbruch



föderalistische Assoziation von Städten mit der Entwicklung einer freien, ökologisch orientierten Gesellschaft verknüpft ist. Denn der "Lokalismus" im Sinne einer praktisch autarken Ortsgemeinde und des Erzielens einer "Selbstversorgung" – zur Zeit in der Ökologiebewegung sehr populär – kann leicht in bornierte negative Haltungen wie Rassismus, kulturelle Isolation und stagnierenden Traditionalismus münden. Wenn die Gemeinden nur lokal beschränkt verstanden würden, wären sie nicht weniger rückschrittlich als der autoritäre Nationalstaat.

Der Föderalismus ist ausdrücklich nicht "lokalistisch", sondern vielmehr integrativ, wie ich im Anhang des Buchs ausführen werde. Er stützt sich auf die gegenseitige Verpflichtung föderierter Gemeinden, kollidierende Ansprüche juristisch zu regeln, gemeinsame Aktionen zu koordinieren und die Gemeindepolitik so umzusetzen, daß die Rechte der Bevölkerungsmehrheit nicht verletzt werden. Zwar sollte bei Entscheidungen dem Konsensprinzip wo irgend möglich der Vorzug gegeben werden; doch kann dies nicht heißen, daß nicht auch das Mehrheitsprinzip zum Zuge kommen darf, wenn andernfalls die Föderation von einigen wenigen auf Kosten der vielen tyrannisiert zu werden droht. Außerdem genügt es für eine Föderation nicht, mit Mehrheitsentscheidungen zu funktionieren; um erfolgreich zu sein, muß sie vor allem das Recht der höher angesiedelten föderalistischen Räte beschneiden, die auf der grundlegenden Ebene – der Bürgerversammlung – getroffenen Entscheidungen zu koordinieren.

Es muß ganz klar zwischen Umsetzung und Festlegung der Politik unterschieden werden; erstere fällt in die Zuständigkeit der föderalistischen Räte, letztere in die der Bürgerversammlungen der Gemeinde. Im föderalistischen Kommunalismus wird also die herkömmliche hierarchische Machtpyramide buchstäblich auf den Kopf gestellt. Die "Spitze" aller Macht liegt bei den Gemeindeversammlungen; auf diesen und zwischen ihnen herrscht das Mehrheitsprinzip. Den "Fuß" der Pyramide bilden die alles übergreifenden föderalistischen Räte, die rein administrative und juristische Aufgaben ausführen, und deren Mitglieder – die aus basisnäheren Körperschaften dorthin delegiert werden – unter den wachsamen Augen der Allgemeinheit agieren müssen und jederzeit abberufen werden können.

Ist dies nur eine Schimäre? Das Gegenteil ist wahr, wie die Geschichte gezeigt hat. Zwar sind frühere Föderationen oft wieder zerfallen; über die Gründe ließen sich ganze Bücher schreiben. Aber es waren meistens imperiale Ansprüche und später ganz allgemein der Nationalstaat, durch die sie zurückgedrängt oder ganz zerschlagen wurden. Föderationen haben eine lange und beeindruckende Geschichte. Sie bildeten die wesentliche politische Waffe, um der Macht des Staates zu widerstehen – ja, sie zeitweilig zurückzudrängen. Die Kämpfe der föderierten Rheinstädte gegen das Heilige Römische Reich im späten Mittelalter oder der föderierten spanischen Städte gegen Karl V. während der Reformationszeit lassen sich als wenigstens teilweise erfolgreiche Versuche anführen, königlicher oder nationaler Macht Schranken zu setzen oder sie ganz abzuschaffen. In Spanien haben die föderalistischen Bewegungen bis in die dreißiger Jahre unseres Jahrhunderts Spuren im politischen Leben hinterlassen.

Dieses Ringen zwischen dem Föderalismus und dem Nationalstaat wird auf vielen Gebieten erneut sichtbar; allerdings ist die intuitive Opposition

gegenüber dem Nationalstaat nicht gerade von ausgeprägtem Bewußtsein geleitet – ein Manko, das vor allem mit dem verkümmerten Bewußtsein der sogenannten "Linken" zu tun hat. Es ist schon so: Sollte das letzte Jahrzehnt dieses Jahrhunderts verstreichen dürfen, ohne daß eine starke, selbstbewußte und gut organisierte Bewegung für einen kommunalen Föderalismus hervortritt, dann wird die radikale Theorie und Praxis zu Recht derselben schmachvollen Vergessenheit anheimfallen, in der marxistische und individualistische "anarchistische" Richtungen seit Jahren dahindämmern. Unsere heutigen radikalen Bewegungen, gleich ob dogmatisch oder subkulturell, dürften eines Tages Verachtung ernten, wenn sie sich der letzten und in meinen Augen einzigen Chance verweigern, als Volksbewegung zu agieren, und es nicht fertigbringen, aus der akademischen oder personenfixierten Subkultur herauszutreten in den öffentlichen Bereich, wo immer noch Millionen erwartungsfroher, doch verwirrter Menschen ihnen zuhören würden. Es gibt, wenn auch bruchstückhaft, verbreitete Neigungen zu derartigen Ideen: örtliche Macht, Föderationen, überhaupt eine neue Politik; aber diese können genausogut von reaktionären Kräften verändert, manipuliert und in den Dienst rassistischer, beschränkter und letzten Endes autoritärer Ziele gestellt werden.

"Die Agonie der Stadt" stellt also einen Ruf dar – vielleicht den letzten, der uns heute noch möglich ist – nach einem neuen theoretischen Gerüst für die Entwicklung einer neuen Politik (in der hellenischen Bedeutung dieses Wortes, nicht in seiner parlamentarischen Umdeutung durch den Nationalstaat). Aber nicht nur das: Es ruft auch nach einer bewußt ausgeübten Praxis, durch die föderalistische Kommunalisten sich in örtliche Wählerbewegungen einzubringen, um Kommunalverfassungen zu verändern, um bürgerliche Institutionen und Vertretungen im Sinne direkter Demokratie umzubauen und um die Produktionsmittel unter den Einfluß der Bürger zu bringen – nicht in der eigennützigen Form der "Arbeiterkontrolle", die leicht zu einem kollektivistischen Kapitalismus entartet; auch nicht in Form der Verstaatlichung, die den Staat über wirtschaftliche Macht nur noch stärker macht.

Diese Praxis ist keine bloße "Strategie", wie sich die traditionelle Linke – und mit ihr alle staatsorientierten Bewegungen – gern ausdrückt. Sie ist kein "Mittel" zum Zweck, schon gar nicht zu einem verworrenen, nebelhaften Ziel. Sie ist vielmehr die Entfaltung eines Zieles: jene ruhmreiche "Kommune der Kommunen", die Sozialisten wie Anarchisten so lange angestrebt haben, vor allem nach der legendären Pariser Commune von 1871, die sich ausdrücklich dieser Bezeichnung bediente. Die Verwirklichung einer Kommune der Kommunen – oder, weniger farbig ausgedrückt, einer Föderation von Gemeinden – durch diesen dialektischen Entfaltungsprozeß verlangt eine absolut kompromißlose Politik. Sie ruht auf der Vorstellung eines grundlegenden Machtdualismus, indem immer unabhängigere, miteinander föderierte Gemeinschaften sich in diametrale Opposition zum Nationalstaat stellen. Jegliche Macht, welche die Föderationen gewinnen, kann überhaupt nur dem Nationalstaat abgerungen werden – und umgekehrt gilt das gleiche.

In diesem Kraftfeld zwischen den beiden Strukturen werden entweder die Gemeinschaften und ihre Föderationen ihre Macht auf Kosten des Nationalstaats ausbauen, oder dieser wird seine Macht auf Kosten jener ausdehnen. Wollte also eine kommunalistische Bewegung sich für regionale oder nationale Ämter bewerben, so käme dies einer absurden, ja paradoxen Verkehrung ihres Anspruchs gleich, eine "basisorientierte" oder "partizipatorische" Demokratie zu vertreten – schon allein deshalb, weil jedes Amt oberhalb der kommunalen Ebene fast ex definitione repräsentativ und nicht partizipatorisch ist. Wichtiger noch: Es würde übersehen – und dies ist entscheidend –, daß föderalistische Kommunalisten, die sich um örtliche Ämter bewerben, dies *gegen* regionale und nationale Ämter und Institutionen tun. Die Forderung nach kommunalen Föderationen ist gleichzeitig eine Forderung nach Opposition gegen den Nationalstaat in allen seinen Erscheinungsformen wie auch gegen die Illusion, eine Kontrolle über die nationale oder regionale Gesetzgebung an der "Spitze" sei eine Voraussetzung für die Übernahme der örtlichen Macht an der "Basis".

Eine Beteiligung an Wahlkämpfen für regionale und nationale Gremien würde nicht nur die Spannung zwischen dem "Oben", also der staatlichen Sphäre, und dem "Unten", also der Sphäre einer authentischen Politik, verringern; sie würde auch die einübende Funktion der Politik "unten" beeinträchtigen, aus der allein die Sphäre einer neuen Politik erwachsen kann. Wenn man Kandidaten für höchste Staatsämter aufstellt, erreicht man keineswegs mehr Menschen, sondern man verwischt die Grenzen zwischen Politik und Staatsraison (statecraft), zwischen Mitwirkung und Stellvertretung, zwischen Föderation und Nation. Nicht nur würde das Spannungsverhältnis zwischen diesen beiden äußersten Gegensätzen gelockert und seine Dialektik zerstört; nicht nur würde die wahrhaft demokratische Natur einer

Erziehung zum Politischen, die auf dem direkten Diskurs zwischen Nachbarn und Bürgern beruht, durch die Medien ersetzt. Der gesamte erzieherische Schwung eines libertären oder föderalistisch-kommunalistischen Ansatzes würde sich in dem gleichen Nebel verlieren, der die Grenze zwischen Politik und Staatsraison verschwimmen läßt. Eine "Kommune der Kommunen" ist eben nicht eine "Republik der Kommunen" oder ein "Interessenverband der Kommunen"; als eine Föderation von Gemeinden wehrt sie sich vielmehr kompromißlos gegen alle wohlklingenden Vorschläge, eine Föderation oder Kommune auf eine Republik oder einen Verband zu reduzieren.

Die Radikalen, die Sozialdemokraten und die Linksliberalen – von den "Grünen", jener hybriden Erscheinung, ganz zu schweigen – haben es nie gelernt, mit der Frage der Staatsmacht umzugehen. Denn wenn uns die Annalen der Geschichte von Anbeginn bis auf den heutigen Tag irgendetwas gelehrt haben, dann dies: Staatsmacht korrumpiert. Nicht einmal die idealistischsten und prinzipienfestesten Anführer gleich welcher Revolution kamen mit den korrumpierenden Wirkungen staatlicher Macht zurecht. Entweder sie verfielen ihr oder sie versuchten bewußt, sie dezentral aufzuteilen. Das Festhalten an staatlicher Machtausübung zerstörte die moralische Integrität nicht nur der radikalsten Puritaner des 17.Jahrhunderts, die um sie kämpften, sondern auch der überzeugtesten Sozialisten, Kommunisten und Anarchisten, die tatsächlich in ihren Besitz gelangt waren. Die Revolutionen in England, Frankreich, Rußland und Spanien liefern überzeugende Beweise für das korrumpierende Potential der Staatsmacht – ein Potential, das sich durch seine unablässige Wirkung als existentielle Gegebenheit ausweist, nicht nur als moralische Leerformel. Die Macht im Staate anzustreben – oder mit den Worten des herkömmlichen Radikalismus, sie zu "ergreifen" – garantiert geradezu, daß sie als elitäre Manipulation fortbesteht, sich ausdehnt und als brutales Instrument gegen eine Demokratie des Volkes eingesetzt wird.

Mit einer libertären oder föderalistisch-kommunalistischen Politik kann der beste Weg eingeschlagen werden, um zu verhindern, daß die Staatsmacht "ergriffen" wird und einer Elite vorbehalten bleibt. Es soll nämlich vorsichtig versucht werden, den Kommunen Macht zuwachsen zu lassen – anfangs durch den Erwerb moralischer Macht, wie ich im Schlußkapitel dieses Buches andeute. Der libertäre oder föderalistische Kommunalismus sucht die demokratischen Institutionen auszubauen, die noch in allen heutigen republikanischen Systemen überleben, indem er sie für eine möglichst weitgehende Mitwirkung der Allgemeinheit öffnet. Daher mein Slogan: "Demokratisiert die Republik! Radikalisiert die Demokratie!" Es geht nicht darum, staatliche Macht zu "ergreifen" – und dann nie mehr loszulassen –, sondern darum, die Macht des Volkes so lange zu vergrößern, bis alle Macht bei den Institutionen einer partizipatorischen Demokratie liegt.

In dieser Sicht muß kompromißlos an einer klaren Unterscheidung zwischen Politik und Staatsraison festgehalten werden, vor allem um sicherzustellen, daß nicht "pragmatische" Sachzwänge oder parlamentarische "Strategien" für angeblich föderalistisch-kommunalistische Ziele eingespannt werden, und sei es nur zu Propagandazwecken oder um die "Oberen" von "oben" aus anzugreifen. Die stärkste Wirkung einer kommunalistischen Propaganda rührt nämlich gerade daher, daß sie kommunalistisch ist; dann kann sie aber nur direkt von Mensch zu Mensch erfolgen und sich bestenfalls vermittels einer Bewegung ausbreiten, die jede Kommune einer Region oder Nation zu erreichen sucht. Nur durch diese Art von Propaganda lassen sich Vertrauen, menschliche Beziehungen und personales Lernen erreichen und kann somit die direkte Demokratie gestärkt werden. Legitimer Ausgangsort kann die kleine Arbeitsgruppe sein oder der Bürgersaal, die lokale Presse, das persönliche Gespräch – und nicht der elektronische Staatsapparat, von dem sich die gegenkulturellen "Medienfreaks" der sechziger Jahre hypnotisieren ließen.

Die meisten der Gedanken, die in dieser Einführung zu finden sind, werden im Buch selbst genauer behandelt. Ich beleuchte sie vor dem Hintergrund eines geschichtlichen Vorgangs innerhalb der Evolution – und, wie ich wohl hinzufügen muß, des Niedergangs – der städtischen Lebensweise, nämlich vor einer inzwischen aufgekommenen ernsten Gefahr für Stadt und Land gleichermaßen: der Verstädterung. Aus dieser Gefährdung – die sich nicht nur als flächenhafte Wucherung, sondern als vernichtende Dehumanisierung städtischen Lebens, als Auflösung kommunaler Strukturen und als Denaturierung des Landlebens darstellt – leiten sich die hier vorgebrachten Ansichten ab. Meine Argumentation läuft konträr zu der herkömmlichen Auffassung, die Stadt und Land ebenso wie Gesellschaft und Natur notwendig miteinander im Konflikt sieht und die sich durch zahlreiche urbanistische Arbeiten in der westlichen Welt zieht. Ganz im Gegenteil: Mag sich das Leben in den Städten auch in vieler Hinsicht von den "naturnäheren" Formen menschlichen Zusammenlebens wie etwa Stammes- oder Familiengemeinschaften unterscheiden, so haben sich doch Städte auf die Ökologie einer Landschaft mindestens ebenso segensreich wie schädlich ausgewirkt. Indem wir wieder ein Gespür für die partizipatorischen Institutionen entwickeln, von denen städtisches bürgerliches Leben einst geprägt war, beleben wir diese bürgerlichen Ideale und Sensibilitäten neu und können mit ihrer Hilfe vielleicht der massiven Zerstörung Einhalt gebieten, welche die Verstädterung gleichermaßen über Stadt und Land bringt.

Ich habe dieses Buch als Sozialökologe und Öko-Anarchist aus der Überzeugung heraus geschrieben, daß wir unabweislich die Stadt – oder besser die Kommune, denn wir müssen Städte jeder Größe in unsere Betrachtungen einschließen – als ökologisches Unternehmen sehen müssen, nicht nur als ein logistisches oder strukturelles. Das Wort ökologisch sagt hierbei erheblich mehr aus als in den üblichen Ein-Punkt-Umweltbewegungen, die sich auf Verschmutzung, die Erhaltung unberührter Wälder, die Bewahrung der Tierwelt und dergleichen konzentrieren. Die Ökologie ist in meinen Augen mehr ein gesellschaftliches als ein biologisches Anliegen. Eines ihrer Ziele sollte es sein, zu untersuchen, wie Herr-

schaftsvorstellungen und die geschichtliche Entwicklung von Hierarchien uns die Probleme beschert haben, mit denen wir es heute in der Gesellschaft ebenso wie in der Natur zu tun haben. Den Leser, der ein besseres Verständnis meiner ökologischen Sichtweise – der Sozialen Ökologie – gewinnen will, verweise ich auf meine zahlreichen Bücher zu diesem Thema, vor allem *Die Ökologie der Freiheit* und *Die Neugestaltung der Gesellschaft*. Das vorliegende Buch befaßt sich mit dem, was allgemein als "Probleme der Stadtregionen" bezeichnet wird, also sozusagen mit "Stadtökologie". Seine Zielsetzung ist sowohl theoretisch als auch praktisch. Daher wird im umfangreichsten Kapitel *("Leitlinien für eine neue Kommunalpolitik")* ein Programm dafür vorgestellt, wie wir nicht nur ein ökologisches Bild der Stadt und ihrer involvierten Bürgerschaft zurückgewinnen, sondern überhaupt eine neue Politik schaffen können, die das hohe Ideal der Bürgerpartizipation mit der Erkenntnis dessen verbindet, was die Stadt in einer rationalen, freien und ökologischen Gesellschaft sein kann.

Auf jeden Fall wird die Stadt ein Problem bleiben, auch wenn sie in Zukunft noch mehr von ihrem Charakter einbüßen sollte. Die Stadt hat in verschiedenen Blüteperioden seit etwa 7000 Jahren die menschliche Geschichte entscheidend beeinflußt und an der Ausformung des menschlichen Geistes mitgewirkt. Können wir es uns wirklich leisten, sie zu ignorieren? Müssen wir sie so nehmen wie sie ist – als ein Gebilde, das ebenso wie das offene Land von der ausufernden Verstädterung verschlungen zu werden droht? Oder können wir die Stadt mit einem neuen Sinn, einem neuen Politikbegriff, einem neuen Ziel versehen – und gleichfalls neue Bürgerideale schaffen, die im übrigen schon früher einmal weitgehend formuliert waren? Wenn wir die Stadt und ihre Bürger links liegen lassen, laufen wir Gefahr, uns von den Milliarden von Menschen zu isolieren, denen von der Verstädterung Anonymität und Ohnmacht drohen. Diesen Fragen werden sich alle, denen Gesellschaft und Umwelt am Herzen liegen, stellen müssen. Mein Ziel in "Agonie der Stadt" ist es, die Frage nach der Zukunft der Städte und ihrer Bürger so deutlich wie möglich aufzuwerfen und Lösungen vorzulegen, die auf den Grundsätzen der Sozialökologie beruhen.

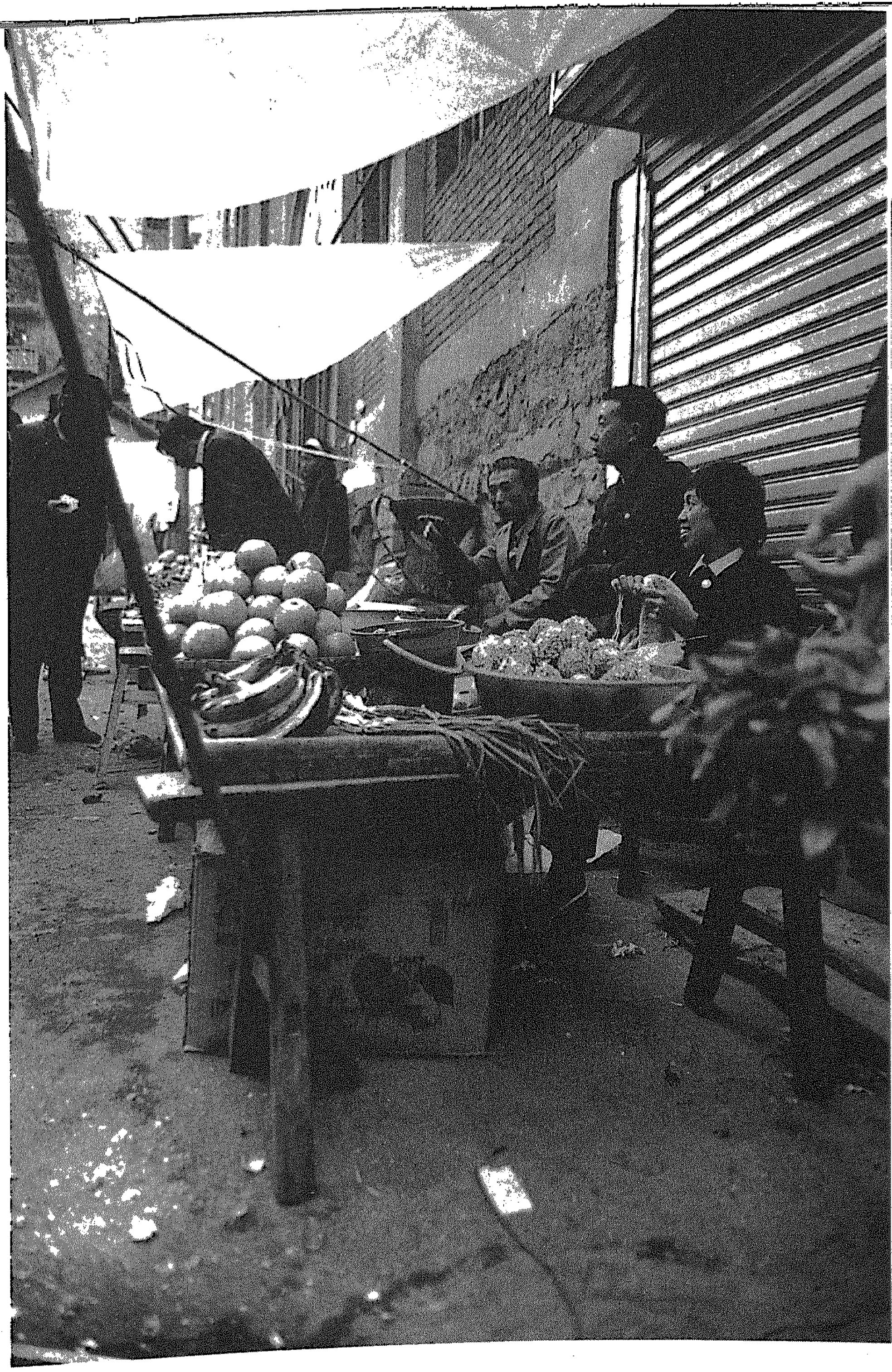


Photo: L. Cross / Umbruch

übersetzt von Helmut Richter

Gießt Wasser ins Feuer!

Die anarchafeministische Infragestellung des "Macht-Feminismus"

von L. Susan Brown

Vor nunmehr fast 15 Jahren fragte Sandra Dijkstra: *"Warum wurde Betty Friedan und nicht Simone de Beauvoir die Leitfigur der Frauenemanzipation in den USA?"*[1]

Dijkstra kam zu der Schlußfolgerung, daß Friedans liberale feministische "ideologische Grundhaltung geeignter war" (S.306) als der Existentialismus Beauvoirs. Aus diesem Grund akzeptierten die Amerikanerinnen lieber "The Feminine Mystique" (dt. "Der Weiblichkeitswahn oder die Mystifizierung der Frau") als "The Second Sex" (dt. "Das andere Geschlecht") als geeignete Grundlage für die Frauenbefreiung.

Angesichts der gegenwärtigen amerikanischen feministischen Veröffentlichungen würde ich heute gern eine ähnliche Frage in den Raum stellen: *"Warum wurden liberale Feministinnen wie Susan Faludi und Naomi Wolf und nicht eine anarchfeministische Autorin zu Leitfiguren der (heutigen) Frauenemanzipation in Amerika?"*

Während die liberalen Feministinnen danach trachten, für die Frauen ein größeres Stück vom vorhandenen politischen und ökonomischen Kuchen zu sichern, will der Anarchafeminismus einen ganz neuen Kuchen backen.

Als Anarchistin scheint mir die anarcha-feministische Antwort an den Sexismus und andere Formen von Hierarchie und Herrschaft schlüssig, vernünftig und wünschenswert, während mir die liberale feministische Position als widersprüchlich und voller ungelöster Probleme ins Auge springt.

Warum aber gehört dann der Anarcha-Feminismus zu den Nebenpfaden der feministischen Geschichte, während andererseits der liberale Feminismus, zumindest in Nordamerika, die Aufmerksamkeit, die Medienbeachtung und die Zustimmung so vieler erhält?

Wie Dijkstra vor mir, sehe ich die Antwort in der "ideologischen Grundhaltung" von Faludi und Wolfs Werk begründet. Susan Faludis "Backlash" (New York: Doubleday, 1991; dt. "Die Männer schlagen zurück", Rowohlt-Verlag, 42.-DM) und Naomi Wolfs "Fire with Fire" (Toronto: Random House, 1993; dt. "Die Stärke der Frauen – gegen den falsch verstandenen Feminismus", Droemer und Knaur, 39,80DM) haben beide kritische und breite Beachtung als Orientierungspunkte der neueren feministischen Debatte erzielt. Beide Bücher waren finanziell äußerst "erfolgreich" und wurden zu Bestsellern auf einem Gebiet, das historisch für die Leserschaft alles andere als populär war. Faludis "Backlash" ist eine lange und detaillierte Auflistung der vielen verschiedenen Benachteiligungen, die es gegeben hat und die weiterhin gegen die amerikanische Frau ausgeübt werden: von niedriger Bezahlung am Arbeitsplatz bis zur Diskriminierung der Frau in den Medien, oder u.a. durch die Regierung, Akademiker und Ärzte. Faludi bezieht die Position, daß der Fortschritt der Frauen hin zur Gleichberechtigung in den 60er und 70er Jahren, in den 80ern eine Gegenbewegung ("backlash") ausgelöst hat, die bis in die 90er Jahre andauert. Sie dokumentiert den Sexismus der amerikanischen Gesellschaft peinlich genau, einen Sexismus, den viele am liebsten ignorieren und verdrängen würden.

Während bei Faludi die Hoffnungslosigkeit das alles dominierende Gefühl ist, das den Emanzipationskampf der Frauen nach Gleichberechtigung begleitet, betont Naomi Wolf in "Fire with Fire" eine hoffnungsvolle Sicht der Frauenbefreiung. Wolf schreibt über den gleichen Sexismus wie Faludi, aber anstelle den mangelnden Fortschritt zu bedauern, feiert sie das von ihr sogenannte "Geschlechterbeben" (genderquake), das heute die Grundlagen männlicher Herrschaft in Amerika erschüttert. Für Wolf stehen die Frauen an der Schwelle zur Revolution und müssen nur noch ihre neu gefundenen politischen und ökonomischen Muskeln anspannen, um eine Gleichheit mit den Männern zu erreichen. Sowohl Faludi wie Wolf sehen die *Macht* als Schlüssel: Faludi bejammert den Mangel an Macht seitens der Frauen, während Wolf die Frauen dazu auffordert, Macht zu ergreifen. Beide lehnen Macht weder als 'nicht wünschenswert' ab noch weisen sie diese als ungeeignetes Mittel, um zum Ziel zu kommen, zurück.

Wolf behauptet sogar, daß das einzige, das Frauen noch von der Gleichberechtigung abhält, ihr Zögern sei, Macht zu gebrauchen. Sie argumentiert deutlich und oft überzeugend, daß Frauen Macht ergreifen und für ihre Interessen ausnutzen müssen. Sie hält gleich zu Beginn ihres Buches fest, daß "wenn sich der Trend bei Wahlen in den USA fortsetzt, Frauen 10 Millionen mehr Stimmen haben werden als Männer",[2] weil Frauen 51% der Bevölkerung ausmachen. Sie stellt die Frage: "Was soll es, auf die Gleichberechtigung zu setzen, wenn die Frauen ein Anrecht auf eine wirkliche Demokratie haben, in der uns der Vorteil unserer Anzahl zur einzigen und stärksten Kraft auf Erden macht?" (S.52) Für Wolf ist die Zeit für einen neuen Feminismus, einen "Macht-Feminismus", gekommen, der den Gebrauch der Macht als legitim und wünschenswert einstuft, ja sogar als sexy.

Frauen müssen politische und ökonomische Macht ausüben, meint Wolf, um ihren rechtmäßigen Platz neben den Männern einzunehmen. "Heute handelt es sich um eine Zeit, in der die wirklichen Änderungen zugunsten der Frauen von deren Willen abhängt, sich an der Macht zu beteiligen, mit ihren Verführungen und Verantwortlichkeiten, an der Demokratie mit ihren offenen Konflikten und am Geld mit all seinen Annehmlichkeiten und Gefahren." (S.55)

Wolfs Worte mögen extrem erscheinen, weil sie von den meisten feministischen Arbeiten abweicht, die den Gebrauch von Macht in Abrede stellen; ihr Ansatz übernimmt jedoch nur die grundlegenden Prinzipien der liberalen Demokratie und wendet diese auf die Frauen an. Wolf gibt das im Schlußwort ihres Buches selbst zu: "Was immer Feminismus für Dich bedeutet, für mich bedeutet er im Kern die logische Ausdehnung der Demokratie." (S.320) Demnach ist es nur vernünftig für die Frauen, die Macht zu ergreifen, um feministische Ziele weiterzutreiben. Sie geht aber noch weiter und behauptet, daß der Feminismus solange bevormundet würde, solange die Feministinnen nicht die Macht ergriffen. "Wenn wir darin fortfahren, der Macht unserer

Vorstellungen, unseres Geldes und unserer Werte zu mißtrauen, überlassen wir den Sieg denjenigen, die wollen, daß sich die Mehrheit still verhält." (S.320) In einem bestimmten Sinn hat sie recht. Vorausgesetzt wir leben in einer liberalen demokratischen Gesellschaft, und vorausgesetzt, daß eine solche Gesellschaft auf der Ausübung von Macht beruht (ökonomisch auf der Macht des Kapitalisten über den Arbeiter; politisch auf der Macht der Mehrheit über die Minderheit), dann müssen die Frauen, wenn sie die Gleichberechtigung innerhalb dieses Systems der liberalen Demokratie wollen, lernen Macht effektiv auszuüben.

Dies gibt uns einen Hinweis darauf, warum Wolfs Werk so populär ist – es handelt sich um eine feministische Position, die sich innerhalb des vorherrschenden politischen und ökonomischen Rahmens des liberal-demokratischen Kapitalismus bewegt und diejenigen, die dieses System als entweder unvermeidlich oder als erstrebenswert akzeptieren, werden "Fire with Fire" als beruhigend und bestätigend empfinden. Es ist beruhigend, weil Wolf zeigt, daß Frauenrechte nur eine Untergruppe der weiter gefaßten Menschenrechte innerhalb des Liberalismus sind, und es ist bestätigend, weil sie für die Ausweitung dieser Frauenrechte argumentiert, ohne die grundlegende Basis des liberalen Kapitalismus in Frage zu stellen. Mit anderen Worten, amerikanische Leserinnen können sich zufrieden zurücklehnen, weil Wolf ihnen zeigt, wie es Frauen gelingt, mit Männern gleichzuziehen ohne irgendetwas in der Gesellschaft zu verändern.

Im Gegensatz zum liberalen Feminismus von Wolf und Faludi, stellt der Anarcha-Feminismus mit seinem Beharren darauf, daß das Benutzen der Macht nur zu Hierarchie und Herrschaft führt, die Fundamente, auf denen der liberal-demokratische Kapitalismus beruht, in Frage. Es ist kein Zufall, daß "Backlash" und "Fire with Fire" einen Bestseller-Status genießen, während anarcha-feministische oder andere anarchistische Ideen auf "alternative" Zeitschriften und fanzines mit begrenzter Verbreitung verwiesen bleiben. Die Botschaft der Anarcha-Feministinnen ist nicht bestätigend oder "beruhigend". Indem der Anarchafeminismus stattdessen alle Formen von Herrschaft bekämpft, sei es die Herrschaft von Männern über Frauen, von Kapitalisten über Arbeiter oder von der Mehrheit über die Minderheit, trifft er den Kern des liberal-demokratischen Kapitalismus und setzt alles, was zu unserer Gesellschaft gehört, dem Zweifel aus. Wenn Wolf die Frauen dazu anstachelt, ihr Zögern zu überwinden und Macht zu nutzen, so schlägt sie nichts anderes vor, als daß die Frauen genau nach den Werten handeln sollen, von denen sie im liberalen Kapitalismus umgeben sind. Nichts konnte "natürlicher" scheinen für Menschen, die in einer machtdrungenen Gesellschaft leben, als dazu

Stuttgarter Zeitung Nr. 29 — Frau · Familie · Gesellschaft — Samstag, 5. Februar 1994 — 51

Die selbstverständliche Lust auf Macht

Die Amerikanerin Naomi Wolf will die Frauen zum „Power-Feminismus" ermutigen

Der US-Erfolgsautorin Naomi Wolf eilt hierzulande ein etwas kurioser Ruhm voraus. Jung sei sie, hübsch auch noch, sie habe Spaß am anderen Geschlecht, besitze sogar einen eigenen Mann, doch wie passe dies eigentlich mit ihrem feministischen Credo zusammen? Immer wieder wird sie mit diesen vermeintlichen Widersprüchen konfrontiert. Gern sagt die 31jährige dann: „Ich bin eine praktizierende Heterosexuelle." Selbstbewußt stellt sie die Klischees der bürgerlichen Welt über den Feminismus auf den Kopf, ohne diesen selbst zu schonen: Naomi Wolf behauptet kühn, 20 Prozent aller Gemeinplätze beruhten auf der Wahrheit. Die unverkennbare Krise des Feminismus führt sie zum großen Teil auch auf dessen Inhalte zurück.

Woher kommt das schlechte Image des Feminismus? Wieso lehnt ihn die Mehrheit der amerikanischen Frauen ab, fordert aber zugleich doch die Abschaffung diskriminierender Mißstände? Schonungslos untersucht Naomi Wolf in ihrem Buch „Die Stärke der Frauen – gegen den falsch verstandenen Feminismus" diese Fragen und entwirft neue politische Strategien. „Power-Feminismus" nennt sie diese etwas andere Richtung. Den Feminismus der 70er Jahre dagegen, der in eine Sackgasse geführt habe, bezeichnet sie als „Opfer-Feminismus". Er nämlich habe die Frauen wehrlos am Rande der Gesellschaft gesehen. Zwar weiß auch Naomi Wolf, daß sie den damals aktiven Frauen im Grunde ihr heutiges selbstsicheres Auftreten verdankt. Dennoch wirft sie der Frauenbewegung traditioneller Prägung vor, zunehmend von starren Denkgewohnheiten und moralischen Urteilen in Fragen der persönlichen Lebensführung geprägt gewesen zu sein. Ihr oberstes Prinzip hingegen lautet: Jede Frau hat das Recht auf Selbstbestimmung. „Power-Feminismus" setze an die Stelle von Selbstgerechtigkeit Toleranz und werbe für eine vorurteilsfreie Solidarität. „Bisher haben die Frauen immer das ganze Paket – das ganze programmatische Korsett – kaufen müssen." Und deshalb schlußfolgert Naomi Wolf, habe es der „Opfer-Feminismus" auch nicht geschafft, zur Massenbewegung zu werden. Naomi Wolf bedauert, es sei dem Feminismus bisher nicht gelungen, öffentlich allgemein verständlich zu machen, daß Feministinnen durchaus auch Männer lieben und trotzdem gegen das Patriarchat und den Sexismus kämpfen könnten. So teilt sie konsequent die Männer in zwei Gruppen: die Anhänger der Gleichberechtigung und die des Patriarchats. „Letzere gehören für mich zur Opposition."

Warum sie so munter behauptet, daß heutzutage „weltweit alte Machtstrukturen zusammenbrechen", erklärt Naomi Wolf mit den starken Veränderungen, die in den letzten beiden Jahren in den Vereinigten Staaten vor sich gegangen seien. Einen „Auslöser" dafür, daß das männliche Geschlecht dabei sei, „seine Stellung als Mittelpunkt des Universums zu verlieren", war für sie eindeutig der 11. Oktober 1991, dem Tag der Anhörung von Anita Hill, die mit ihrer Aussage wegen sexueller Nötigung ihres Vorgesetzten eine Kette von Ereignissen in Gang gesetzt habe. An deren Ende habe sie, Naomi Wolf, die Erkenntnis gewonnen, daß in den USA die Frauen politisch zur herrschenden Klasse geworden seien, sich dessen aber noch gar nicht bewußt wären. Doch der Wandel sei nachweisbar. Noch nie zuvor habe die Mehrheit der Frauen einen Präsidenten gewählt, der dem Feminismus nahestehe, noch nie zuvor habe es so viele Ministerinnen wie unter Bill Clinton gegeben. Außerdem sei eine Reihe von Gesetzen verabschiedet worden, die sich für die Rechte von Frauen einsetzten.

Insofern praktisch unterstützt, wundert es einen dann nicht mehr, wenn Naomi Wolf in ihren Theorien ein wenig die Utopie bemüht und ausruft: „Frauen können die Voraussetzungen der Gleichberechtigung aus eigener Macht schaffen. Die Frage ist nur, wann wollen wir sie übernehmen?" Im Grund ist sie natürlich realistisch genug, um zu wissen, daß der Weg, den sie beschreibt, nach wie vor lang und steinig ist. Doch zum Glück gibt es in den Vereinigten Staaten solche vorlauten Stimmen, die selbstbewußt sagen: „Noch nie hat eine herrschende Klasse freiwillig Macht abgegeben. Aber wir sind die erste Generation, die sagt, die Macht gehört uns."

Die „frohe" Botschaft nehmen Frauen wohl gern zur Kenntnis. Doch da alle Theorie bekanntlich grau ist – nur bei Naomi Wolf ist sie etwas rosiger –, sollten wir unser Augenmerk auch auf die relativ wenigen Anregungen richten, wie Frauen in der Praxis Macht demonstrieren können. „Geld, Wählerinnenstimmen, Öffentlichkeit und Netzwerke" seien alles Instrumente, die Frauen bisher viel zu wenig eingesetzt hätten. Sehr am Herzen liegen der US-Feministin die sogenannten Power-Gruppen, quasi flächendeckende Info- und Kontaktbörsen, in der Frauen ihre Ressourcen einbringen können. Naomi Wolf gibt selbst zu, daß sich dies relativ simpel anhöre, aber ihrer Erfahrung nach lasse sich auf diese Weise Macht in einem Umfang gewinnen, der unvorstellbar sei, solange man alleine handle.

Klagen hört Naomi Wolf allerdings nicht so gern. „Unsere Verantwortung beginnt mit der Schaffung besserer Bilder. Nur wer sich neu orientiert, kann Schritt halten." Und so sieht sie zwar die deutschen Feministinnen im Jammertal verharrend, ist aber eigentlich zu ungeduldig, um dies zu akzeptieren. Als wir mit ihr in einem Stuttgarter Hotel über die chancenlosen Frauen in den neuen Bundesländern sprachen, über die Streichung von Zuschüssen für Frauenprojekte in Zeiten der Rezession, über das Nichtgenehmigen von Betriebskindergärten etc. etc., da schüttelt sie ihre dunkle Mähne, guckt mit entwaffnendem Lächeln auf und fragt, wie das wohl nur eine junge siegessichere Amerikanerin tun kann: „Und ihr laßt euch das gefallen?" Den Hauch von Resignation konnte allerdings die gut aufgelegte, kämpferische und optimistische US-Feministin wenig später in der Stadtbücherei nicht ganz wegwischen, als sie ohne Punkt und Komma eine gute Stunde lang ihre Thesen vom „Power-Feminismus" auf die Zuhörerinnen und und ein paar Zuhörer einhämmerte. Der freundliche Beifall und die zaghaften Fragen aus dem Publikum offenbarten nur zu deutlich, daß sich die deutsche Frauenbewegung nach wie vor im Dornröschenschlaf befindet. Und wir lassen uns das gefallen?

Sigrun Lutz



Schön und unerschrocken: Die Erfolgsautorin Naomi Wolf

Foto: Rudel

Blick nach Übersee

Provokante Thesen

Eine Frau, die sich als Feministin bezeichnet, weiß, was sie erwartet. Wen wundert's, daß viele Frauen – sogar ungefragt – versichern, nein um Himmels willen, eine Feministin seien sie nicht. Denn feministische Repräsentantinnen werden abschätzig behandelt, ihre Forderungen möglichst ins Lächerliche gezogen. Keine Klischeevorstellung ist zu schade und kein Vorurteil zu dumm, um nicht ein dankbares Publikum zu finden. Noch immer geht die diffuse Angst vor einer „Weiberherrschaft" um. Dabei gibt es – zumindest in Deutschland – keine starke Frauenbewegung mehr. Dem Feminismus fehlt der Nachwuchs, auf Politik und Wirtschaft haben Frauen nach wie vor kaum Einfluß.

Da können wir nur neidisch nach Übersee blicken, wo sich vor allem zwei junge Frauen mit provokanten Inhalten zu Wort gemeldet haben und sich obendrein unerschrocken Feministin nennen. Die 34jährige Wirtschaftsjournalistin Susan Faludi aus San Francisco legte in ihrem dicken Wälzer „Backlash" (auf deutsch: Die Männer schlagen zurück, erschienen bei Rowohlt, 42 Mark) die Strategien des Patriarchats in den USA bloß – doch wer wollte keine Parallelen in Europa entdecken? Sie argumentiert so: Weil sich Männer bedroht fühlen, wenn Frauen unabhängig sein wollen, warnen sie mit allen und ihren Mitteln vor der Gleichberechtigung. Faludi glaubt selbstverständlich nicht, daß Männer ihren Widerstand gegen die Gleichberechtigung freiwillig aufgeben, weil sie das traditionelle Männerbild nicht verabschieden könnten, ohne ihre Existenzberechtigung zu verlieren. Mit ihrem nächsten Buch „Masculinity" will die New Yorker Journalistin den Männern helfen, diese Identitätskrise zu bewältigen.

Nicht mit dem Patriarchat, sondern mit dem Feminismus traditioneller Prägung rechnet die 31jährige Naomi Wolf ab. Die Erfolgsautorin von „Mythos Schönheit" propagiert in ihrem neuesten Buch „Die Stärke der Frauen – Gegen den falsch verstandenen Feminismus" (erschienen bei Droemer Knaur, 39.80 Mark) den sogenannten Power-Feminismus. Die New Yorker Literaturwissenschaftlerin will letztendlich – auch wenn dies für eine erklärte Feministin paradox klingen mag – den Feminismus überflüssig machen, indem sich Frauen einfach ihren „angemessenen Teil" der gesellschaftlichen Macht holen.

So prominent Faludi und Wolf in den USA sind, zum Medienphänomen wurde jedoch eine andere Frau: Camille Paglia. Die 46jährige Dozentin für vergleichende Geistesgeschichte an der Universität Philadelphia nennt sich sogar Postfeministin. In ihren Büchern „Die Masken der Sexualität" und „Sex, Kunst und Medienkultur" (beide Bücher erschienen im Byblos-Verlag, 58 Mark bzw. 38 Mark) schöpft sie aus einem schier endlosen Vorrat erzkonservativer anti-feministischer Phrasen. So identifiziert sie Frauen mit der Natur, die Männer aber mit der Zivilisation. Paglias radikale Thesen wie Pro-Pornographie oder Pro-Vergewaltigung haben ihr vor allem bei Feministinnen in den USA den Ruf eingebracht, sie sei eine Befürworterin von Gewalt, Unterdrückung und Amoralismus. Dabei gehen leider auch berechtigte Fragen unter. Beispielsweise, ob der Feminismus zu elitär oder doktrinär geworden ist. Genau dieser Frage aber geht Naomi Wolf in ihrer schonungslosen Analyse nach.

luz

aufgefordert zu werden, diese Macht zu nutzen. Der Anarcha-Feminismus fordert uns im Gegensatz dazu auf, Macht zurückzuweisen, sie zu bekämpfen und zu zerstören, damit alle in Freiheit leben können. Nichts könnte "unnatürlicher" sein für Menschen, die in einer machtdurchdrungenden Gesellschaft leben, als daß ihnen geraten wird, Macht abzulehnen.

Wenn der Anarcha-Feminismus den Menschen, die den Gebrauch der Macht als notwendigen Bestandteil des Alltagslebens betrachten, so gefährlich werden kann, wie können dann diejenigen von uns, die AnarchistInnen sind, andere davon überzeugen, daß unsere anarchistische Vision einer freien Gesellschaft vernünftig und wünschenswert ist?

Wolfs "Fire with Fire" bietet uns für diese Frage ebenfalls einen Hinweis. denn innerhalb ihres liberal-feministischen Konzepts findet sich, parallel zum Machtargument, eine Befürwortung der individuellen Freiheit. Während Wolf den Standpunkt vertritt, daß Frauen politische und wirtschaftliche Macht ausüben sollen, um ihre Ziele zu erreichen, bestätigt sie gleichzeitig das Recht der Individuen, eine Wahl und Entscheidung darüber zu treffen, wie sie ihr Leben gestalten wollen. Dabei wählt sie Begriffe wie Selbstbestimmung, Entscheidungsfreiheit, sexuelle Freiheit, intellektuelle Freiheit und Autonomie – und zwar für Männer und für Frauen. Sie vertritt einen Feminismus, der "eine Frau ermutigt, ihre individuelle Stimme zu erheben anstatt diese in einer kollektiven Identität aufgehen zu lassen; denn nur starke Individuen können eine gerechte Gesellschaft schaffen." (S.137) Einen Feminismus,



"der eine Frau auffordert, sich selbst zu sehen und zu suchen, was sie braucht, damit sie anderen frei und ohne Vorbehalt etwas geben kann" (S.137); einen Feminismus, der "sich tolerant gegenüber den Vorlieben anderer Frauen in Sachen Sex und Aussehen zeigt; der die Grundauffassung beinhaltet, daß das, was eine Frau mit ihrem Körper macht oder in ihrem Bett, ihre ureigenste Angelegenheit ist;" (S.137) einen Feminismus, der "Sexismus haßt ohne die Männer zu hassen" (S.138); einen, der "alle Frauen dazu befähigt, ihre eigene Meinung auszudrücken" (S.138) und einen, der darum "weiß, daß soziale Veränderung nicht einen Widerspruch darstellt zu dem Prinzip, daß Mädchen Spaß haben wollen. Nach dem Motto: Wenn ich nicht tanzen kann, ist es nicht meine Revolution." (S.138) Sie hält zudem fest, daß "Frauen das Recht haben über ihr Leben zu bestimmen." (S.138) All diese Aussagen sind, wenngleich sie liberal sein können, mit anarchafeministischen Prinzipien vereinbar. Tatsächlich "borgt" sich Wolf die berühmte "Tanz und Revolutionsaussage" der bekannten Anarchistin Emma Goldman (natürlich ohne diese zu zitieren), daß es wichtig ist, sich seine natürliche Lust zu erhalten, während man um soziale Veränderung bemüht ist.

Für Wolf bedeutet Feminismus idealerweise Macht und individuelle Freiheit. Dieser Dualismus ist im liberalen Denken angelegt. Wie C.B. Macpherson darlegt, kann, folgt man den Marktgesetzen "liberal" bedeuten, daß der Stärkere die Freiheit hat, den Schwächeren fertig zu machen; oder es kann bedeuten, daß alle diesselbe Freiheit haben, um ihre Fähigkeiten zu nutzen und zu entwickeln."

(Macpherson: The Life and Times of Liberal Democracy, Oxford, Oxford University Press, 1977, S.1)

Während die liberale politische Philosophie also dem Gebrauch von Macht über den Wettbewerb am Arbeitsplatz und die Legitimität von Macht, wie sie durch das Mehrheitsprinzip in der Regierung angelegt ist, stützt, verteidigt sie gleichzeitig die Freiheit der Individuen, ihr Leben in die Hand zu nehmen und ein Gefühl für die persönliche Integrität und Autonomie zu bewahren. Dieses zweite Ziel ist auch ein Ziel des Anarchismus.

Für den Anarchismus ist die uneinge-

schränkte Achtung des menschlichen Individuums grundlegend. Sowohl Anarchismus wie Liberalismus betonen das individuelle Recht auf Selbstbestimmung. Die Anarchafeministinnen konzentrieren sich speziell darauf, daß dieses Recht auch für Frauen gilt. Der Liberalismus und der liberale Feminismus beziehen sich auf den Begriff der "individuellen Souveränität", die Liberalen untergraben aber die individuelle Freiheit, indem sie soziale und ökonomische Machtstrukturen verteidigen. Auf dieser Ebene kann der Liberalismus hinterfragt werden, weil sich diese Philosophie auf zwei gegensätzliche Gesellschaftsentwürfe bezieht – den einen, in dem Macht durch die Arbeitsplatzkonkurrenz und den Staat durchexerziert wird und den anderen, in dem die individuelle Forderung nach Selbstbestimmung an höchster Stelle steht. Leider wird aber diese Selbstbestimmung und Autonomie durch die Bosse und Gesetzgeber zunichtegemacht. Da der Anarchismus bestrebt ist, eine Gesellschaft so zu strukturieren, daß die Ausübung von Macht begrenzt, wenn nicht gar abgeschafft, wird, widerspricht er sich im Gegensatz zum Liberalismus nicht selbst.

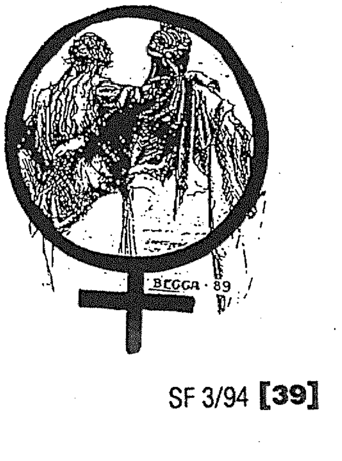
Während deshalb der Liberalismus und der liberale Feminismus von AnarchistInnen wegen der positiven Einstellung zur Macht zurückgewiesen werden muß, können AnarchistInnen andererseits versuchen mit der freiheitlicheren Komponente des Liberalismus Bündnisse zu schließen und im Endeffekt die Gesellschaft dahingegehend verändern, daß sie mehr individuelle Freiheiten und Lebensweisen erlaubt. Anarchafeministinnen und liberale Feministinnen teilen eine gemeinsame Überzeugung für die individuelle Selbstbestimmung. In "Fire with Fire" entwickelt Wolf beispielsweise eine gutdurchdachte feministische Analyse in Bezug auf die weibliche Sexualität, die Abtreibung und die Zensur, die sich in anarchafeministische Denkweisen einfügen läßt. Ihre Unverblümtheit gegen jede Zensur (gerade auch Selbstzensur), die immer dann auftaucht, wenn die PC – Politicial Correctness (richtiges politisches Verhalten, Linientreue) – ihr häßliches Haupt erhebt, ist empfehlenswert, genauso wie ihre Einstellung zur Sexualität, die Haltung "alles ist erlaubt, solange es niemanden schadet". Ihre Abhandlung zur Abtreibung ist eine der durchdachtesten und besten Überlegungen, die von einer Feministin seit Jahren vorgelegt wurden. Indem sie die ermüdende Rhetorik der Feministinnen aller politischen Schattierungen, vorgebracht bei unzähligen "Pro choice" (Freie Entscheidungs)-Versammlungen, vermeidet, lenkt Wolf die Diskussion weg von einer einfachen Zustimmung zur Abtreibung als etwas an sich Gutes und argumentiert in der Richtung, daß die Abtreibung als eventuelle Notwendigkeit aber nicht als etwas Gutes fest einplant werden muß, weil jeder Frau die Freiheit für oder gegen Kinder garantiert werden muß. Sie führt aus, daß "die andere Seite dieser Freiheit die Annahme der Verantwortlichkeit für neues Leben ist. Dies gilt für Männer und für Frauen. In den 70er und 80er Jahren verdrängte die Notwendigkeit, das Abtreibungsrecht auf staatlicher Ebene zu verteidigen, das Bedürfnis des Individuums eine ethische Beziehung zur Abtreibung zu entwickeln und zu entscheiden, wieviel aufzugeben er oder sie bereit ist, um eine Abtreibung zu vermeiden. Ich glaube, wir haben da etwas mißverstanden: Unsere Verpflichtung öffentlich zugunsten der Entscheitungsfreiheit zu handeln, schließt nicht die Verantwortlichkeit aus, die wir als Menschen mit einer Vielzahl von Optionen haben, daß wir privat zumindest alles versuchen, um eine Abtreibung zu verhindern." (S.130)

Freiheit und Verantwortlichkeit: Ähnlich wie die meisten AnarchistInnen verbindet Wolf beides zu der Mahnung, daß, gerade wenn wir in Freiheit leben wollen, wir eine starke ethische Basis entwickeln müssen. Ansonsten riskieren wir, daß wir genau die Freiheit verlieren, die wir suchen und für die wir kämpfen.

Die liberalen feministischen Positionen, die Faludi und Wolf in ihren jeweiligen Veröffentlichungen vertreten, geben uns nützliche Einsichten. Der liberale Feminismus erinnert uns an die Übereinstimmungen und Unterschiedlichkeiten zwischen Liberalismus und Anarchismus und liefert uns eine gemeinsame Grundlage im Kampf gegen den Sexismus. Während AnarchistInnen richtigerweise alle Strategien zurückweisen, die die Frauenbefreiung über Machtstrukturen erreichen wollen, können wir den Kampf um individuelle Freiheiten gemeinsam mit unseren liberalen feministischen Schwestern bestreiten. Wir können desweiteren versuchen, die mehr hierarchischen Aspekte des Liberalismus zu unterminieren, indem wir sie darauf verweisen, mehr ihren eigenen radikalen Individualismus einzulösen. Faludis erschöpfende Aufzählung aller Benachteiligungen, die Frauen in unserer Gesellschaft zugefügt werden, ist praktisch, wenn es darum geht, diejenigen zu widerlegen, die versichern Feminismus sei unnötig, weil "die Frauen bereits gleichberechtigt" wären. Wolfs Ansätze, die Notwendigkeit eine freie Presse und freie Ausdrucksmöglichkeiten zu bewahren, die sexuelle Freiheit und Unterschiedlichkeit als etwas Wünschenswertes zu bezeichnen, die Verantwortlichkeit als Pendant zur Freiheit zu sehen, die Freude und den Schmerz, den individuelle Freiheit bereit hält, zu thematisieren, – all das setzt AnarchistInnen in die Lage mit anderen in unserer Gesellschaft in Verbindung zu treten.

Daß der liberale Feminismus auf Machtstrukturen aufbaut und diese akzeptiert, muß hingegen äußerst bekämpft werden, weil jede Befreiungsstrategie, die Macht einsetzt, um Macht zu überwinden, dazu verurteilt ist, neue Machtbeziehungen an die Stelle der alten zu setzen. Wenn man "Feuer mit Feuer" (Fire with Fire) bekämpft, holt man sich nur verbrannte Finger und zurück bleibt Asche. Feuer zehrt sich selbst auf – und unterschiedslos alles, was seinen Weg kreuzt. Aus dem Wasser stammen wir; es heilt, löscht unseren Durst und ist die Basis allen Lebens. Löschen wir das Feuer mit Wasser und beginnen von Grund auf neu!

aus: Kick it Over, Nr.33, 1994 übersetzt von Wolfgang Haug



»Diese Kultur ignoriert, was Rassismus ist...«

von Bell Hooks

Bewußte feministische AktivistInnen haben sich von dem Gedanken abgewandt, daß eine Betonung der Gleichheit der Schlüssel zur »Rassentheorie« sei. Sie bestehen darauf, antirassistischer Kampf werde am besten von einer Theorie getragen, die aufzeigt, wie wichtig und notwendig es ist, folgendes als Ausgangspunkt zu nehmen: Wir müssen bei dem Bemühen, der weißen Vorherrschaft jeden Boden zu entziehen, Differenz positiv bewerten und sie akzeptieren. Der Philosoph Ron Scaap bespricht in seinem Aufsatz *"Rorty: Voice and the Politics of Empathy"* Richard Rortys Buch *"Contingency, Irony and Solidarity"*. Er weist mit Nachdruck darauf hin, daß Liberale oftmals Lippenbekenntnisse für Vielfalt ud Pluralität als anzustrebendes Ziel ablegen. Gleichzeitig halten sie aber an Vorstellungen von Gleichheit fest, als wären wir alle eins, als wäre »es gleichgültig« (um Michael Jacksons Text aufzugreifen) »ob du schwarz oder weiß bist«. Scaap meint:

> Die Liberalen brüsten sich gerne damit, andere tolerieren zu können. Allerdings nur, nachdem sie die anderen so beschrieben haben, als ob es sich um sie selbst handelte, sind die Liberalen in der Lage, sich in die Frage von Grausamkeit und Demütigung "einzufühlen". Mit diesem Umformulieren verbindet sich immer noch der Versuch, die anderen zu vereinnahmen; nur klingt es hier so, als wäre es ein großzügiger Akt. Sie versuchen diesen Akt des Einverleibens als Anerkennung auszugeben.

Viele Antirassismus-Workshops sind darauf ausgerichtet, Weißen bei der Erkenntnis zu helfen, daß auch sie durch Rassismus verletzt werden und von daher etwas zu gewinnen haben, wenn sie sich am antirassistischen Kampf beteiligen. Das ist bis zu einem gewissen Grad richtig. Allerdings wird damit eine politische Solidarität hergestellt, die auf der Legende gemeinsam durchgemachter Schikane beruht. Das rückt wieder die Weißen in den Mittelpunkt.

Außerdem läuft diese Vorgehensweise auch Gefahr, die besonderen Auswirkungen, die rassistische Beherrschung auf das Leben von marginalisierten Gruppen hat, zu verschleiern. Angenommen, selbst die Privilegierten nehmen unter dieser rassistischen Hierarchie Schaden – womit auch die Vorstellung verbunden ist, daß nur, wenn die Mächtigen ein Gespür dafür bekommen, daß sie ebenfalls Opfer sind, sie sich gegen die Herrschaftsstrukturen auflehnen werden –, so bleibt doch die Tatsache, daß viele großen Gewinn daraus ziehen, andere zu beherrschen, und ihr Leiden in keiner Weise mit dem der Ausgebeuteten und Unterdrückten vergleichbar ist.

Antirassistische Arbeit, deren Strategie darauf zielt, daß diese Personen sich als "Opfer" von Rassismen sehen, und dabei auf eine einschneidende Wirkung bei den Betreffenden setzt, ist fehlgeleitet. Wir müssen einfach zur Kenntnis nehmen, daß Personen mit vielen Privilegien, die in keiner Weise Opfer sind, sich aufgrund ihrer politischen Entscheidung für die Unterdrückten einsetzen *können*. Diese Solidarität muß nicht unbedingt auf gemeinsamer Erfahrung beruhen. Sie kann sich auf das politische und ethische Verständnis von Rassismus und die Absage an Dominanz gründen. Daraus läßt sich ersehen, wie wesentlich die Erziehung zu einem kritischen Bewußtsein ist, einem Bewußtsein, das Mächtige und Privilegierte in die Lage versetzen kann, sich der Herrschaftsstrukturen zu entledigen, in denen sie verwurzelt sind, ohne sich als Opfer fühlen zu müssen. Mit dieser Einschätzung wird nicht notwendigerweise die kollektive Erkenntnis negiert, daß eine Dominanzkultur darauf ausgerichtet ist, sich völlig verwirrend und verzerrend auf die Psyche der Menschen auszuwirken, oder daß diese Pervertierung verletzt.

Cone räumt in seiner Arbeit ein, daß Rassismus Weißen schadet. Er betont jedoch die Notwendigkeit, den Unterschied zwischen dem Schmerz der Unterdrücker/Unterdrückerinnen und dem Leiden der Unterdrückten zu erkennen. Er meint:

> Die Bemerkungen Weißer über ihre eigene Unterdrückung enthalten einen grundlegenden Irrtum, und zwar die Annahme, sie würden das Wesen ihrer Versklavung *kennen*. Das kann nicht sein. Wenn sie nämlich wirklich darum wüßten, würden sie sich befreien und sich der Revolution der schwarzen Community anschließen. Sie würden sich selbst zerstören und als schöne schwarze Menschen wiedergeboren werden.

Daß Weiße nicht frei wählen können "schwarz" zu werden, ist offensichtlich. Es ist zu unterscheiden zwischen diesem utopischen Verlangen und einer Solidarität mit Schwarzsein. Die Solidarität ist an Handlungen geknüpft, in denen Weißsein nicht länger Opfer und Machtlosigkeit symbolisiert.

Kürzlich zeigte ich in einem Vortrag auf, daß die gegenwärtige Vermarktung schwarzer Kultur durch Weiße die weiße Vorherrschaft in keiner Weise anficht. Hier wird Schwarzsein zur »Würze« gemacht, »die das eintönige Gericht, nämlich die weiße Kultur des *mainstream* belebt«. Nach dem Vortrag fragte mich eine Weiße in ernstem Ton: "Glauben Sie nicht, daß wir alle in einer Kultur aufgewachsen sind, die rassistisch ist, und daß daß uns allen beigebracht wurde, rassistisch zu sein, ob wir es nun wollen oder nicht?" Es ist auffallend, daß sie einen gesellschaftlichen Rahmen konstruiert, in dem die Erfahrungen gleich und einheitlich erscheinen. Meine Antwort darauf war, daß alle Weißen (und alle anderen in dieser Gesellschaft) die Wahl haben, vierundzwanzig Stunden am Tag aktiv antzirassistisch zu sein, wenn sie das wünschen. Niemand von uns ist passives Opfer der Erziehung. Ich führte diesen Punkt näher aus. Ich machte ihr klar, daß ich es leid sei, daß Weiße die Aufmerksamkeit von ihrer Verantwortlich-

keit für antirassistischen Wandel ablenken wollen, indem sie den Anschein erwecken, alle seien gegen ihren Willen rassistisch erzogen worden. Ich befürchte, daß dies oftmals zu einer weiteren Entschuldigung für Rassismus wird. Verantwortlichkeit und Verantwortung könnten ohne Zweifel Kraft verleihen. Doch es wird versucht, diese dem Blick zu entziehen. Es war offensichtlich, daß die Weiße mit meiner Antwort unzufrieden war. Ich behauptete, sie sei wenig an dem interessiert, was ich zu sagen hatte, wahrscheinlich habe sie ihr eigenes Programm im Kopf. Darauf erwiderte sie, es ginge ihr eigentlich um den Punkt, daß "Schwarze genauso rassistisch wie Weiße sind – daß wir alle Rassisten sind." Als ich diese Behauptung kritisch hinterfragte und den Unterschied zwischen vorurteilsbehafteten Gefühlen (die Schwarze und Weiße gleichermaßen, ebenso wie andere Gruppen, gegeneinander hegen) und institutionalisierter weißer Dominanz erklärte, ging sie prompt weg.

Die Vorstellung von einer kulturellen Homogenität enthält den Versuch, von der unterdrückenden und entmenschlichenden Wirkung weißer Vorherrschaft auf das Leben von Schwarzen abzulenken oder sie gar zu entschuldigen. Sie macht glauben, Schwarze seien auch rassistisch. Dies zeigt, daß diese Kultur ignoriert, was Rassismus ist, wie er funktioniert und wie sich die Menschen weigern, ihn zu erkennen. Warum ist es für viele Weiße nur so schwer zu verstehen, daß Rassismus repressiv ist? Nicht deshalb, weil Weiße vorgefaßte Meinungen über Schwarze haben (sie könnten solche Meinungen haben und uns in Ruhe lassen), sondern weil Rassismus ein System ist, das ständig Beherrschung und Unterjochung erzeugt. Vorgefaßte Meinungen, die einige Schwarze vielleicht gegen Weiße vorbringen, sind in ihrem Fall nicht mit einem Herrschaftssystem gekoppelt, das uns irgendeine Macht gäbe, die Kontrolle über das Leben und Wohlergehen Weißer an uns zu reißen. Dieser Unterschied sollte verstanden werden.

Wo immer schwarzer Separatismus in Erscheinung tritt, sehen Weiße dies zur Zeit als Anzeichen für einen antiweißen Rassismus. Gewöhnlich handelt es sich dabei aber um den Versuch von uns Schwarzen, uns einen politischen Zufluchtsort zu schaffen, wo wir – wenn



Photo: Gordon Parks

auch nur zeitweise – der weißen Beherrschung entkommen können. Konservative schwarze Denker, mit ihren oft von Weißen mitgeprägten Ideen, die die Einstellung übernehmen, Schwarze seien rassistisch, werden von Weißen als Informanten erster Hand angesehen. Sie bestätigen den Weißen diese (vermeintliche) Tatsache. *Shelby Steele* ist ein gutes Beispiel für diese Tendenz. Ich glaube, seine Aufsätze waren die von weißen AkademikerInnen meistkopierten Texte. Sie wollten damit dem schwarzen Kollegium vermitteln, daß sie von Anfang an recht in der Annahme gingen, Schwarze seien rassistisch. Steele behauptet, daß immer, wenn Schwarze sich entscheiden, nur unter sich zusammenzukommen, wir entweder rassistischen Separatismus aus tief verwurzeltem Minderwertigkeitsgefühl unterstützten oder uns weigerten, rassische Unterschiede als unwichtig zu betrachten, beziehungsweise die Vorstellung »alle sind gleich« zu übernehmen. In seinen Äußerungen zum Thema



Photo: Gordon Parks

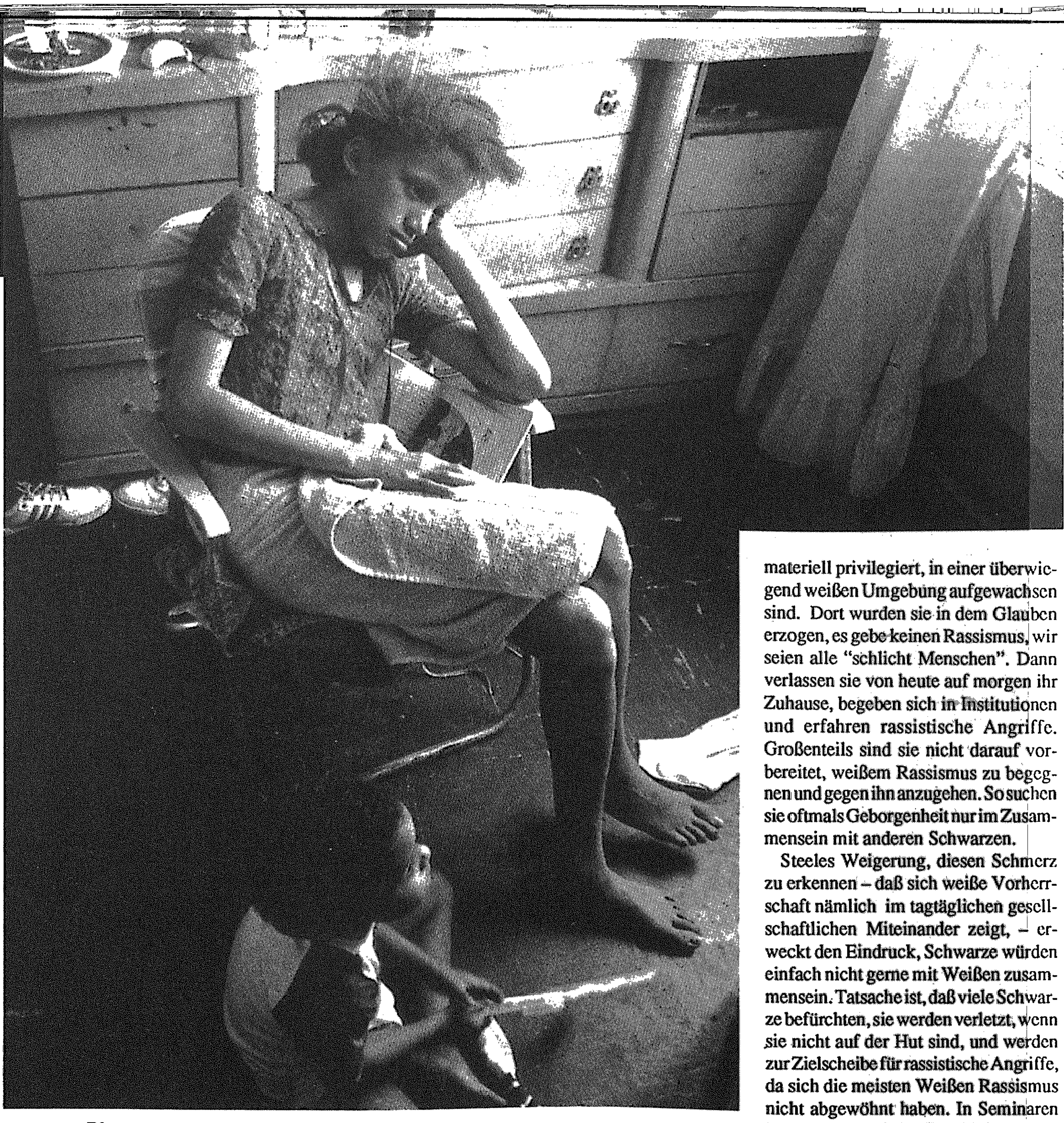


Photo: Didier Ruef

Selbstsegregation erklärt er in *The Content of Our True Character:*
"Dabei kommt eine Geopolitik zum Tragen, bei der Rasse so an Gebiete gebunden wird, daß sie die Zuweisungen der Vergangenheit »Nur für Weiße/Nur für Farbige« imitiert." An keiner Stelle seiner Analyse weist Steele darauf hin, daß Schwarze vielleicht von Weißen getrennt sein wollen, um einen Raum zu haben, wo wir nicht Zielscheibe rassistischer Angriffe sind.

Alle problembewußten Schwarzen, die sich je "allein" in einem ansonsten weißen Umfeld bewegt haben, wissen, daß wir in einer solchen Lage oft aufgefordert sind, uns rassistische Geschichten anzuhören, über blöde rassistische Witze zu lachen und uns verschiedenen Formen rassistischer Schikane auszusetzen. Außerdem wissen wir, daß Selbstsegregation bei denjenigen schwarzen Studierenden besonders ausgeprägt ist, die, oftmals materiell privilegiert, in einer überwiegend weißen Umgebung aufgewachsen sind. Dort wurden sie in dem Glauben erzogen, es gebe keinen Rassismus, wir seien alle "schlicht Menschen". Dann verlassen sie von heute auf morgen ihr Zuhause, begeben sich in Institutionen und erfahren rassistische Angriffe. Großenteils sind sie nicht darauf vorbereitet, weißem Rassismus zu begegnen und gegen ihn anzugehen. So suchen sie oftmals Geborgenheit nur im Zusammensein mit anderen Schwarzen.

Steeles Weigerung, diesen Schmerz zu erkennen – daß sich weiße Vorherrschaft nämlich im tagtäglichen gesellschaftlichen Miteinander zeigt, – erweckt den Eindruck, Schwarze würden einfach nicht gerne mit Weißen zusammensein. Tatsache ist, daß viele Schwarze befürchten, sie werden verletzt, wenn sie nicht auf der Hut sind, und werden zur Zielscheibe für rassistische Angriffe, da sich die meisten Weißen Rassismus nicht abgewöhnt haben. In Seminaren höre ich so viele Geschichten von schwarzen Studierenden, die die Vorstellung akzeptiert haben, es gäbe keinen Rassismus. Sie finden es in Ordnung, mit weißen Freunden zusammenzusein und ähnliche Interessen miteinander zu teilen, nur um sich dann in Situationen wiederzufinden, in denen sie mit dem Rassismus dieser Leute konfrontiert sind. Die letzte Geschichte hörte ich von einer jungen schwarzen Frau. Sie erzählte, wie sie in der höheren Schule immer mit weißen Kumpels zusammengewesen sei. Eines Tages machten sie alle eine Spritztour in irgend jemandes

Auto. Sie trafen auf eine Gruppe junger schwarzer Männer, die gerade die Straße überquerten. Einer im Auto schlug vor, sie sollten "diese Nigger einfach zusammenfahren". Sie sprach über ihre Ungläubigkeit, daß jemand so eine Bemerkung machen konnte, und über ihre Verletztheit. Sie sagte damals nichts, hatte jedoch das Gefühl, daß hier die anhaltende Entfremdung von weißen Gleichaltrigen begonnen hatte. Steeles Texte gehen von der Annahme aus, daß Weiße, die mit Schwarzen zusammensein wollen, nicht bewußt rassistisch und grundsätzlich guten Willens sind. Er läßt die Tatsache außer acht, daß Gutwilligkeit, rassistisches Denken und weißes Herrschaftsverhalten ohne weiteres nebeneinander bestehen können.

Während meiner ganzen Amtszeit als Professorin in Yale sah ich mich oft weißen Studiereden gegenüber, die darauf zu sprechen kamen, warum schwarze Studierende in der Cafeteria normalerweise an einem Tisch zusammensäßen. Sie hielten das für einen Ausdruck rassistischer Abgrenzung, rassistischen Ausschlusses etc. Ich fragte sie, warum sie noch nie auf die Idee gekommen wären, daß an der Mehrzahl der Tische die weißen Studierenden sich selbst abgrenzen würden. Ausnahmslos sagten sie etwas wie: "Wir sitzen mit Leuten zusammen, mit denen wir gemeinsame Interessen und Anliegen teilen." Selten waren sie soweit, daß sie sich fragen konnten, wie weit sie das gemeinsame "Weißsein" brauchten, um locker miteinander umzugehen.

Bei Weißen gilt es jetzt als *cool*, sich mit Schwarzen zu treffen und schwarze Kultur gut zu finden. Die meisten meinen jedoch nicht, daß sie im Zusammenhang damit auch ihren Rassismus ablegen sollten. Tatsächlich liegt dem oft der Wunsch zugrunde, den eigenen Status im Rahmen des "Weißseins" auszubauen, wenn sie gleichzeitig die schwarze Kultur vereinnahmen.

Jonathan Rutherford kommentiert das in seinem Aufsatz *"A Place Called Home: Identity and the Cultural Politics of Difference"*:

> Es ist paradox – das Kapital hat sich in »das Andere« verliebt: Das Anzeigengeschäft gedeiht, indem es uns Dinge verkauft, die unsere Einzigartigkeit und Individualität unterstreichen. Es geht nicht länger darum, mit den Jonesens Schritt zu halten, sondern darum, anders als sie zu sein. Von Weltmusik bis zum exotischen Urlaub an einem Ort der »Dritten Welt«, von ethnischen Fernsehfertiggerichten bis zu peruanischen Hüten: Die kulturelle Differenz *verkauft* sich gut.

Es ist absolut sinnvoll, daß sich *Schwarze/people of color* oft selbst abgrenzen, um sich vor dieser Art von Interaktion zu schützen, die sie zum Objekt macht.

Steele erkennt nirgends das Verlangen, sich einen Rahmen zu schaffen, in dem es möglich ist, Schwarzsein zu lieben – ein angemessener Standpunkt für den Umgang miteinander, selbst wenn er die Form von Selbstsegregation annimmt. Glücklicherweise gibt es einzelne Nichtschwarze, die ihren Rassismus soweit überwunden haben, daß sie Schwarzsein lieben können, ohne die Rolle von Kulturtouristen zu spielen. Wir erwarten von diesen Personen noch einen wesentlichen schriftlichen Beitrag, in dem sie verdeutlichen, wie sie ihr Verhalten geändert haben und in der Folge täglich darauf achten, sich nicht wieder in die weiße Vorherrschaft eingliedern zu lassen. Gleichzeitig erleben wir Schwarzen oft, daß die Gesellschaft uns bestraft, wenn wir es wagen, mit dem Status quo zu brechen: "Wir »lieben Schwarzsein«, das heißt, wir haben unser Bewußtsein entkolonisiert und uns von der weißen herrschenden Denkart losgesagt, nach der wir minderwertig, unzulänglich, als Opfer gezeichnet sind etc. Äußern wir uns an unserem Arbeitsplatz unserem entkolonialisierten Standpunkt entsprechend, werden wir leicht für unfreundlich und gefährlich gehalten.

Die weiße herrschende Gesellschaft stellt jene Schwarzen materiell besser, die bereit sind vorzugeben, daß keine »Differenz« bestehe, selbst wenn es sie hemmt und Mühe kostet, ihren weißen Altersgenossen so ähnlich wie möglich zu werden. So fortschrittlich ist die weiße herrschende Logik geworden. Statt harte Zwangsmaßnahmen zur Kolonisierung zu ergreifen, verleitet sie Schwarze mit dem Versprechen, in der tonangebenden Gesellschaft Erfolg zu haben. Sie müssen nur bereit sein, den Wert des Schwarzseins zu verleugnen.

Vorabdruck aus:
Bell Hooks: Black Looks. Popkultur – Medien – Rassismus. 320 S., ca. 36.- DM, Orlanda Frauenverlag, Berlin. Der Titel erscheint im September 1994

Ein Koloß wankt - Die Krise der DGB-Gewerkschaften

von Hans Nakielski und Karl Rössel

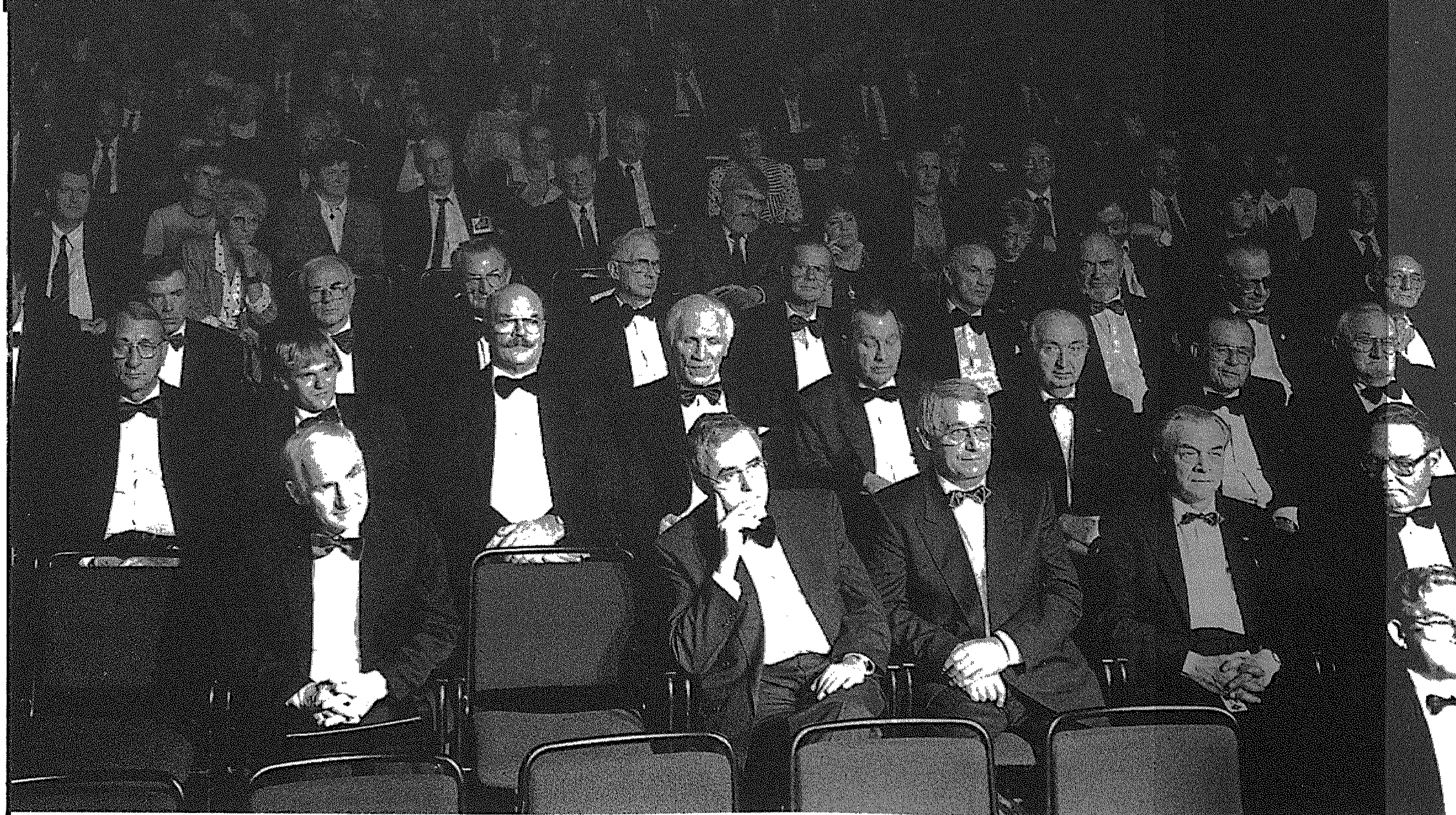


Photo: Jürgen Lichtenberge

Werkschor-Angehörige beim Klaus Lage Konzert

Vorbemerkung:

Im Februar 1994 hatte der MDR bei den Autoren ein 45 Minuten Feature über die Lage der DGB-Gewerkschaften für den Vorabend des 1.Mai 1994 bestellt. Der damals vereinbarte Titel ("Ein Koloß wankt") standen für eine kritische Analyse der Gewerkschaften.

Am 13.April lieferten die Autoren dem MDR das Manuskript. Fünf Tage später erhielten sie den telefonischen Bescheid, daß die Sendung von der Hörfunkdirektorin des MDR, Karola Sommerey, persönlich abgesetzt worden sei. Der Grund: das Manuskript sei "zu kritisch".

Wir dokumentieren den zensierten Radiobeitrag, damit sich die LeserInnen ein Bild machen können, was heutzutage schon als "zu kritisch" gilt.

Der DGB ist mit seinen 16 Einzelgewerkschaften, seinen zahlreichen Firmen und Beteiligungen einer der mächtigsten Gewerkschaftsbünde der Welt. Aber der Koloß ist ins Wanken geraten. Schon die Skandale um die betrügerischen Manager ehemals gewerkschaftseigener Unternehmen, der Wohnungsbaugesellschaft Neue Heimat oder der Supermarktkette Coop, brachten den DGB Ende der 80er Jahre ins Straucheln und kosteten die Gewerkschaftsmitglieder Millionen. Inzwischen sind neue Probleme hinzugekommen, mit denen die Gewerkschaften nicht fertig werden: die schwerste Wirtschaftskrise in der Geschichte der Bundesrepublik, die Strategien europa- und weltweit agierender Konzerne und die neuen Anforderungen in Ostdeutschland. Die Gewerkschaften, die vor über 100 Jahren angetreten sind, um für den Schutz der Beschäftigten und sozialen Fortschritt zu kämpfen, stehen heute mit dem Rücken zur Wand. Zum einen streicht oder kürzt die konvervativ-liberale Bundesregierung viele der Sozialleistungen, die die Gewerkschaften einst mit durchgesetzt hatten - vom Schlechtwettergeld bis zur Arbeitslosenunterstützung. Zum anderen nutzen die Unternehmer die Krise zum Angriff auf die tariflichen Leistungen und Rechte der Beschäftigten.

Die Tarifauseinandersetzung in der Metallindustrie

Tatsächlich forderten die Arbeitgeber in der westdeutschen Metallindustrie bei den letzten Tarifverhandlungen nicht nur eine Nullrunde bei Löhnen und Gehältern. Durch die einseitige Kündigung des geltenden Tarifvertrages wollten sie vor allem die Streichung des Urlaubsgeldes und die Kürzung des Urlaubs durchsetzen.

Eine Provokation für die Gewerkschaft. Die IG Metall forderte, die geltenden Urlaubsregelungen beizubehalten. Außerdem wollte sie Maßnahmen zur Beschäftigungssicherung und - je nach Tarifgebiet - zwischen 5,5 und 6 Prozent mehr Lohn. Allen war klar: die westdeutschen Metallunternehmer übernahmen mit ihrer Kürzungs-Offensive die Vorreiterfunktion für die gesamten Tarifverhandlungen im Krisenjahr 1994.

Die Industriegewerkschaft Metall, mit über 3,1 Millionen Organisierten die größte Einzelgewerkschaft der Welt, rief ihre Mitglieder zu Demonstrationen, Warnstreiks und schließlich zur Urabstimmung über einen Streik in Niedersachsen auf. Die Gewerkschafts-mitglieder spürten offensichtlich, um was es ging. Trotz Massenarbeitslosigkeit und Angst um den eigenen Arbeitsplatz beteiligten sich mehr als 1,8 Millionen Arbeiter und Angestellte an den Warnstreiks. Und über 92 Prozent der IG Metall-Mitglieder in Niedersachen votierten für einen Streik. Doch dazu kam es nicht, obwohl die Kollegen in Niedersachsen alles für einen Arbeitskampf vorbereitet hatten. Am Wochenende vor dem geplanten Beginn des Streiks einigten sich die Gewerkschaftsführer mit den Arbeitgebern in einem eilig einberufenen Spitzengespräch in Hannover.

Mit dem Kompromiß gelang es der Gewerkschaft zwar, Kürzungen beim Urlaub und beim Urlaubsgeld zu verhindern. Dafür nahm sie aber bei den Löhnen erhebliche Abstriche hin: Nur um zwei Prozent werden die Löhne und Gehälter erhöht, und das nicht ab Januar, sondern erst ab Juni 1994. Das bedeutet: Fünf Monate lang gibt es die von den Unternehmern geforderte Nullrunde - und danach eine nominale Lohnerhöhung, die erheblich unter der Inflationsrate liegt.

Zur "Beschäftigungssicherung" können Betriebsräte und Unternehmensleitungen zwar Betriebsvereinbarungen abschließen. Sie sind jedoch freiwillig. Kein Unternehmen wird so durch den neuen Tarifvertrag gezwungen, auf Entlassungen zu verzichten.

Klaus Zwickel, der erste Vorsitzende der IG Metall hält dies trotzdem für ein *"ordentliches Ergebnis"*. Er ist froh, daß mit dem Kompromiß von Hannover *"der Streik in der Metallindustrie in letzter Minute abgewendet werden konnte"*.

Viele an der Gewerkschaftsbasis sehen das anders. Zum Beispiel Arbeiter bei Opel in Bochum:

"Ja, also, die haben 'nen Tarifabschluß in Niedersachsen verwirklicht, der aber wohl nicht so unbedingt auf die Zufriedenheit von vielen Leuten stößt, wo man aber generell der Meinung sein kann, daß die Leute das wohl so mit der Faust in der Tasche schlucken, was da so abging."

15.800 Arbeiter und Angstellte sind heute bei Opel in Bochum beschäftigt. Vor zwei Jahren waren es noch über 19.000. Die meisten Opel-Werker sind in der IG Metall. Der Organisationsgrad der Arbeiter liegt bei 90, der der Angestellten bei 50 Prozent. Die Großbetriebe der Automobilindustrie mit ihren vielen männlichen Facharbeitern sind seit jeher Hochburgen der Gewerkschaft.

Die Empörung der Opel-Arbeiter richtet sich vor allem gegen die jüngsten Betriebsvereinbarungen, die die Mehrheit der von ihnen gewählten gewerkschaftlichen Belegschaftsvertreter unterzeichneten.

Solche Vereinbarungen werden zwischen Betriebsräten und Unternehmensleitungen abgeschlossen. Sie regeln vieles, was nicht in Gesetzen oder Tarifverträgen festgeschrieben ist: Zum Beispiel Pausen für Fließbandarbeiter oder Essensgeldzuschläge. In vielen Großbetrieben gibt es auch Zuschläge zu den bei Tarifverhandlungen ausgehandelten Grundlöhnen.

Anders als Tarifverträge, können Betriebsvereinbarungen allerdings nach geltendem Recht nicht mit einem Streik erkämpft oder verteidigt werden. Wenn Arbeitgeber die Vereinbarungen kündigen, haben die Belegschaftsvertreter nur eingeschränkte Möglichkeiten zur Gegenwehr.

In vielen Unternehmen kündigten die Arbeitgeber in jüngster Zeit betriebliche Vereinbarungen mit dem Ziel, Kosten zu sparen. So auch bei Opel. Wolfgang Schaumberg ist Mitglied der IG Metall. Er war einer von 39 Betriebsräten bei Opel Bochum, die sich im letzten Jahr mit der Forderung des Managments nach einer 30prozentigen Kosteneinsparung konfrontiert sahen:

"Also konkret ging ja die Sache in den Opel-Werken los im Frühjahr 93. Die Firma hat von sich aus Betriebsvereinbarungen gekündigt, die wir lange Zeit hier als schon normale Errungenschaften angesehen hatten. Die Firma hat erklärt, wir zahlen nicht mehr das volle Weihnachtsgeld, sondern nur noch den tariflich notwendigen Betrag, wir zahlen nicht mehr die Zuschüsse zum Kurzarbeitergeld, wir zahlen nicht mehr automatisch die jährlichen Lohnerhöhungen auf der Basis des Opel-Lohns."

In Bochum gab es, so Wolfgang Schaumberg, durchaus die Bereitschaft zur Gegenwehr gegen diese Unternehmer-Pläne:

"Das war kaum bekannt, daß hat's hier in Bochum 'nen Streik gegeben von ner halben bis zu anderthalb Stunden in allen Bochumer Werksteilen, im vorigen Jahr am ersten Juli und das war seit langen Jahren das erste mal wieder mal, daß die Opel-Belegschaft ohne daß gewerkschaftlich ein Streik angesagt war, geschlossen die Arbeit niedergelegt hat. Da war Protest da gegen diese Androhungen, nur durch solche Kosteneinsparungen können wir den Standort Bochum oder die Opel-Standorte in Deutschland sichern."

Die empörten Opel-Arbeiter in Bochum machten ihrem Unmut mit einem sogenannten "wilden" Streik Luft,. also mit einer Arbeitsniederlegung, zu der weder die Gewerkschaft noch der Betriebsrat offiziell aufrufen durften.

Bei den anschließenden Verhandlungen gelang es der Opel-Konzernleitung, einen Keil zwischen die Betriebsräte der verschiedenen deutschen Opel-Werke zu treiben.

"Dann kam es im September/Oktober zu den Gesamtbetriebsratsverhandlungen in Rüsselsheim und hier wurde ein Entwurf vorgelegt einer Betriebsvereinbarung mit dem Namen Standortsicherung, der hier, von den Vertrauensleuten - über sechshundert Vertrauensleuten - als Horrorkatalog geschlossen abgelehnt wurde und gleichzeitig wurden aber in Rüsselsheim vom Betriebsrat Informationsblätter verteilt, mit diesem Entwurf sei ein tragbarer Kompromiß gelungen. Von da ab hatten wir mit der schwierigen Situation zu tun, daß es in Bochum eben Widerstand gab, auch mit Unterstützung des Betriebsrats, und in Rüsselsheim und Kaiserslautern eben halt nicht." (Wolfgang Schaumberg)

Eine gemeinsame Linie der IG-Metall-Betriebsräte im gesamten Opel-Konzern gab es nicht.

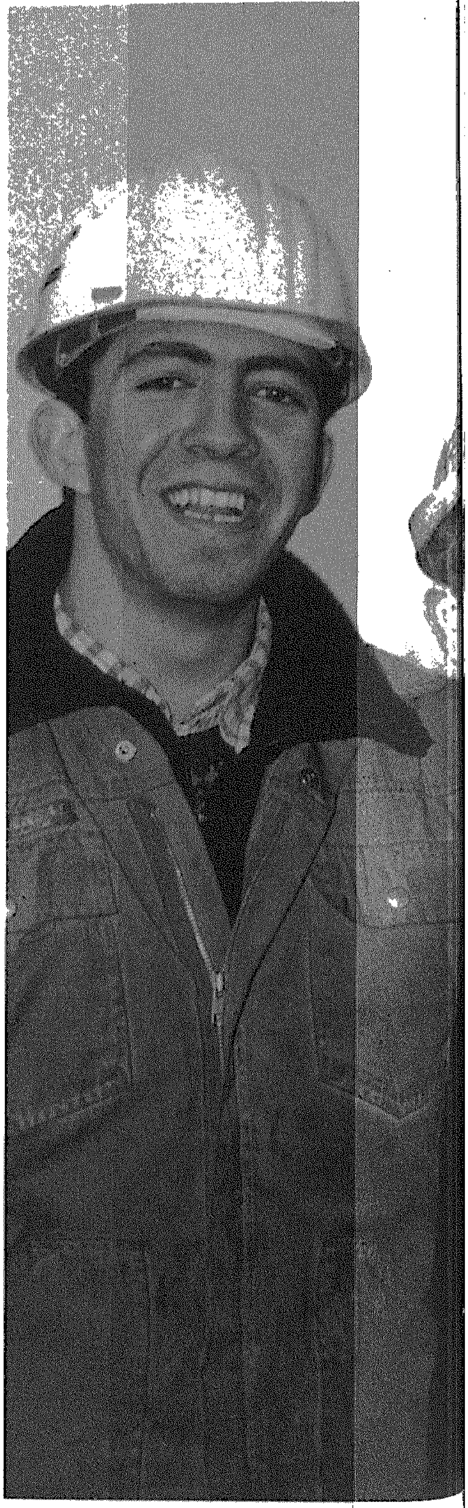
So trat Anfang 1994 die Betriebsvereinbarung Nummer 210 in Kraft. Danach sollen innerhalb von drei Jahren in den westdeutschen Opel-Werken immerhin 75 Millionen Mark eingespart werden. Auf Kosten der Beschäftigten.

Künftig hängt das Weihnachtsgeld vom Krankenstand in der gesamten Belegschaft ab. Wenn zuviele Krankheitstage zusammenkommen, gibt es zu Weihnachten weniger Geld. Ausserdem fallen Erholungszeiten für Schichtarbeiter weg, die Zuschüsse von Opel zum Kurzarbeitergeld werden erst ab dem vierten Tag gezahlt und von tariflichen Lohnerhöhungen werden die Opelwerker kaum noch etwas haben, weil sie weitgehend auf die übertariflichen Zuschläge angerechnet werden.

Als der 39köpfigen Betriebsrat von Opel Bochum über die Betriebsvereinbarung Nr. 210 abstimmte, gab es nur zwei Stimmen dagegen. Eine kam von Wolfgang Schaumberg. Er vertritt im Betriebsrat eine Liste kritischer Gewerkschafter, die den kämpferischen Namen "Gegenwehr" trägt. Für das IG Metall-Mitglied Schaumberg macht die Unterzeichnung der Betriebsvereinbarung einen grundsätzlichen Fehler der Gewerkschaftspolitik in der aktuellen Krise deutlich:

"Das Problem, was wir sehen als Hauptproblem für die gewerkschaftliche und für die betriebliche Arbeit: Wir marschieren geschlossen nur noch zurück. Die großen Konzerne, wie unser Betrieb General Motors - Opel, setzen uns fürchterlich unter Druck. Wenn wir bestimmte Betriebsvereinbarungen nicht bereit sind aufzugeben, wenn wir nicht bereit sind, bestimmte Konzessionen zu machen, dann wär der Standort Opel Bochum eben gefährdet. Also, wir sehen das Problem eher so, wenn die Beriebsräte wie in der Automobilindustrie überall massiv zurückweichen vor den Angriffen, vor den Drohungen, vor den Erpressungen, dann ist das gleichzeitig ein Ausdruck auch der Gewerkschaftspolitik, die unter dem Namen "Standort sichern" eben auch bedeutet, wir müssen zurück, um die Unternehmer im Wettbewerbskampf oben zu halten.

Und diese Parole, die auch vom Vorstand der IG-Metall kürzlich noch mal so verbreitet worden ist, Gewerkschaften müssen gesellschaftliche Gegenmacht und kritisches Co-Management zusammen sein, die halten wir für hoffnungslos für uns. Wir meinen, das ist die Quadratur des Kreises, zu verlangen wenn man beides regeln will, die Interessen der Mitglieder und gleichzeitig durch Co-Management die Situation der Unternehmer retten will.



Das halten wir für nicht machbar."

Die Zustimmung der Opel-Betriebsratsmehrheit zu den massiven Kürzungen bei Löhnen und betrieblichen Sozialleistungen im gesamten Konzern nutzte die Geschäftsleitung sofort. Nur wenige Wochen später legte sie den Bochumern gleich eine weitere Betriebsvereinbarung vor: Diesmal - wie es hieß - zur "Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit des Werkes II" .

Dabei setzte die Unternehmensleitung zur Durchsetzung ihrer neuen Ein-

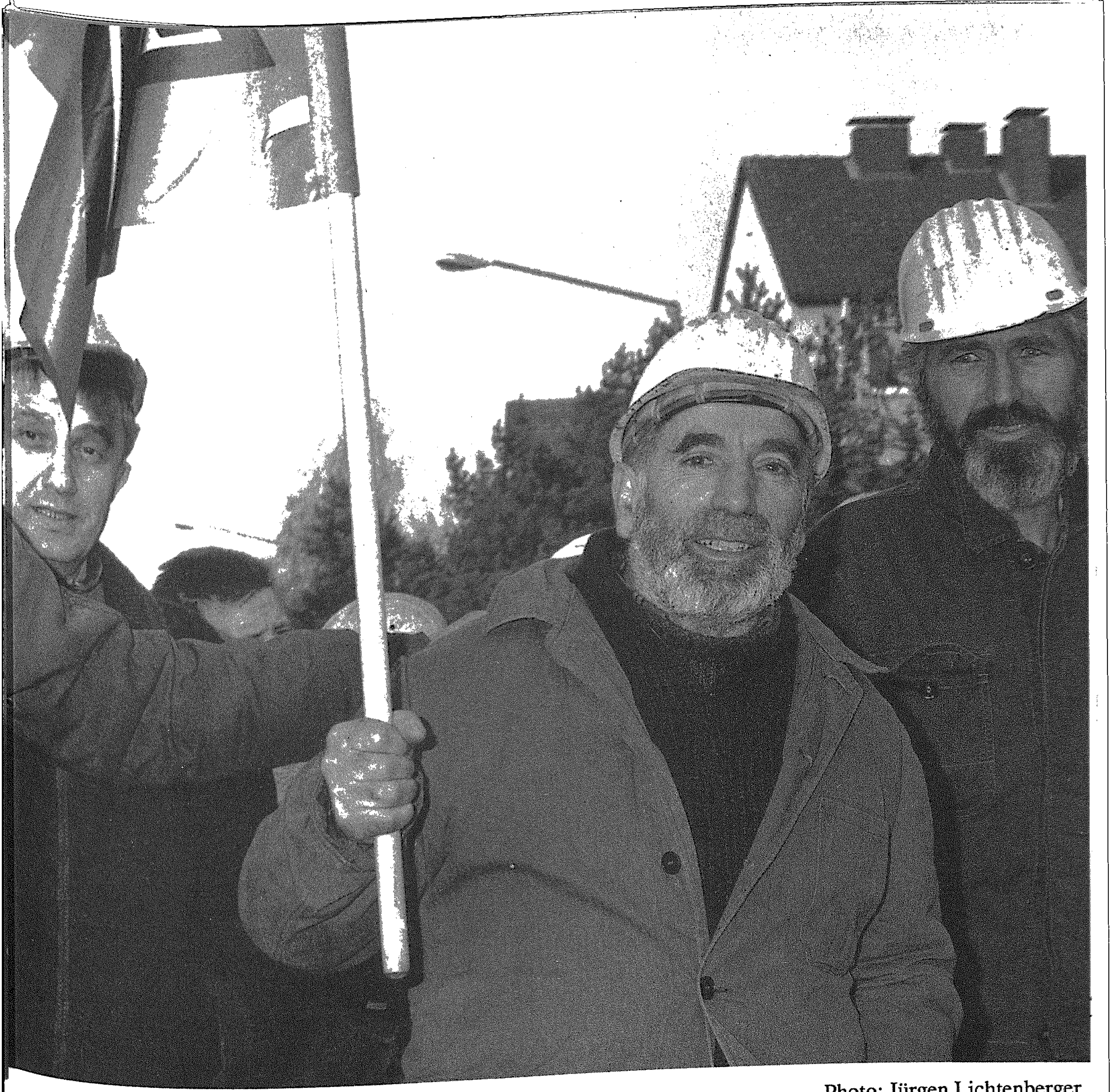


Photo: Jürgen Lichtenberger

sparungspläne auf die Konkurrenz zwischen verschiedenen Opel-Werken beim Gerangel um neue Produkte und Aufträge. Sollten die vorliegenden Kürzungsvorschläge nicht akzeptiert werden, so das Opel-Management, werde die neue 16-V-Motoren-Generation nicht in Bochum, sondern in Ungarn gebaut. Dort sei die Produktion zur Zeit um 35 Millionen Mark billiger.

"Die neue Vereinbarung beinhaltete dann unter anderem Regel-Samstags-Arbeit für Reparatur und Instandhaltung, also Wochenendarbeit ohne Mehrarbeitsbezahlung, beinhaltete, daß eine bestimmte Senkung des Krankenstandes erreicht werden muß und zwar auch durch Hausbesuche von Meistern...

Auch diese Vereinbarungen wurden dann mit dem Argument, anders können wir die Arbeitsplätze nicht in Bochum halten beziehungsweise diese Produktion hierher holen, wurde dieser Vereinbarung bei zwei Gegenstimmen zugestimmt. Ich habe da auch dagegen gestimmt.

Wir können nicht zurückgehen auf die fünfhundertfünfzig Mark Monatslohn, wie sie jetzt in Ungarn verdient werden. Und die ungarischen Gewerkschafter, mit denen wir Kontakt haben, die sagen: wie könnt Ihr jetzt in dem Zusammenhang den Samstag aufgeben und wieder als Regelarbeitszeit akzeptieren, wo wir jetzt, als neue Gewerkschaft, uns bemühen, unser Niveau an Eures heranzuführen. Und Ihr dreht ja jetzt den Spieß um und kommt auf unser

Niveau zurück in der Hoffnung, so Arbeitsplätze sichern zu können."
(Wolfgang Schaumberg)

Den Strategien europa- oder weltweit agierender Konzerne wissen die auf die Bundesrepublik fixierten Gewerkschaften bislang wenig entgegenzusetzen. Das vor allem kritisieren die Gewerkschafter von der Liste "Gegenwehr" bei Opel-Bochum, zu denen auch der Betriebsrat Günter Wieczorek gehört:

"Regelmäßig finden über die IG Metall im Europäischen Metallarbeiterbund auch Automobilarbeiterkonferenzen statt. Aber da fahren in der Regel, sag ich mal, die Betriebsratsfürsten dahin, kommen zurück und erzählen nix, also es passiert überhaupt keine Transparenz. Und wir meinen einfach, die einzigste Chance ist, international gewerkschaftlich weiter zu kommen, wenn also solche Kontakte über Basis, dat heißt also über relativ normale Kolleginnen und Kollegen läuft, um da mal Zusammenhänge herzustellen und die vielleicht auch später mal gewerkschaftspolitisch richtig auch zu benutzen."

Doch die Gewerkschaften konnten bis jetzt noch nicht einmal vermeiden, daß Belegschaften im eigenen Land, manchmal sogar im selben Unternehmen gegeneinander ausgespielt werden. Eine Tendenz, die noch dadurch verstärkt wird, daß die Tarifpolitik - bis heute das stärkste Feld der Gewerkschaften - an Bedeutung verliert. In immer mehr Betrieben werden immer mehr Leistungen statt über flächendeckende Tarifverträge über Vereinbarungen geregelt, die von Betrieb zu Betrieb unterschiedlich sind.

Nicht nur in den Betrieben, auch außerhalb - auf politischer Ebene - haben die Gewerkschaften heute einen schweren Stand.

Zwar gelang es durch bundesweite Aktionen, die Einführung von Karenztagen, also Krankheitstagen ohne Lohnfortzahlung zu verhindern, die zunächst mit der Einführung der Pflegeversicherung geplant waren. Und aufgrund des Protestes von 100.000 Bauarbeitern in Bonn wurde die Streichung des Schlechtwettergeldes auf 1996 verschoben. Straßenblockaden und Rathausbesetzungen von Stahlarbeitern sorgten schließlich dafür, daß die Regierung ihren Plan zurückziehen mußte, die Zahlung von Arbeitslosenhilfe auf zwei Jahre zu begrenzen. Diese Kürzung hätte die Sozialpläne in der Stahlindustrie gefährdet. Denn dort haben sich die Unternehmer verpflichtet, die Arbeitslosenunterstützung älterer Arbeiter, die freiwillig das Werk verlassen, mit Sozialplangeldern aufzustocken.

Doch all dies waren verzweifelte Abwehrkämpfe. Bei der Durchsetzung politischer Gegenentwürfe zur Krisenpolitik hatten die Gewerkschaften keinen Erfolg. Der DGB konnte weder genügend Anhänger für das von ihm propagierte Konjunkturprogramm finden, noch die milliardenschweren Sparprogramme mit den umfangreichen Kürzungen bei Kurzarbeitern, Arbeitslosen, Umschülern oder Sozialhilfeempfängern abblocken.

Die Krise der Gewerkschaft

Detlef Hensche (IG Medien) gehört zu den Spitzenfunktionären, die offen zugeben, daß es den Gewerkschaften heute an Konzepten, Ideen und Visionen fehlt. Das verringert ihre Attraktivität und Mobilisierungsfähigkeit. Kein Zweifel: Die Gewerkschaften stecken in einer Krise. Der deutlichste Ausdruck dafür sind die schwindenden Mitgliederzahlen.

In den letzten zwei Jahren haben die DGB-Gewerkschaften fast 13 Prozent ihrer Mitglieder verloren. Zwischen Ende 1991 und Ende 1993 sank die Zahl der gewerkschaftlich Organisierten um 1,5 Millionen. Für diesen dramatischen Einbruch gibt es mehrere Gründe:

Wer wegen Arbeitslosigkeit, Weiterbildung, Vorruhestand oder Übergang in die Rente den Betrieb verläßt, der kehrt häufig auch der Gewerkschaft den Rücken. Anders als in früheren Jahren verzeichnen die Gewerkschaften heute - bei stark rückläufigen Arbeitsplatzzahlen - kaum noch Neueintritte. Es fehlt der Nachwuchs.

Umso mehr müßten sich die Organisationen eigentlich um diejenigen bemühen, die keine Arbeitsstelle mehr haben.

Das dachten sich auch Angelika Beier und Uwe Kantelhardt, als sie vor gut zehn Jahren die Gewerkschaften dazu bringen wollten, endlich mehr für die Interessen der Arbeitslosen zu tun. In einem Büro unter der Dachschräge des Bielefelder DGB-Hauses erzählen sie:

Kantelhardt: "Wir selbst waren arbeitslose Gewerkschaftsmitglieder, haben gemerkt in unterschiedlichen Zusammenhängen - Mitarbeit in Initiativen, Aufbau von Arbeitslosenzentren - welche Probleme es gibt in der Zusammenarbeit mit den Gewerkschaften. Und da haben wir frühzeitig uns umgeschaut und geguckt, wo gibt es denn noch Kollegen, die an dieser Thematik arbeiten. Und 1984 haben wir dann 100 Adressen zusammengehabt und haben eine erste Arbeitstagung zur gewerkschaftlichen Arbeitslosenarbeit durchgeführt. Und die Idee war uns natürlich als Gewerkschafter in die Wiege gelegt zu sagen, mit so einer großen, starken, mächtigen Organisation, wie es die Gewerkschaften ja hier immer noch darstellen, wenn man da zusammen so ein Projekt angeht, Arbeitslosenarbeit, dann kann man auch politisch einiges damit erreichen."

Beier: "Ja praktisch sah das so aus, daß nach dieser einen Woche Tagung, wir einen ganzen Forderungskatalog hatten, Forderungen an die Gewerkschaften: Zuständige Sekretäre, Bildungsangebote für Arbeitslose, Vertretung in den Gremien, und auch eine Einrichtung und Finanzierung einer Koordinierungsstelle. Es wurde eigentlich wie so eine heiße Kartoffel hin- und hergeschoben, dieses Thema zwischen DGB und Einzelgewerkschaften, keiner wollte so richtig zuständig sein. Als wir gemerkt haben, daß die Gewerkschaften das so ohne weiteres nicht finanzieren würden, haben wir einen Projektantrag geschrieben und haben einen Verein gegründet - Förderverein gewerkschaftliche Arbeitslosenarbeit e.V. - und dieser Verein hat ABM-Stellen für uns beantragt."

Drei Jahre lang finanzierte so das Arbeitsamt das Projekt. Erst dann unterstützten wechselweise der DGB, die IG Metall und einige kleinere Gewerkschaften die Koordinierungsstelle gewerkschaftlicher Arbeitslosengruppen. Die Initiative wurde zur zentralen Informations-, Anlauf- und Beratungsstelle für alle, die innerhalb der Gewerkschaften mit Arbeitslosen zu tun

haben.

Obwohl die Arbeitslosen-Experten aus Bielefeld bis über beide Ohren mit Arbeit eingedeckt sind, müssen sie - wieder einmal - um die Existenz ihrer Stelle bangen, die mit drei Mitarbeitern ohnehin nur schwach besetzt ist. Denn die Finanzierung ist nur bis zum Oktober gesichert.

Der IG Metall-Vorsitzende Klaus Zwickel hat bereits angekündigt, daß seine Organisation 1995 nichts mehr für das Bielefelder Büro zahlen will. Und auch DGB-Chef Heinz-Werner Meyer sieht keinen Grund, die Koordinierungsstelle weiter zu unterstützen. *"Wieso sollte der DGB dann wieder neu etwas unterstützen, bei dem sogar die IG Metall erkannt hat, daß es nicht zu den - ich rede gar nicht von gewünschten Ergebnissen - daß es nicht zu Ergebnissen geführt hat."*

Als Ergebnisse kann die Bielefelder Koordinierungsstelle zum Beispiel vorweisen, daß mit ihrer Hilfe vor allem in Ostdeutschland gewerkschaftliche Arbeitsloseninitiativen gegründet und Arbeitslosenberater geschult wurden. Doch das scheint für den DGB-Chef nicht zu zählen. Damit droht der Zentrale für die gewerkschaftliche Arbeitslosenarbeit ausgerechnet auf dem Höhepunkt der Massenerwerbslosigkeit das Aus.

Das Beispiel zeigt, wie schwer sich die Gewerkschaften bis heute damit tun, neue Wege über die traditionelle Gewerkschaftsarbeit hinaus zu beschreiten und sich auf neue Anforderungen und Bedürfnisse einzustellen.

Gewerkschaften in Neufünfland

Ein Problem, das auch beim Aufbau der Gewerkschaftsarbeit in den neuen Bundesländern deutlich wurde. Dort verloren die Gewerkschaften mit Abstand die meisten Mitglieder. Dabei hatten sich nach dem Fall der Mauer im Herbst 1989 auch für die DGB-Organisationen zunächst völlig neue Perspektiven eröffnet.

Nachdem die ersten West-Unternehmer im Osten Deutschlands neue Gewinnchancen witterten, waren bald auch die Gewerkschaften aus dem Westen zur Stelle: Zunächst mit Beratern, wie es hieß, zur Unterstützung der Partnergewerkschaften vom Freien Deutschen Gewerkschaftsbund FDGB. Es sollte der Wandel der staatlich kontrollierten DDR-Gewerkschaften zu unabhängigen Interessenvertretungen der Arbeiter und Angestellten gefördert werden.

Doch schon bald änderten die DGB-Gewerkschaften ihre Strategie. Sie eröffneten eigene Büros im Osten. Mehrere DGB-Gewerkschaften brachen die Kooperation mit den FDGB-Partnern ab. Der FDGB und seine Einzelgewerkschaften lösten sich nach und nach auf..

In der ehemaligen DDR waren nahezu alle Werktätigen im FDGB. Die meisten von ihnen wechselten zunächst zu den DGB-Gewerkschaften über. So kam auch Axel Weber, damals Betriebsrat bei einer Landtechnik- Firma, von der IG Metall Ost in die IG Metall West: . *"Also, es war im Prinzip ein reiner Verwaltungsakt, der den Kollegen auch nicht schwer gemacht wurde. Es mußte also jedes Mitglied der DDR-Gewerkschaften einen neuen Aufnahmeantrag für die gesamtdeutsche IG Metall stellen. Also aus dem Betrieb, wo ich herkomme, kann ich sagen, haben das 100 Prozent der Kollegen getan."*

So kam es zu einem plötzlichen Mitgliederboom beim DGB. Zwischen 1990 und 1991 stieg die Mitgliederzahl der DGB-Gewerkschaften um fast vier Millionen. In mehreren Gewerkschaftszentralen rechnete man damit, daß der Organisationsgrad im Osten sehr viel höher bleiben würde als im Westen, wo nur jeder dritte Beschäftigte Gewerkschaftsmitglied ist.

Im Osten, in Sachsen-Anhalt, zwischen Halle und Magdeburg, liegt Aschersleben. Die 30.000-Einwohner-Stadt mit ihren mittelalterlichen Befestigungsanlagen war zu DDR-Zeiten eine Hochburg der Werkzeugmaschinen-Industrie. Hier liegt auch die Verwaltungsstelle Aschersleben der IG Metall ihre Büros hat.Für insgesamt. fünf Landkreise ist diese Verwaltungsstelle zuständig: Neben Aschersleben sind das die Kreise Sangerhausen, Eisleben, Hettstedt, Quedlinburg und Thale.

"Wenn wir für die fünf Landkreise die Zahlen arbeitsplatzmäßig sehen wollen, hatten wir 1990 29.000 Metallarbeitsplätze und davon sind cirka noch 10.000 Metallarbeitsplätze übrig geblieben. Das sind ja bloß noch ein Drittel der Arbeitsplätze, die vorher hier bestanden haben. Also wir hatten am Anfang cirka 25.000 Mitglieder und haben ungefähr 9.000 Mitglieder verloren, also es hält sich von der Sache her noch in Grenzen, wenn wir gegenstellen, was wir für einen Arbeitsplatzabbau hatten." Das erklärt der Gewerkschaftssekretär Axel Weber.

Nach der Liquidation seiner früheren Firma wechselte er vom Betriebsratsbüro ins IG Metall-Büro.

"Wir versuchen also über Kontakte zum Wirtschaftsministerium des Landes Sachsen-Anhalt, zur Treuhand bis hin nach Berlin zur Frau Breuel, auch über den Bundestag, auch über den Bundestagsuntersuchungsausschuß für die Treuhandarbeit, Arbeitzsplätze zu erhalten. Wenn man das am Beispiel festmachen will, die MIFA Sangerhausen, das ist die Mitteldeutsche Fahrradwerke GmbH Sangerhausen, die hatten ursprünglich mal 1.200 Beschäftigte, sollten mehrfach privatisiert werden. Dort sind verschiedene Dinge gelaufen, die die Treuhand - ich sag es mal auf Deutsch - versaut hat..Es hat noch 1993 im Frühjahr ein Angebot gegeben vom Fahrradhersteller Biria, der wollte noch 450 Leute übernehmen. Dort hat die Treuhand die Privatisierung auch mehrfach abgelehnt mit dieser Firma. Und hat jetzt an zwei schweizer Investoren veräußert, die lediglich noch 121 Beschäftigte halten. Wir haben also, um bloß mal eine Zahl zu nennen, cirka 40 mal die Treuhand in Berlin besucht mit dem Betriebsratsvorsitzenden, haben also mit Sicherheit auch weit über 25 Belegschaftsversammlungen während der Zeit durchgeführt, wo die Belegschaft direkt informiert wurde über den Stand der Privatisierung und alle damit zusammenhängenden Fragen, wie nachrangige ABM-Gesellschaften undsoweiter. Das Ergebnis ist ganz einfach, daß also 121 Beschäftigte noch vorhanden sind in der MIFA." (Axel Weber)

Die Treuhand wollte das Fahrradwerk schon im April 1991 schließen. Doch die Gewerkschaft hielt dagegen. Sie unterstützte die Belegschaft auch bei spektakulären Aktionen, wie der Besetzung des Betriebs in Sangerhausen oder der Treuhandniederlassung in Halle.

"Insgesamt kann man sagen, daß MIFA noch existiert - und das wissen eigentlich auch die Kollegen - haben sie

dem Betriebsrat und der Verwaltungsstelle hier vor Ort zu danken. Und man kann das noch weiter ausdehnen. 16 Betriebe würden nachweislich nicht mehr existieren, die sind durch unsere Tätigkeit gerettet worden, in den 16 Betrieben zum Stand heute.. " So Dirk Lindemann, der zweite Bevollmächtigte der IG Metall Aschersleben.

Doch trotz ihres Einsatzes konnten die Gewerkschafter nicht verhindern, daß immer mehr Menschen in ihrem Verwaltungsstellenbereich ohne Arbeit sind. Mitte März muß Dirk Lindemann feststellen:

"Wir haben 22,4 Prozent offizielle Arbeitslosigkeit. Rechne ich Vorruheständler, rechne ich ABM dazu, rechne ich Kurzarbeit, also alle die Punkte, Weiterbildung, Umschulung dazu, dann haben wir eine Echtzahl 59,3 Prozent Arbeitslosigkeit hier im Landkreis Aschersleben. Und das kann ich für alle anderen Kreise ebenfalls zwischen 50 und 56 Prozent behaupten. Und das ist eine Schweinerei, das ist eigentlich auch gar nicht mehr nachvollziehbar."

Zur Gewerkschaftsarbeit zählt in Aschersleben auch die Arbeitslosenbetreuung. Mit Unterstützung der Bielefelder Koordinierungsstelle wurden hier - und in mehreren Nachbarstädten - Arbeitsloseninitiativen ins Leben gerufen und Erwerbslosenberater ausgebildet.

DGB REFORM

Immer mehr Mitglieder in Ostdeutschland geben ihr Gewerkschaftsbuch ab. Der Organisationsgrad sinkt. Er nähert sich immer mehr dem niedrigeren West-Niveau. Sinkende Mitgliederzahlen bedeuten für die Gewerkschaften aber auch sinkende Beitragseinnahmen. Die Arbeitnehmerorganisationen stecken in einer Finanzkrise: Nur noch etwa die Hälfte der DGB-Gewerkschaften können ihre laufenden Ausgaben aus den Mitgliedsbeiträgen decken. Die anderen müssen an die Rücklagen gehen und drastisch sparen.

Die Gewerkschaft Handel, Banken und Versicherungen, die sich im Osten völlig übernommen hat, griff sogar als erste schon zu Kündigungen. Drei Funktionäre aus Ostdeutschland wurden entlassen. Aus Finanznot.

Auch bei der Dachoganisation DGB sollen die Kosten für die hauptamtlichen Mitarbeiter drastisch reduziert werden. Das Ziel heißt: 13 Prozent Personalkosten-Einsparung. Auch beim DGB könnte es zu Kündigungen kommen.

Mit der Finanzkrise droht die dringend notwendige und seit langem geforderte Reform des DGB zu einem einfachen Sparprogramm zu verkommen. In den Gewerkschaften diskutiert man schon lange über ein neues Programm und eine neue Organisationsstruktur. Mit einem Gewerkschaftskongreß soll 1996 die DGB-Reform abgeschlossen werden.

Doch ob die längst überfällige Reform dem wankenden Koloß wieder auf die Beine helfen wird, ist fraglich. Denn bis heute gibt es zwischen den großen und den kleineren Einzelgewerkschaften Streit: Zum Beispiel über die künftige Rolle der Dachorganisation. Die tonangebenden großen Organisationen - vor allem die IG Metall und die Gewerkschaft Öffentliche Dienste, Transport und Verkehr - wollen weiterhin einen eher schwachen DGB, der ihre Dominanz nicht gefährdet. Kleine Gewerkschaften fordern dagegen genau das Gegenteil. Für sie spricht der IG Medien-Vorsitzende Hensche:

"Also aus der Sicht einer kleinen Gewerkschaft glaube ich, gilt es darum zu kämpfen, daß der DGB stärker wird. Gegenwärtig erleben wir das Gegenteil: Daß maßgebende Interessen innerhalb des DGB darauf abzielen, ihn eher verkümmern zu lassen zu einer lockeren Arbeitsgemeinschaft allmächtiger Einzelgewerkschaften. Ich halte das für einen Fehler. Heute stehen wir vor der Tatsache, daß zum Beispiel die soziale Situation der abhängig Beschäftigten und derer, die gegenwärtig keine Arbeit haben, viel stärker von politischen Entscheidungen abhängen als etwa von tariflichen Entscheidungen. Ob ich eine Wohnung bekomme, ob ich weiter Beschäftigungschancen habe, ob ich mein Auskommen habe als Sozialhilfeempfänger, ob meine Renten morgen noch sicher sind, das alles hängt ab von gesetzgeberischen und politischen Entscheidungen. Und die Notwendigkeit in diesen politischen Willensbildungsprozeß sich auch mit Macht, vielleicht auch mal eines Tages mit demonstrativen Arbeitsniederlegungen und Generalstreik einzubringen, diese Notwendigkeit verweist darauf, daß wir einen starken DGB brauchen."

Doch der DGB und die ihm angeschlossenen Einzelgewerkschaften werden nur dann stark sein, wenn die Mitglieder spüren: Die Gewerkschaft, das sind wir! Dafür wird allerdings wesentlich mehr nötig sein als die Reform von Organisationsstrukturen, auf die der DGB-Vorsitzende Meyer setzt:

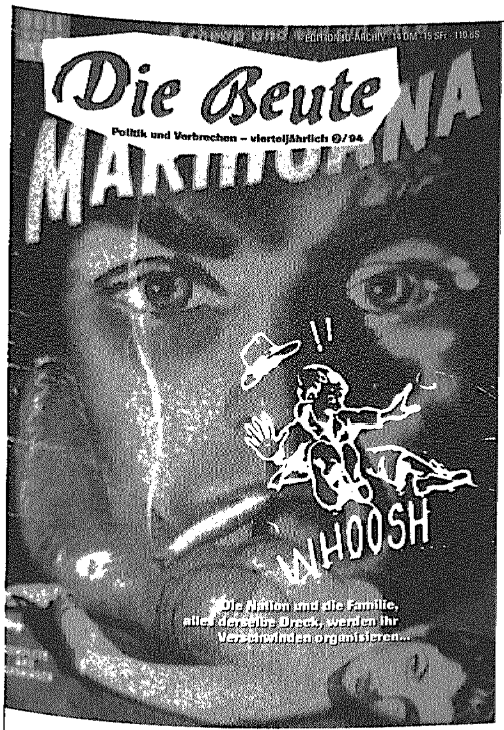
"Reform ist zu Organisationsstrukturen zu finden, die es mehr Menschen möglich machen als bisher, ihre Gewerkschaften für sich zurückzuerobern, in den Gewerkschaften mitzuarbeiten, Einfluß auf die Politik der Gewerkschaften zu nehmen oder - besser gesagt - den Einfluß auf die Politik zurückzugewinnen. Das macht natürlich Reform ungeheuer schwer, weil es ja Personen gibt, die gegenwärtig die Politik in den Händen halten und wie das in solchen Fällen ist, sie natürlich nicht mit anderen teilen möchten."

Die Gewerkschaften brauchen mehr Basisdemokratie.

Und sie müssen sich öffnen: Für die Interessen von Personen, die bislang eher abseits standen - wie Frauen, Teilzeitbeschäftigte, Arbeitslose oder Rentner. Und für politische und soziale Bewegungen, zu denen es bisher bei den sozialdemokratisch dominierten Gewerkschaften große Berührungsängste gab: Sowohl die Aktivitäten der Friedens- als auch der Ökologie- und der Dritte-Welt-Bewegung liefen so weitgehend an den Gewerkschaften vorbei. Wenn der DGB wieder mehr Mitglieder mobilisieren will, muß er Ideen und Ziele entwickeln, die weit über den Tellerrand der Tarifpolitik und sozialpolitischer Reförmchen hinausgehen:

"In solchen Fragen sich den Kopf zu zerbrechen, wie soll eine menschenwürdige Gesellschaft morgen aussehen ohne Ausgrenzung, ohne eine Spaltung der Gesellschaft, ohne wachsende Massenarbeitslosigkeit, wie gelingt es, ein Wohlstandsmodell zu entwickeln, das nicht weiter auf Kosten der Natur und damit der nachwachsenden Generation geht, dazu Antworten zu entwickeln, halte ich für eine gewerkschaftliche Aufgabe, aber das sind politische Aufgaben, die überschreiten den Horizont einer IG Metall, einer IG Medien, einer IG Chemie. Das kann nur ein DGB tun. Und deshalb bin ich der Meinung. Man braucht einen starken, demokratischen Deutschen Gewerkschaftsbund."

(IG Medien Vorsitzender Hensche)



Die Beute

Politik und Verbrechen – vierteljährlich

144 Seiten, 14,– DM • Im Abonnement 12,– DM

Inhalt Heft 2:

- Abel Paz über **Durruti**
- Primo Moroni über **die Lega Nord.**
- Imran Ayata über **Raps von King Size Terror.**
- Klaus Walter über **Brecht und HipHop.**
- Andreas Fanizadeh im Gespräch mit **Hermann L. Gremliza.**
- Jost Müller über **Faschismus und Demokratie.**
- Jörg Paulsen über **»Kämpfende Juden«.**
- Iceberg Slims Roman: **Mama Black Widow.**
- Christoph Kind über **Bill Withers, die Geto Boys.**
- Susanne Schultz über **Bevölkerungspolitik.**
- Gilles Deleuze/Félix Guattari: **Geophilosophie.**

Das Zeitschriftenprojekt *»Die Beute«* beinhaltet den Versuch, Beiträge von politischen AktivistInnen und Intellektuellen in einer Zeitschrift erneut zusammenzubringen, das Bestreben, Theoriebildung in den Zusammenhang politischer Praxis zu stellen und die Praxis theoretischer Kritik auszusetzen, und das Bemühen, die Kommunikationslosigkeit zwischen der politischen und der künstlerischen Opposition aufzuheben.

Pressekommentare:

»Lange haben wir beim Bier diskutiert, ob Die Beute – Untertitel »Politik und Verbrechen« – wirklich ein guter Name für eine neugegründete linksradikale Zeitschrift ist...Es handelt sich bei der Namensgebung offenbar um eine Art Pop-Strategem – aus dem Wissen geboren, daß man heutzutage schon kräftig hinlangen muß, um mit »linken Inhalten« noch einen Distinktionsgewinn zu erzielen.« *Thomas Groß, die tageszeitung (taz)*

»Die Beute kommt nicht nur namensmäßig, sondern auch optisch recht flott daher. Gute Fotos, übersichtlich und ohne Pop-Mätzchen – gestalterisch gibt es wirklich nichts zu meckern.« *Junge Welt*

»Tatsächlich, ein erstes Durchblättern der »Beute« macht klar, daß hier in verschiedenen Revieren gejagt wird. Texte aus der politischen Theorie und Praxis stehen neben solchen, die gemeinhin als kulturell gelten. Es gibt keine künstliche Trennung durch Rubrikenbezeichnungen, die Übergänge sind fließend.« *Wochenzeitung Zürich (WoZ)*

»Noch stehen zwar der Aufstand in Chiapas und postmoderner Feminismus etwas unvermittelt nebeneinander, aber die Idee, verstreute Stimmen zu bündeln, um die Selbstgefälligkeit des neu-deutschen Nationalgefühls zu stören, überzeugt.« *Die Woche*

»Erlösung für den Einzelheinz« *Wolfgang Höbel, Süddeutsche Zeitung*

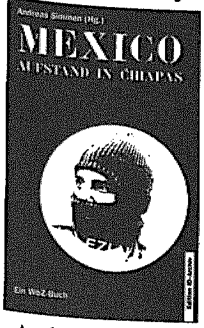
»Da es auch erlaubt ist, die Zeitschrift zu abonnieren, ohne an die Möglichkeit einer linken Offensive zu glauben, werde ich dies tun und dem Leser zur Nachahmung empfehlen.« *Thomas Ebermann, Szene Hamburg*

»Warten auf Nummer 3!« *Mark Terkessidis, Spex*

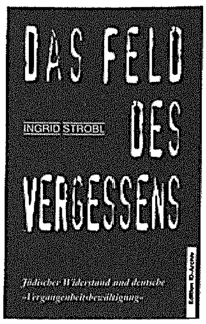
»Lebhaft und risikofreudig.« *Frankfurter Rundschau*

Radikale Kritik ist gegenwärtig nicht gerade gefragt. Eine Zeitschrift wagt einen neuen Versuch: mit durchaus bemerkenswerten Resultaten.« *Tages-Anzeiger, Zürich*

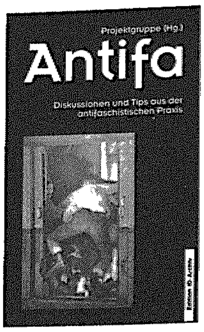
Im 1. Halbjahr 1994 erschienen



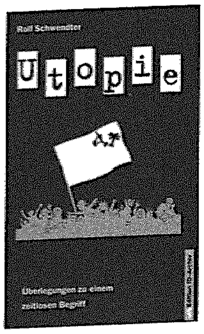
Andreas Simmen
Mexico
140 Seiten, 16,– DM



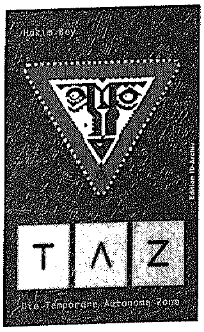
Ingrid Strobl
Das Feld des Vergessens
140 Seiten, 14,– D



Projektgruppe
Antifa
188 S., 14,80 DM



Rolf Schwendter
Utopie
120 Seiten, 14,– DM



Hakim Bey
T.A.Z.
165 Seiten, 20,– DM

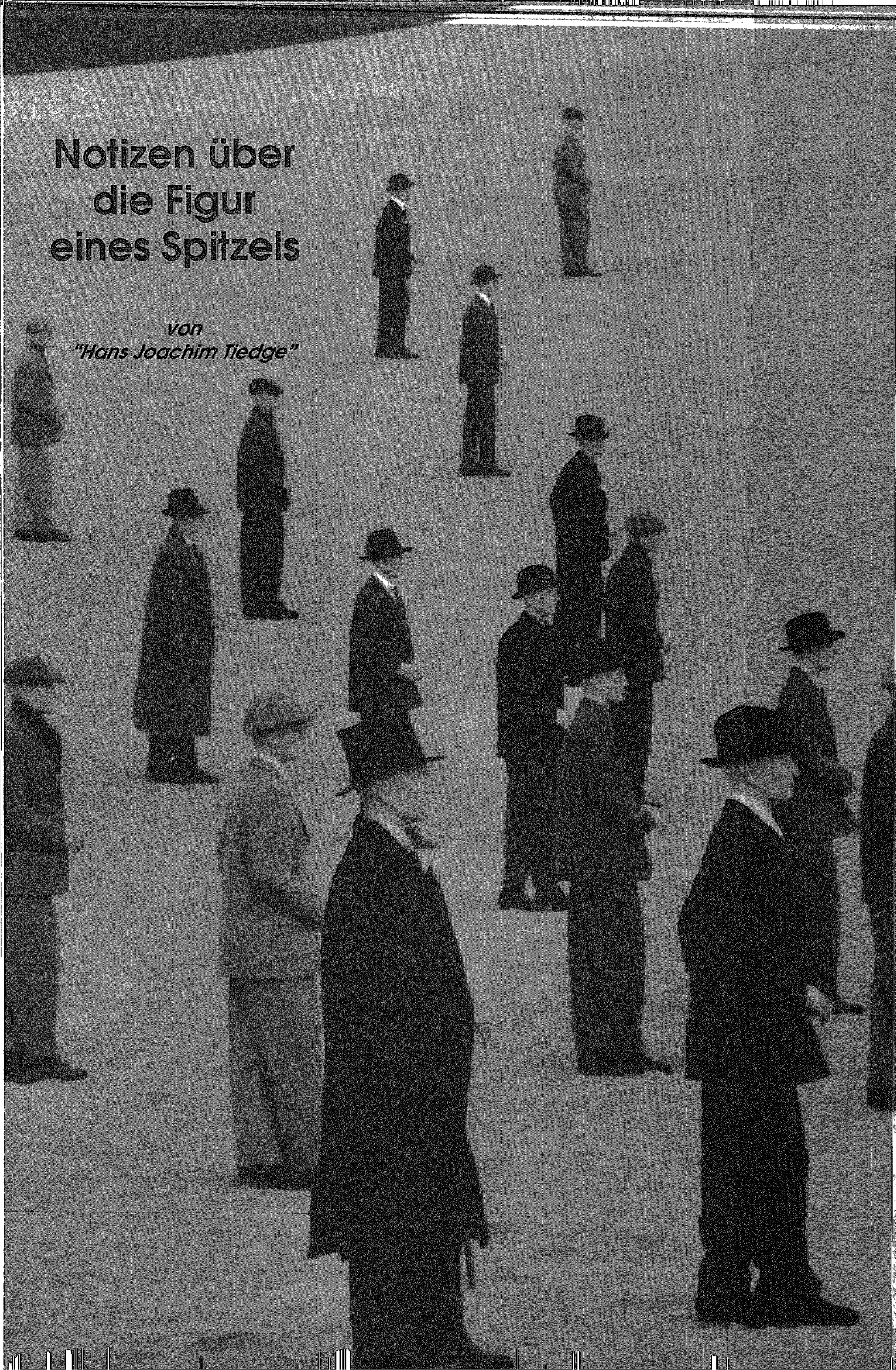


Die Beute Nr.1
Politik und Kultur – vierteljährlich
144 Seiten, 14,– DM

Edition ID-Archiv • Buchversand • Knobelsdorffstr. 8 • 14059 Berlin

Notizen über die Figur eines Spitzels

von
"Hans Joachim Tiedge"



Am 27 Juni 1993 passierte auf dem Bahnhof in einem Örtchen namens Bad Kleinen etwas, was im exklusiven Verhältnis zwischen der RAF und dem Staat nicht unbedingt in eine allgemeine politische Wetterlage paßte: Ein nach Polizeiangaben als "Festnahmeversuch" von zwei gesuchten RAF-Mitgliedern beschriebener Vorgang auf diesem Bahnhof endete mit dem Tod eines GSG'lers und von Wolfgang Grams sowie der Verhaftung von Birgit Hogefeld. Von den Sicherheitsapparaten wurde zu den Gründen des Todes von Wolfgang Grams die in jeder Hinsicht völlig überraschende Version verbreitet, daß dieser "Selbstmord" begangen habe.

Der mörderische Festnahmeversuch Bad Kleinen war deshalb möglich geworden, weil es den als Sicherheitsapparaten bezeichneten staatlichen Institutionen mit Hilfe eines danach beständig als "Autonomen" bezeichneten Spitzels leider gelungen war, Zugang zu den in der Illegalität lebenden Mitgliedern der RAF zu erhalten. Die Vorstellung, daß ein als "Autonomer" verkleideter Spitzel den Bullen diesen großen Fahndungserfolg beschert haben soll, ist für den Verfasser dieser Zeilen außerordentlich beunruhigend. Auch deshalb, weil eine Reihe der bereits gegebenen Antworten im Zusammenhang mit der Geschichte und dem Wirken dieses Spitzels so außerordentlich unbefriedigend sind, sollen in den nachfolgenden Zeilen ein paar, nach Möglichkeit radikale Frage- und Problemstellungen von mehr oder weniger allgemeinem, d.h. politischem Interesse aufgeworfen werden.

I. Wofür man einen Spitzel alles benutzen kann

I.1 : Allgemeine Erwägungen:

Wer sich schon einmal gründlicheren Überlegungen im Zusammenhang mit Spitzeln hingegeben hat, wird schnell feststellen, daß es sich dabei um ein absolut faszinierendes Unternehmen handelt. Im Nu sind die eigenen Verschwörungsphantasien in heftige Umdrehungen gebracht: Keiner kann mehr keinem glauben, jede Form des Vertrauens erweist sich im Ergebnis als ein Abgrund von bodenloser Naivität. Wer weiß, vielleicht bist du ein Spitzel ? Oder bin ich vielleicht ein Spitzel ? Vielleicht sogar wir beide. Und überhaupt: Wieso wiegt sich eigentlich der Leser dieses Textes so in Sicherheit das der Verfasser dieser Zeilen diese nicht etwa in einem "höheren Auftrag" geschrieben hat? Man Bedenke: Da nichts nirgendwo und niemals zu keinem Zeitpunkt auszuschließen ist, kann auch alles in irgend einer Weise stimmen. Auf dieser Ebene der Verstrickung können in unauflöslichen Zirkeln, die schlimmsten Projektionen von einem Moment auf dem nächsten zu einer für manche bitteren Wahrheit werden. Ist das Spitzelkarusell einmal in Gang, benutzen alle alles und an jeden Fetzen von Realität kann sich die Lüge kleben. Ein großartiges Spiel irgendwo im Spannungsbogen zwischen Komödie und Tragödie, bei der die Kategorie der Moral auf ihren materiellen Kern als Verschleierungszusammenhang von eiskalt verfolgten Interessen reduziert wird. Spitzel sorgen dafür, daß jede auf Moral gegründete und damit falsch begründete Politik vom verklebten Kopf auf die Füße gestellt wird. Das hohle Gefasel von "Identität" und politischer Moral" stürzt endlich zusammen und reduziert sich am Schluß auf die blanke Zahlungsmoral aller Beteiligten. Die Frage ist nicht mehr: Wer oder was ist "das Gute", sondern nur noch: Wer ist der betrogene Betrüger ?

I 2. Warum sich überhaupt mit Spitzeln beschäftigen?

Solange es in nicht überwundenen bürgerlichen Verhältnissen Widerspruch, Kritik, Opposition und (manchmal) Widerstand gibt, solange wird es auch Spitzel geben. Diese Erkenntnis kann so allgemein als bekannt wie auch als banal vorausgesetzt werden. Welchen Grund sollte es also geben sich mit solchen langweiligen Dingen wie Spitzeln zu beschäftigen?

Abstrakt liegt der spannende Punkt in der Beschäftigung mit einem Spitzel darin eingegraben, daß sie genau auf dem Schnittpunkt zwischen einer kritisch gemeinten politischen Praxis und einem konkreten Existentialismus der jeweilig betroffenen Individuen geführt werden muß. Alle abstrakt oder verallgemeinernd und vor allem aus der Distanz heraus gewonnen Einsichten, Erkenntnisse und Zuschreibungen über die Wirkungsweisen des abgelehnten politischen Systems spiegeln sich auch in der Figur des Spitzels und werden durch sie personifiziert.

In diesem Sinne liegt die Spannung in der Beschäftigung gerade mit der Figur des Spitzels von Bad Kleinen nicht in der schlichten Tatsache seiner Spitzeltätigkeit, sondern in dem Umstand begründet, daß er über 10 Jahre irgendwo und irgendwie in der autonomen Szene mit uns zusammen gelebt hat. Im Unterschied beispielsweise zu eingeschleusten Bullen, die in aller Regel fast immer nur ein praktisches Problem darstellen, weil sie mit dem von uns auch politisch angestrebten kulturellen Bruch zur Normal- und Mehrheitskultur in diesem Land nicht zurechtkommen, stellt diese Figur eine besondere Herausforderung für die von uns postulierten Ansprüche dar. In diesem Sinne ist die Geschichte und Biographie des Spitzels von Bad Kleinen, für alle die sich als Autonome begreifen, hochproblematisch. Er ist/war in irgend einer Weise Teil der tatsächlichen, sich alltäglich vollziehenden Vergesellschaftung in den "autonomen Zusammenhängen", wie es immer so schön heißt. Die doch auch vor dem Auffliegen jenes Spitzels als offenkundig vorauszusetzende Tatsache, daß "unsere Strukturen" nicht "bullenfrei" oder gar sauber gedacht werden können, provoziert die Frage danach, was diese Tatsache über uns selbst, die Art und Weise wie wir (nicht-) zusammen leben wollen, und vor allem über die daran beständig projezierten "Ansprüche" aussagen kann. In diesem Zusammenhang kann die konkrete Biographie jenes Spitzels von Bad Kleinen auch umgedreht dafür gelesen werden, wie sich unsere tatsächliche Vergesellschaftung in den letzten 10 Jahren (auch) vollzogen hat. Und das ganz unmoralisch. In diesem Sinne kann die Geschichte des Spitzels als Material dafür fruchtbar gemacht werden, uns über uns selbst, wie wir (nicht) leben wollen, und was daran politisch oder auch nicht ist, zu verständigen.

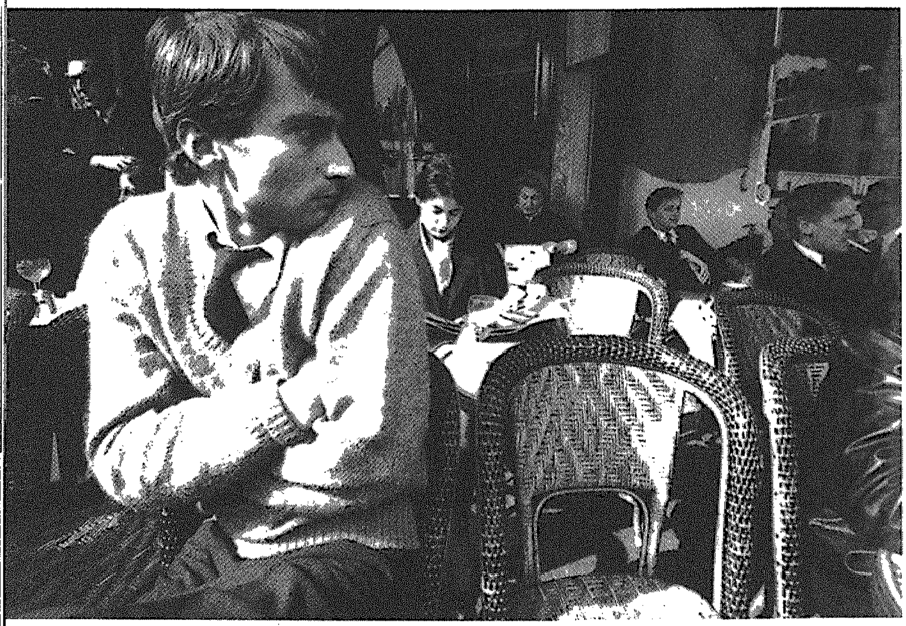
Photo: Anne Testut

I.3. Was sagt und denkt ein Spitzel ?

Der Spitzel K.S. hat sich bereits unmittelbar nach den Ereignissen in Bad Kleinen mehrfach in Briefen an seine Bekannten und zwischenzeitlich – nach einem halben Jahr Unterbrechung mit einem Interview im SPIEGEL ausführlichst zu seinem Werdegang, seinen Meinungen, Wahrnehmungen und Einschätzungen zu Wort gemeldet.

Ob dies nun mit oder ohne Auftrag seiner ihn beaufsichtigenden Behörde geschah, wissen dabei nur er selbst und seine Behörde. Spitzel erzählen viel und eigentlich nichts. Alles kann von ihnen gelogen sein und muß eigentlich immer Lügen können immer nur die herrschende Realität verdoppeln, von der wir doch aufgrund unserer Kritik wissen, das sie falsch ist. Als hohle Hülse sucht der Spitzel in beständigen vorauseilendem Gehorsam sich chamäleonartig an die an ihn gestellten äußeren Erwartungen anzuschmiegen. Deshalb ist der Spitzel auch immer als das pure Nichts anzunehmen.

Nach allem was wir zwischenzeitlich über die Person und Biographie jenes Spitzels von Bad Kleinen haben erfahren können, erscheint es gleichwohl nicht völlig ausgeschlossen zu sein, daß dieser in seiner verqueren Subjektivität von sich selber geglaubt haben könnte, nicht einfach nur der kleine militant angemalte



als schlichte Lüge angenommen werden. Vor diesem Hintergrund nähert man sich einer Figur, die aus einem Interesse, das ihr vermutlich selbst nicht immer klar ist, Wahres mit Falschem, Ausgedachtes mit Erlebtem beständig vermischt. Jede vom Spitzel verbreitete Halb- und dreiviertel-Wahrheit ist nicht einfach nur auch halb- oder dreiviertelwahr, sondern ist funktional in einem Netz der fortwährenden Lüge aufgehängt. Da wo uns als politische Subjekte die Widersprüche des Systems in das wir verstrickt sind, manchmal sprachlos und stumm werden lassen, kann ein Spitzel deshalb immer weiter reden, weil er es aufgegeben hat eine Person sein zu wollen. Die Wahrheit ist ihm entweder unbekannt oder er verwechselt die Realität damit. Seine fortwährenden Hans Wurst zu sein, der er möglicherweise war. Vielleicht hat die Selbstimagination des Spitzels darin bestanden, von sich selbst zu glauben, einer der wichtigsten und gefährlichsten Typen unter der Sonne zu sein; der einzige Typ, der auf dem Mythos geladenen Feld zwischen gigantischen Staatsapparat und der symbolischen Gegeninstitution RAF einen "Durchblick" besitzt. Zudem auch noch schlauer sein will, als alle anderen zusammen, im Kopf ein Mickey-Mouse Begriff von Politik, bereits x-mal illustriert in tausenden von Billig-Krimis; Politik begriffen als bloße Form von Waffen, Technik und Versteckspielerei.

Und eins muß man dem Spitzel von Bad Kleinen wirklich lassen, und das hatte er vermutlich vielen anderen der Leute voraus, die mit ihm in der autonomen Szene zu tun hatten: Er hat wahrscheinlich nicht viel Aufhebens um die in die Flugis und Papiere gedankenlos hineingeschriebenen moralisch aufgepumpten Appelle und Ansprüche von einem "anderem Leben" und dem "neuen Menschen" gemacht. Der Spitzel hat großzügig darauf verzichtet moralisch sein zu wollen. Ihm hat es einfach genügt sich stattdessen in seiner kläglichen Existenz von den VS-Bullen, neben der Kohle noch Gefühle von Wichtig-und Gefährlichkeit abzuholen.

I. 4. Kann ein Spitzel ein "Verräter" sein?

Spiegel: *"Wie sind Sie mit ihrer Doppelrolle, hier Autonomer, dort Informant des verhaßten Staatsapparates, zurechtgekommen ?"[1]*

Steinmetz: "Ich empfand das nicht als Doppelleben: Wenn man in der Szene lebt, dann tut man hundert konspirative Dinge. (...) Ich verstand meine Rolle als Mittler. Mein Interesse war, den Behörden einen Einblick in die Szene zu ermöglichen und dort für diese Verständnis zu entwickeln. Die haben doch gar keine Ahnung gehabt, wie wir dachten. Das kann man nicht in Büchern nachlesen. Und wenn man das kann, wird man das als Fremder nicht unbedingt verstehen. Da habe ich ihnen bei der Übersetzung geholfen."[3]

Daß der Spitzel den Bullen Daten, Namen und auch ein paar Fakten geliefert hat, ist spätestens nach Bad Kleinen offenkundig. Kann aber der Spitzel eigentlich auch ein "Verräter" in dem Sinne sein, daß er die Bewegung oder ein Kollektiv tatsächlich hat politisch verraten können?[4]

Die Figur K.S. muß die Frage in dem SPIEGEL-Interview danach, ob er "Verrat" geübt hat, natürlich verneinen. Wer attestiert sich auf direktes Befragen schon gerne selbst, daß man nur ein mieses Schwein ist. Das Kürzel K.S. wählt als Konstruktion seiner Identität sowohl "Autonomer" als auch Spitzel sein zu können, die *Kategorie der Konspirativität.* Wenn es stimmt, daß sowohl Autonome als auch VS-Bullen jeweils konspirativ arbeiteten, dann, so die Gleichung im leeren Kopf des Spitzel, besteht zwischen beiden Institutionen auch kein Unterschied.

Nun "Verrat" ist gemeinhin eine militärische Kategorie. Sofern Politik ausschließlich in dieser Kategorie gedacht wird, ist natürlich jedes an die Gegenseite übermittelte Detail "Verrat". Ohne Zweifel. Aber ein politischer Verrat setzt ja immerhin voraus, daß gegenüber diesem System etwas politisch Fremdes existiert, das dann auch tatsächlich "verraten" werden kann. Schließlich bleibt es genauso wahr, daß wo nix ist, auch nichts verraten werden kann.

Ein politischer Verrat setzt voraus, daß der Verräter das "Politische" tatsächlich kennt, sprich daß er nicht nur glaubt es zu kennen, was ja für jeden halbwegs der doitschen Sprache mächtigen Akademiker denkbar wäre, sondern daß er selber mit seiner ganzen Person in dieser Politik lebt und sie damit quasi verinnerlicht hat.

K.S. behauptet nun in dem Interview, dem VS mitgeteilt haben zu wollen "wie wir dachten" Und weil die Bullen zu dumm dafür seien, die Autonomen zu verstehen, habe er "bei der Übersetzung" geholfen. Ob diese Aussagen des Spitzels stimmen oder ob sie auch nur eine von den vielen seiner Lügen sind ?

Wenn wir davon auszugehen haben, daß der Spitzel tatsächlich dazu in der Lage war, den Bullen mitzuteilen "was wir dachten", dann konnte er auch tatsächlich an der autonomen Bewegung einen politischen Verrat verüben. Diesen Gedanken in diesem konkreten Fall logisch zuende gedacht, würde das darauf verweisen, wie flach tatsächlich die Politik von Autonomen geworden ist (oder vielleicht sogar schon immer war). Es würde sogar darauf verweisen, daß die Autonomen im Prinzip mehr als nur formal die gleiche Sprache mit den doitschen Bullen sprechen. Das ist ein zwar durchaus unbequemer und beunruhigender Gedanke, gleichwohl könnte er, wenn er denn als möglich akzeptiert würde, dafür sorgen, diesen Zustand zu ändern.

Auf der anderen Seite ist natürlich immer die banale Erkenntnis in Rechnung zu stellen, daß auf Geheimdienstebene in der Regel ohnehin Psychopathen mit Psychopathen, nicht kommunizieren, sondern eher gemeinsam miteinander halluzinieren. Der dabei herauskomme Müll mag den Beteiligten zwar als wahr vorkommen, er ist es jedoch allenfalls in der flachen Wirklichkeit, wie sie sich beispielsweise in SPIEGEL-Gesprächen abbildet. Mit der tatsächlichen Realität hat das aber nichts zu tun. Denn die ist ja nun falsch, wie wir alle wissen.

II. Zu- und Umgänge

"Glaubst du an den lieben Gott oder an Guevarra ? Ich glaube an die Deutsche Bank, denn die zahlt aus in Bar"

Marius Müller Westernhagen (Sänger und Hülse)

Für die in einem Umgang mit einem Spitzel unmittelbar Betroffenen stellt sich bei einer Aufarbeitung mit großer Dringlichkeit die Frage, mit welcher Methode und in welchen Kategorien sie dieses Problem angemessen diskutieren können. In ungleich gravierender Art und Weise stellt sich für sie zudem noch unter Umständen das Problem ihrer eigenen konkreten Verstrickung mit dieser, als Spitzel entlarvten Person. In einem streng juristischen Verfahren würden diese Leute auch als Richter in dieser Sache wegen "Befangenheit" abgelehnt werden. Personen, die selber in ein Geschehen verstrickt sind, wissen zwar möglicherweise mehr "Fakten" als andere. Dieser Umstand ist jedoch nicht unbedingt damit gleichzusetzen, das sie auch einen Überblick über den verhandelten Gegenstand besitzen.

II.1. Zum Problem der "Fakten"

Gerade die schnell im Handgemenge aus den Köpfen und den Mündern herausgespuckten Fakten sind oft nichts anderes als eine bloße Wiederspiegelung der herrschenden Gesellschaftlichkeit. Der schnell zu bewerkstelligende Zugriff auf "Fakten" kann dabei das Gefühl vermitteln, frei von allen mühsamen theoretischen und vielleicht sogar kritisch gemeinten Erwägungen, die doch beständig lästig-abstrakt scheinen, schnelle Wahrheiten auszusprechen. Sie können einem dazu dienen, endlich frei von der Mühsal jeglicher jeglicher Abstraktion ,sich wenigstens an dieser Stelle auf die sichere und saubere Seite zu schlagen. In diesen notwendigerweise autoritär zu handhabenden Konstruktionen wird die Vielfalt des eigenen alltäglichen Lebens nur als bloße beängstigende Verwirrung erfahren. Zwar kann die eigene Lebenspraxis nicht mit willkürlich ausgesprochenen Prinzipien begriffen, aber doch autoritär auf die Endlichkeit der schon immer in den Köpfen existierenden Schrebergartenperspektive zusammen gekürzt und geordnet werden. Natürlich ist mit einem derartigen Verfahren keine Wahrheit, geschweige eine die sich den Kategorien der Emanzipation und Freiheit verpflichtet weiß., zu gewinnen. In dieser Praxis kann aber zumindestens der Anspruch auf Zu-Ordnung geltend gemacht werden. Wo käme man gerade in Doitschen Landen ohne Zu-Ordnungen hin?

Nur, um eine Aufarbeitung und das bei einem so hochvergesellschafteten Thematik wie einem Spitzel zu machen, kommt man mit dem bloßen zusammen kleben beliebiger "Fakten und Details" ab irgendwann mit absoluter Sicherheit in eine Sackgasse. Und zwar genau dann, wenn diese "Fakten" dazu dienen sollen, anstelle der eigenen Urteilskraft, die Funktion von Wahrheit zu übernehmen. Dabei kann die Wahrheit doch immer nur in den am konkreten Prozess formulierten angemessenen Maßstäben, niemals jedoch in den bloßen Fakten aufgefunden werden.

II.2. Was folgt aus dem gesagten ?

Vor diesem Hintergrund betritt man bei der zunächst einfach erscheinenden Frage, wie man sich überhaupt der Figur eines Spitzels nähern kann, unvermutet vermintes Gelände. Denn gerade unter dem Eindruck der Ereignisse von Bad Kleinen können die Spekulationen über den Spitzel problemlos kreisen. Die banal erscheinende Frage was denn für ein Typ dieser K.S. war, z.B. ein Verräter, ein Schwein, ein Bulle, Psychopath, Schizophrener, ein mieser oder eher "praktischer", maulfauler Typ lassen sich nämlich deshalb nicht beantworten, weil in dieser Konstruktion alle mit ihrer Sicht der Dinge immer nur "Recht haben" können. Die Wahrheit über den Spitzel liegt nicht in der Person seiner selbst, sondern im "Ensemble der gesellschaftlichen Verhältnisse", welches er gemeinsam mit anderen personifizierte.

Deshalb kann es auch keine befriedigenden Antworten für diese Art von "Fragen" geben. Und das deshalb, weil jede unmittelbar auf die Person des Spitzels bezogene Beurteilung nachträglich unter dem Eindruck der Katastrophe von Bad Kleinen formuliert werden muß. Leute, die jene Figur vernünftigerweise schon längst vergessen haben, sind mit einem Male im Zusammenhang mit Bad Kleinen gehalten, sich wieder an sie erinnern zu sollen. Implizit bleibt ihnen in diesem Zusammenhang ohnehin nichts anderes mehr übrig, als zu versuchen den Spitzel natürlich mit seiner Lebensgeschichte negativ zu den zwischenzeitlich bekannt gewordenen Ereignissen in Bezug setzen.

Zwischenzeitlich wurden zu der Person und der Biographie des Spitzels K.S. von zwei wohl unterschiedlichen Gruppen unter demselben Namen "Recherchegruppe" aus dem Infoladen Wiesbaden zwei Stellungnahmen verfaßt.

Der erste Bericht wurde knapp einen Monat nach dem Ereignis von Bad Kleinen verfaßt und stand noch ganz unter dem Eindruck des dadurch ausgelösten Schocks. In dieser "Stellungnahme aus Wiesbaden" finden sich einige bemerkenswerte Passagen über die Schwierigkeiten den Spitzel tatsächlich als Spitzel zu begreifen:

"Wir wehrten uns dagegen, die einfachste und logischste Erklärung als Wahrheit anzuerkennen. Das steht vor dem Hintergrund, daß er jahrelang bei uns und mit uns lebte. Er hatte keine vom VS zusammengestellte Lebenslegende. Seine Vergangenheit, seine alten Freunde, seine Familie, sein Lebenslauf und auch seine politische Biographie sind nachvollziehbar, sind real gewesen. Er war zum Teil länger in politischen Zusammenhängen aktiv als viele von uns selbst." [2]

Unklar, d.h. unbegründet bleibt jedoch an dieser Stellungnahme die von den VerfasserInnen postulierte Ausgangsposition "sich dadurch, daß er (d.h. der Spitzel) sich so lange hier aufhalten konnte, mitverantwortlich für Birgits Verhaftung und Wolfgangs Tod" zu fühlen. Dies könne schlimmer gar nicht sein und daher wolle man "diese Verantwortung tragen", heißt es weiter in diesem Papier. Was wollten uns die VerfasserInnen mit diesen schillernden Begriffen wie "fühlen" und "Verantwortung tragen" sagen? Diese Begriffe klingen zwar gut und zwar auch deshalb, weil sie zunächst einmal alles zu sagen scheinen. Aber das ist bekanntlich zuende gedacht immer nur das Nichts.

Der zweite Bericht einer nach eigenen Angaben erheblich zusammengeschrumpften "Recherchegruppe aus dem gleichen Info-Laden wurde ein halbes Jahr später, Ende Dezember 1993 der Öffentlichkeit zugänglich gemacht In diesem Zeitraum war also genügend Zeit dafür da nicht nur zu recherchieren sondern auch nachdenken zu können. Um es gleich vorneweg zu sagen: Der Text der Recherchegruppe macht an manchen Stellen den Eindruck als ob drei verzweifelte Studenten der Soziologie, Pädagogik und Theologie aus dem Grundstudium, die dicht vor dem Abbruch stehen, mühsam ihre Sicht der Welt zusammen spekulieren. Und so wird dem unbefangenen Leser dieses Textes dann auch ein bunter Quirl von soziologischem Kauderwelsch, aufgepeppt mit penetrant besserwisserischen allgemeinen religiösen Betrachtungen über den "Menschen" im allgemeinen zugemutet. Gerade bei den von den Verfassern verwendeten Begrifflichkeiten wie "menschliche Substanz" und "Menschwerdungsform" können sich einem nur die Haare sträuben.

Immerhin ist es in diesem zweiten Bericht auf 44 Seiten mit einer sowohl instrumentalistischen als auch zugleich personalisierenden Methode gelungen eine Menge von neuen "Fakten" und Details" aus einem von den Verfassern vermuteten Szene-Leben im allgemeinen und aus der Lebensgeschichte des Spitzels anzuhäufen. Und während die Verfasser der "Szene" noch ganz vorne in der Broschüre beherzt vorwerfen "in den letzten Jahren immer weniger kontinuierlichere Arbeitsstrukturen noch (..) fortschreitend politische Kriterien" präzisiert zu haben. (S.3), muten sie dem Leser im weiteren Verlauf ihres Textes im Zusammenhang mit der Beschreibung des Werdeganges und der "politischen" Geschichte" des K.S. so schöne Enthüllungen zu, wie daß jener Spitzel Ende 1986 in einer "typischen Männerwohnung" zusammen mit "viel Kumpanei, wenig genaues reden" (S.9) gewohnt haben soll und überhaupt "in seiner WG (...) Hausarbeit nur auf Aufforderungen hin" erledigte (S.17). Was auch immer wir von der Recherchegruppe aus den letzten 10 Jahren über den Spitzel erfahren, bei allem was er (nicht) tat, er kommt immer schlecht dabei weg. Bemühte sich der Spitzel nach Angaben der Recherchegruppe beispielsweise einmal um ein paar politische Diskussionen, so stellt unsere Untersuchungskommission diesbezüglich kurzerhand fest: "Dennoch wird auch jetzt noch nicht klar, was sein politischer Standpunkt seine Beweggründe und Ziele sind." (S.11) Hörte er einmal bei Diskussionen nicht zu, wie bei einem Antifa-Wochenende, war es auch nicht recht. Der Spitzel wird von der Recherchegruppe als "desinteressiert" beschrieben der von anderen für sein Verhalten zur Rede gestellt wird. Die doch naheliegende Erwägung, daß jene Antifadiskussionen möglicherweise so schnarchlangweilig gewesen sein könnten, daß selbst der Spitzel seine Ohren zuklappte, stellen die Verfasser der Recherchegruppe vermutlich vor lauter eigener "Klarheit" natürlich nicht an.

So mutet es nicht verwunderlich an, daß die Recherchegruppe schlußendlich in der Untersuchungssache K.S. nach der Aufdeckung x-beliebiger "Widersprüchlichkeiten" meint, daß er doch einen "insgesamt miesen Eindruck" hinterlassen habe (S.17) Na sowas auch, denkt man sich bei der Lektüre dieses Untersuchungsergebnisses. Wer hätte das wohl von dem Spitzel gerade nach Bad Kleinen gedacht?

So glaubt die Recherchegruppe feststellen zu können, daß im "Spiegel des Weges von K.S. der Mangel an wesentlichen politischen Kriterien und der Mangel an wesentlichen menschlichen Kriterien ins Auge" springe, "die für ihn und das Gefüge in dem er sich bewegte offensichtlich kennzeichnend waren"(S.21) Weiter führen sie verallgemeinernd aus, daß die "politischen Strukturen" entscheidend durch die "Abforderung menschlicher und politischer Substanz" bestimmt sein müssen. Und als Gipfelpunkt dieser allgemeinen Überlegungen folgt die Erkenntnis: "Die persönliche Kontinuität jenseits der Mobilisierungsauf- und abschwünge ist dabei ein wesentliches Element" (S.21)

Es ist zu befürchten, daß sich bei dieser umwerfenden Erkenntnis der Spitzel wohl vor Lachen auf die Schenkel klatschen wird: Schließlich hat doch

gerade er konkret im Unterschied zu anderen in rund 10 Jahren des politischen Aktivismus bewiesen, wie "Kontinuität" sich gerade nicht als hohler "politisch" verkleideter Anspruch sondern als reales, mieses klägliches und teilweise vom Verfassungsschutz alimentiertes Leben vollziehen kann.

Die Verfasser jener Broschüre haben sich bei dem Versuch der notwendigerweise theoretisch vermittelten Durchdringung des von ihnen vorgestellten Materials selbst anhand genau dieses Materials ad absurdum geführt. Anstatt es bei einer möglichst genauen illusionslosen Beschreibung der Banalität des bösen Lebens des Spitzels zu belassen, betreiben die Verfasser munter dessen nachträgliche Dämonisierung. Und in einer derartig wirklichkeitsfernen Konstruktion sind für niemanden irgendwelche Erkenntnisse zu gewinnen, im Gegenteil: Bei derartigen Untersuchungen kann hinten immer nur genau das als Ergebnis herauskommen, was man vorne bereits hineingesteckt hat: Das Vorurteil.

II.3. Was heißt eigentlich "Verantwortung"?

Es ist augenfällig, daß in keinem der beiden Wiesbadener Auswertungs-Texte die doch ganz genau zu beschreibende Verantwortung der RAF und der konkret mit ihnen zusammenarbeitenden Mittelsleute in irgend einer Art und Weise angesprochen, geschweige denn reflecktiert werden. Dabei hatte noch Birgit Hogefeld in ihrer Stellungnahme zu dem "Verrat des Klaus Steinmetz" in diesem Zusammenhang unmißverständlich und eindeutig festgestellt:

"Die Voraussetzung, nach der Kontakt mit Klaus Steinmetz zustande kam, war, daß GenossInnen (denen ich mich auch noch heute verbunden fühle) für ihn, "die Hand ins Feuer legen" wollten, sie fühlten sich also sicher, ihm vertrauen zu können." [4]

Zumindestens bei diesem Vorgang ist doch die Wahrheit doch nicht allgemein-abstrakt sondern historisch konkret. Nur in diesem Zusammenhang können überhaupt erst Methoden des Verstehen wollens – wenn überhaupt – entfaltet werden. Und da vermutlich niemals ein öffentlich oder verborgen tagendes Autonomen-Plena jemals die Entscheidung getroffen hat, den Spitzel an die Adresse der RAF auszuschicken, gibt es auch in einem Zusammenhang von Autonomen, jedenfalls solange er als "politisch" begriffen wird, auch keine Stelle, die für irgend etwas allgemein haftbar oder verantwortlich zu machen wäre. So einfach kann das sein, wenn man nur genau hinschauen will.

Das praktische Problem derjenigen Leute, die sich konkret ihrer Verantwortung zu stellen haben, ist allerdings nicht nur ein moralisches im Sinne von Schuld; es ist auch – unter den herrschenden Bedingungen – ein juristisches Problem: Ein nachweisbarer Kontakt mit illegal lebenden "Mitgliedern" der RAF kann mit Hilfe des Willkür- und Ausnahmezustandsparagraphen 129a bitter bestraft werden. Es kann also für die Leute, die aus welchen Gründen auch immer den Kontakt zwischen dem Spitzel und der RAF hergestellt haben, sehr gute Gründe geben, genau darüber das Maul zu halten. Das ist das eine, was gut nachzuvollziehen ist.[5] Das andere ist aber, daß es ein kompletter Unsinn ist, den falschen Leuten, die konkrete – wenn man so will – Schuld von Bad Kleinen – wenn auch "allgemein-politisch" angemalt, in die Schuhe schieben zu wollen, wie es in dem Dezember-Text der Recherchegruppe geschieht.

Genau in der Reflexion dieser doch sowohl einfachen als auch ganz genau zu beschreibenden Zusammenhänge von konkreten Nicht-Handeln zeigt sich, daß die Kategorie der "Wahrheit" gerade nicht eine den handelnden Personen äußerliche und in jeder Hinsicht abstrakte Größe ist, die durch das Auffüllen verschiedenster Daten, Fakten und Details aus wahllosen gewählten Konstruktionen beliebig aufgefüllt werden kann. Die Wahrheit ist deshalb im Zusammenhang mit der Figur des Spitzels nicht eine schlechte Abstraktion bezogen auf eine in diesem Fall imaginäre "Szene" sondern konkret bezogen auf lebendige Menschen mit Namen, Adresse und Gesicht. Alles andere kann (fast) immer nur in dem Abbrennen von Nebelkerzen bestehen.

II.4. Positivistisch, positivistischer, am positivistischsten

Die von der Wiesbadener Recherchegruppe in ihrem Recherchetext verwendete Methode eines radikalisierten Positivismus von "wenig genaues reden" und "keine tiefgehende Auseinandersetzung" ist nicht nur für sich allgemein gesprochen ein unsinniges Unternehmen. Der Broschürentext kann uns illustrieren, wie sich diese Methode am gewählten Gegenstand selber deshalb völlig ad absurdum führt, weil sie totalitär gedacht und verstanden wird. Denn niemand auf der Welt wird jemals in der Lage sein vernünftig angeben zu können, ab genau wieviel Kilo "genaues Reden" denn nun "genau genug geredet" ist. Und niemand wird jemals dazu in der Lage sein, angeben zu können, ob denn eine zunächst von allen Beteiligten als "tiefgehend" empfundene "tiefgehende Auseinandersetzung" in letzter Instanz und für alle Zeiten tatsächlich tiefgehend genug war.

Es erscheint mir auch bezeichnend für das Bewußtsein der Verfasser jenes Wiesbadener Recherchetextes zu sein, daß sie die mittlerweile zu Hauf aus dem doitschen Gebiet des real verwesten Stalinismus vorliegenden Erfahrungen mit Stasi-Spitzeln mit keiner Silbe rezipiert haben. So ist es doch offenkundig, das gerade die als allgemein moralisch-menschlich gedachten Kategorien bei der Bearbeitung der Spitzelproblematik ihren Bankrott anmelden müssen. Oder wie will man innerhalb dieser Kategorien zu einer Beurteilung der Rolle z.B. des Ehemannes von Vera Wollenberger kommen, die beide sogar gemeinsam Kinder hatten, und der seine eigene Ehefrau jahrelang an die Stasi verraten hat? Ob Vera Wollenberger mit ihrem Spitzel-Ehemann nicht tiefgehend genug tiefgehende Tiefenauseinandersetzungen geführt hat oder ob es diesem Schwein wohl an "Kontinuität" gemangelt hat?

Die Wiesbadener haben in ihrem Broschürentext ein bitteres Beispiel dafür vorgestellt, wie man das vermeintlich nützlich praktisch erscheinende Konkrete frontal gegen das immer so als nervig-kompliziert erscheinende Abstrakte ausspielen kann.

III Konsequenzen:

Die Verfasser jenes Recherchetextes haben in ihrer Vorbemerkung geschrieben: "Die politische Frage nach Spitzelanfälligkeit von politischen Strukturen ist unabhängig davon im Raum, ob Leute mit K.S. zu tun hatten oder nicht"

Nun, bekanntlich steht in jedem "Raum" möglicherweise viel und manchmal auch gar nichts herum. Und das besonders dann, wenn man diesen Raum" auch noch nicht einmal ansatzweise beschreiben, d.h. nicht von anderen "Räumen" abgrenzen kann. Nun, wir wollen großzügig sein, und den Verfassern zugestehen, daß auch wir finden, daß die Spitzelanfälligkeit von politischen Strukturen tatsächlich irgendwo im "Raum" steht. Und wir wollen auch noch weiter verschärfend hinzufügen: Das ist auch gar nicht zu vermeiden!

Es ist nämlich blanker Unsinn davon auszugehen, daß es irgendeinen "politische Struktur" geben kann; angefangen von der RAF, über eine Autonomen-WG bis hin zur Bundesregierung die nicht latent "spitzelanfällig" sind und immer sein werden. So einfach ist das. Und die Tatsache, daß der Spitzel K.S. über 10 Jahre in der autonomen Scene hat leben können, mag zwar für die unmittelbar davon Betroffenen tragisch sein, sagt aber über die autonome Szene nur aus, was auch schon vorher bekannt war und allen hätte bekannt sein müssen: Die autonome Szene ist ein in jeder Hinsicht offenes soziales System, in der es selbstverständlich niemals auszuschließen sein wird, daß sich darin immer auch Spitzel befinden können. Darüber hinaus ist festzustellen– und da genügt ein Blick in die Geschichtsbücher – das das gleiche Problem auch für jeden noch so gut organiserten Verschwörerzirkel gilt: Und dabei wird jeder Zirkel, der von sich auch nur den Hauch eines Anscheins von Verschwörung erweckt, die Spitzel aller Dienste anziehen wie das Licht die Motten. Wie sollte es auch anders sein. Deshalb ist auch unmißverständlich festzustellen: Es gibt für keine Form eines politischen Zusammenhangs nirgendwo einen absoluten Schutz vor Spitzeln. Wer das explizit oder implizit behauptet, bzw. glaubt einer derartigen Fata Morgana mit totalitären Methoden nachjagen zu müssen, ist – wohlwollend betrachtet – ein ahnungsloser Dummkopf, der die eigene Naivität auch noch zum Programm erhebt. In der böswilligen Variante ist er vielleicht sogar selbst ein Spitzel.

Vielleicht könnte die bittere Erfahrung mit dem Spitzel von Bad Kleinen lehren, sofort mit jeder halböffentlich verwendeten Form der Konspirativität sowohl im Sinne der Demonstration als auch der dunklen Andeutung aufzuhören. Die Geschichte jenes Spitzels lehrt uns, daß die Verhaltensweise der Konspiration der öffentlichen Rede und damit des öffentlichen Umganges miteinander nichts wert zu sein hat. Konspiration hat kein bedeutungsschwangerer persönlicher Erfahrungsflip zu sein, sondern ist bei manchen sehr konkret beschreibbaren Dingen nur eine leider nicht zu umgehende, lästige, wie auch in jeder Hinsicht unsentimentale Verhaltensweise. Und wie es wahr ist, daß es bei der Konspiration vielerlei Risiken zu minimieren gilt, so ist es doch auch wahr, daß es dabei einen absoluten Schutz niemals wird geben können.

Und für eine jedwede politische Perspektive gilt: Die durch Spitzel aufgeworfenen Probleme sind immer nur über den politischen Inhalt, d.h. durch die Kritik an den Verhältnissen und niemals über die Form aufzulösen. Aus diesem Gedanken folgt zwingend, daß nicht die polizeilich leicht ausrechenbare Organisation sondern nur die offene, breite soziale, in jeder Hinsicht verwirrende Bewegung der beste Spitzelschutz sein kann. Die tatsächliche Veränderung steht und fällt mit der Fähigkeit über die Kritik die wir an diesen Verhältnissen haben, zu lernen eine andere Sprache zu sprechen; und zwar eine Sprache, die die Schweine nicht mehr verstehen. Das ist die einzige Chance uns gegen die Kategorien einer verselbständigten und abgeschottet ausgezeichnet funktionierenden formalen Polizeilogik durchzusetzen. Um dieses Ziel zu erreichen benötigen wir jede Menge Diskussionen und Öffentlichkeiten Wir müssen nicht schweigen, sondern die Institutionen dieses Systems an allen Orten zulabern, zuschreien, so daß ihnen, und d.h. immer auch ihren Spitzeln im wahrsten Sinne des Wortes hören und sehen vergeht.

Am Schluß noch zwei schöne Spitzelgeschichten aus Doitschland: Im Vorbereitungskreis zu den Gegenaktivitäten zu der Bremer Rekrutenvereidigung im Mai 1980 belauschte ein als Juso verkleidete MAD-Spitzel u.a. einen als KBW'ler verkleideten Verfassungsschutzspitzel. Die Autonomen saßen gar nicht in diesem Vorbereitungsplenum. Sie haben nur an der 6.Mai-Demonstration teilgenommen und dabei eine ganz ansprechende Randale hingelegt.

In den letzten beiden DDR Jahren 88/89 wußte die allmächtige Stasi so gut wie alle "Details und Fakten" über die von ihnen umfassend observierten, überwachten und teilweise drangsalierten Oppositionellen. Die Stasi wußte also nun wirklich alles, d. h. bezogen auf den durch soziale Bewegungen angetriebenen politischen Prozess nichts. Glücklicherweise: So einfach ist das alles im Leben.

1 Zitiert aus SPIEGEL Nr.7/1994, S.62-64. Nun, darüber welche konkreten Interessen das bekanntlich über vorzügliche Geheimdienstkontakte verfügende völkisch gewordene "Magazin für Doitschland" für dieses Interview motiviert haben, kann man natürlich vortrefflich spekulieren. Aber die sowohl im Vorspann als auch im Text zu findende mehrfache gemeinsame Nennung des KS sowohl als Spitzel und Autonomen ist sicher kein Zufall, sondern muß als Teil einer brilliant vorgenommenen politischen Denunziation letzterer verstanden werden.

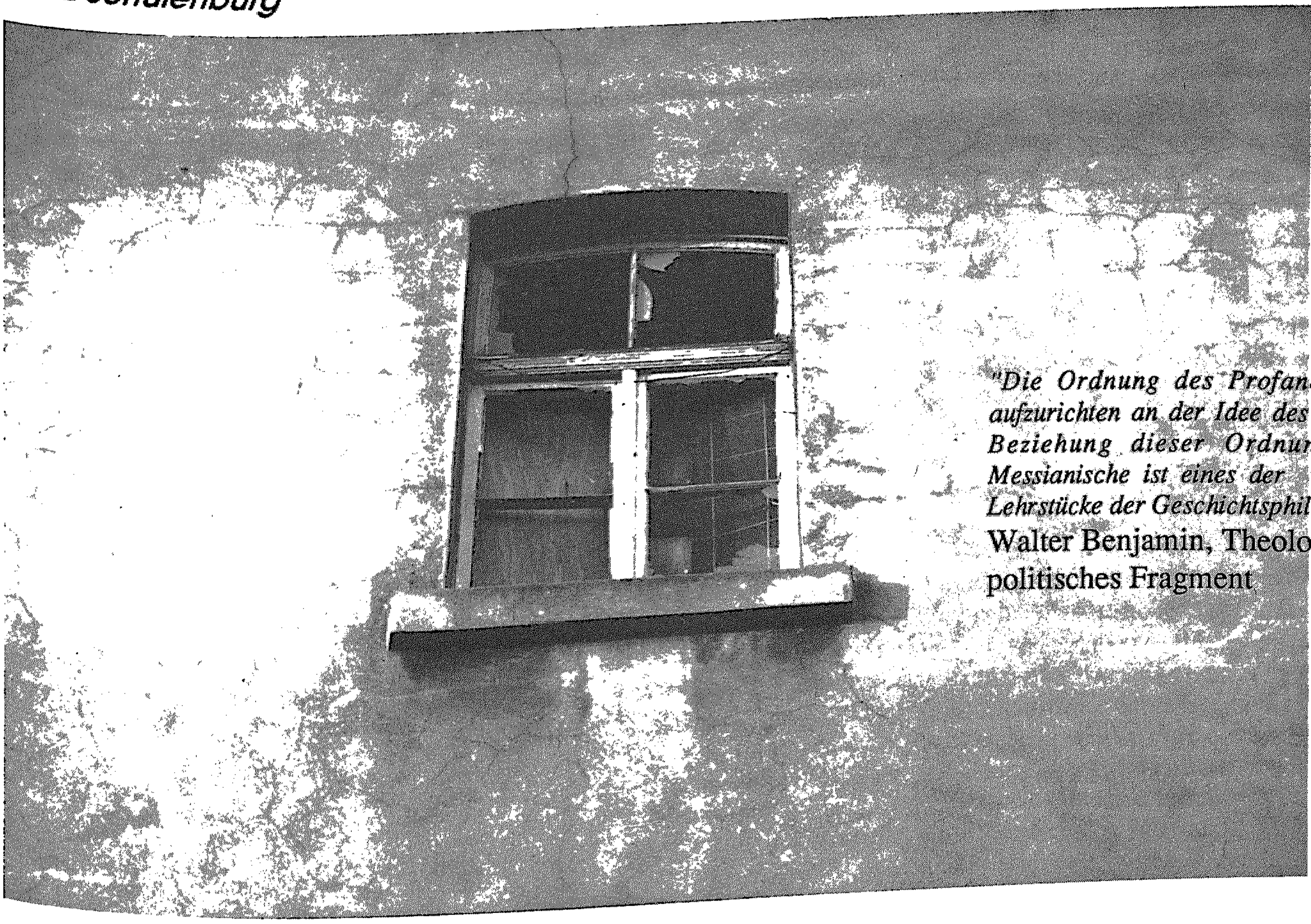
2 Als solcher wurde er in ersten Stellungnahme drei Wochen nach den Ereigenissen aus Bad Kleinen aus dem Infoladen Wiesbaden bezeichnet

3 Recherchegruppe Info-Laden Wiesbaden: "Stellungnahme aus Wiesbaden zu den ersten drei Wochen nach Bad Kleinen und zum V. Mann Klaus Steinmetz" zitiert nach *Interim* Nr 250 vom 12. 8. 93

4 Zitiert nach TAZ vom 22.7.1993

5 Wenn ich mich noch an das öffentliche Auftreten von Antiimps aus den 80er Jahren zurück erinnere, dieser nach außen vermittelte Eindruck von (scheinbarer) Schärfe, Härte und kompromißloser Entschlossenheit, umgeben vom Hauch der bewußt in Kauf genommenen, vielleicht sogar gewollten Illegalität, die offen nach außen zur Schau getragene Verachtung für alle Formen von Ambivalenz und Widersprüchlichkeiten von anderen, - Formen von denen ich einmal dachte, daß das alles Merkmale für Radikalität seien- dann entbehrt es nicht einer gewissen barbarischen Ironie, daß die in der Illegalität lebenden Genossinnen der RAF. zu Beginn der 90er Jahre ausgerechnet an diese komische Gurke K.S. gerieten.

Lutz Schulenburg



"Die Ordnung des Profanen hat sich aufzurichten an der Idee des Glücks. Die Beziehung dieser Ordnung auf das Messianische ist eines der wesentlichen Lehrstücke der Geschichtsphilosophie."
Walter Benjamin, Theologisch-politisches Fragment

SOREL

VERTEIDIGUNGSREDE FÜR GEORGES SOREL

TEIL I.
EINE POLEMISCHE ZURÜCKWEISUNG

Vorbemerkung: Da ich weitgehend darauf verzichtet habe, aus dem hier besprochenen Artikel zu zitieren, ist es vielleicht für das Verständnis ratsam, den Artikel von Gregor Dill noch einmal zur Hand zu nehmen.

Im vorletzten Schwarzen Faden erschien ein Artikel von Gregor Dill, der unter dem suggestiven Titel **„Masse und Mythos – Georges Sorels Beitrag zur Enge der politischen Landschaft“** alle Dummheiten versammelt, die über Sorel im Umlauf sind. Alles was Gregor Dill in seinem Artikel vorbringt, ist ein ungenießbares und kleingehacktes Seminarwissen, dessen ganze Beredsamkeit auf den Meinungen Dritter beruht. Zwar gibt es sicherlich eine fröhliche Wissenschaft, zu ihren Wesensmerkmalen sollten aber nicht krude Dummheit und intellektuelle Erbärmlichkeit gehören.

Anstelle einer souveränen Abhandlung über einen der bedeutendsten und originellsten Denker des Sozialismus, der durch seine teilnehmende Interpretation des revolutionären Syndikalismus geklärt hat, worin der Unterschied zwischen reformistischer und revolutionärer Aktion liegt, mithin etwas Nützliches zur heutigen Orientierung beigetragen, hat der Autor einen dünnen Aufguß des Totalitarismus-Theorems geschrieben. Wenn der libertäre Geist sich in diese Richtung weiterentwickelt, dürfte es demnächst nicht verwundern, wenn ein Revolutionär wie Durruti als SA-Mann enttarnt oder der Anarchismus gleichgesetzt wird mit dem orientalischen Fundamentalismus. Bekanntlich findet sich für jede Dummheit eine leichtentflammbare Leuchte. In Sachen Sorel, scheint mir, ist der Schwarze Faden bereits eine solide Lichterkette.

Gregor Dill demonstriert in seinem Artikel die Horizontlinie bürgerlichen Denkens: Die Geschichte als eine Zeit endloser Verschwörungen gegen die behagliche Ruhe eines positivistischen Weltbildes, in dem alles gleich erschreckend er-

scheinen muß, weil die realen Unterschiede des Denkens und Handelns von Menschen, wie es ein materialistisches, klassenbezogenes Denken hervorbringt, in einer Linearität verschwindet. Geschichte als Verhängnis, als eine undeutliche Kette von Ereignissen, die alles gleich machen: rot, braun, Hitler, Le Bon, Lenin, Mussolini usw., zusammengeleimt von der teuflischen Erfindung Sorels, dem Mythos. Der Bürger kann nur in Plus- und Minus-Kategorien denken, im Gleichmaß der Wiederholung. Die Geschichte ist für ihn auch ein Markt, eine Möglichkeit, um Beute zu machen; er rechnet mit der Ewigkeit - der Beständigkeit - schließlich basiert sein gesellschaftliches Sein auf einem möglichst unendlichen Bankkonto. Einzig den Proletarisierten kommt es zu, etwas Neues in die Welt zu bringen, durch ihre kollektive Aktion. Auf Dill trifft zu, was Sorel über die Positivisten sagte, sie stellten „eine Laienbruderschaft dar, die zu allen Unsauberkeiten bereit" ist.

Ein revolutionäres Denken ist nur dem Fortschritt der emanzipatorischen Bewegung der arbeitenden Klassen verpflichtet. Es tritt nicht einmal mit den bürgerlichen Auffassungen in den Wettstreit, im Sinne eines Meinungsaustausches, akademischen Diskurses oder ähnlicher kommunikative Prozesse. Es ist im Ganzen und im Detail eine Kriegserklärung. Mit den philosophischen, ökonomischen, politischen und auch ästhetischen Auffassungen, die in der bürgerlichen Gesellschaft vorherrschen, kann es keine friedliche Koexistenz geben, es sei denn, daß es darum geht, sie bloß auf mehr oder weniger komplizierte Weise zu reproduzieren. Also genau das Gegenteil vom dem, was wir wollen. Was tut Gregor Dill: Er erzählt übellaunige bis phantastische Erfindungen nach, so als sei die Erfindung eine solide und allgemeingültige Wahrheit. Selbstverständlich ist ein bürgerlicher Wissenschaftler oder dessen Tagesdolmetscher, der Feuilletonist, der Meinung, daß sich die „Extreme berühren", wieso aber soll diese Pförtnergesinnung des Liberalismus eine libertäre Geisteshaltung ausmachen?

Ein revolutionäres Denken widerspricht dem Anspruch auf Wertfreiheit und Objektivität, da dies ein Trick ist, Interessen zu verbergen, und auch ein Mittel der Disziplinierung; stattdessen beharrt ein revolutionärer Intellektueller darauf, daß seine Urteile und Sichtweisen parteilich sind, so wie selbstverständlich jeder bürgerliche Denker nie die Sphäre der kapitalistischen Vorstellungen verläßt. Wir versöhnen nicht, wir spalten.

GREGOR DILLS NEUESTE METHODE LIBERTÄRER WISSENSCHAFT

Die ganze Argumentation von Gregor Dill läuft auf eine Gleichung hinaus: Mythos = Irrationalismus = Faschismus = Hitler. Unter der Schreibmaschine des Genossen Dill entsteht ein Sorel-Bild, das zwar nicht seine originäre Schöpfung ist, dennoch aber daherkommt, als wäre eine außerordentliche Entdeckung gemacht worden. Kurzgefaßt zeichnet sich folgende Greuelfratze auf dem geduldigen Zeitschriftenpapier ab: Sorel hat sich als geheimer Agent in die Arbeiterbewegung eingeschlichen, um mittels seines „sozialen Mythos", im Bündnis mit Le Bon (weil er dessen Buch „Die Psychologie der Massen" rezensierte, das wiederum von Hitler gelesen wurde, der daraus seine Rhetorik bezog), die Massen zu manipulieren, auf diese Weise arbeitet er emsig seit der Jahrhundertwende daran, die Schienen nach Auschwitz zu verlegen. Außerdem erfahren wir bei Gregor Dill noch, daß Le Bon sich seit den „90er Jahren" mit Poincaré „wöchentlich zum Lunch" traf. Nach Dills Argumentation könnte auch gemutmaßt werden, daß, weil Hitler Pinsel und Palette einmal handhabte,

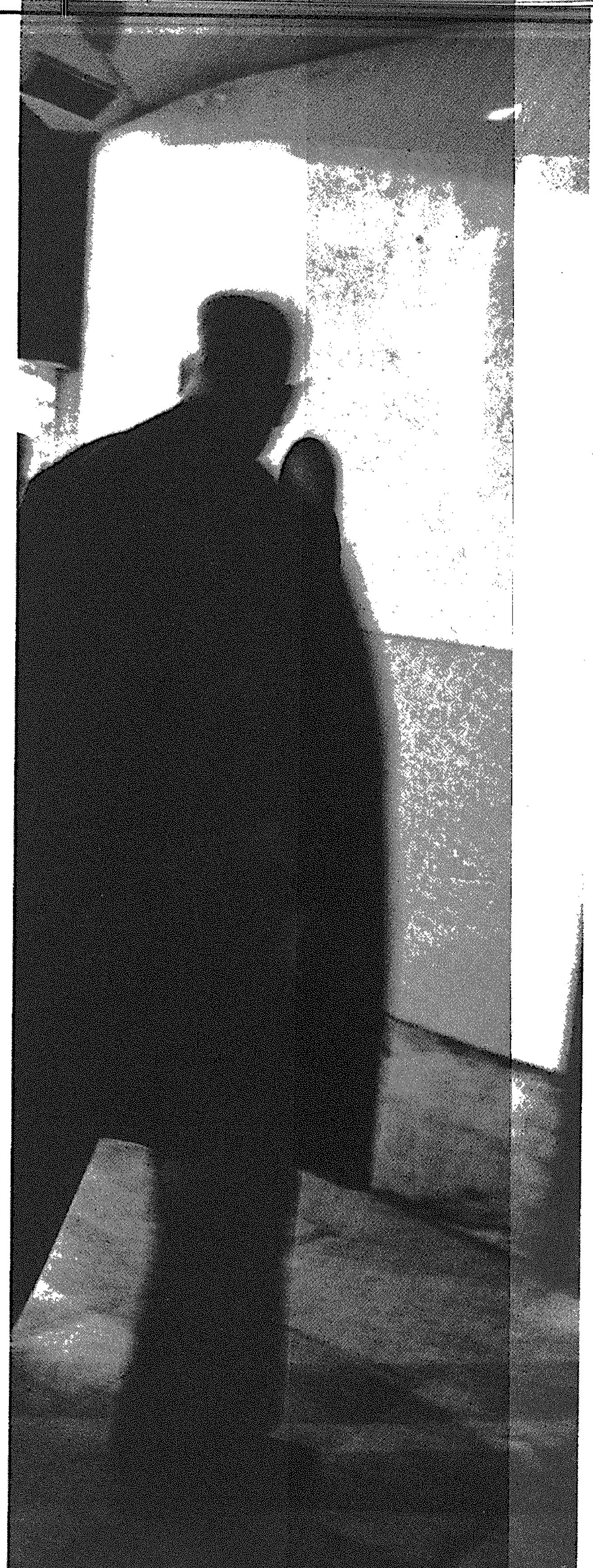


Photo: Paulo Nezolino

alle Maler dazu neigen, Faschisten zu werden.

Wo so Tiefabgründiges ans Tageslicht gebracht wird wie bei Gregor Dill – einer rezensiert, was ein anderer Jahre später liest, und schon besteht eine geistige Einheit –, muß ein weniger spökenkieckerischer Geist zu einfacheren Mitteln greifen, um den methodischen Irrsinn etwas tanzen zu lassen.

Bekanntlich wollte Bakunin Wagner dazu bringen, eine Prometheus-Oper zu komponieren. Der Mythos vom reinigenden Feuer auf der Opernbühne – Wagner muß begeistert gewesen sein 1849 in Dresden, als er, vom revolutionären Eifer Bakunins angespornt, die Theaterbretter verließ, um sich den Revolutionären anzuschließen. Nach der Niederlage der Revolution wanderte Bakunin ins Gefängnis und Wagner wurde der schwertönende Opernkomponist, vom deutschen Bürgertum gefeiert und von Hitler als Genius verehrt. Können wir aus diesen Tatsachen etwas schließen? Etwa, daß Bakunin ein Feuerbringer Hitlers gewesen ist; oder, um bei Bakunin zu bleiben, daß dessen pan-slawisches Engagement heute Schirinowski inspiriert, den die Historiker aus der Bild-Redaktion zum „Russen-Hitler" gemacht haben (Libertäre Wissenschaftler an der Arbeit? Nach dem Dillschen Geistseher-Historismus Bakunin = Wagner = Hitler = Schirinowski durchaus denkbar). Überhaupt lesen! Hier tun sich ganze Abgründe konspirativer Verstrickung auf, jede Neugier führt auf diesem Gebiet direkt in die Hölle.

EINEN TEUFEL MALT MAN SCHWARZ

Die Methode Gregor Dills, Sorel zu einem faschistischen Sturmtruppführer zu machen, erinnert mich an eine schauerliche Lektüre. Ein Freund schickte mir vor einiger Zeit eine dieser kleinen Broschüren für korrekte Weltsichten, wie sie die wissenschaftlichen Skribenten des Stalinismus ausstreuten, mit der ironischen Anmerkung, ob ich mich, als halbwegs libertärer Sozialist, darin wiedererkennen könne. Bei diesem widerlichen Traktat handelt es sich um das erste Heft „Große Sowjet-Enzyklopädie / Reihe Marxismus-Leninismus" mit dem Stichwort „Der Anarchismus" (erschienen 1953! Dietz, Berlin), daraus eine geraffe Zitatfolge:

„Mit besonderer Unerbittlichkeit entlarvte Lenin den nationalen Nihilismus der Anarchisten sowie den widerwärtigen anarchistischen 'Antipatriotismus' – eine Abart des reaktionären bürgerlichen Kosmopolitismus (...) J.W. Stalin entlarvte die Anarchisten als Feinde des Marxismus, die sich hinter der Fahne des Sozialismus tarnten. Er bewies die völlige Haltlosigkeit der philosophischen Ansichten der Anarchisten als Parteigänger eines bürgerlichen Positivismus und als Anhänger einer metaphysischen Einstellung zu den Fragen des gesellschaftlichen Lebens (...) Der Sieg der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution hatte zur Folge, daß die russischen Anarchisten völlig zerfielen... Ihre Anführer verwandelten sich in eine üble Clique von Feinden des Sowjetstaates, des Sozialismus und der Arbeiterbewegung, die den Weg der direkten Konterrevolution und des Banditentums beschritten (...) Anfang der 20er Jahre halfen in Italien die anarchosyndikalistischen Führer durch die Bildung von Streikbrechergewerkschaften der Bourgeoisie, den Weg für den Faschismus zu ebnen (...) In Spanien... brachten (sie) den Kampf gegen die konterrevolutionäre Diktatur Primo de Riveras zum Scheitern (...) sabotierten... einen Generalstreik und beteiligten sich an der Niederwerfung des heldenhaften Aufstandes der asturischen Bergarbeiter (...) Sie sprengten die Einheit der Volksfront durch ihre als 'links' getarnte Forderung nach einer sofortigen Sozialisierung aller Unternehmen und einer gewaltsamen Kollektivierung der Bauern (...) nahmen an dem konterrevolutionären Putsch in Barcelona (Mai 1937) teil (...) Im Verein mit anderen Verrätern und Kapitulanten halfen sie den Faschisten bei der Abwürgung der spanischen Republik und der Errichtung des blutigen Franco-Regimes (...) Anarchosyndikalisten Frankreichs und Italiens sind ein Bündnis mit der katholischen Kirche und ihren politischen Organisationen sowie mit den rechten Sozialisten eingegangen, die zu Wegbereitern des anglo-amerikanischen Imperialismus wurden...usw."

Auch der Irrsinn hat Methode. Es gibt keine Dummheit, die nicht auch als historische Wahrheit ausgegeben werden kann. Ich habe so reichhaltig aus diesem Textheft für die stalinistische Inquisition zitiert, weil darin alle Ingredienzien der Kritik an Sorel enthalten sind.

TEIL II. ROHMATERIAL FÜR EINE HISTORISCH-MATERIALISTISCHE BETRACHTUNG

„Sorel ist auf dem Gebiet der geschichtlichen Untersuchung ein 'Erfinder', er kann nicht imitiert werden, er stellt seinen strebsamen Schülern keine mechanisch anwendbare Methode zur Verfügung, die dann auch alle zu intelligenten Entdeckungen führt.

Antonio Gramsci,
Philosophie der Praxis

VON DER SELBSTBESCHEIDUNG DES INTELLEKTUELLEN

Es dürfte wenige Intellektuelle geben, die ihre Rolle bescheidener sahen, als Sorel es für sich tat. Eine bemerkenswerte Erscheinung, zumal in Frankreich, einem Land, wo Literaten und Advokaten, Zeitungsschreiber und Pamphletisten eine so außerordentliche Rolle im öffentlichen Leben spielten.

Wenn man Sorels Haltung etwa mit der Selbsterhebung von Marx vergleicht, dem zwar nicht entgangen sein dürfte, daß das britische Museum keineswegs der Ort ist, an dem sich die Schicksalsfragen der Menschheit lösen lassen, der aber trotzdem davon überzeugt war, daß ohne sein Dazutun die Sache des Sozialismus auf den Hund komme, fällt die selbstbewußte Bescheidung wohltuend auf. In der Einleitung zu 'Über die Gewalt' schreibt Sorel über seine Rolle als sozialistischer Schriftsteller: „Man hat sich oftmals über die Methode Hegels lustig gemacht, der sich einbildete,

daß die Menschheit von ihrem frühesten Ursprung an daran gearbeitet hätte, die Hegelsche Philosophie zur Welt zu bringen, und daß der Geist nunmehr endlich seine Bewegung vollendet hätte (...) Ich verfüge über keinerlei Eignung für ein derartiges Amt eines Definitionsmachers; vielmehr habe ich jedesmal, wo ich eine Frage angeschnitten habe, gefunden, daß meine Untersuchungen darauf hinausliefen, neue Probleme zu stellen, die um so beunruhigender wurden, je weiter ich mit meinen Nachforschungen vorstieß. Aber vielleicht ist eben nach alledem die Philosophie nichts weiter als eine Erkundung der Abgründe, zwischen denen sich der schmale Pfad windet, dem die Menge mit der Sorglosigkeit der Schlafwandler folgt." (Vorwort S.7)

Sorel sah in dem Menschen ein handelndes Wesen, ganz im Gegensatz zu den herrschenden Eliten, die in dieser Frage in allen Jahrhunderten schwer zu überbietende Okkultisten waren und bis zum heutigen Tag geblieben sind. Die Freiheit des Menschen, in ihren Augen, ist gleich Null, es sei denn, er gehört zu ihnen, oder steht zumindest in ihren Diensten. Hier setzt auch Sorels Skepsis den Intellektuellen gegenüber an. Er sieht in ihnen eine käufliche Schicht, die bestrebt ist, einen „denkenden Staat" zu errichten. Bei dieser ablehnenden Haltung gegenüber den Intellektuellen spielen die historischen Erfahrungen der französischen Revolution eine außerordentliche Rolle, in ihr triumphierten Advokaten und Literaten (von den Geschäftemachern brauchen wir nicht besonders zu reden, darüber etwa, daß die Handelsbourgeoisie von Bordeaux durch ihren Sklaven-, Zucker- und Weinhandel eine sehr viel beschränktere Auffassung von Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit hatte als die arbeitenden Klassen) im Konvent und den Clubs. Sorel sieht in ihnen Illusionisten, die Projekte und Utopien erfinden, deren Einlösung terroristischer Mittel bedürfen. Robespierre und die Jakobiner sind für ihn historisch prägende Muster, ihre Tugendherrschaft gebiert den Terror. Darüber hat, nebenbei bemerkt, Kropotkin sehr anschaulich in seiner 'Geschichte der Französischen Revolution' geschrieben. 'Antirationalismus' und 'Feind der Aufklärung', Etikette, die Sorel aufgeklebt werden, so als handele es sich bei seinem Denken um Sonderangebote aus dem Bereich irrationalistischer Schleuderwaren, sind, neben einer soliden Denkfaulheit, die das geistige Gewerbe vor allen anderen Tätigkeitsbereichen auszeichnet, auch eine Reaktion der geistigen Gewerbler auf ihre Entzauberung.

Sorel wendet sich nicht gegen die Rationalität oder die Wissenschaft, sondern gegen die Rolle der Intellektuellen als eine besondere soziale Schicht, die ihre eigenen Interessen verfolgt, diesen Eigennutz aber mit den Interessen der Menschheit gleichsetzt, – bis zum heutigen Tag wird selbst dem erbärmlichsten Dutzendschreiber der Nimbus des Sinnstifters gegeben. Sorel hat eine brauchbare Definition der Intellektuellen als Klassenformation gegeben: „Die Intellektuellen sind nicht, wie gemeinhin gesagt wird, Menschen, die denken: sie sind vielmehr diejenigen Leute, die das Denken zum Beruf machen, und die aufgrund des Adelscharakters dieses Berufs ihren Aristokratensold erheben." (Über die Gewalt, S.191, Fußnote) Die Intelligenz als soziale Formation tritt als politische Elite in Erscheinung, wenn die Vorstellung der Arbeitsteilung, die sich in der gesellschaftlichen Klassenscheidung wiederfindet, als unauflösbare Notwendigkeit betrachtet wird: „Die politische Elite hat keinen anderen Beruf als den, ihre Intelligenz anzuwenden, und findet es den Grundsätzen der immanenten Gerechtigkeit (deren Eigentümer sie ist) sehr entsprechend, daß das Proletariat arbeitet, um sie zu ernähren und ihr ein Leben zu bereiten, das nicht eben allzusehr an das der Asketen erinnert." (Über die Gewalt, S.191)

Weil ich weiß, daß leider der Weg von einer analytischen Bestimmung einer allgemeinen Funktion zu einer Weisheit ohne Gebrauchswert recht kurz ist, und Denkträgheit blasse Dogmen hervorbringt, möchte ich ausdrücklich vermerken, daß Intellektuelle, als Parteigänger der arbeitenden Klassen, sich stets sehr selbstlos engagierten. Ihr Beitrag, auch jenseits des weiten Feldes der theoretischen Hervorbringungen, der selbst verbohrtesten Köpfen nicht entgangen sein dürfte, ist für die Entwicklung der sozialistischen Bewegung von unschätzbarer Bedeutung.

Bei Sorel finden wir die besten Tugenden eines geistigen Arbeiters, er verkörpert eine Haltung, die zwar nicht einzigartig ist, die aber wie alles wirklich Menschliche in dieser Welt der ökonomischen Vernutzung droht, vollständig zu verschwinden. „Er war" schreibt Sorels treuer Eckermann Edouard Berth „in gewissem Sinn der 'ewige Student', der wir alle sein und bleiben sollten: stets begierig zu lernen, um einen stets unvollkommenen und der Revision unterliegenden Besitz an Kenntnissen immer wieder zu erneuern und zugleich zu bereichern..." (Über die Gewalt, S. 364, Nachwort) Und weiter: „Es gibt also in der Tat kein Ereignis im Leben Sorels, das das Leben eines Philosophen, nicht das eines revolutionären Agitators war"; er lebte „allein als isolierter geistiger Arbeiter, abseits von jeder Partei, jeder Gruppe und jeder Schule. Proudhon und Marx hatten ihrerseits ihre Periode praktischer revolutionärer Agitation durchlebt (...) Sorel dagegen blieb systematisch stets *draußen;* denn er meinte, daß man nicht nur, um gut zu sehen, tatsächlich draußen bleiben müsse, sondern daß man überdies das berühmte Wort der Internationale vollständig ernst und geradezu buchstäblich nehmen müsse: 'Die Emanzipation der Arbeiter wird das Werk der Arbeiter selbst sein.' Er zog daraus die praktische Folgerung, daß die Rolle der revolutionären Intellektuellen nicht darin bestünde, die Arbeiterbewegung zu *leiten*, sondern nur darin, dieser ein Vertrauen zu sich selbst zu verleihen und sie von jeder knechtischen Achtung für die bürgerliche Kultur zu emanzipieren; ihre Pflicht sei es gerade, im Geiste der Proletarier, die stets dazu geneigt wären, an das 'Prestige der Befähigten' zu glauben, dieses Vorurteil zu zerstören."

Trotz seiner Randstellung übte Sorel mittelbar, als Theoretiker, Einfluß auf die Vorstellung der Syndikalisten aus. Die Meinung, die in der Literatur stereotyp kolportiert wird, er hätte keine Wirkung unter den revolutionären Syndikalisten gehabt, ist nur eine gehässige Banalisierung des Problems der Wirkung, die einen jeden Intellektuellen betrifft. Nochmal Berth, im Kontext des obigen Zitats fortfahrend: „Dies eben war die wesentliche Aufgabe, die er der sogenannten 'Neuen Schule' zuwies; und für diese Aufgabe hatten wir gegen das Jahr 1907 im 'Mouvement Socialiste' (er, Hubert Legardelle, und ich

selbst) uns angeschirrt, in dem Bestreben, diese Zeitschrift zu einer Zeitschrift der revolutionären Hochkultur werden zu lassen, in der die bürgerliche Zivilisation in ihren ideologischen Seiten – Kunst, Wissenschaft, Philosophie und Moral – erbarmungslos enthüllt und verunglimpft werden sollte. Das 'Mouvement Socialiste', wo die besten syndikalistischen Kämpfer, Griffuelhes, Delesalle, Yvetot, verkehrten (Sorel war mit Ferdinand Pelloutier, dem Organisator des Bundes der Arbeiterbörsen, befreundet gewesen), sollte derart etwas wie ein Oberseminar werden, wo wir, ohne uns irgendwie in die praktische Leitung des revolutionären Sozialismus einzumischen, doch bei seinen Kämpfern zugleich mit der vollkommenen Verachtung der bürgerlichen Kultur das stolze Bewußtsein einer mächtigen Ideologie hätten kräftigen können..." (Über die Gewalt, S. 366, Nachwort) Am Ende seines Lebens beharrte er darauf, wie er in der Widmung zu seinen 'Matériaux d' une théorie du prolétariat' schrieb, wie Proudhon „ein uneigennütziger Diener des Proletariats zu sein."

VORWURF DES NATIONALISMUS

Ich halte die merkwürdige Liaison, in die sich Sorel mit einigen nationalistischen Intellektuellen begab, für eine nebensächliche Angelegenheit, die nur von zweitrangiger Bedeutung ist. Diese Randepisode gehört zwar nicht gerade zu den glanzvollen Handlungen Sorels, sie bekommt aber erst aus der Erfahrung mit den nachfolgenden faschistischen Bewegungen ihre gefährliche Kontur. Die Geburtsstunde des Faschismus aber, als manipulierendes Instrument der herrschenden Eliten gegen die durch den Sozialismus geprägten Massen, liegt im ersten Weltkrieg, in der Burgfriedenspolitik und im Interventionismus, im Verrat vieler reformistischer und revolutionärer Sozialisten.

Mir genügt, im Zusammenhang mit Sorel, vollauf, was Edouard Berth über die Motive geschrieben hat: „Während dieser Zeit passierte uns sogar, Sorel und mir, daß wir uns den Nationalisten näherten (...) Dies war nicht, wie man zuerst vermuten könnte, ein Verlassen des Syndikalismus, sondern gegen die triumphierende Demokratie, um ihr einen Streich zu spielen, und in der Hoffnung, durch das Spiel der Oppositionen ein syndikalistisches Erwachen hervorzurufen, glaubten wir, es sei möglich und gut, einen Augenblick mit den Schriftstellern zu gehen, die vom nationalistischen Standpunkt aus kategorisch die Demokratie leugneten und sie bekämpften, daher die Legende von einem Sorel, welcher der geistige Vater des Faschismus wäre."

Es ist natürlich, durch die Erfahrungen mit dem Faschismus, heute wenig ratsam, Allianzen dieser Art einzugehen, auch wenn wir sie im Befreiungs-Nationalismus des Trikonts und in Europa bei den Basken, Katalanen oder Iren weiterhin vorfinden. Wichtig zu verstehen ist, daß der Katalysator für die Herausbildung des Faschismus als Nationalisierung des Sozialen der Krieg war, der auch einen Kropotkin dazu brachte, Schießübungen zu veranstalten, weil er das 'Vaterland' und die 'französische Kultur' in Gefahr sah, oder einen Gustave Hervé dazu brachte, aus der syndikalistischen *'La Guerra sociale'* das patriotische Kriegsblatt *'La Victoire'* zu machen.

Sorel finden wir nicht in den Reihen der nationalen intellektuellen Hilfscorps für chauvinistische Hetze. Der Krieg stürzte ihn in den „schwärzesten und bittersten Pessimismus", berichtet Berth, erst die russische Revolution gibt ihm neue Zuversicht. Er schreibt seine polemische 'Verteidigungsrede für Lenin', dort heißt es: „Lenin ist überdies kein Kandidat für die von der französischen Akademie verteilten Tugendpreise; er untersteht der Gerichtsbarkeit der *russischen Geschichte*; und die *einzige* wahrhaft bedeutsame Frage für den Philosophen ist die, ob er dazu beiträgt, Rußland dem Aufbau einer Republik von Produzenten zuzuführen..."

FASCHISMUS, MUSSOLINI – EINE FRAGE DER HEMDENFARBE

Sorel, der 'Lehrmeister' Mussolinis? In gewissem Sinne sicherlich, die Frage ist aber, wann er dies war. Der Zeitpunkt für diese Beeinflussung entdramatisiert nämlich die Konstruktion, welche in dem Vorwurf zum Ausdruck gebracht werden soll. Seine Ankläger, auch hier ist Dill von beredter Verschwiegenheit, überspringen den Mussolini im roten Hemd; den radikalen sozialistischen Agitator, Redakteur des 'Avanti' und populären Massenredner, ihn mußte der revolutionäre Syndikalismus Sorels und seine schöpferische Marxinterpretation beeindrucken. Zu dieser Zeit also, als Mussolini der Sozialistischen Partei angehörte und tonangebend für den linken Flügel war, las er Sorels Artikel, die häufig in italienischen sozialistischen Zeitschriften erschienen, so auch der größte Teil von 'Über die Gewalt'. Der italienischen Buchausgabe widmet Mussolini eine zustimmende Rezension.

Einige Zitate aus der roten Epoche des 'Duce': „Der Sozialismus kennt die Nationalität nicht (...) Die Unterdrückten haben kein Vaterland, sondern betrachten sich als Bürger des Universums (...) Wir rufen laut und stark, daß die arabischen und türkischen Proletarier unsere Brüder sind, während unsere unversöhnlichen Feinde so gut die türkischen wie die italienischen Bürger sind (...)." In einem Artikel zur imperialistischen Intervention Italiens in Tunesien heißt es: „Wir bestätigen unsere Häresie. Wir können einen patriotischen Sozialismus nicht fassen. ... Seit den ersten Jahren der Jugend, als uns die großen und kleinen Handbücher des Sozialismus durch die Hände gingen, haben wir gelernt, daß es in der Welt nur zwei Vaterländer gibt, das der Ausgebeuteten und das der Ausbeuter." In einem scharfen Manifest gegen den Krieg 1914 spricht er von einem „delirium tremens nazionalista", das über Europa hereingebrochen sei.

Aus dem Jahr 1912 datiert auch eine Leseerfahrung mit Stirners 'Der Einzige und sein Eigentum', für den er enthusiastische Worte findet: „Laßt uns den elementaren Kräften des Individuums die Bahn frei machen, denn es gibt keine andere menschliche Realität als das Individuum. Wir werden alles unterstützen, was den einzelnen erhebt und stärkt, was ihm größere Freiheit, größeres Wohlbefinden, größere Spannweite des Lebens gibt; wir werden alles bekämpfen, was ihn niederzieht oder demütigt. Warum kann Stirner nicht wieder in Mode kommen." (zitiert nach James Joll, Die Anarchisten, S. 130)

Ironischer Weise ist es Mussolini, der

als erster die Anklagen erhebt, die modifiziert später beide treffen sollen, um sie 'gleich' zu machen. In *'Lotta di Classe'* schreibt er 1910 mit Heftigkeit gegen Sorel: „Seine intellektuelle Tätigkeit in diesen letzten Zeiten ist ein einziger, heftiger Angriff gegen die Demokratie, die Republik, den Sozialismus. Dieser Mann hat Heimweh nach dem acien régime", und wie immer bei Abrechnungen, in denen enttäuschte Zuneigung sich Luft macht, war nie etwas Nützliches vor dem 'Sündenfall' gewesen: „Wir haben nie an den Revolutionarismus dieses pensionierten Beamten geglaubt, der sich in den Bibliotheken herumtrieb. Sein Syndikalismus war nichts als eine reaktionäre Bewegung. Er war eine Maske; Sorel läßt sie heute fallen."

Diese anklagende Terminologie des Verrats müßte Gregor Dill gefallen, allerdings sind natürlich die Frontverläufe zwischen Gut und Böse vertauscht, oder auch: beide Bösewichter sind zwar auf offener Szene präsent, doch durch die unberechenbaren Schwankungen der geschichtlichen Situation antipodisch zueinander. Vier Jahre später verkehren sich die Positionen noch einmal: Mussolini wird eine ungeheuerliche Wandlung durchlaufen und vom vaterlandslosen Revolutionär zu einer Stütze der zusammenbrechenden kapitalistischen Ordnung werden.

Er wird nach dem Ausschluß aus der Partei wegen seines Eintretens für die Kriegsintervention Italiens an der Seite der Entente (eine Geschichte, in der nicht allein anglo-französisches Geld eine Rolle spielt, sondern die Trugschlüsse der ihm eigenen demagogischen Rhetorik) die Nation, den Sozialismus und den Imperialismus verherrlichen. In Ignazio Silones aufschlußreichem Buch 'Der Faschismus' findet sich in einer Fußnote die Beschwörung des Interventionismus als zivilisatorisches Kredo (ich zitiere diese Geburtsanzeige des Faschismus, weil sie uns an die Gegenwart erinnert, an die heutigen Krieger der Zivilgesellschaft, die mit ähnlich salbungsvollem Geschwafel zum Golf- und Balkankrieg, zur Intervention in Somalia oder Ruanda Zeitungsseiten füllen): „Wenn es morgen in Europa etwas mehr Freiheit geben wird, ein Milieu also, das politisch für die Ausbildung der Fähigen innerhalb der proletarischen Klasse geeigneter ist, werden nicht alle diejenigen, die im Augenblick der Aktion sich faul zur Seite geschlagen haben, als Deserteure und Abtrünnige dastehen? Wenn, im Gegenteil, morgen in Europa die preußische Reaktion triumphiert ... und das Niveau der menschlichen Zivilisation herabdrückt, werden dann nicht alle diejenigen, die versucht haben, den Zusammenbruch aufzuhalten, als Deserteure und Abtrünnige dastehen?" (*Il Popolo d' Italia*, November 1914)

SOZIALISMUS, MYTHOS, AUTONOMIE

Sorel ist kein Agitator oder Volksredner, er ist ein Gelehrter, der sich dem Sozialismus verbunden fühlte, keinesfalls ein Intellektueller des Handgemenges. Diese seine Stellung als Philosoph, der sorgsam darauf achtet, genügend Abstand zum Tagesgeschehen zu halten, um klarer das Geschehen beobachten zu können, sollte bei der Beurteilung von Sorels Schriften mitbedacht werden. Er hatte nicht den Ehrgeiz, ein Lieferant für sozialistische Hintertreppenliteratur zu sein.

Sorels Einstellung zur Demokratie ist durch die französische Geschichte überaus leicht zu verstehen und gefährdet nur sentimental Verklärte. Die Bourgeoisie hat seit der großen Revolution demonstriert, daß der Parlamentarismus ein für sie geeignetes Machtmittel ist, und dem Proletariat bescherte die Republik eine Kette blutiger Demütigungen. Auf diesem Gebiet gab es nach 1848 und 1871 keine Überraschungen mehr. Sorel faßt dies so zusammen: „Daraus, daß die kriegerische Bildung der französischen Demokratie den Weg zum Sozialismus vorbereitet hat, folgt nicht etwa, daß dieser eine Fortentwicklung der demokratischen Bewegung sei. Vielmehr nimmt der Sozialismus, indem er das Bewußtsein seiner eigenen Ziele erringt, die Stellung eines Widersachers der Demokratie ein, obschon er bisweilen als politische Partei mit ihr zusammenarbeitet. Er ist gleichzeitig Verbündeter und Gegner der alten volkstümlichen Parteien: solange nämlich der Kampf zwischen dem Bürgertum und dem Proletariat noch nicht das ganze politische und soziale Leben erfüllt." (Sorel, Ruine du monde antique, zitiert n. Gewalt, S. 380 Fußnote)

Gegen die Illusionen eines deterministischen Verständnisses von Geschichte, „das automatische Hineinwachsen in den Sozialismus," wie auch die des reformistischen Weges opponierte Sorel zu recht. Von der reformistischen Linken ist die strahlende Zukunft einer sozialistischen Gesellschaft durch den Stimmzettel bis heute bitter enttäuscht worden. Und auch das Imitat von 1793, der jakobinische Terror, der für Sorel als Diktatur des Proletariats neueingekleidet wurde, über Blanqui zu Marx und später zu Lenin wanderte, findet in allen seinen Schriften eine gut begründete Abfuhr.

Für Sorel bildet das Proletariat keine Herde, die im Privatbesitz sozialistischer Politiker ist, die mit den Parteien des Bürgertums um die Ressourcen des Staates kämpfen. „Denn der moderne Staat," schreibt Sorel, „ist eine Körperschaft von Intellektuellen, die mit Privilegien bekleidet ist ... um sich gegen die Angriffe zu verteidigen, welche andere Gruppen von Intellektuellen in der Absicht gegen sie richten, die Vorteile der öffentlichen Ämter für sich selbst zu sichern." Und: „Alle unsere Anstrengungen müssen darauf gerichtet sein, bürgerliches Gedankengut daran zu hindern, die aufsteigende Klasse zu vergiften." Für ihn ist das Proletariat nicht eine bloße Ansammlung von Armen, die als kommandierte Masse von einem Generalstab zu führen seien. Es ist eine gänzlich neue soziale Formation: eine Produzenten-Klasse, die durch ihre dem Kapitalismus geschuldete Rolle in der Industrie bereits die ganze Maschinerie der modernen Gesellschaft lenkt. Das Bürgertum dagegen tritt nur noch als eine Klasse von Konsumenten hervor. Zwischen beiden Klassen darf es keine Verbindung mehr geben, denn jede Annäherung würde zu einer Schwächung führen und das Proletariat aus einer um ihr Recht kämpfenden Gemeinschaft von Produzenten zu abhängigen Almosenempfänger machen. „Das Erhabene ist in der Bourgeoisie erstorben; so muß sie fortan jegliche Ethik entbehren." Deshalb auch ist für ihn „der Sozialismus eine Metaphysik der Sittlichkeit."

Die Gewalt spielt bei Sorel keine übertriebene Rolle, er selbst hat sich gegen den Vorwurf gewehrt, eine „Apachen-

Theorie" den Arbeitern vorgeschlagen zu haben. Gegenüber vielen Befürwortern der 'Propaganda der Tat', die das Blut gerne eimerweise vergossen – ganz zu schweigen vom Tscheka-Geist der Moskowiter – ist Sorel beinahe ein Ghandi im Gehrock. Sorels Verdienst ist es, als erster eine umfassende Strategie des Klassenkampfes innerhalb des westeuropäischen Kapitalismus als autonome Bewegung entwickelt zu haben, in die der ursprüngliche Geist der ersten Internationale, also der vollständig bereits erreichte Gegensatz zur Sozialdemokratie, wieder Eingang gefunden hat.

„Die proletarische Gewalt verändert das Bild aller Konflikte, in deren Verlauf man sie bemerkt; denn sie verneint die durch die Bourgeoisie organisierte Macht und erhebt den Anspruch, den Staat zu unterdrücken, der deren zentralen Kern bildet. Unter solchen Bedingungen gibt es keinerlei Möglichkeit mehr, über die Urrechte der Menschen Betrachtungen anzustellen; und aus diesem Grunde finden sich unsere parlamentarischen Sozialisten, die Kinder der Bourgeoisie sind und außerhalb der Staatsideologie nichts kennen, gar nicht mehr zurecht, wenn sie sich der proletarischen Gewalt gegenübersehen. Sie können auf diese nicht die Gemeinplätze anwenden, deren sie sich gewöhnlich bedienen, wenn sie von der Macht sprechen, und sehen mit Schrecken Bewegungen, die zu dem Ziele führen könnten, die Institutionen zu vernichten, von denen sie leben: wo der revolutionäre Syndikalismus auftritt, kann man keine Reden mehr über die immanente Gerechtigkeit anbringen, und gibt es nicht mehr ein parlamentarisches System zum Gebrauch der Intellektuellen..." (Über die Gewalt, S.21)

Gerade Sorel manipulierende Absichten zu unterstellen, zeugt von einem Höchstmaß an Ignoranz. Seine Schriften bieten eine Fülle von Belegen, die das vollständige Gegenteil zum Ausdruck bringen. Es ist schließlich der Kern seiner Kritik an den Intellektuellen, daß diese versuchen, die sozialistische Bewegung für ihre Zwecke zu instrumentalisieren, als Parlamentarier und Berufsfunktionäre.

„Es handelt sich nicht mehr darum, das Volk zu führen, sondern die Produzenten dahin zu bringen, selbst zu denken, ohne Hilfe der bürgerlichen Tradition." (Auflösung des Marxismus, S.57)

Der Begriff des Mythos unterlag vielen Deutungen, obgleich er von Sorel auf die Praxis der sozialistischen Arbeiterbewegung bezogen war, auf den vom revolutionären Syndikalismus propagierten Generalstreik, nicht auf irgendeinen Führerkult oder Nationalismus, ganz im Gegenteil: „Die revolutionäre Anstrengung zielt darauf ab, den freien Menschen zu schaffen." Der soziale Mythos ist in seinen Vorstellungen ein von den Massen selbst erzeugtes Bild von ihren *eigenen* Zielen, es ist die Bündelung der individuellen Kräfte in ihren kämpferischen Handlungen. „Die Arbeiter, die sich für den Generalstreik begeistern, stellen sich die Revolution vor wie einen riesigen Aufstand, den man als individualistisch qualifizieren kann. (...) Der Generalstreik ist ... die glänzendste Manifestation der individualistischen Kraft in den aufrührerischen Massen." Der soziale Mythos, von dem Sorel ausgeht, ist kein demagogischer Trick, er sollte „als ein Mittel der Einwirkung auf die Gegenwart beurteilt werden." (alle Zitate aus Über die Gewalt)

Dem „Metaphysiker des Syndikalismus", wie Jaurès in einer Parlamentsrede Sorel ironisch nannte, waren Zweifel an seiner Begrifflichkeit nicht fremd, in seinen 'Betrachtungen' findet sich eine aufschlußreiche Reflektion: „Indem ich den Ausdruck Mythos anwendete, glaubte ich einen glücklichen Fund getan zu haben, weil ich derart jede Diskussion mit den Leuten abwies, die den Generalstreik einer Kritik im einzelnen unterwerfen wollen und Einwände gegen die praktische Möglichkeit häuften. Es scheint nun aber im Gegenteil, daß ich eine recht schlechte Idee gehabt habe: denn die einen sagten mir, daß die Mythen lediglich den primitiven Gesellschaften zukommen, während andere sich einbilden, daß ich der modernen Welt als Triebkräfte Träume nach Art derer geben will, die Renan zum Ersatz der Religion für tauglich hielt. Man ist sogar noch weitergegangen und hat behauptet, daß meine Theorie der Mythen ein Advokatenbeweis, eine falsche Wiedergabe der wahren Meinungen der Revolutionäre, ein intellektualistischer Sophismus wäre."

***

Ich hatte vorgehabt, hier nun einige Beispiele aus der Sphäre der revolutionären Bewegung in Spanien folgen zu lassen, die meiner Ansicht nach die Vorstellungen Sorels vom sozialen Mythos illustrieren würden. Gerne hätte ich auch die bildhafte Sprache des Subcomandante Marcos angeführt, leider fehlt der Platz zur Ausführung dieser Absichten. Ich begnüge mich damit, als Schlußbemerkung Walter Benjamin anzuführen, dessen Worte uns die für unser Handeln notwendige Offenheit und Zuversicht geben können:

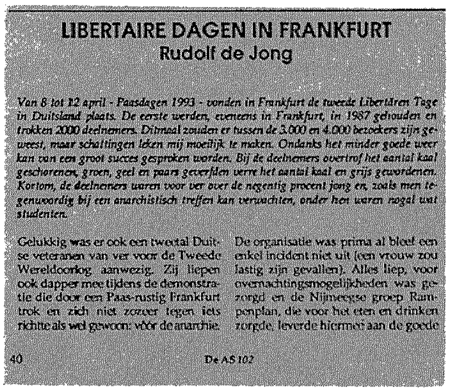
„Jede Epoche träumt ja nicht nur die nächste, sondern träumend drängt sie auf das Erwachen hin (...) Mit der Erschütterung der Warenwirtschaft beginnen wir, die Monumente der Bourgeoisie als Ruinen zu erkennen, noch ehe sie zerfallen sind." (aus Paris, die Hauptstadt des XIX. Jahrhunderts)

»Ruinen machen uns keine Angst. Wir wissen, daß wir nichts als Ruinen erben werden, denn die Bourgeoisie wird in der letzten Phase ihrer Geschichte versuchen, die ganze Welt in Ruinen zu verwandeln. Aber ich sage Ihnen noch einmal, uns, den Arbeitern, machen die Ruinen keine Angst, denn wir tragen eine neue Welt in unseren Herzen. Und diese Welt wächst in diesem Augenblick.«

Durruti, 1936

»Wege zu einer anarchistischen Gesellschaft«

Motto der Libertären Tage, Ostern 1993



LIBERTAIRE DAGEN IN FRANKFURT
Rudolf de Jong

Van 8 tot 12 april - Paasdagen 1993 - vonden in Frankfurt de tweede Libertären Tage in Duitsland plaats. De eerste werden, eveneens in Frankfurt, in 1987 gehouden en trokken 2000 deelnemers. Ditmaal zouden er tussen de 3.000 en 4.000 bezoekers zijn geweest, maar schattingen leken mij moeilijk te maken. Ondanks het minder goede weer kan van een groot succes gesproken worden. Bij de deelnemers overtrof het aantal kaal geschorenen, groen, geel en paars geverfden verre het aantal kaal en grijs gewordenen. Kortom, de deelnemers waren voor ver over de negentig procent jong en, zoals men tegenwoordig bij een anarchistisch treffen kan verwachten, onder hen waren nogal wat studenten.

Gelukkig was er ook een tweetal Duitse veteranen van ver voor de Tweede Wereldoorlog aanwezig. Zij liepen ook dapper mee tijdens de demonstratie die door een Paas-rustig Frankfurt trok en zich niet zozeer tegen iets richtte als wel gewoon: vóór de anarchie.

De organisatie was prima al bleef een enkel incident niet uit (een vrouw zou lastig zijn gevallen). Alles liep, voor overnachtingsmogelijkheden was gezorgd en de Nijmeegse groep Rampenplan, die voor het eten en drinken zorgde, leverde hiermee aan de goede

40 De AS 102

Zwei in Anarchokreisen lang erwartete Veröffenlichungen sind im Juni/Juli '94 greifbar geworden. Die legendäre **Durruti-Biografie von Abel Paz** (verlegt von der Edition Nautilus, Hamburg) und die **Dokumentation zu den Libertären Tagen '93** (herausgegeben vom Anarchistischen Forum Frankfurt).

Blättern wir zunächst in der Doku. Sie beginnt mit einem Bericht Rudolf de Jongs *»...ein buntes Gemenge von Themen, aber noch nicht alles. Die Diskussionen verliefen vom Niveau her selbstverständlich ziemlich unterschiedlich, ebenso selbstverständlich habe ich nur einige mitmachen können. Bei den AntifaschistInnen überraschte mich die Überzeugung, mit der Gewalt gegen Neo-Faschisten verteidigt wurde und schlug sich mensch mit dem Problem herum, was typisch anarchistisch an den anti-faschistischen Aktionen sei...«*

Unter den aufgenommenen Beiträgen (einige Arbeitsgruppen lieferten leider keine Papiere an die Doku-Gruppe ab) finden sich die Selbstdarstellungen der politischen Gruppen und – meist in Kurzform – Eindrücke aus den Arbeitsgruppen; eine Nachlese zur libertären Buchmesse, einige subjektive Eindrücke von Beteiligten und die Auswertung einer Umfrage, die von der Vorbereitungsgruppe auf den Libertären Tagen durchgeführt wurde.

Ein paar Zitate, die Hinweischarakter für die weitere Arbeit haben könnten:

»Mit dem Anarchismus-Feminismus setzen sich in der BRD gegenwärtig einzelne Frauen, einige Frauengruppen und auch wenige Männer auseinander... Durch Diskussionen innerhalb der US-amerikanischen Frauenbewegung über Leben und Werk Emma Goldmans, Peter Kropotkins kommunistischen Anarchismus und Murray Bookchins Sozialer Ökologie ließen sich aber auch einige hiesige Feministinnen von anarchistischen Ideen anregen.... Eine breitere feministische Debatte über den Anarchismus steht in der BRD jedoch immer noch aus...«

(Bea, Einführungsveranstaltung)

»Wenn wir im Zusammenhang von Vernetzung von "Vermittlung" von Leben, Arbeit und Politik reden, heißt das, daß die extremen Gräben zwischen diesen Bereichen als ein Problem erkannt werden, für das andere, neue Lösungen gefunden werden müssen.«

Bernd (Projekt A/Wespe)

»Wir weißen, linken Deutschen wollen ja mit unserem Staat nichts zu tun haben. Wir wollen uns nicht damit identifizieren. Wir identifizieren uns lieber – je nach politischer Ausrichtung – mit unserem unterdrückten Status, sei es in Bezug auf Klasse oder Geschlecht. Auf keinen Fall will ich die innerhalb unserer weißen, kapitalistischen Gesellschaft bestehenden Gewaltverhältnisse verschweigen. Ganz im Gegenteil. Männergewalt, sexuelle Gewalt an Kindern, Kindesmißhandlung, Diskriminierung von Lesben, Schwulen, Gehandicapten und Alten muß zum Teil überhaupt erst noch Thema werden, anstatt nur die ökonomische und staatliche Gewaltausübung zu betrachten. Aber die Analyse der Hierarchie innerhalb der weißen Gesellschaft darf nicht ständig ausklammern, daß wir in eine dominante Gesellschaft in Bezug auf Nicht-Weiße und Nicht-Deutsche hineingeboren und hineinsozialisiert worden sind. Die Deutschen sind nicht nur die anderen, sondern auch wir haben eine deutsche Identität, auch wenn uns das nicht gefällt.«

Sabine Zöller, Freitag-Veranstaltung

»Moderner Antisemitismus ist mehr als Judenfeindschaft. (Er) hat viele Facetten oder Elemente, die nicht unbedingt als Antisemitismus zu erkennen sind: Antiintellektualismus und Konformismus, die Personifizierung gesellschaftlicher Entwicklungen, die wertende Differenzierung von produktiver und unproduktiver Arbeit, Verschwörungstheorien über geheime Mächte, die die Welt regieren...«

Gruppe G.A.R., Freitagabendveranst.

★



Noch wesentlich schwieriger als bei der Doku gestaltete sich die Veröffentlichung von Abel Paz **Durruti-Biographie**, die gleichzeitig eine Geschichte der Spanischen Revolution aus anarchistischer Sicht darstellt. Abel Paz begann seine Forschungen 1962, also noch während der Franco-Zeit. Deshalb erschien die erste (auf 500 Seiten gekürzte) Ausgabe dieser Biographie 1972 auch im benachbarten Frankreich, danach gab es weitere gekürzte Versionen in England und Portugal. Aus politischen Gründen mußten dann noch weitere 6 Jahre vergehen, ehe 1978 das spanische Original erscheinen konnte.

Noch wesentlich länger, nämlich 10 Jahre, brauchte die deutsche Version. Lutz Bredlow übersetzte dieses voluminöse Buch, das in der jetzt vorliegenden Ausgabe 730 Textseiten füllt, bereits bis 1984. Der damalige Commune/Rhizom-Verlag, Stuttgart/Berlin schaltete Anzeigen und begann den Satz. Lange Zeit hieß es auf Anfragen, der Satz sei fertiggestellt, es fehle nur das Geld zum Drucken... Angebote auf Kooperation blieben ungehört oder

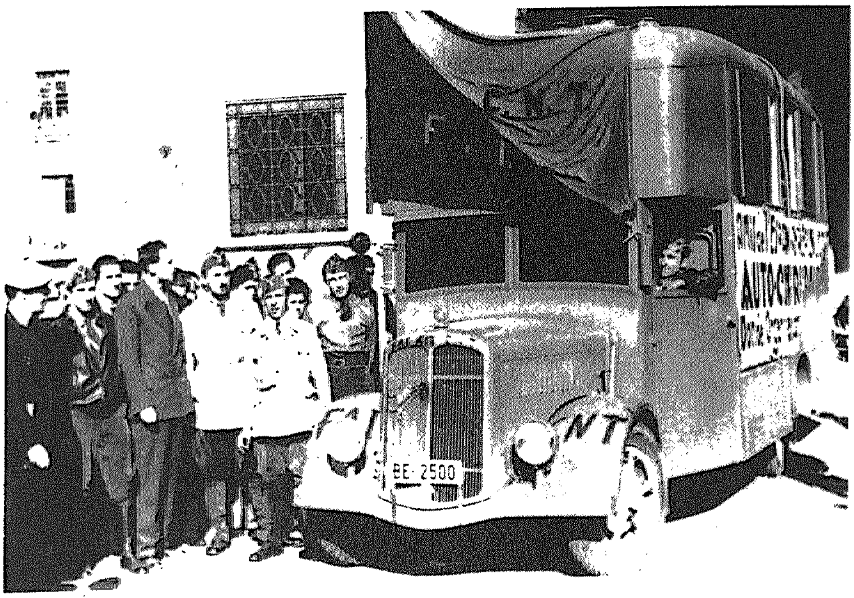
wurden mit der Andeutung, daß zunächst der Übersetzer zu bezahlen sei, entmutigt und schließlich stellte dieser Verlag – finanziell überschuldet – endgültig seine Tätigkeit ein. Mit ihm verschwand auch die Übersetzung.

Sehr viel später wurde der Edition Nautilus von anderer Seite ein Kohlepapier-Durchschlag von 1200 Seiten angeboten und die Odyssee dieses Buches fand nun im Juli 1994 ihr glückliches Ende.

Das jetzt vorliegende Buch ist rundum gelungen: dies beginnt beim Inhalt, der Durrutis Leben unterteilt in die Zeit des Rebellen (von 1896-1931), in die Zeit des Kämpfers (von 1931-1936) und die des Revolutionärs (vom 19.Juli-20.November 1936). Ein viertes und letztes Kapitel ist dem vieldiskutierten Tod Durrutis gewidmet.

Der deutschen Ausgabe hinzugefügt, wurde der Bericht über die "Kolonne Durruti" des deutschen Expressionisten und Kulturkritikers Carl Einstein, der selbst der "Grupo International" in der Kolonne angehörte, zusammen mit emigrierten deutschen Anarchosyndikalisten um Rudolf Michaelis und kommunistischen Oppositionellen wie den Thalmanns aus der Schweiz und diversen anderen Ländern. Diese Kolonne hat viel zum "Mythos Durruti" beigetragen. Durruti gelang es seine anarchistischen Grundauffassungen in ein militärisches Gebilde zu übertragen: war das Militär, ob Söldnerarmee oder Volksheer, bis dahin durch und durch hierarchisch aufgebaut, so unterschied sich die Miliz Durrutis radikal davon. In dieser Kolonne gab es nur gleichberechtigte KämpferInnen, Disziplin wurde nicht durch Subordination erzwungen, es gab keine Offiziere, keinen Befehlston und keine unterschiedlichen Essensrationen oder Schlafplätze etc.

Natürlich wurden die anarchistischen Einheiten häufig als "unzuverlässig" denunziert, weil es konsequenterweise jedem freistand, die Kolonne auch wieder zu verlassen. Auch wenn diese Kritik einen realen Hintergrund hatte, blieb sie doch an der Oberfläche: sie verstand nicht die tiefgehende Konsequenz, die auf der anderen Seite einen bedingungslosen Enthusiasmus hervorzubringen vermochte, eben weil ein jeder wußte, wofür er kämpfte (und nicht nur wogegen!). Und sie wurde Lügen gestraft als Durruti mit 4000



Mitgliedern seiner Kolonne bei der Verteidigung Madrids auftauchte und dort – trotz schrecklicher Verluste – neuen Verteidigungswillen mobilisierte.

Der gute Eindruck, den das Buch macht, wird fortgesetzt durch die fünf mal eingestreuten Photoserien, ein Namensregister, eine Bibliographie und last but not least durfte auch ein schwarz-rotes Lesebändchen nicht fehlen, das helfen soll, sich in dem umfangreichen Leinenband auch über einen längeren Zeitraum zurechtzufinden.

Abel Paz sieht sich, – wohl eher zu Unrecht, – nicht als Historiker sondern als Erzähler "erlebter Ereignisse". Er versucht damit bewußt, Geschichte für das heutige Leben nutzbar zu machen.

Inwieweit es in der heutigen atomisierten und durchhierarchisierten bürgerlichen Gesellschaft gelingen kann, die Formen des kollektiven Zusammenlebens und -arbeitens aus der spanischen Revolution, eine antibürgerliche Grundeinstellung wie die Durrutis oder antiautoritäre Ansätze wieder aufzugreifen und mit neuem Leben zu erfüllen, steht auf einem anderen Blatt. Solange, wie sich eine Gegenbewegung schwer tut, gemeinsame Werte zu entwickeln, die die herrschenden Normen über Bord werfen und eine neue Faszinationskraft entwickeln, solange wird ein solches Buch auch gegen seinen eigenen Anspruch "historisch" bleiben müssen.

Insofern hatte es die spanische Ausgabe, die von der Aufbruchsstimmung nach Francos Tod profitierte, leichter und insofern wäre die Herausgabe auch für einen deutschen Verlag 1984, also zwei Jahre vor dem 50.Jahrestag der Revolution in Spanien und mit der halbwegs intakten Struktur einer linken Gegenöffentlichkeit in der alten Bundesrepublik, noch vielversprechender (oder besser gefahrloser!) gewesen als es dies im neuen Deutschland 1994 zu sein scheint. Speziell einem Buch mit dieser verzwickten Publikationsgeschichte ist jedoch zu wünschen, daß es ganz im Gegensatz zum "Mainstream" eine große LeserInnenschaft findet. Die Anarcho-Verlegerszene hat damit eine "ihrer Leichen" aus dem Keller geholt, es stellt sich somit eine neue Zuversicht ein, daß auch die zweite "Leiche", Rudolf Rockers zweibändiges Werk »Nationalismus und Kultur« demnächst wiedererweckt werden kann.

Wolfgang Haug

Doku zu den Libertären Tagen 1993, 96S., 9,50 DM, zzgl. 1,50 Porto bei:
A-Forum Frankfurt, c/o Dezentral, Wittelsbacher Allee 45, 60316 Frankfurt, Tel. & Fax 069-4909203

Abel Paz: Durruti. Leben und Tod(e) des spanischen Anarchisten. Aus dem Spanischen übersetzt von Lutz Bredlow. Großformat, 820 Seiten mit 180 Fotographien. 68.-DM (mensch muß in diesem Fall sicherlich sagen: *nur* 68.-DM). Um dem Verlag diese Anstrengung zu versüßen, gibt es noch eine Vorzugsausgabe für die "Freunde Durrutis" mit einem zweifarbigen Holzschnitt-Doppelblatt von Jean-Jacques Volz. Limitierte Auflage von 50 Exemplaren für 168.-DM.
Edition Nautilus, Am Brink 10, 21029 Hamburg

Schwarze Frauen der Welt

In "Schwarze Frauen der Welt" und "Schwarzer Feminismus" sind Beiträge "Schwarzer" Frauen versammelt, die als Minderheiten-Frauen, als Fremde im eigenen Land oder als Migrantinnen über ihre Erfahrungen mit Rassismus und Sexismus und ihre Widerstandsstrategien berichten.

Das erstgenannte Buch entstand aus einem Kongreß 1991 in Frankfurt/Main und berichtet über die Situation geflüchteter oder dort geborener Schwarzer Frauen in den Ländern Europas, in afrikanischen und südamerikanischen Ländern. Weitere Aufsätze thematisieren die gesundheitlichen und psychischen Auswirkungen und Aspekte von Rassismus, Sexismus und kolonialem Denken auf Schwarze Frauen in den Metropolen, während der Schlußteil Beiträge zu politischen Forderungen und Theorien Schwarzer Frauen enthält. Herauszuheben ist der Beitrag von Marion Kraft, die die Unterschiedlichkeiten zwischen den Unterdrückungsverhältnissen Rassismus und Sexismus näher herausarbeitet.

In „Schwarzer Feminismus" sind Aufsätze afro-amerikanischer Feministinnen zu lesen, in denen diese ihre Erfahrungen mit dem US-amerikanischen rassistischen Patriarchat schildern. Ebenso wird die Geschichte von Frauen- und antirassistischen Kämpfen und die Bedeutung der afro-amerikanischen Tradition für diese Kämpfe dargestellt. Einzelne Aufsätze behandeln u.a. das ambivalente Verhältnis von Schwarzen Töchtern und Müttern (Gloria I. Joseph), die Verhältnisse zwischen Schwarzen Frauen, die allzu oft von Anbiederung an die Nicht-Schwarzen oder von Konkurrenz geprägt sind (bell hooks) oder die Vorstellungen von Schwarzen Frauen über die von weißen Frauen dominierte feministische Bewegung. Patricia Hill Collins gibt im längsten Aufsatz des Bandes eine Einführung in die gesellschaftliche Konstruktion schwarzen feministischen Denkens.

„Schwarzer Feminismus" ist ein sehr persönliches und bewegendes Buch, der kämpferische Stolz und die gleichzeitige Bescheidenheit der Frauen sind immer wieder beeindruckend. Beide Bücher sind zur Beschäftigung mit der Lage und dem feministischen Denken Schwarzer Frauen und zur Diskussion um "triple oppression" zu empfehlen. Sie begeben sich aber auch in die Untiefen der höchstkomplizierten Diskussion um Gleichheit und Differenz, um Eurozentrismus und Universalismus, und manche Beiträge laufen auf die Klippen des Nationalismus und der Selbstethnifizierung auf: so wird z.B. in einem Beitrag, der positiv auf "Afro-Zentrismus" Bezug nimmt, die Existenz einer "afrikanischen Nation" mit einer ihr "eigenen" und einer ihr "fremden" Identität behauptet. In vielen Beiträgen wird die Existenz einer "schwarzen Rasse" oder afrikanischen Nation angenommen (und womöglich noch deren besondere "Spiritualität" hervorgehoben), ohne zu erklären, wie diese denn definiert sein sollen. Bei der Beantwortung dieser Frage nach der Definition würde schnell deutlich werden: "Rassen" oder Nationen sind von Menschen willkürlich bzw. variabel definierte soziale Konstruktionen. Diese müssen als Tatsachen, mit denen die Betroffenen leben müssen, sehr ernst genommen werden; aber sie sind auch rassistische Zuschreibungen, die nicht unbedingt übernommen werden müssen.

Marion Kraft, Rukhsana Shamim Ashraf-Khan (Hg.): Schwarze Frauen der Welt. Europa und Migration; 1994, 215 S., 29,80 DM

Gloria I. Joseph (Hg.): Schwarzer Feminismus. Theorie und Politik afro-amerikanischer Frauen; 1993, 294 S., 39,80 DM; beide beim Orlanda Frauenverlag Berlin

von Bernd Hüttner

Der Bücherherbst naht –

die Zahl der zugesandten Bücher wächst, aber nicht nur die Zahl, auch die Qualität der Bücher, wenn mensch nur an die voluminöse Durruti-Ausgabe bei der Edition Nautilus denkt!

Eine ausführlichere Rezension behalten wir uns wie immer vor.

Autonome A.F.R.I.K.A.-Gruppe/Mittlerer Neckar: **Medienrandale**, Rassismus und Antirassismus. Die Macht der Medien und die Ohnmacht der Linken? *(Mensch erinnert sich an die beiden Artikel dieser Gruppe im SF?)*, 160 S., 24.-DM. Trotzdem-Verlag, Grafenau

Peter Paul Zahl: Fritz – A German Hero. Theaterstück zum (frühen) Friedrich Schiller ("Die Räuber") und seinem Verhältnis zur Obrigkeit. 128 S., 24.-DM. Koproduktion: Trotzdem-Verlag, Grafenau/Monte Verita-Verlag, Wien

Kreszentia Mühsam: Der Leidensweg Erich Mühsams, Neuausgabe, 86 S., 12,80DM. Harald Kater Verlag, Berlin

Michael Halfbrodt: Alexandré-Marius Jacob –Die Lebensgeschichte eines anarchistischen Diebes, 40 S., ? DM Syndikat A -anarcho-syndikalistischer Medienvertrieb, Moers

Heinz Hug: Peter Kropotkin-Bibliographie, 280S., 35.-DM. Koproduktion: Edition Anares, Bern und Trotzdem-Verlag, Grafenau

Andreas Simmen (Hg.): Mexico – Aufstand in Chiapas, 140 S., 16.-DM. Koproduktion: Edition ID-Archiv, Berlin und WOZ, Zürich

Hakim Bey: TAZ – Die Temporäre Autonome Zone. Chaos die Grundlagen des ontologischen Anarchismus. 161S., 20.-DM, Edition ID-Archiv, Berlin

Ingrid Strobl: Das Feld des Vergessens. Jüdischer Widerstand und deutsche "Vergangenheitsbewältigung". 140S., 14.-DM, Edition ID-Archiv, Berlin

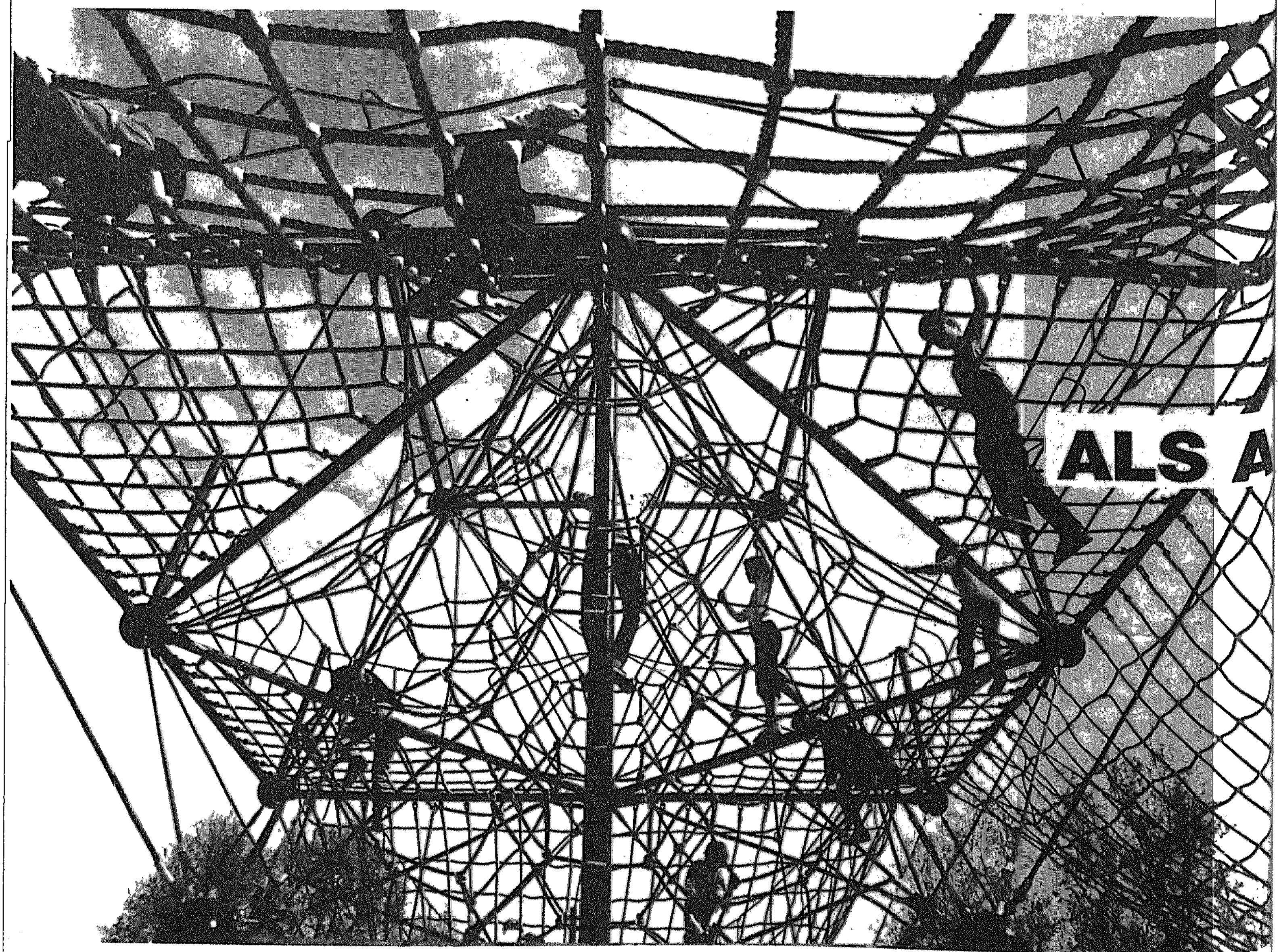
Noam Chomsky: Clintons Vision – Freier Markt und Abschottung, 80S., 14.-DM. Zu NAFTA, zur Chinapolitik, Israelpolitik etc. Übersetzt von Helmut Richter. Trotzdem-Verlag, Grafenau

Hellmut G. Haasis: Joseph Süß Oppenheimers Rache. Erzählung und biographischer Essay. Haasis objektiviert das von Judenhassern verzerrte Bild des historischen Süß. Im Anhang: Erstmals veröffentlichte Dokumente zum Geheimprozeß, illustriert von Jona Mach (Jerusalem), 240S., 39,80DM. Gollenstein-Verlag, 66431 Blieskastel

Astrid Schmeda: Ein leidenschaftliches Interesse am wirklichen Leben. Die Autorin beschreibt assoziativ ihre Begegnung mit **Clara Thalmann** in Nizza, ihre Hoffnungen auf ein kollektives Leben u.v.a., 192 S., 29,80DM. Edition Nautilus, Hamburg

Jürgen Später (Hg.): ...alles ändert sich die ganze Zeit. Soziale Bewegung(en) im Nahen Osten. 220S., 25.-DM, Verlag iz3w, Freiburg

ORIENTIERUNGSLOSIGKEIT



ALS A

Photo: Theo Heimann

– zu Jürgen Habermas' Rechtsdogmatik

von Hellmut G. Haasis

Jürgen Habermas, der deutsche Philosoph, hatte Geburtstag und kam mit einem neuen Werk heraus. Grund genug für das deutsche Feuilleton in landauf, landab abzufeiern. Ob es auch etwas mit seiner neuen Stromlinienförmigkeit zu tun hat? Es versteht sich von selbst, daß auch der SF nicht umhin kam, diese letzte Instanz der Frankfurter Schule, diesen letzten Vertreter der "Kritischen Theorie", zu würdigen:

Das neuste Werk von Adornos Nachfolger kommt äußerlich gewichtig daher: auf geschlagenen 668 Seiten, vom Suhrkamp-Verlag gleich noch in einer preiswerten Studienausgabe (48.-) unter die studierende junge Generation geworfen, die damit schwerlich etwas wird anfangen können.

Was die rechtsphilosophische Summa der zweiten Generation der Frankfurter Schule hätte werden sollen, verbirgt nur durch großen Aufwand, geschwätzige Dickleibigkeit, sprachliche Esoterik und voreilige Theorieentschlossenheit, daß hier eine einst gegen Kapitalismus wie Stalinismus (alias Staatskapitalismus sowjetischer Prägung) "Kritische Theorie" ihren Niedergang offenbart.

In einem fast rechthaberischen Ton beißt sich Habermas auf abstraktester Ebene am Theorem des demokratischen Rechtsstaats fest. Er sucht allenthalben eine über die Rechts- und Verfassungswirklichkeit hinaus greifbare Welt rechtlicher Prinzipien, die nie vollständig in eine Verfassung eingehen können. Dies versteht er unter der Zweipoligkeit des Titels: "Faktizität und Geltung".

Wie ein naiver Anfänger des Jurastudiums sucht er jenseits der faktischen Rechtsentscheidungen, die unsere ganze Gesellschaft formen, noch eine Ebene der *"richtigen Rechtsentscheidungen"* (S.72, Anm.). Eine Utopie, wenn auch schmerzlich verdünnt in höchster Abstraktionsluft, die einem im

BGESANG DER FRANKFURTER SCHULE

Alltag nicht zum Atmen reicht. Der sozial wie rechtlich nie gefährdete Forscher hat offenbar noch nie die Modekonjunkturen der Rechtssprechung bemerkt, wo nach Jahren oder Jahrzehnten auf einmal "gutes Recht" wird, was vorher als Vergehen, gar als Verbrechen galt. Bei gleichbleibender Rechtsordnung, versteht sich. Allein schon die Entscheidungen des Bundesverfassungsgerichts und des Bundesgerichtshofes könnten diese Konjunkturabhängigkeit veranschaulichen.

Wer wie Habermas entscheidenden Wert legt auf Kommunikation, Diskurs und auf das Sich-Verständigen der Menschen muß sich zudem an seiner Sprache messen lassen. Nehmen wir ein beliebiges Beispiel. Bei der Beschreibung von Niklas Luhmanns Rechtssoziologie gelingt Habermas folgendes Meisterstück der Verklausulierung:

"Dann grenzt sich das Rechtssystem selbstreferentiell als ein rekursiv geschlossener Kommunikationskreislauf gegen seine Umwelten so ab, daß es seine Außenbeziehungen nur noch über Beobachtungen abwickelt" (S.69). Wir hören von einem *"autopoietischen System"* (S.69). ...Nun will Habermas seine eigene rechtstheoretische Zielsetzung bringen: *"Damit verlieren die Rechtsnormen und Rechtsakte jede Verbindung mit der Unterstellung von rational motivierten Verständigungsprozessen innerhalb einer Assoziation von Rechtsgenossen. Indem die konfliktbewältigende Integrationsleistung des Rechts als systematische Leistung beschrieben wird, wird sie ans Modell nichtintentionaler Vergesellschaftung assimiliert. Damit büßen auch die in juristischen Diskursen geäußerten Geltungsansprüche und Gründe ihren intrinsischen Wert ein"* (S.70/71).

Unter dem Aspekt seiner persönlichen Entwicklung dürfte dieses sprachliche Chaos von einem gierigen Eklektizismus kommen, der Habermas gegen Ende der 60er Jahre der jungen, rebellischen Generation entfremdet hat. Soziologisch sehe ich darin eine Konsequenz des Philosophenberufs in der kapitalistischen Konkurrenzgesellschaft überhaupt. Der Universitätsphilosoph hat kein Publikum mehr, weder eine interessierte Arbeiterelite (und seien es auch bloß noch die Träger einer kritischen Erwachsenenbildung) noch eine interessierte bürgerlich-politische Öffentlichkeit. Er ist entbehrlich geworden und kann sich nur noch in der gedruckten Kommunikation mit ein bis zwei Handvoll Kollegen bestätigen.

Bezogen auf die eigenen praktischen Ansprüche, Kommunikation nachzuvollziehen und allgemeingültig zu begründen, muß das sprachliche Unvermögen von Habermas freilich ernster genommen werden. Jede Seite von Habermas Werk widerlegt die Möglichkeit seiner in Ewigkeitswerte entschwebenden Philosophie. Hinter allem rechtshistorischem Wandel sucht Habermas nach ewigen, unwandelbaren Rechtsprinzipien. Damit verwechselt er sowohl seine eigene Denkweise wie die der derzeitigen juristischen Diskussion mit einem ewigen, unhistorischen Wesen überhaupt....

Der Drang nach Ewigem ist typisch für eine Epoche, die angesichts des Vergessens ähnlicher Ereignisse wieder einmal von einer Krise geschüttelt wird. Nach dem friedlichen Ende des Staatskapitalismus wurde die Marktwirtschaft für kurze Zeit als weltweites Allheilmittel gefeiert. Die Schadenfreude verging rasch, als die neue Wirtschaftskrise nach den Arbeitsplätzen auch den Optimismus aufzehrte. In diesem Stimmungstief rettet sich der Philosoph, eine Art säkularer Medizinmann, in eine von keinem Wandel angreifbare Sphäre, die sich aber nach der Landung in der niederen Ebene des Buchdrucks als tatsächlich ungreifbar entpuppt. Je abstrakter, empirieloser, dogmatischer, desto mehr sieht alles nach einem ewigen Wesen aus, doch dann geht jede konkrete Orientierung verloren, die Habermas am Ende in der rechtshistorischen Debatte so sehnlichst wünscht.

Habermas weiß sehr wohl von der derzeitigen Orientierungslosigkeit der marktökonomischen Gesellschaft. Die hohe Zielsetzung seiner schwer verdaulichen Arbeit formuliert er im Vorwort, datiert Juli 1992 (S.9-14). Selbst ein so abgehobener Philosoph wie Habermas ahnt, daß wir heute vor der "eminenten Herausforderung einer ökologischen Begrenzung des ökonomischen Wachstums und der zunehmenden Disparität der Lebensverhältnisse im Norden und im Süden" (S.12/13) stehen, er stellt die Asyldiskussion in die "Migrationsstöme aus den verelendeten Regionen des Südens und nun auch des Ostens" (S.13). Doch dann fällt ihm dazu nichts ein als der Rückzug in eine langwierige und reichlich langweilige rechtsdogmatische Erörterung der "radikalen Gehalte des demokratischen Rechtsstaates" (S.13).

Unsere Zeit sieht er geprägt vom *"Zusammenbruch des Staatssozialismus"* und vom Ende des *"Weltbürgerkrieges"* (S.12). Wie viele theoretische Kurzschlüsse in einem einzigen zweigeschichtlichen Begriffspaar! Wie wenn der Sozialismus ein staatliches Produkt sein könnte und nicht die nichtstaatliche Lebensform frei assoziierender Individuen. Wie wenn die diktatorischen Regimes des Ostens irgendetwas mit Sozialismus zu tun hatten. Habermas ist in diesem Aspekt seines Sozialismus-Verständnisses auch terminologisch nicht über die großen Parteien und Ideologen des Kapitalismus hinausgekommen, die in freund-feindlicher Paradoxie dem feindseligen System gerne das libertäre Wort "Sozialismus" schenkten, um die Utopie auf ewig zu diskreditieren. Dieses Manöver ist weithin gelungen, wie wir auch an dem prominenten Opfer Habermas sehen. Alles ist gleich schlecht, alle befreiende Utopie ist vergangen, alle sind orientierungslos – voran Jürgen Habermas. Und die Konkurrenz zwischen West und Ost vernebelt Habermas schließlich mit dem Begriff des "Weltbürgerkriegs". Wie wenn die Menschen unter den staatskapitalistischen Diktaturen *Bürger* gewesen wären, die aus eigenem Antrieb daran teilgenommen hätten, als Bürger, nicht bloß als kommandierte Untertanen von Feudalstaaten.

In seinem Jammerton diagnostiziert Habermas dem Westen Verlust an *"Orientierung und Selbstbewußtsein"* (S.13), den Untergang von Utopie. Er selbst hat mit seiner Flucht in eine unverbindliche Abstraktion ein gerüttelt Maß Anteil daran. Als Heilmittel für unsere Zeit empfiehlt Habermas die *"radikale Demokratie"* (S.13), die dem Rechtsstaat als Korrektiv untergeordnet bleiben soll. Was diese radikale Demokratie sein soll, läßt er offen. Ein bequemer Weg, den nur ein verbeamteter Philosoph einschlagen darf. In einem marktökonomischen Betrieb würde er für seine Unfähigkeit auf die Straße gesetzt.

Am Ende des Vorworts übernimmt sich Habermas mit einer Berufsillusion des Intellektuellen. Er glaubt wirklich, mit seiner Rechtstheorie im Gegensatz zum Tagebuch eines *"hellenistischen Schriftstellers"* (S.13) Einfluß auf die Rechtsentwicklung nehmen zu können.

Das soziologisch geschulte Auge bemerkt schließlich mit Vergnügen, daß Habermas den Weg zu der hier vorliegenden rechtsdogmatioschen Arbeit nur einschlagen konnte, weil er vom *"Leibniz-Programm der Deutschen Forschungsgemeinschaft"* eine Förderung für 5 Jahre erhielt (S.14). Nichts zieht die aufgeblasene Autonomie des Denkens schneller auf den Boden der ökonomischen Realität herunter als dieser unausweichliche Zusammenhang zwischen pseudoradikaler Kritik und staatlicher Finanzierung.

Ein führender Kopf der *Frankfurter Schule*, der sich noch immer als links ausgibt, muß sich auch an seinem Verhältnis zu Marx, zu marxistischen Strömungen messen lassen. Ein Blick ins Register läßt Böses ahnen: von Marx ist kaum die Rede, von Lenin zweimal, von Stalin überhaupt nicht. Marx ist bei Habermas schon so gut wie vergessen, es ist Gras über diesen Kritiker des Kapitalismus gewachsen. Von einem wirklichen Quellenstudium der Marxschen Texte ist nichts zu spüren, aber das war auch schon bei der frühen Arbeit über die Struktur der Öffentlichkeit zu beobachten gewesen. Habermas lebt von Tertiäranalysen: die amerikanische Art der schnellen Theoriegeburt. Man kann sich eine exakte Analyse (inklusiv philologischer Detailtreue) sparen, wenn man tertiäre Überblicksarbeiten zur Hand nimmt, die die Sekundärliteratur zum raschen Gebrauch aufbereiten. So kommt Habermasens Rundumschlagslogik zustande, die am liebsten eine gerade Linie zwischen ganz ungleichen Theoretikern und Denkformen zieht: "von Aristoteles zu Marx" (S.63), "von Aristoteles bis Hegel" (S.65), "von Vico bis Concorcet" (S.65/66). Das ist eine von allen Varianten abgeschnittene Einbahnstraße, eine Verarmung der unendlichen Vielfalt menschlichen Denkens, Handelns und Erfahrens.

Vom Marxismus bleibt nur noch ein marxistischer Funktionalismus und eine marxistische Systemtheorie übrig (S.66) – was immer das sein soll, denn Habermas schreibt ja nicht mehr für ein Publikum, sondern nur für eine winzige Sekte von Schon-Wissenden.
Gestützt auf eine amerikanische Arbeit dekretiert Habermas, daß im Marxismus (mit welcher Fahne und Nationalität?) die *"geschichtsphilosophische Hoffnung"* geschwunden sei (S.66). Kein Wort über den langen Prozeß dorthin, der ohne die verheerenden Erfahrungen mit Bolschewismus, Leninismus und Stalinismus schwer zu begründen sein dürfte. Gegen Marx postuliert Habermas die Autonomie der Rechtsidee (S.67), unterstellt das Recht als eine reale Geschichtsmacht. Die Geschichte ist keine Geschichte von Mächten, Kräften und Kämpfen, Menschen kommen darin nur noch reduziert auf Theoretiker vor. Geschichte ist nur noch Geschichte von Theorien.

Es ist schon verräterisch, wenn dann Habermas bei einem Kollegen einen Ausdruck aufspießt, den er als "theoriefremd" denunziert und damit kategorisch verbietet. Wie heißt dieses schlimme Wort? – "Lebenswelt" (S.74) Eigentlich könnte man schon bei dieser Entdeckung das Buch zuschlagen, das eine geistige Anstrengung zugunsten des Lebens für theorieunwürdig erklärt.

Habermas arbeitet sich allenthalben an einer selbstverschuldeten Ignoranz ab. Was er Marx an geschichtsphilosophischem (blindem) Vertrauen unterstellt, ist in Wirklichkeit ein Kennzeichen des etatistischen Marxismus gewesen, schließlich eine Versteinerung des totalitären Stalinismus. Marx für den Stalinismus verantwortlich zu machen, gehört in die Argumentationskette der bürgerlichen Rechten.

Wenn Habermas die Verbindung zu Marx auch verloren hat, so wird er doch wenigstens bei seinem Rückgang zu einem sozialliberalen Rechtsdogmatismus etwas von den Großen Revolution von 1789 verstehen, auf die er sich so gerne beruft? Aber leider kommt Habermas auch hier (S.600ff.) über Tertiäranalysen nicht hinaus, die allesamt rechter Provenienz sind. Diesselbe geistige Krankheit läßt sich bei dem Bochumer Sozialhistoriker Wehler beobachten, der zum Beispiel die Bedeutung der Französischen Revolution für Deutschland mit Argumenten der Konservativen herunterzuspielen sucht. Beide sind deutsche Forscher, haben auch Deutschland als Thema gewählt und schreiben stark für einen deutschen Markt. Aber beide wissen noch immer nichts von der nun doch schon mehr als dreißig Jahren florierenden deutschen Jakobinerforschung, die es es zu einem beachtlichen Auffüllen eines weißen Fleckens unseres Revolutionsbildes gebracht hat.

Zur bolschewistischen Revolution von 1917 fällt Habermas gerade noch eine journalistische Witzelei ein: *"die Revolution entläßt ihre Dissidenten"* (S.606). Von einem angesehenen Theoretiker der Frankfurter Schule hätte man bei einer Arbeit, die sich als eine linke Antwort auf das Ende des östlichen Staatskapitalismus ausgibt, erwarten können, daß Habermas sich endlich der Frage stellt, ob es 1917 eine Revolution gab, ob eine Revolution überhaupt möglich war. Hätte Habermas Marx je gründlich gelesen und nicht nur für seine Rundumschläge ausgebeutet, er hätte bald bemerkt, daß Marx die Revolution im industriell entwickelten Westen erwartete, nicht im noch agrarisch eingeengten Osten.

Endlich streift Habermas in peinlicher Kürze Anarchismus, Rätesozialismus und Arbeiterselbstverwaltung, erklärt Marx und Engels zu Dogmatikern (S.617), wirft beide in einen Topf, konstruiert eine direkte Linie von Marx zu Lenin (S.629). Hier wird alles eingeebnet. Die stalinistsiche Diktatur erscheint nur als Systemfehler, als Denkfehler (S.618).

Ein dickes Buch, das sich am Ende selbst aufhebt. Schade um das viele Papier.

»... daß wir uns viel Mühe geben, unsere Juden so ordentlich wie möglich sterben zu lassen«

Steiner schildert in seinem Treblinka-Buch sehr genau, wie die Deutschen ihre jüdischen Opfer mittels geschickter Disziplinierungstechniken regelrecht auf die endgültige Liquidierung hin vorbereiteten – eine ausgeklügelte Strategie sollte dafür Sorge tragen, daß die Juden ihre Vernichtung widerstandslos, ja gewissermaßen als selbstverschuldet, hinnahmen. Zu den Maßnahmen der Nazis zählten u.a. die permanente Spaltung in Parias und Privilegierte im Ghetto (wobei die zweite Kategorie mit der Zeit immer wieder von neuem unterteilt wurde), ein nur scheinbar absurdes Paßunwesen (im Laufe der Zeit wurden Bescheinigungen in nahezu allen Farben des Regenbogens ausgestellt), die Installation einer »Selbstverwaltung« im Ghetto mit Judenräten (die z.B. die Aussonderung für die Vernichtung in den Lagern vorzunehmen hatten und militanten Widerstand der Juden gegen ihre Vernichtung verhindern sollten) und nicht zuletzt eine rigide Arbeitsideologie, die es den Juden zunächst selbst glauben machen sollte, sie würden von Deportationen verschont bleiben, wenn sie nur ordentlich arbeiteten.

Das – im Hinblick auf die perfektionierte, zielgerichtete Planung der Vernichtung – meisterhafte Nazisystem wollte auch die geringste Wahrscheinlichkeit einer Revolte ausschließen. Ruhig und diszipliniert sollte alles vor sich gehen, um der Effektivität willen, aber auch, um das Ausland möglichst lange ruhig zu halten. Die nüchternen Techniker der Vernichtung sind beinahe hundertprozentig erfolgreich gewesen – als sich, spät erst, doch Widerstand regte, ging es im Grunde nur noch darum, die "Art des Todes frei zu wählen", wie Marek Edelmann, stellvertretender Kommandant der Aufständischen des Warschauer Ghettos, einmal sagte.[1]

Es geht im Buch auch um die Hoffnungen, die sich viele Juden bis zuletzt machten – eine Hoffnung, die von den Nazis bis zur Ankunft im KZ Treblinka, dessen Bahnhof mit einem geradezu pittoresk-freundlichen Anstrich und Blumenkübeln ausstaffiert war, bewußt nicht völlig zerstört wurde. Wie eine kleine Schicht von "Hofjuden" auch nach der Ankunft den Schein der Normalität aufrecht erhält, erzählt Steiner ebenfalls.

»Wie wir uns haben töten lassen und wie sie es fertiggebracht haben, uns zu töten« – so drückt es Adolf Friedman im Buch aus – ist der eine Schwerpunkt des Buches. Der zweite Teil widmet sich dem Widerstand.

Zunächst geht es Vielen um die Rettung der eigenen Haut.[2] Die Fluchtversuche werden drakonisch geahndet. So läßt Lagerkommandant Franz einen Juden als Exempel öffentlich an den Füßen aufhängen und hält eine Rede:

»Juden! Der Jude da stirbt. Ein Jude, der stirbt, ist in Treblinka nichts Seltenes. Ich würde sogar sagen, daß die Juden im allgemeinen deshalb hierherkommen. Aber der, der da drüben hängt, stirbt nicht wie die anderen. Sicher ist euch aufgefallen, daß wir uns viel Mühe geben, unsere Juden so ordentlich wie möglich sterben zu lassen. Aber diesmal geben wir uns ebensoviel Mühe, daß der da so langsam wie möglich stirbt.«

Gerade dieser sterbende Jude jedoch gibt in seinen letzten Lebensminuten das Fanal zu den beginnenden Aufstandsplanungen – ein Berechnungsfehler des wahnsinnig "normalen" Kalkulators Franz... Diese Vorbereitungen, getragen von der Motivation, der Außenwelt vom Ungeheuerlichen zu berichten, schildert Steiner minutiös.

»Alles ist verloren, also lebe, bleib um jeden Preis am Leben; du mußt davon erzählen, du erzählst so gut«, sagte etwa Mordechai Tenenbaum wenige Tage vor dem Aufstand des Warschauer Ghettos und dies wurde auch der tiefste Beweggrund für den Aufstand in Treblinka. Die Aufstandsplanung wurde zum Wettlauf gegen die von den Nazis geplante endgültige Zerstörung Treblinkas. Den Aufständischen geht es nicht mehr um das eigene Überleben, sie wußten, daß sie die geringsten Überlebenschancen haben würden, da sie als letzte das Lager verlassen würden. Tatsächlich kamen alle Mitglieder des Widerstandskomitees bei der Revolte um. Auch fast alle der 600 befreiten Häftlinge wurden nach ihrer Flucht von polnischen Bauern, faschistischen ukrainischen Banden, der Gestapo oder von Sondereinheiten der Armee umgebracht. Es überlebten vierzig.

Das eigentlich besondere, beachtliche an diesem Buch ist die Erzählweise Steiners, dessen absichtlich nüchterner Tonfall das Grauen in seiner alltäglichen Banalität betont und gerade dadurch einen umso nachhaltigeren Eindruck hinterläßt, wie auch Simone de Beauvoir in ihrem Vorwort bemerkt.

In einer Zeit, da Friedhofsschändungen zunehmen, antisemitische Schmierereien in Gedenkstätten keine Seltenheit sind und auch ein Anschlag auf eine jüdische Synagoge kein Tabu mehr darstellt, sollte dieses Buch beinahe eine Pflichtlektüre sein. Es sei auch allen BesucherInnen von "Schindlers Liste" als ergänzendes Zeugnis der Zeit ausdrücklich empfohlen. Das Buch offenbart zugleich vieles über eine Mentalität, die den Massenmord einzigartigen Ausmaßes erst ermöglicht hat. Es ist damit auch ein Beitrag über das Wesen der alten, noch immer wirksamen deutschen Tugenden (Fleiß, Ordnung, Disziplin, Gehorsam, Sauberkeit etc.)

Gerald Grüneklee

Rezension zu: Jean-François Steiner: Treblinka – Die Revolte eines Vernichtungslagers (Vorwort Simone de Beauvoir), Harald Kater Verlag Berlin 1994, (dt. Erstauflage 1966) (344S., 29,80DM)

Anmerkungen:

1 vgl. Marek Edelman: Das Ghetto kämpft. Warschauer Ghetto 1941-43 (ebenfalls Harald Kater-Verlag, 97 S., 14,80DM) *und:* Reuben Ainsztein: Revolte gegen die Vernichtung. Der Aufstand im Warschauer Ghetto. Schwarze Risse/Rote Straße-Verlag & Libertäre Association (228S., 25.-DM)

2 Das ist hier keineswegs abwertend gemeint, zumal der organisierte Aufstand und ein Zugang zu Waffen, ein großes Problem darstellte. Von einigen Beispielen individuellen Widerstands berichtet Reuben Ainsztein in: Jüdischer Widerstand im deutschbesetzten Osteuropa während des Zweiten Weltkriegs (Oldenburg 1993, 583 S., 52.-DM)

Veranstaltungsbericht

Für die Zeit vom 13.-15. Mai lud die Erich-Mühsam-Gesellschaft nach Malente. Das Essen war reichlich, die Kellerbar gut besucht und die Sonnengötter hatten ihr schönstes Picknickwetter aufgeboten.

Das Programm leicht verdaulich, nichts für Gehirnakrobaten. Seh- und hörenswerte kleine Kunst bot *Ulrich Jacobi* mit seinem Programm "Verbrannte Dichter", *Gregor Hause* referierte über Mühsam-Vertonungen und sang eigene musikalische Interpretationen zur Gitarre. *Albrecht Dümlings* Vortrag (»Laßt Euch nicht verführen, Brecht und die Musik«) über Brechts Kriegslieder beendete den (diesmal) dominierenden kulturellen Teil. Unbeirrt der Feststellung, daß er gar nicht viel zu Mühsam beitragen könne, genossen die Genossen sein Referat. Auch die anschließende Diskussionsrunde unter strahlendem Himmel im Garten der Gustav-Heinemann-Bildungsstätte förderte keinen direkten Zusammenhang zutage.



So richtig was für die alten und jungen Schenkelklopfer war dann *Chris Hirtes* Bericht über die noch unveröffentlichten Tagebücher Erich Mühsams (geplant bei dtv ab September '94). Da gabs dann richtig deftige Kost für die Liebhaber der Bohemé der Müncher 20er Jahre. Die »Mädchen rund und drall«, da ist dann der "Edelanarchist" Mühsam wieder einer, der auch den ständig wegen Noske gehänselten Lübecker Sozialdemokraten in ihr chauvinistisches Männerbild paßt. Leider mußte die Veranstaltung auf Aktive der anarchistischen Bewegung (diesmal) verzichten, da vielen das Programm zu dünn erschien.

mörfy

Leserbrief

btr. SF-49 (2/94): Artikel: Radio Patapoe

Es war eine angenehme Überraschung unseren Text "Radio Patapoe; besser bestehen gegen eine junge Welt" in Eurer Ausgabe 2/94 wiederzufinden. Dieser Text wurde allerdings nicht wie angemerkt von der Agentur BILWET geschrieben, sondern von uns – aus dem Radio Patapoe selbst. *(Da den SF-Mitarbeitern dieser Text von BILWET-Mitgliedern zur Veröffentlichung übergeben wurde, kam es zu dieser Verwechslung; SF-Red.)*

Patapoe-Radio ist eine Radiostation, die täglich 24 Stunden auf FM 97,2 in und um Amsterdam sendet. Unsere Postfachadresse ist:

3369, NL-1001 AD Amsterdam. Wir freuen uns über Radiomaterial (am besten 120 min. Programme)!

Es ist nicht weiter verwunderlich, daß der Name BILWET in Verbindung mit unserem Text auftaucht, weil wir befreundet sind und sie uns geholfen haben, den Text in gutes Deutsch zu übertragen.

Wir wollen die Gelegenheit nutzen um einige Freunde vorzustellen:

Das Freie "Radio 100" sendet auf 98,2 FM; das Besetzer-Radio de Vrije Keijser (seit 1979!) sendet auf 96,2 FM; dann gibt es "Mediamatic", ein Magazin für Bewegungslehre oder die DFM Radiotelevision, ein zerstörerischer Geist, der auf allen möglichen Medienkanälen auftauchen könnte; für Kunst und Kultur ist Cybertag Art BBS (20-6895225) über Mail Box erreichbar; und schließlich gibt es die Gruppen *Revolutionary Council Amsterdam* (sie haben den Text "Aufruf für ein postrevolutionäres Denken" verfaßt) und *The World Government of Glory of Humankind*, die u.a. ein Radioprogramm bei uns machen und der Menschheit ein goldene Zukunft versprechen.

Mit herzlichen Grüßen,

Patapoe radio Mid-executive Branch



In eigener Sache: Jubiläumsausgabe

Die 50. Nummer des SF liegt hiermit vor, eigentlich sind es ja schon 54, zählt mensch die Nullnummer, die Arbeit-Sondernummer, die Feminismus-Sondernummer und die Nostalgienummer hinzu. Wer hätte daran geglaubt, als wir uns im Herbst bei der Gegenbuchmesse 1979 auf den Weg machten und im Mai 1980 die erste Nummer, mit 44 Seiten und 500 Auflage + 400 nachgedruckten, mit ausschließlich geklauten Fotos und mit Schreibmaschinen-Schriftbild, herausbrachten? Der heutige Umfang (76 Seiten seit Nr.49!) und dieAuflage von 3000 Exemplaren zeigen, daß es sich die immense Arbeit, die ein solches Projekt verlangt, durchaus lohnt. Seit unserem Aufruf zu mehr Untersützung im Herbst 1993 hat sich viererlei verbessert: wir haben ein Überangebot von Beiträgen (was nicht abschrecken soll uns weiterhin alles anzubieten, auch wenn nicht alles gedruckt werden kann!) und es haben sich neue Mitarbeiter angeboten, die auch die weniger erfreulichen Dinge, wie Übersetzungen, den Vertrieb, die Werbung und den Satz mitunterstützen. Zum dritten hat sich der ABO-Rückgang in sein Gegenteil verkehren lassen. Und zum vierten konnten wir die stark gestiegenen Portokosten im Inland durch den Umstieg auf den Postvertrieb wieder senken.

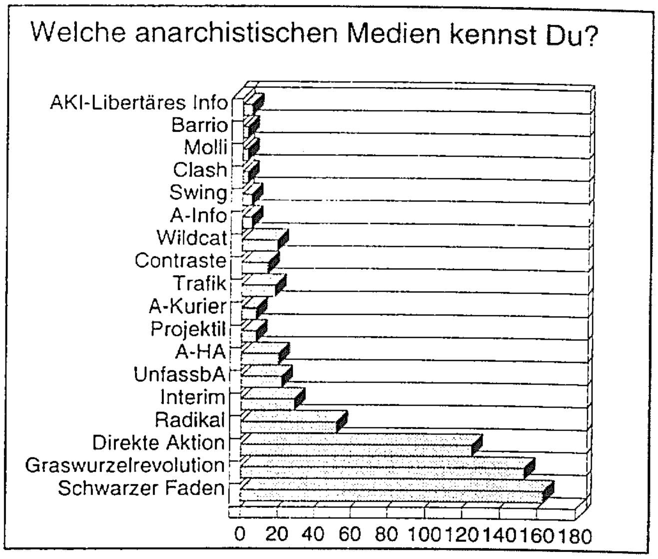
Bislang nicht gelungen ist es allerdings, den negativen Trend im **Buchhandel** und bei den Wiederverkaufsstellen umzudrehen. Dort stagnieren die Zahlen oder gehen sogar leicht zurück. Wir bitten deshalb die FreundInnen vor Ort gelegentlich in ihren Buchläden vorbeizuschauen und darauf zu achten, ob die jeweils neuste Ausgabe des SF noch ausliegt und falls nicht, gegebenenfalls auf eine Nachbestellung zu drängen. Da der SF für den Buchhandel über den Berliner Buchvertrieb **Rotation** ausgeliefert wird, ist dies für den Buchhandel preislich günstiger geworden und die alten Argumente gegen Nachbestellungen, wie zu hohe Portokosten, zuviel Arbeitsaufwand... entfallen. Wichtig ist aber in erster Linie, daß Ihr uns helft, neue Verkaufsstellen zu finden, aus Portogründen bieten sich 4 Exemplare (2,50 Porto)(ab 5 Ex. 5.-DM) oder 9 Ex. (noch 5.-) zu 30% Rabatt an.

Ausbaufähig ist auch unser Spendenaufkommen. Im Vergleich zu anderen Zeitschriften (mit dem *ak* wollen wir lieber nicht in Vergleich treten) wird der SF von relativ wenigen Menschen monatlich finanziell unterstützt. Einige 10.-DM mehr würden uns schon weiterhelfen, denn auch wenn das Erscheinungsbild durch einen neuen Satzspiegel und gelegentlichen Vierfarbtitel so aussieht, daß wir finanziell gut dastehen, so sind solche Dinge doch immer "privat" mitfinanziert, der SF allein könnte sich diese Experimente meist nicht leisten.

Zuletzt – zur 50.Ausgabe gibt es ein paar Nettigkeiten: Knobi aus Berlin erstellt dankenswerter Weise ein **Register für die ersten 50 Nummern**, das in gedruckter und gehefteter Form für einen Unterstützungspreis von 10.-DM zzgl. Porto bei uns angefordert werden kann. Diesbezügliche Bestellungen werden aber erst **ab dem 15.10.** ausgeliefert. (Das gilt auch für das nachfolgende:)

Willi auf Sylt, seines Zeichens Buchbinder, erstellt **gebundene Jahresbände** des SF das Stück für einen UnterstützerInnenpreis von 70.-DM. Bestellungen bitte an uns, damit wir wissen, wieviele Nummern wir an Willi liefern müssen. Derzeit sind die fünf Jahrgänge 1989-1993 bestellbar. Knobis Gesamtregister wird in diese Jahrgänge entsprechend eingebunden werden.

Nachdem die **Doku zu den Libertären Tagen 1993** erschienen ist, wollen wir ein Umfrageergebnis, das uns natürlich gefreut hat, an dieser Stelle wiedergeben.



20) Welche anarchistischen Zeitungen/Medien kennst Du?

Es kamen folgende 352 (99/238) Antworten, wobei auch etliche nicht-anarchistische Zeitungen aufgeführt wurden: Schwarzer Faden 163, Graswurzelrevolution 153, Direkte Aktion 125, Radikal 52, Interim 29, Unfassba 22, A-HA 20, Wilcat 19, Contraste 14, Trafik 18, A-Kurier 8, Projektil 8, ein Radio 8, AKI-Libertäres Info Frankfurt 5, A-Info 5, Swing 5, Clash 3, Molli 3, Barrio 3 u.a.

Neue Lagerräumaktion: Alte SF-Nummern, viele mit zeitlos interessanten Beiträgen, im 8er-Paket billiger!

Wir bieten gegen Rechnung drei Pakete zu 10.- DM (zzgl. 2,50 Porto) an:

Paket 1 (enthält die Nummern 24-31, u.a. mit:) Künstler und Gesellschaft (Patriarchatskritik v. Stefan Schütz), Bewegung 2.Juni (v. Ralf Reinders), Patriarchatskritik (v. Rosella di Leo), Interviews mit M.Bookchin, P. Parin, M.Foucault, der CNT; IWF (v. Detlef Hartmann), Kulturkritik (v. Herby Sachs), Medienkritik (v. Jörg Auberg), Panik und Politik (von Agentur Bilwet), Leiharbeit in der BRD (v. Thomas Schupp)

Paket 2 (enthält die Nummern 32-39, u.a. mit:) Sextourismus und Frauenhandel (v. Anita Wilmes), Nationalismusdiskussion, Subsistenz (v. Veronika Bennholdt-Thomsen), Sozialer Ökofeminismus (v. Janet Biehl), Nationalismus und Befreiung - Kurden (v. Roland Ofteringer), Gegenöffentlichkeit (v. Jörg Auberg), Doitschstunde (v. LUPUS), Krieg u. Geschwindigkeit (v. Ulrich Bröckling)

Paket 3 (enthält die Nummern 40-47, u.a. mit:) Pogrome beginnen im Kopf (v. Wolfgang Haug), Desinformation u. d. Golfkrieg (v. Noam Chomsky), Interviews m. Jutta Ditfurth, Otto F. Walter, Noam Chomsky, Libertärer Kommunalismus (v. Murray Bookchin), Kriegstreiberdiskurs (v. Klaus Schönberger), Staatlichkeit als Okkupation (v. Michael Wilk), Medienrandale (v. AFRIKA), Eurozentrismus (v. Karl Rössel), Kulturchauvinismus (v. Herby Sachs), Das Jahr 501 (v. Noam Chomsky), Ökofaschismus (v. Peter Bierl), Frauenpolitik im Kleide der Herrschaft (v.Encarnación G. Rodriguez), Libertäre Tage, ZEGG (v. Louis Lerouge), Frauen-KZ-Ravensbrück (v. Ilse Schwipper)



Photo: Jürgen Lichtenberger

Postvertriebsstück * E 9860 * Entgelt bezahlt * Trotzdem-Verlag, PF 1159, 71117 Grafenau